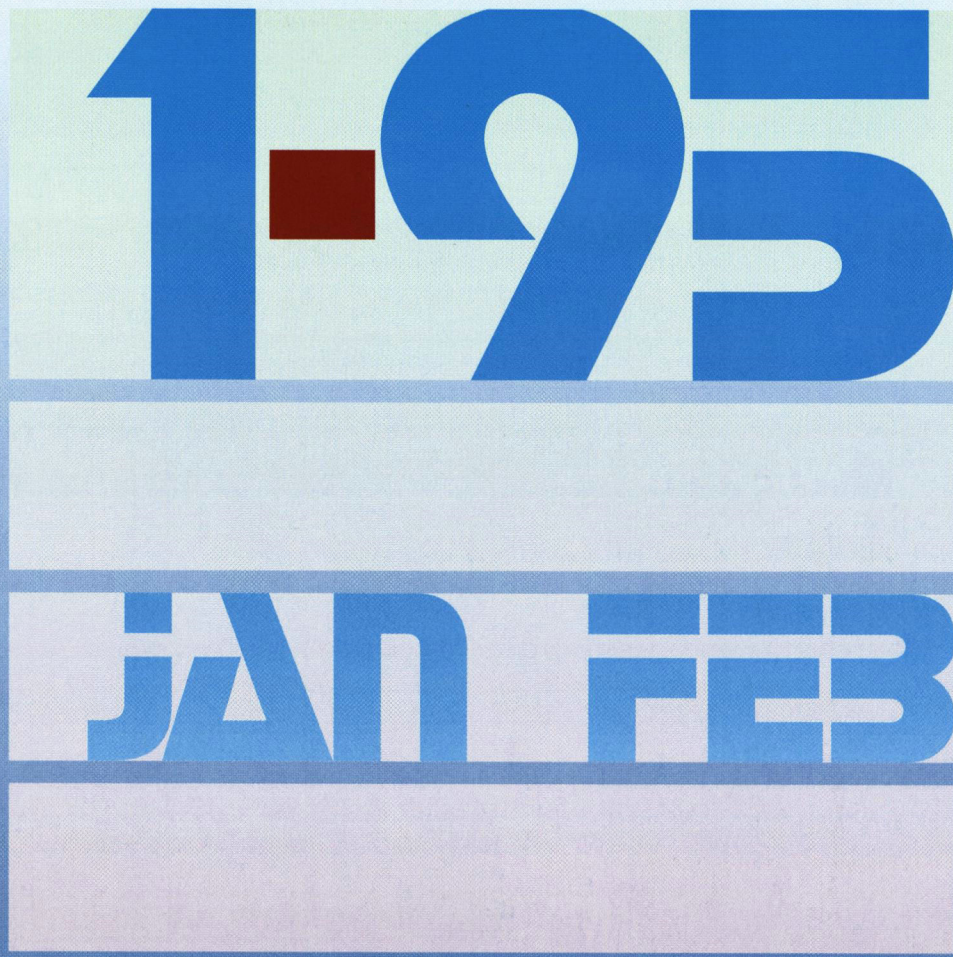


LGA-NACHRICHTEN



DEUTSCHER INDUSTRIE-
UND HANDELSTAG

BUNDESVEREINIGUNG DER
DEUTSCHEN
ARBEITGEBERVERBÄNDE

ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS

HAUPTVERBAND DES
DEUTSCHEN
EINZELHANDELS

BUNDESVERBAND DER
DEUTSCHEN INDUSTRIE

BUNDESVERBAND DES
DEUTSCHEN GROSS- UND
AUSSENHANDELS

BUNDESVERBAND DER
FREIEN BERUFE

DEUTSCHER
BAUERNVERBAND

DIE PRÄSIDENTEN

AUFRUF

In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der Ausbildungsanfänger in Industrie, Handel, Dienstleistungen und bei den Freien Berufen in Westdeutschland drastisch zurückgegangen. Noch ist die Ausbildungssituation für Jugendliche nicht dramatisch, dennoch bestehen bereits Engpässe in einigen Regionen.

Angesichts der insgesamt verbesserten wirtschaftlichen Lage in West- wie auch in Ostdeutschland rufen wir alle Verantwortlichen der Unternehmen und Freien Berufe dazu auf, eine Trendumkehr im Ausbildungsangebot einzuleiten und in diesem Jahr mehr Ausbildungsplätze anzubieten, vor allem in den Problemregionen.

Der Aufschwung und die verbesserte Auftragslage erfordern bald gut qualifiziertes Personal. Kurzfristiges Kostendenken führt in die personalpolitische Sackgasse. Es gilt heute auszubilden, damit morgen die benötigten Fachkräfte eingesetzt werden können. Wer nicht ausbildet, hat auf Dauer Wettbewerbsnachteile.

In Ostdeutschland muß die Ausbildung mehr in den Unternehmen als bisher verankert werden. Denken Sie daran: Ausbildung ist eine unternehmerische Aufgabe. Ohne qualifizierten Nachwuchs sind Sie dem Wettbewerb nicht gewachsen. Die Kammern und Verbände beraten und unterstützen Sie.

Stihl

Dr. Murmann

Späth

Franzen

Dr. Henkel

Dr. Fuchs

Dr. Kohne

von Heereman

INHALTSVERZEICHNIS 1995

1995 Heft Nr.	T h e m a	Seite
1 - 6	Auf einen Augenblick	3
3	Grußwort des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber	3
6	Zum Jahreswechsel	2
 Im Blickpunkt Groß- u. Außenhandel		
1	Neujahrsempfang des Bayerischen Handels	4
1	BGA-Präsidiums-Klausur: Mit neuen Impulsen voran	4
1	Zukunft für Bayern – neue Ideen, neue Aufgaben, neue Märkte	5
2	Bayerischer Unternehmertag 1995	4
2	5 Jahre Landesverband Thüringen	5
3	Arbeitgeberverbände sind unverzichtbar	4
4	Verbandstag 1995 – Die Zukunft der Handels- und Dienstleistungs- gesellschaft hat schon begonnen	4
4	Die Gremien im LGA	9
5	Tag des oberbayerischen Großhandels	4
5	Nach Investitionsrekord nunmehr ein leichtes Minus im Großhandel	4
6	Europa auf dem Weg zur Währungsunion	4
6	BGA-Präsident Dr. Michael Fuchs mit Bundes- verdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet	5
6	Präsident Scheuerle zum Senator gewählt	5
 Rechtsfragen, Arbeit und Soziales		
1	„Kleine AG“ Rechtsform für den Mittelstand	7
2	Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose 1995 bis 1999	5
4	Leistungen an Arbeitgeber bei der Einstellung von Arbeitslosen	11
5	IAB-Untersuchung zur Arbeitszeitfrage: Nirwana-Approach	6
 Steuer und Verkehr		
2	Europäische Verpackungsrichtlinie setzt niedrige Standards	7
2	Umsatzsteuer-Identifikationsnummern	9
2	Stichwort: Factoring	9
3	Vom Müll zum Rohstoff	10
4	Bayerische Beteiligungsgesellschaft – Nachfrage nach Mittelstandskrediten enorm gestiegen	12
4	Der Mittelstand trägt 56 Mrd. Administrations- kosten	12
5	Blechen fürs Blech	6

Berufsbildung

2	Tag der offenen Tür im Bildungszentrum	12
2	Bessere Berufschancen durch Fremdsprachen ...	12
2	Leonardo	12
2	Dänische Praktikanten	12
2	Kraftfahrzeugmechaniker und Bürokauffrau – die beliebtesten Ausbildungsberufe	13
3	Rudolf-Egerer-Preis 1995 verliehen	5
4	Ausbildungsbegleitende Hilfe (ABH) für Azubis ab dem ersten Ausbildungsjahr	14
5	Förderwoche für Nachwuchs-Außendienst- mitarbeiter	6
6	Qualifikationstrends bis zum Jahr 2000	8

Firmenportrait

1	Büttner-Frank – Medizinische Bedarfsartikel	6
2	DER SCHAFF – ein modernes Unternehmen mit Tradition	8
3	Max Carl – Stahl Bäder Heizung Küchen	8
5	Wilhelm Graen GmbH & Co.	12
6	Die Firma Telle – seit 25 Jahren erfolgreich im technischen Handel	10

Branchenlexikon

1	Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA)	8
2	Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft	13
3	Der Bayerische Baustoffhandel e.V.	7
5	Der Deutsche Textilgroßhandel	10
6	Der Deutsche Chemiekaliengroßhandel	12

Welthandel

4	Außenwirtschaftsförderung auf dem Prüfstand	14
5	Haus der Bayerischen Wirtschaft in Shanghai	7

Verbandsnachrichten

4	Neuer Mitarbeiter in der Hauptgeschäftsstelle des Landesverbandes	15
---	--	----

INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt:	
Neujahrsempfang des Bayerischen Handels	4
BGA-Präsidiums-Klausur:	
Mit neuen Impulsen voran	4
Zukunftsdialog für Bayern – neue Ideen, neue Aufgaben, neue Märkte	5
Firmenportrait:	
Büttner-Frank – Medizinische Bedarfsartikel	6
Rechtsfragen:	
„Kleine AG“-Rechtsform für den Mittelstand	7
Branchenlexikon:	
Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA)	8
Personalien	10
Buchbesprechungen	11

AUF EINEN AUGENBLICK

Ein herzliches Grüß Gott!

Der Rezessionstrend von 1993/94, mit der ersten europaweiten Abschwungphase seit 1975 und mit deutlichen Rückgängen des Bruttosozialproduktes um durchschnittlich 0,5 bis 1%, hat sich inzwischen umgekehrt. Wenngleich für 1995 und 1996 mit vergleichsweise stark steigenden Ergebnissen von +2,5 bis +3% gerechnet wird, so bleibt doch die durchschnittliche Wachstumserwartung im Europäischen Wirtschaftsraum bis 1998 bei eher bescheidenen 1,8% p.a. Ausschlaggebend dafür sind die Trends in den Unternehmen wie in deren Umfeld, besonders aber „Wirtschaftsfaktoren“, die sich allerdings nur sehr schwer gewichten lassen:

- Vor 1989 war die „natürliche Komponente“ wichtigster Einflussfaktor des Bevölkerungswachstums. Inzwischen haben die sog. Wanderungsbewegungen diese Rolle übernommen. Dadurch ergeben sich aber erhebliche Veränderungen der Nachfragestrukturen.
- Der Alterungsprozeß läßt einen steigenden Anteil der über 65jährigen Menschen in der EU erwarten, im Jahr 2010 ca. 20% gegenüber derzeit 14,5%. In Deutschland sind neben Italien die „Ergrauungstendenzen“ besonders ausgeprägt. Negativen Auswirkungen im Sozialbereich stehen auch positive Aspekte gegenüber: Die Senioren sind in aller Regel gut versorgt und können Nachfrageschübe auslösen, allerdings mit eigenen Präferenzen und differenzierten Schwerpunkten in einem besonders sensiblen Markt. Die heute vielfach beobachtete Bevorzugung der jugendlichen Nachfragestrukturen könnte sich als Flop erweisen.
- Die regionale Spürbarkeit der EU wird weiter vehement vorangehen. Forderungen nach einer nachvollziehbaren Regierungsarbeit werden zwar allmählich eine bessere Koordinierung zwischen Bonn und Brüssel erzwingen, aber nichts daran ändern, daß bereits ab dem Jahr 2000 „Großeuropa“ Wirklichkeit wird.
- Die europäischen Märkte sprengen ihre nationale Verkrustung. Die Nachfrage nach dem Handel steigt. Die Rezession hat außerdem gelehrt, sich mit der Rolle des Nischenanbieters nicht zufriedenzugeben. Die gute und bewährte Sortimentsfunktion gerade im Großhandel er-

lebt fröhliche Urständ und neue Bestätigung durch den Markt.

Die Erwartungen in die Konjunktur sind in allen zugänglichen Erhebungen stark gestiegen. Ersatzinvestitionen stehen bei nahezu 60% der Unternehmen im Vordergrund, 40% sehen die Rationalisierung als drängendes Problem, über 50% wollen in moderne EDV-, Kommunikations- und Lagertechniken investieren. Das Problem ist und bleibt der Personalkostendruck, mittlerweile mit über 70% der Gesamtkosten. Es ist töricht, seitens der Gewerkschaften ausgerechnet diesen empfindlichen Bereich der unternehmerischen Kalkulation immer wieder mit erhöhten Forderungen und damit unrealistischen Erwartungen zu belasten. So wird gesunde Zuversicht krankgeredet.

Im Binnengroßhandel erhöhten sich die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 2,5 bis 3%. Die Gewinnsituation hat sich jedoch angesichts der negativen Rahmenbedingungen verschlechtert. Im Investitionsgüter-Großhandel einschließlich Baustoffen und Sanitär konnten die Umsätze verbessert (5 - 6%) werden. Im Konsumgüter-Großhandel hingegen sanken die Umsätze um 2,5 bis 3% mindestens. Stark sinkende Gewinne sind die Folge. Die Ausgabenbelastung der Verbraucher läßt eine Entwarnung noch nicht zu.

Der Export lag endlich wieder einmal auf der Sonnenseite mit 4 bis 5% (real ca. 2%) mehr Umsatz. Auch im Dienstleistungsbereich hat sich das Geschäftsklima verbessert. 60% der Firmen erwarten weiter steigende Umsätze und vielfach auch endlich steigende Gewinne.

Die ersten „Barometerwerte“ für den Groß- und Außenhandel sind also verhalten positiv. Die Ergebnisse von Messveranstaltungen, Hausaktionen und das Gruppenmarketing bestätigen die Trendwende in der Stimmung der Marktpartner. Wie gefestigt könnte die Stimmung sein, wenn auch die steuerlichen Rahmendaten der Zuversicht folgen würden. Statt dessen lähmen Diskussionen der jeweiligen „Interessenten“. Wenn dieses Lamento endete, würde allein aus der „Motivation des Faktischen“ ein Investitions- und Nachfrageschub entstehen. So aber werden immer neue Problembretter losgetreten, unter deren Lawinen die Bereitschaft Vieler zu positivem Handeln erstickt.

Werner Sattel

Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (09 11) 20 31 80
Telefax Nürnberg (09 11) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) - Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) - Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) - RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) - RA Bethcke - RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) - RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiner Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80335 München, Nymphenburger Str. 1, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler

Druck: typobieri, 80809 München, Resenfeldstraße 56

Telefon 3 59 60 66-68.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtstoffpapier

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

NEUJAHRSEMPFANG DES BAYERISCHEN HANDELS

In Anwesenheit von Prominenz aus Politik und Wirtschaft sowie zahlreichen Mitgliedsfirmen eröffnete Präsident Senator Helmut **Hartmann** den Neujahrsempfang 1995 des Bayerischen Handels am 18.1.1995 in München, den unser Landesverband zusammen mit dem Landesverband des Bayerischen Einzelhandels (LBE) veranstaltete.

Präsident **Hartmann** führte in seinem Beitrag aus, daß der Bayerische Groß- und Außenhandel einen starken und erwartungsorientierten Aufbruch in neue Aufgaben und Funktionen hinein erwarte. Der Groß- und Außenhandel rechne sich gute Chancen aus an der Schwelle zum postindustriellen Zeitalter. Das Jahr beginne für den Groß- und Außenhandel trotz nicht

Bayerischen Einzelhandels. **Maier** betonte, daß der Aufschwung 1994 am Einzelhandel bisher vorbeigelaufen sei. Auch im Jahre 1995 würden, so **Maier**, „die Bäume nicht in den Himmel wachsen“. Verantwortlich seien neue Steuern und Abgaben, vor allem der Solidaritätszuschlag und die Beiträge zur Pflegeversicherung. Dies würde das Konsumklima nicht gerade anheizen. Er mahnte insbesondere kalkulierbare Rahmenbedingungen für die Wirtschaft an.

Im Anschluß an die Reden schlossen sich intensive und fruchtbare Gespräche der Gäste an. Ebenso konnten neue Kontakte geknüpft und geplante Vorhaben im Konjunkturkreis besprochen werden.



In aufgeräumter Stimmung: Staatsminister Otto Wiesheu (M.), LGA-Präsident Helmut Hartmann (l.) und LBE-Präsident Otto Maier

Als Gastredner konnte Präsident **Hartmann** an vorderster Stelle den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, **Otto Wiesheu**, begrüßen. Minister **Wiesheu** setzte sich in seinem Vortrag insbesondere mit der konjunkturellen Entwicklung in Bayern und der Verantwortung der Unternehmerschaft auseinander. Nicht zuletzt würden auch durch den technologie-induzierten Strukturwandel dem Groß- und Außenhandel neue Aufgaben zuwachsen. Es müsse alles getan werden, die Exportfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu stärken. Hierzu gehörte auch die Förderung zur Errichtung von „Häusern der Wirtschaft“ im Ausland. Dieses Programm werde die Bayerische Staatsregierung auch fortsetzen.

ganz bewältigter Konjunkturdefizite positiv. Ein großes Anliegen für 1995 sei es, so **Hartmann**, eine Trendwende in der Arbeitslosigkeit herbeizuführen und die Jugendlichen in den Prozeß der beruflichen Bildung einzugliedern. Gute Ansätze für eine Ausweitung des Welthandels sah **Hartmann** auch in der Entscheidung für den Beitritt der EU zur Welthandelsorganisation WTO. Allerdings gehe, wolle sich der Standort Deutschland behaupten, kein Weg an einem konsequenten Umbau des Sozialstaates vorbei. Er hoffte auch, daß in der Tarifpolitik die kleinen Schritte des Erfolges von 1994 nicht durch überzogene Forderungen wieder zunichte gemacht würden.

Als letzter Redner sprach Senator **Erwin Maier**, Präsident des Landesverbandes des

BGA-PRÄSIDIUMS-KLAUSUR: MIT NEUEN IMPULSEN VORAN

Die Marschroute für die Arbeit der nächsten drei Jahre legte das BGA-Präsidium einmütig und entschlossen fest anläßlich der Klausurtagung des Präsidiums am 20. und 21. Januar 1995 auf Burg Rheineck, Bad Breisig. Zwei Tage intensiver Sacharbeit abseits von Bonn haben auch dazu beigetragen, die neu in das Präsidium gewählten Mitglieder in die gemeinsame Arbeit zu integrieren. Die Weichen für die nächsten drei Jahre sind also gestellt, die wichtigsten Beschlüsse sind gefaßt.

Kooptionen ins Präsidium

Einer bewährten Übung folgend wurden die Vorsitzenden der BGA-Ausschüsse, die nicht durch Wahl bereits Mitglieder des Präsidiums sind, in das Präsidium kooptiert. Es handelt sich dabei um **Dipl. Kaufmann Karl Dürbeck**, den Vorsitzenden des BGA-Agrarausschusses, um **IHK-Kammerpräsident Rolf Hofmann**, den Vorsitzenden des BGA-Berufsbildungsausschusses, und um das Vorstandsmitglied von Krupp-Hoesch International, **Gerhard Riemann**, als Vorsitzender des BGA-Verkehrsausschusses. **Gerhard Riemann** gehört dem BGA-Präsidium erstmalig an.

Da zumindest alle größeren Landesverbände im BGA-Präsidium durch mindestens einen Vertreter repräsentiert sein sollten, wurden einstimmig auch als Mitglieder des Präsidiums kooptiert (in alphabetischer Reihenfolge): **Dr. Siegfried von Hoff** für Thüringen, **Rechtsanwalt Manfred Katschke** für Sachsen, **Elard Raben** für

Hamburg und **Harald Tenzer** für Niedersachsen. Das Präsidium wollte die Möglichkeit von insgesamt 14 Kooptationen zunächst nur zur Hälfte ausschöpfen, um zu gegebener Zeit weitere Kooptationen vornehmen zu können.

Arbeitsteilung im Engeren Präsidium

Das Engere Präsidium hat erneut eine Arbeitsteilung beschlossen. Die bisherigen Mitglieder des Engeren Präsidiums – neben dem Präsidenten **Dr. Michael Fuchs** die Vizepräsidenten Senator **Helmut Hartmann**, **LGA**, **Konsul Dr. Dieter Lorenz-Meyer** und **Ark Malmedé** sowie Assessor **Frank Hartwig** als Vizepräsident und Schatzmeister behalten ihre bisherigen Zuständigkeiten. **Karl-Günter Cloos** als neuer Vizepräsident übernimmt die Aufgaben des bisherigen Vizepräsidenten **Walter Hinderer** und wird zuständig für den Produktionsverbindungshandel. Er übernimmt den Vorsitz in dem entsprechenden BGA-Ausschuß und behält den Vorsitz im BGA-Steuerausschuß.

Vizepräsident **Rechtsanwalt Gundolf Praast** übernimmt die bisherigen Aufgaben von **Dr. Hannjörg Hereth** und wird zuständig für den Konsumgüter-Großhandel. Er übernimmt den Vorsitz in dem entsprechenden Ausschuß, in den der bisherige Arbeitskreis Nahrungsmittel-Großhandel integriert wird. **Rechtsanwalt Praast** übernimmt zusätzlich auch im Engeren Präsidium die Verantwortung für die Umweltpolitik. **Dipl.-Chemiker Jörg Bangert** bleibt Vorsitzender des BGA-Umweltausschusses, an seiner Seite **Georg Schröteler** als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. **Konsul Dr. Dieter Lorenz-Meyer** gibt den Vorsitz des Rechtsausschusses ab. Der Rechtsausschuß wird mit dem Wettbewerbsausschuß zum BGA-Ausschuß für Recht und Wettbewerb zusammengelegt. Den Vorsitz übernimmt **Rechtsanwalt Praast**. Weitere Änderungen in der Arbeitsteilung waren nicht notwendig.

FUCHS ÜBERNIMMT VORSITZ IM GEMEINSCHAFTSAUSSCHUSS

Durch einstimmigen Beschluß wurden am 16. Januar 1995 Vorsitz und Geschäftsführung des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft dem BGA übertragen. **Dr. Michael Fuchs** ist damit Nachfolger von **Dr. Klaus Murmann** als Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses

für die Jahre 1995 und 1996. Entsprechend bisheriger Übung wurde Arbeitgeberpräsident **Dr. Murmann** zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Wirtschaftspolitische Koordinierung durch BGA

Der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft ist das höchste Organ für die Koordinierung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Meinungsbildung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Vorsitz wechselt alle zwei Jahre zwischen den wichtigsten Spitzenverbänden BDA, DIHT, BDI, ZDH und BGA.

Die erneute Übertragung der Federführung dieses wichtigen Gremiums an den BGA ist keine Routineentscheidung, die turnusgemäß zu erfolgen hätte, sondern das Ergebnis der Meinungsbildung innerhalb der wichtigsten Spitzenverbände. Sicher kommt durch die einstimmige Entscheidung auch die Wertschätzung zum Ausdruck, die der BGA in diesem Kreis genießt.

Die Geschäftsführung des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft ist ebenfalls von der BDA auf den BGA übergegangen und wird gemeinschaftlich auf den jeweiligen Ebenen wahrgenommen von den Volkswirten **Dr. Peter Spary**, **Dr. Uwe Schwarting** und **Ulrich Stumpp**.

Mitgliedsverbände des Gemeinschaftsausschusses

Der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft wurde 1951 zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik gegründet. Er hat sich 1965 ein Statut gegeben, demzufolge der Gemeinschaftsausschuß kein Dachverband von Dachverbänden ist, sondern ein Koordinierungsinstrument der wirtschaftspolitischen Willensbildung.

Dr. Fuchs hat im internen wie auch im öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinschaftsausschusses zwei Reden gehalten und dabei seine Positionen verdeutlicht sowohl zur künftigen Arbeit des Gemeinschaftsausschusses wie auch zur wirtschaftlichen Entwicklung. Beide Reden fanden die Zustimmung der 16 Verbände des Gemeinschaftsausschusses, die durch ihre Präsidenten und Hauptgeschäftsführer gut vertreten waren.

ZUKUNFTSDIALOG FÜR BAYERN – NEUE IDEEN, NEUE AUFGABEN, NEUE MÄRKTE

Bayerischer Unternehmertag am 23. März 1995

Unter dem Motto „Zukunftsdialog für Bayern – neue Ideen, neue Aufgaben, neue Märkte“ veranstaltet die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) am 23. März in der Kongreßhalle auf dem Münchner Messegelände den Bayerischen Unternehmertag 1995. Der Bayerische Unternehmertag ist das anerkannte Forum der bayerischen Unternehmen und ihrer Verbände zur Darstellung und Diskussion ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Standpunkte. Er dient dem Gedankenaustausch zwischen Politik und Wirtschaft sowie den Medien und den gesellschaftlichen Gruppen.

„Chancen und Zukunftsperspektiven für Bayerns Wirtschaft“ wird der Bayerische Ministerpräsident **Dr. Edmund Stoiber** in seinem Vortrag darstellen. Der Präsident der VAB, **Hubert Stärker**, MdS, wird über die Notwendigkeit eines verstärkten Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft sprechen. Unter der Moderation von **Helmut Markwort**, Chefredakteur und Geschäftsführer von FOCUS, diskutieren der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, **Dr. Otto Wiesheu**; **Dipl.-Ing. Bernd Pischetsrieder**, Vorsitzender des Vorstandes der BMW AG, München; **Dr. Albrecht Schmidt**, Sprecher des Vorstandes der Bayerischen Vereinsbank AG; Professor **Dr. Frieder Meyer-Krahmer**, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe, und Professor **Dr. Walter Zimmerli**, Ordinarius für Philosophie an der Otto-Friedrich-Universität, Bamberg.

400 qm in Abhollägern

in Altenburg und Dresden zu vermieten.

In den bereits vorhandenen Abhollägern werden Spielwaren und Schreibwaren angeboten.

Interessierte Kollegen aus dem benachbarten Konsumgüterortiment melden sich bitte bei der Hauptgeschäftsstelle.

FIRMENPORTRAIT

BÜTTNER-FRANK – MEDIZINISCHE BEDARFSARTIKEL

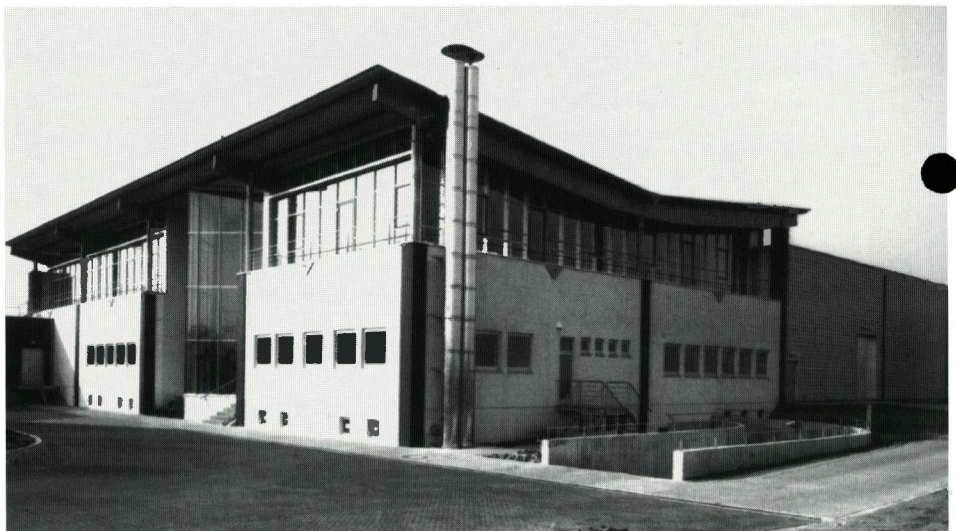
QUALITÄT AUS FRANKEN, DIE HÖCHSTEN ANSPRÜCHEN GERECHT WIRD

Seit nunmehr 25 Jahren steht der Name Büttner-Frank für Medizinische Bedarfsartikel erster Güte, die an Kunden europaweit versendet werden.

Gegründet wurde die Firma 1970 von Brigitte Büttner-Frank als 2-Personen-Unternehmen und expandierte in den folgenden Jahren immer mehr. 1980 hatte die Firma bereits 12 Angestellte und 1983 wurde Büttner-Frank in eine GmbH umgewandelt. Heute vertreibt die Büttner-Frank GmbH bereits über 2000 verschiedene Artikel. Zum reichhaltigen Sortiment zählen Krankenpflege- und Einmalartikel, med. Gummiwaren, Bandagen, Kompressen, Altenpflegeprodukte, Inkontinenzartikel, Heim- und Anstaltsbedarf und noch vieles mehr. Ebenfalls führt die Firma Büttner-Frank GmbH ein umfangreiches Baby-Programm, das vom Stillzubehör angefangen bis hin zur Kuscheltier-Wärmflasche alles beinhaltet. Zu den Abnehmern dieser Produkte gehören neben den führenden Großhandelsunternehmen und Apotheken in Deutschland auch Kunden in ganz Europa.

1989 kam das Tochterunternehmen TEN-PACK dazu, welches sich auf die Herstellung von Feuchttüchern wie z.B. Erfrischungs-, Desinfektions- und Brillenputztüchern spezialisiert hat. Bis zur Endfertigung wird der Kunde beraten, ob es sich nun um Inhalt, Gestaltung oder Druck handelt. Diese Firma konnte in den letzten Jahren ein stetiges Wachstum verzeichnen, da Tücher dieser Art als Werbemittel höchst effektiv eingesetzt werden können. 7 Mitarbeiter sorgen dafür, daß zufriedenstellend und termingerecht geliefert wird.

Auch räumlich vergrößerte sich die Firma Büttner-Frank. Nachdem die Räumlichkeiten in dem 1980 erbauten Firmengebäude mit 2600 m² Grund nicht mehr ausreichend waren, erweiterte man diese durch einen 1992/93 errichteten Neubau mit 3000 m² Grundfläche. In diesen neuen hellen Räumlichkeiten integrieren sich auf 3 Etagen neben dem angeschlossenen Hochregallager modernste Versandeinrichtungen, Büroräume und Tiefgarage.



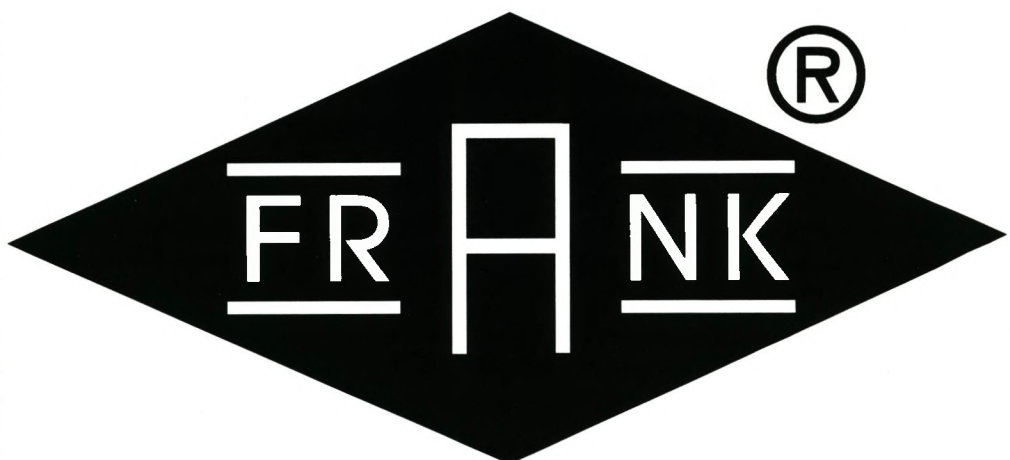
Ein ästhetischer Genuß: das neue Firmengebäude

Harry H. Büttner, der Sohn der Inhaberin, kam Ende Mai 1992 zu der Firmenleitung hinzu, die sich seitdem die einzelnen Aufgabenbereiche teilt. Somit zeigt sich für Firmenverwaltung, Kontakte und Repräsentationen nach außen Brigitte Büttner-Frank zuständig; für Großkundenbetreuung, Innovationen und Programmpflege Martin Büttner und für Auslandsbe-

treuung, Personal, Marketing und Werbung Harry Büttner.

Im Jahre 1990 wurde die Firma DEGRA, eine hauseigene Werbeagentur, gegründet, die dafür sorgt, daß die optische Erscheinung dem hochwertigen Inhalt entspricht.

Inzwischen hat die Firmengruppe Büttner-Frank GmbH, TEN-PACK und DEGRA rund 50 Beschäftigte und sucht mit weltweiten Kontakten neue Aufgabenbereiche.



Büttner-Frank GmbH • Am Wolfsmantel 9-11 • 91058 Erlangen

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

„KLEINE AG“-RECHTSFORM FÜR DEN MITTELSTAND

DIETER FRANK WIENKE

Mit dem am 10. 8. 1994 in Kraft getretenen Gesetz für „kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts“ wurde eine fast zehnjährige Diskussion abgeschlossen. Mit der „Kleinen AG“ wird vor allem dem Mittelstand der Zugang zu dieser Rechtsform erleichtert; doch auch für größere Gesellschaften bringt die Reform Vereinfachungen.

Seit längerem war offenkundig, daß die Rechtsform der Aktiengesellschaft für den Mittelstand wenig attraktiv war.

Nur noch marginale Rolle

Es kann dahinstehen, ob diese Entwicklung zu der häufig beklagten „Eigenkapitalücke“ der Unternehmen beigetragen hat. Auf jeden Fall war damit einer Vielzahl von Unternehmen die Tür zum Eigenkapitalmarkt verschlossen.

Im Zusammenhang mit dem Prüfungsauftrag des Bundestages zur „Verbesserung der Risikokapitalausstattung der deutschen Wirtschaft“ wurde seit 1984 nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Nach einer längeren Denkpause hat sich die Koalitionsregierung 1994 zugunsten einer Reform des Aktienrechts entschieden.

Der relativ kurze Zeitraum, der zwischen der Vorlage eines Referentenentwurfs im Februar 1994 und des Inkrafttretens des Gesetzes im August 1994 lag, spiegelt nicht die intensive Auseinandersetzung um dieses Reformvorhaben wider. Wegen der mitbestimmungsrechtlichen Problematik war dieses Reformgesetz nämlich mit anderen mitbestimmungsrechtlich relevanten Vorhaben politisch verknüpft: dem Mitbestimmungs-Beibehaltungsgesetz und der Bereinigung des Umwandlungsrechts. Diese schwierige politische Gemengelage machte eine Reihe von Initiativen der Spitzenverbände erforderlich, um ein Scheitern der Reform zu verhindern. Um so erfreulicher war es, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetz vor allem dem Mittelstand neue Chancen eröffnet wurden.

Mittelstand begünstigt

Auch wenn von der Schaffung einer neuen, eigenständigen Rechtsform der kleinen Aktiengesellschaft nicht gesprochen werden kann, kommen die wesentlichen der am Aktiengesetz vorgenommenen Änderungen der nicht börsenzugelassenen Aktiengesellschaft mit überschaubarem Aktionärskreis zugute, also der „Kleinen AG“. Zu begrüßen ist auch, daß eine Reihe von Modifikationen unabhängig von der Größe einer Gesellschaft allgemeine Geltung besitzen. Die zugunsten der „Kleinen AG“ geltenden Modifikationen reichen über Erleichterungen bei der Gründung, über die Stärkung der Satzungsautonomie bei der Rücklagenverwendung bis hin zur Vereinfachung bei der Einberufung der Hauptversammlung und der Protokollierung der Hauptversammlungsbeschlüsse. Für alle Aktiengesellschaften gelten Vereinfachungen beim Wertpapierverkehr und der Amtszeit des Gründungsaufsichtsrats, Erleichterungen bei der Einberufung der Hauptversammlung und der Ausschluß des Rechts auf Einzelverbriefung. Für börsennotierte Aktiengesellschaften wird ein Bezugsrechtsausschluß bei einer Kapitalerhöhung zugelassen.

Unverkennbar ist, daß sich die „Kleine AG“ dem Recht der GmbH angenähert hat und daß damit zumindest partiell eine

größere Flexibilität im Aktienrecht eingeführt wird. Dies gilt auch mitbestimmungsrechtlich für Aktiengesellschaften, die nach dem 10. 8. 1994 gegründet werden, leider nicht für „Altgesellschaften“.

Erleichterungen nutzen

Mit diesem Gesetz werden die gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere für die mittelständischen Unternehmen verbessert. Der Schritt von einer GmbH zu einer Aktiengesellschaft dürfte leichter geworden sein. Psychologische Hemmnisse, die wegen der Formenstrenge und der Mitbestimmung im Aufsichtsrat viele Unternehmen vor dieser Rechtsform zurückschrecken ließen, sind in großem Umfang abgebaut.

Auf der anderen Seite sind die Vorteile dieser Rechtsform in bezug auf die Eigenkapitalfinanzierung nicht zu übersehen. Es bleibt abzuwarten, ob sich mit diesem Gesetz ein Trend zugunsten der Aktiengesellschaft einstellt. Zu wünschen wäre, daß die Praxis von dem Angebot des Gesetzgebers auch Gebrauch machen wird.

DAS GELDMENGENZIEL 1995

Der Zentralbankrat hat auf seiner Sitzung am 22. Dezember 1994 das Geldmengenziel für dieses Jahr festgelegt. Der Beschluß lautet:

„Die Deutsche Bundesbank wird ihre Geldpolitik im Jahre 1995 so führen, daß der Preisanstieg weiter nachläßt und gleichzeitig die monetären Voraussetzungen für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum er-

Stellengesuch

Sie suchen für den **Großraum Dresden** eine einsatzbereite und flexible, ideenreiche und zuverlässige **Außendienstmitarbeiterin**?

Ich, 41jährige, verkaufserfahrene Betriebswirtin, könnte es sein!

Nach langjähriger, erfolgreicher Tätigkeit in der Baustoffbranche sammelte ich von 1991 bis 1994 als Bezirksleiterin eines Großversandhauses umfangreiche Erfahrungen im Außendienst.

Über eine Einladung zu einem persönlichen Vorstellungsgespräch würde ich mich sehr freuen. Gerne überzeuge ich Sie bei dieser Gelegenheit davon, daß ich die gestellte Aufgabe mit Herz und Verstand meistern werde.

Sie erreichen mich telefonisch über (03 51) 78 22 41.

halten bleiben. Hierfür hält sie es für angemessen, daß sich die Geldmenge M3 vom vierten Quartal 1994 bis zum vierten Quartal 1995 um 4% bis 6% ausweitet. Mit der Zielvorgabe für 1995 ist die Absicht verbunden, den aus dem Geldmengenwachstum im Jahresverlauf 1994 verbleibenden Überhang abzubauen.

Die Bundesbank hält damit an ihrem bewährten Konzept der Geldmengensteuerung fest und unterstreicht, daß sie die

Geldmenge M3 trotz der Störungen in den letzten Jahren nach wie vor als zentrale Orientierungsgröße für die Geldpolitik ansieht.

Zur Analyse der monetären Entwicklung wird sie auch die Geldmenge „M3 erweitert“ beobachten, in der künftig zusätzlich die von inländischen Nichtbanken gehaltenen in- und ausländischen Geldmarktfondsanteile erfaßt werden.“

BRANCHENLEXIKON

DER BUNDESVERBAND DES DEUTSCHEN GROSS- UND AUSSENHANDELS (BGA)

16 Landesverbände und 51 bundesweit tätige Branchenverbände der Wirtschaftsstufe Groß- und Außenhandel sowie Dienstleistungen haben in Bonn ihren Dachverband, den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) e.V. Der BGA vertritt die Wirtschaftsstufe Groß- und Außenhandel, die – gemessen am Umsatz – mit 1002 Mrd. DM (im Jahr 1994) die zweitgrößte Wirtschaftsstufe in der Bundesrepublik Deutschland ist.

BGA als Dachverband

Der BGA ist ein Dachverband, also ein Verband der Verbände. Die Unternehmer des Groß- und Außenhandels und aus dem Bereich Dienstleistungen werden daher nicht direkt Mitglied im BGA, sondern in einem Regionalverband, z.B. im Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels (LGA) e.V. und möglichst auch noch in ihrem Branchenverband.

Mitwirkung bei der Gesetzgebung

Der BGA konzentriert sich bei seiner Arbeit auf die Bundes- und auf die Europäische Ebene. Er vertritt die Wirtschaftsstufe gegenüber Bundestag, Bundesregierung und natürlich auch gegenüber dem Bundesrat. Er wirkt insbesondere mit an der Gesetzgebungsarbeit. Die Geschäftsordnungen von Bundestag und Bundesregierung sehen vor, daß die Spitzenverbände – und zu diesen zählt der BGA – bei allen für sie relevanten Vorhaben der Gesetzgebung zuvor gehört werden müssen. Die Gesetzgebungsarbeit gewinnt dadurch Erfahrungen aus der Praxis, die natürlich zunächst im BGA erarbeitet werden müssen.

Verbandsinterne Willensbildung

Die interne Meinungsbildung im BGA vollzieht sich sachorientiert und demokratisch in Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitskreisen, in die die Mit-

Seite 9 ►

DER LGA WAR DABEI

11. Januar

Sitzung des LGA-Präsidiums unter der Leitung von *Herrn Senator Hartmann*

16. Januar

Neujahrsempfang der DAG: *Herr Frankenberg*

17. Januar

Jahrestreffen zwischen Verbänden und Kammer Nürnberg, *Herr Wiedemann*

18. Januar

Neujahrsempfang des Bayerischen Handels für die Bayerische Staatsregierung

Sitzung des süddeutschen Arbeitskreises „Technische Chemikalien“ Stuttgart, *Herr Mackholt*

19. Januar

Tag des Deutschen Baustoffhandels, München, *Herr Sattel*

20. Januar

Empfang der Handwerkskammer und des Handwerkstages zum 60. Geburtstag von Herrn Senator Stoy: *Herr Frankenberg*

2. Sitzung der ARGE „City-Logistik“, München, *Herr Mackholt*

23. Januar

Geschäftsführerbesprechung des Bildungszentrums mit den drei Trägerverbänden LBE, LGA und CDH: *Herr Sattel*

25. Januar

Gedankenaustausch über die künftige Messestruktur in Frankfurt mit der Messeleitung: *Herr Adler, Herr Sattel*

26. Januar

Arbeitsessen des LGA-Präsidiums und Herrn Konsul Späth mit dem Bayerischen Umweltminister Dr. Thomas Goppel

Weiterbildungsmesse IHK München: *Frau Deutsch*

Messe-Pressekonferenz in Nürnberg, *Herr Mackholt*

27. Januar

Erfahrungsaustausch-Sitzung aller GfH-Berater unter der Leitung von *Herrn Sattel*

30. Januar

Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des BGA in Frankfurt: *Herr Scheuerle, Herr Frankenberg*

Seite 10 ►

BRANCHENLEXIKON

gliedsverbände kompetente und erfahrene Unternehmer entsenden. Diese Gremien arbeiten jeweils unter Vorsitz eines Präsidiumsmitgliedes aus dem Ehrenamt. Sie werden unterstützt durch die hauptamtliche Geschäftsführung des BGA. Folgende Ausschüsse und Kommissionen sind derzeit gebildet:

Sozialpolitischer Ausschuß, Berufsbildungsausschuß, Außenwirtschaftsausschuß, Europa-Koordinierungskommission, Verkehrsausschuß, Ausschuß für Recht und Wettbewerb, Steuerausschuß, Umweltausschuß, Agrarausschuß, Ausschuß für Verbände des Produktionsverbindungshandels, Ausschuß für Verbände des Konsumgütergroßhandels und Strategiekommision.

Die Ergebnisse der Sacharbeit in den Kommissionen und Ausschüssen werden dem BGA-Präsidium zugeleitet, das für die endgültige Meinungsbildung und Beschlußfassung zuständig ist, soweit Entscheidungen nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.

BGA gewinnt an Profil in Bonn

An der Spitze des Verbandes steht der Koblenzer Unternehmer Dr. Michael Fuchs. Der Landesverband Bayern wird im Engeren Präsidium vertreten durch BGA-Vizepräsident Senator Helmut Hartmann. Dem Präsidium des BGA gehören aus Bayern Thomas Scheuerle und Dr. Dieter Wolfrum an.

Der BGA hat in den letzten Jahren deutlich an Profil und Überzeugungskraft gewonnen. Er konnte dadurch seine Akzeptanz bei den Mitgliedsverbänden weiter steigern. Er hat sich in Abstimmung mit den Mitgliedsverbänden auf den Kern seiner Aufgaben konzentriert und dadurch sichergestellt, daß diese Kernaufgaben im Sinne der Unternehmer erfüllt werden. Dies hat dazu geführt, daß acht neue Mitgliedsverbände in den letzten vier Jahren durch Beitritt den BGA gestärkt haben.

Am 16. Januar 1995 wurde dem BGA wieder Vorsitz und Geschäftsführung des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft für 1995 und 1996 übertragen. Dieser Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft ist das höchste Organ

für die Koordinierung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Meinungsbildung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Der Vorsitz wechselt alle zwei Jahre zwischen den fünf wichtigsten Spitzenverbänden BDA, DIHT, BDI, ZDH und BGA.

BGA ist stark in Europa

Für den Groß- und Außenhandel wird die Arbeit auf europäischer Ebene immer wichtiger. Der BGA engagiert sich daher in Brüssel vermehrt im europäischen Spitzenverband des Groß- und Außenhandels FEWITA wie auch im Gesamtverband des europäischen Handels EuroCommerce.

Der deutsche Groß- und Außenhandel ist mehr als andere Wirtschaftsbereiche abhängig von Fortschritten bei der Lösung der Probleme des Europäischen Binnenmarktes. Kein anderes Land in Europa ist so exportabhängig wie die Bundesrepublik, die über die Hälfte ihres Außenhandels mit den bisher elf und nun 14 Partnerländern der Europäischen Union abwickelt.

Der BGA als Dienstleister

Neben der Interessenvertretung in Bonn und Brüssel gegenüber der Politik und Öffentlichkeit bietet der BGA den Unternehmen der Wirtschaftsstufe auch vielfältige Dienstleistungen an, die auf die Bedürfnisse der Unternehmer entwickelt wurden von speziellen BGA-Service-Unternehmen.

So ist der BGA alleiniger Gesellschafter der VGA Bonn Versicherungsstelle des Deutschen Groß- und Außenhandels GmbH, einer Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaftsstufe, die seit über 40 Jahren erfolgreich und kostengünstig einen handelsspezifischen Versicherungsservice bietet. Diese verbandliche Dienstleistung der VGA Bonn GmbH hat sich bewährt und wird in Zusammenarbeit mit dem Haftpflichtverband der Deutschen Industrie von Kontinuität und Vertrauen getragen.

Externe Unternehmensberatung wird für kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb ständig wichtiger. Der BGA hat daher zusammen mit wichtigen Lan-

desverbänden die BBG – Bundesberatungsstelle für den Deutschen Groß- und Außenhandel GmbH – gegründet, die als Koordinationsstelle zwischen verbandlicher Beratung und Information und staatlichen Förderinstanzen tätig ist. Durch rechtliche Selbständigkeit ist sie in der Lage, objektiv und neutral die Interessen aller Beteiligten zu vertreten. Die BBG berät in allen Detailfragen der Zuschußgewährung und ist bei der organisatorischen Abwicklung des Antragsverfahrens behilflich.

Seit 1991 ist die BGA-Dienstleistungs- und Verlags-GmbH aktiv bemüht, zusätzliche Dienstleistungen für die Wirtschaftsstufe Groß- und Außenhandel zu erbringen. Sie vertreibt auch den monatlich erscheinenden BGA-Report als praxisorientiertes Informationsmedium. Die Herausgabe weiterer Publikationen zählt zu ihren Aufgaben.

Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung sind gerade in Zeiten schwacher Konjunktur eine unbedingte Notwendigkeit, um sich als Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt, um sich als Unternehmer im harten Wettbewerb zu behaupten. Das Bildungszentrum Groß- und Außenhandel Goslar e.V. bietet hierfür ein maßgeschneidertes Angebot. Der BGA und 32 weitere Verbände aus dem Groß- und Außenhandel zählen zu den Trägern dieser Einrichtung, die nach der Wiedervereinigung nunmehr im Herzen Deutschlands liegt.

Der BGA braucht den Dialog

Der BGA ist bemüht, Verbandspolitik praxisgerecht und in enger Abstimmung mit den Unternehmen der Wirtschaftsstufe zu entwickeln. Dazu braucht er den Dialog, das Mitwirken, das Engagement der Unternehmer. Trotz seiner übergeordneten Aufgaben in Bonn und Brüssel bleibt der BGA erfolgreich bemüht um Bodenhaftung und Kontakt zur Basis. Dies garantiert praxisorientierte Dienstleistung und überzeugende Interessenvertretung der gesamten Wirtschaftsstufe in enger Verzahnung mit den Mitgliedsverbänden, die den BGA als ihren Spitzenverband tragen und ihm letztendlich Gewicht und Überzeugungskraft geben.

DER LGA WAR DABEI

31. Januar
Berufsbildungsausschußsitzung: *Herr Müller-Lotter, Frau Deutsch*

1. Februar
Mitgliederversammlung des Fachzweigs Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf in Nürnberg: *Herr Mackholt, Herr Wiedemann*
Vorstandssitzung des Gesamtverbandes des Spielwaren-Groß- und Außenhandels – GSG *Herr Bethcke, Herr Mackholt*

2. Februar
Pressekonferenz des Spielwaren-Fachhandels, *Herr Mackholt, Herr W.-D. Schiessl*
Diskussion über Neuordnung der Ausbildungsverordnung, BONN, *Frau Deutsch*

2. – 7. Februar
Messebüro des GSG in Nürnberg, *Herr Mackholt*

7. Februar
Sitzung der BGA-Strategie-Kommission in Bonn: *Präsident Hartmann, Herr Scheuerle, Herr Sattel*

8. Februar
Spitzengespräch des BGA mit dem Bundesverband des Deutschen Güternahverkehrs in Frankfurt, *Herr Mackholt*

9. Februar
Arbeitskreis „Europäische Normung und Qualitätssicherung“ im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, *Herr Mackholt*

14. Februar
Sitzungen aller im Bundesverband des Deutschen Exporthandels BDEX vereinten Verbände in Nürnberg: *Herr Scheuerle, Frau Büttner-Frank, Herr Sattel*

Handelsausschuß der IHK für München und Oberbayern: *Herr Dr. Wolfrum, Herr Mackholt*

17. Februar
Förderkreis „Güterverkehr-Zentrum München“ bei der IHK, *Herr Mackholt*

17. – 22. Februar
Betreuung von Mitgliedsfirmen auf der Frankfurter Messe: *Herr Schwarz*

21. Februar
Sitzung des Planungsverbandes Region Ingolstadt, Ingolstadt: *Herr Köppel*

22. Februar
Sitzung des Ausstellerbeirates der Frankfurter Messe: *Herr Sattel*

Sitzung des Garantie-Ausschusses in der LfA: *Herr Sattel*

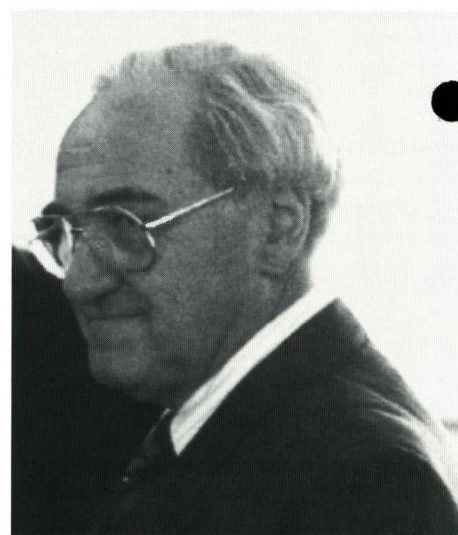
23. Februar
Sitzung des VAB-Bildungsausschusses, Penzberg: *Frau Deutsch*

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

VORSTANDSMITGLIED
DIPL. KFM. ALFONS SCHIESSL

Der Firmengründer und Seniorchef unserer Mitgliedsfirma Schiessl Regensburg, GmbH + Co Großvertriebs-KG, hat nach kurzer Krankheit für immer die Augen geschlossen.



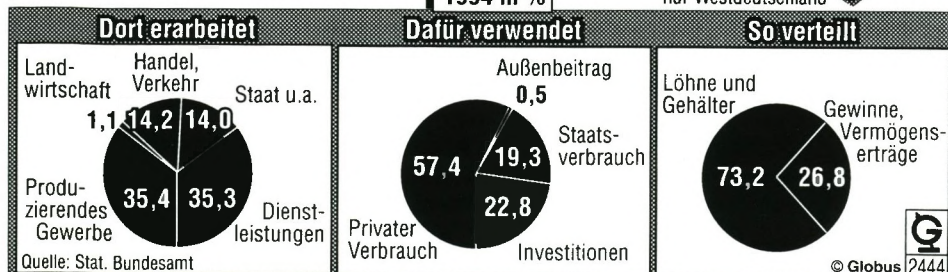
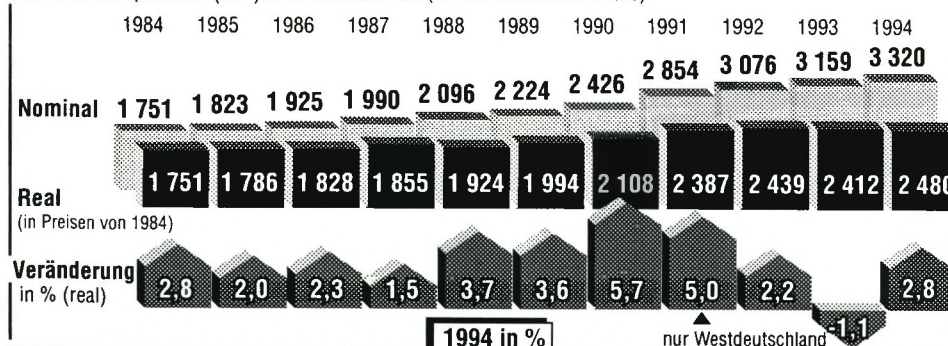
Er ist aufgewachsen in sehr bescheidenen Verhältnissen, sein Vater war kriegsversehrt und starb früh. Nach dem 2. Weltkrieg, den er an mehreren Fronten durchleben mußte, nahm er sofort das Studium auf. Daneben begann er die Firma aus aller kleinsten Anfängen und aus dem Nichts aufzubauen.

Fleiß, Energie und Kreativität zeichneten ihn aus und ermöglichten ihm, seiner Familie und seinem Unternehmen Aufstieg und Ansehen. Einer der Höhepunkte und sichtbares Zeichen seines Schaffens ist das Schiessl-Haus in der Altstadt Regensburgs, über 17 Jahre Sitz des Unternehmens. Die Firma PRESSE-SCHIESSL wurde zur Unternehmensgruppe ausgebaut. Vor wenigen Jahren hat er die Geschicke in die Hände seiner Söhne gelegt. Bis zum letzten Tag war er am geschäftlichen Geschehen interessiert und im Hause präsent.

Den Menschen Alfons Schiessl prägte die Freude am Leben. Dem Musischen immer zugeneigt, war er Stammgast bei den Salzburger Festspielen und Förderer verschiedener Regensburger Theater. Der Sport war ihm wichtiger Ausgleich zum Beruf. 30 Jahre lang spielte er mit Freude und Ehrgeiz Tennis bei TC Rot Blau, wo er sich

Die Leistung unserer Wirtschaft

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden DM (ab 1991 Gesamtdeutschland)



auch als Vorstand viele Jahre für die Belange der Jugendförderung und der Mitglieder einsetzte. Seine sportliche Leidenschaft war in den letzten Jahren das Golfen. Im hohen Alter erst begann er damit und hat trotzdem unermüdlich um jeden Schlag gekämpft.

Über den regionalen Raum hinaus hat er sich auch in Verbänden und Organisationen engagiert. Im Berufsverband PRESSE-GROSSO war er 32 Jahre Mitglied des Vorstands, davon 25 Jahre als 2. Vorsitzender. In unserem Landesverband war er über 20 Jahre im Vorstand tätig sowie lange Jahre engagierter Vorsitzender des Ausschusses Öffentlichkeitsarbeit sowie in verschiedenen Ausschüssen. Auch in der IHK Regensburg sowie als Handelsrichter erwarb er sich Kenntnisse und gab seine Erfahrung weiter. Für seinen außerordentlichen Einsatz wurde er vom Bundespräsidenten mit dem großen Verdienstkreuz ausgezeichnet.

Alfons Schiessl war eine Persönlichkeit. Er hatte viele Freunde, die ihn begleiteten und ihn nicht vergessen werden. Alle, die ihn kannten, begegneten ihm mit hohem Respekt und Aufmerksamkeit.

Wir haben mit ihm eine ebenso vorbildliche wie herausragende Unternehmerpersönlichkeit verloren.

WIR GRATULIEREN

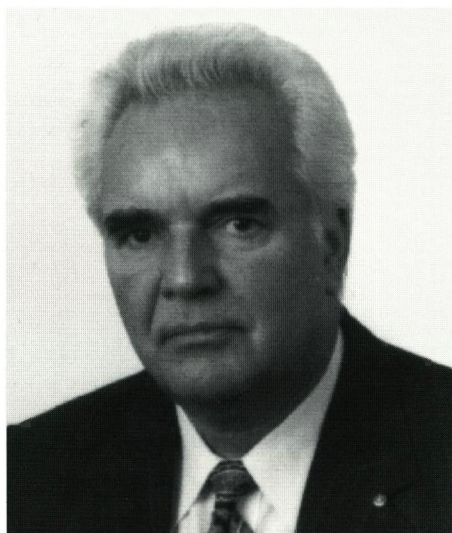
KONSUL GÜNTER SPÄTH – 60 JAHRE

Unser Vorstandsmitglied **Günter Späth**, alleiniger Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Jäkle-Chemie GmbH & Co. KG in Nürnberg, konnte am 15. 2. 1995 seinen 60. Geburtstag feiern.

Günter Späth schaut auf einen nicht alltäglichen, überaus erfolgreichen Lebenslauf, nicht nur als Unternehmer, sondern auch in der Ausübung seiner Ehrenämter. 1935 in Nürnberg geboren, studierte er nach dem Ablegen des Abiturs am Realgymnasium Nürnberg das Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg und Erlangen, wo er 1960 das Staatsexamen ablegte. 1962 feierte er die Heirat mit Hildegard Kempf. Drei Jahren Staatsdienst von 1960 bis 1963 folgte der Eintritt 1964 in die Firma Jäkle-Chemie. Ab 1972 gehörte **Günter Späth** der Geschäftsleitung an, ab 1986 war er dann alleiniger Geschäftsführer der Firmengruppe Jäkle-Chemie, Nürnberg, Bayreuth, Regensburg.

Weitere Tätigkeiten als Beiratsvorsitzender in den Firmen Graen, München und Penta, Aschaffenburg, kamen hinzu.

Über diesen weitgesteckten unternehmerischen Rahmen hinaus engagierte sich der Unternehmer **Günter Späth** in einer Reihe von Ehrenämtern. 1993 wurde das Exequatur als Honorarkonsul für die Republik Ungarn durch das Auswärtige Amt er-



teilt, auch dies ein Ausdruck für den nach wie vor begeisterten und überzeugten Europäer **Günter Späth**. Denken und Handeln über die engen Grenzen hinweg gehört zu seinen Überzeugungen. Deutlich wurde dies durch seine Arbeit als Mitglied im Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, Bonn, zuständig für Ungarn, ebenso wie in seiner Tätigkeit als Mitglied im Außenhandelsausschuß der IHK Nürnberg.

Unserem Vorstand gehört **Konsul Späth** seit 1991 an. Seit dieser Zeit hat **Konsul Späth** ebenfalls das verantwortungsvolle Amt des Präsidenten des Deutschen Chemikalien-Groß- und Außenhandels-Verbandes mit Zuständigkeit für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, einschließlich der fünf neuen Bundesländer, inne, ein Amt, in dem er gerade in der zweiten Wahlperiode bis 1996 bestätigt wurde.

Wir wünschen **Konsul Günter Späth** an diesem seinem runden Geburtstag noch viele Jahre die ihn kennzeichnender Schaffenskraft, weiterhin persönlichen und geschäftlichen Erfolg sowie noch viele glückliche und erfüllte Jahre. Herzlichen Glückwunsch!

BUCHBESPRECHUNGEN

ARBEITSRECHT IN AUSBILDUNG UND PRAXIS

Wirtschaftsverlag Bachem,
Ursulaplatz 1, 50668 Köln

KLEMENS MARIA DÖRNER
Praktisches Arbeitsrecht I

- Das arbeitsgerichtliche Verfahren
- Begründung und Inhalt des Arbeitsverhältnisses
- Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses

2., überarbeitete Auflage 1993

KLEMENS MARIA DÖRNER/
MARTIN WILDSCHÜTZ
Praktisches Arbeitsrecht II

- Arbeitskampfrecht
- Tarifvertragsrecht
- Betriebsverfassungsrecht

1993

Praktisches Arbeitsrecht I

Der Inhalt:

1. Teil – Das arbeitsgerichtliche Verfahren
2. Teil – Grundbegriffe und Rechtsquellen des Arbeitsrechts
3. Teil – Begründung und Inhalt des Arbeitsverhältnisses
4. Teil – Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses
5. Teil – Die Weiterbeschäftigung des gekündigten Arbeitnehmers
6. Teil – Das Arbeitszeugnis

Anhand der Rechtsprechung des BAG sowie der LAGe wird das Individualarbeitsrecht unter Berücksichtigung aktueller Literaturauffassungen bis zum 31.5.1993 erörtert. Schwerpunkt bildet hier das Kündigungsschutzrecht.

Mit der zweiten Auflage wurde das Buch insgesamt aktualisiert und in einigen Teilen – wie der Darstellung des Beschlußverfahrens, des Urlaubsrechts sowie der Anhörung des Betriebsrats vor Arbeitgeberkündigungen und des Zeugnisrechts – wesentlich erweitert.

Neu aufgenommen wurden die Besonderheiten des Arbeitsrechts in den neuen Bundesländern.

Praktisches Arbeitsrecht II

Der Inhalt:

1. Teil – Arbeitskampfrecht
- Die Mittel des Arbeitskampfes, ihre Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen sowie die Aus-

wirkungen von rechtmäßigen und rechtswidrigen Arbeitsk Kampfmaßnahmen werden ausführlich dargestellt. Erörtert werden auch die sozialrechtlichen Folgen des Arbeitskampfes.

2. Teil – Tarifvertragsrecht

Die Voraussetzungen für den Abschluß von Tarifverträgen sowie deren Inhalt, Form, Auslegung und rechtliche Grenzen werden ausführlich behandelt.

Besondere Berücksichtigung finden die Rechtsprobleme, die im Zusammenhang mit der Arbeitszeitflexibilisierung auftreten.

3. Teil – Betriebsverfassungsrecht

Besonders dargestellt werden der Anwendungsbereich des Betriebsverfassungsrechts sowie Organisation, Rechtsstellung und Mitwirkungsrechte des Betriebsrates. Die Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat werden eingehend behandelt. Die zentralen Probleme werden anhand der Rechtsprechung des BAG sowie unter Berücksichtigung der Kommentierungen zu TVG und BetrVG erörtert.

REISEKOSTEN PRIVATE WIRTSCHAFT 1995

Bearbeitet von Dipl.-Volkswirt Hans-Richard Pohlmann, Steuerberater

1995 – kartoniert – 128 Seiten – DM 32,80 – ISBN 3-08-311095-2 – Stollfuß Verlag Bonn

Die steuerliche Behandlung der Reisekosten für Selbständige und Arbeitnehmer unterliegt einem ständigen Wandel. Gleiches gilt für die Bewirtungskosten und die Kosten für betrieblich oder beruflich veranlaßte Geschenke.

Die Neuauflage der Reisekosten-Tabelle für die private Wirtschaft beinhaltet alle aktuellen Änderungen der einschlägigen Rechtsprechung sowie die neuen Formvorschriften für Bewirtungsrechnungen.

Die geltenden Unterschiede für Gewerbetreibende, selbständig Tätige und Arbeitnehmer werden berücksichtigt.

Umfassende Erläuterungen zur Umsatzsteuer erleichtern die Berechnung von Vorsteuern und die Ausstellung von Rechnungen. Zahlreiche Übersichten ermöglichen eine schnelle Kostenabrechnung von Inlands- und Auslandsreisen sowie von Aufwendungen für die Bewirtung von Geschäftsfreunden und Mitarbeitern.

Hinweise auf wichtige BFH-Urteile fehlen nicht.

BRECHT

ENTGELTFORTZAHLUNG AN FEIERTAGEN UND IM KRANKHEITSFALL

Entgeltfortzahlungsgesetz

mit Erläuterungen von Dr. Hans-Theo Brecht, Ministerialrat im Bundesministerium für Frauen und Jugend

1995

XI, 164 Seiten. Kartoniert:

DM 28,-/OES 219,-/SFR 28,-

ISBN: 3-406-38958-9

Das neue Entgeltfortzahlungsgesetz schafft für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden eine einheitliche und gemeinsame Rechtsgrundlage für die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall und an Feiertagen. Es bringt bedeutsame Änderungen:

- Im Recht der Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall entfällt die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten.
- Die Möglichkeit, geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer von der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auszunehmen, ist beseitigt worden.
- Die Anzeige- und Nachweispflichten werden für alle Arbeitnehmer vereinheitlicht.
- Die Entgeltfortzahlung für Kuren wird in Anlehnung an das bisher nur für Arbeiter geltende Recht einheitlich für alle Arbeitnehmer geregelt.

Die Kommentierung bezieht Rechtsprechung und Literatur zum bisherigen Recht ein und berücksichtigt alle Änderungen mit Stand Juni 1994.

Für Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Personalbüros, Sozialversicherungs- und Sozialleistungsträger, Rechtsanwälte, Gewerkschaftssekretäre und Richter ist diese aktuelle Kommentierung ein zuverlässiger und unentbehrlicher Ratgeber für den Umgang mit dem neuen Recht.

Beck-Verlag, Wilhelmstr. 9, 80801 München

SCHNELLÜBERSICHT SOZIALVERSICHERUNG

Von Werner Greilich, Referent, und Gerd Tritz, Hauptgeschäftsbereichsleiter, beide AOK Rheinland, Düsseldorf/Köln.

38. Auflage 1995

Lexikonformat – kartoniert – ca. 90 Seiten
DM 32,80 – ISBN 3-08-314195-5

Stollfuß Verlag, Bonn, Tel. 02 28/724-359

Die Einführung der sozialen Pflegeversicherung stellt die Personalsachbearbeiter in den Betrieben sowie die Mitarbeiter der einzelnen Sozialversicherungsträger im Jahr 1995 vor neue Aufgaben.

Die Schnellübersicht Sozialversicherung gibt auf alle Fragen zur Versicherungspflicht, zur Versicherungsfreiheit und zu den Möglichkeiten der Befreiung von der Versicherungspflicht sowohl in der Kranken- und Pflegeversicherung als auch in der Renten- und Arbeitslosenversicherung Antwort.

Die Gliederung in

- Personenkreise (z.B. Arbeiter, Angestellte, Rentner, Beamte usw.)
 - Versicherungszweige (Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung)
 - Beitragsgruppen
- verspricht eine unkomplizierte Nutzung der Informationen.

In der Neuauflage 1995 sind jetzt auch Entscheidungsdiagramme enthalten, die durch gezielte Fragestellungen mit Ja/Nein-Antworten zur richtigen versicherungsrechtlichen Beurteilung führen.

AUSSENWIRTSCHAFT: ADRESSEN SUCHEN MIT SYSTEM

Mit der zweiten, völlig überarbeiteten und stark erweiterten Auflage 1995

„Kontaktstellen für die Deutsche Außenwirtschaft“

legen IHK-Gesellschaft und FAZ-Informationsdienste einen aktuell recherchierten Leitfaden durch die Flut der Kontaktstellen für die deutsche Außenwirtschaft in aller Welt vor. Mit über 10.000 Adressen für den Außenhandel in der Bundesrepublik Deutschland und 174 weiteren Ländern weltweit werden unter anderem deutsche und ausländische Wirtschaftsförderungsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland und Vertretungen der deutschen Wirtschaft im Ausland vorgestellt.

Kontaktstellen für die Deutsche Außenwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und weltweit

ISBN 3-7639-0031-4

2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage 1995

592 Seiten, DIN A5 – DM 58,80 (incl. MwSt. zzgl. Versandkosten)

W. Bertelsmann Verlag, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld

LGA-NÄCHRICHTEN



B · G · A

BUNDESVERBAND DES DEUTSCHEN GROSS- UND AUSSENHANDELS E.V.

PRÄSIDENT UND VIZEPRÄSIDENTEN

AUFRUF

In den vergangenen drei Jahren ist die Zahl der Ausbildungsanfänger in Westdeutschland auch im Groß- und Außenhandel zurückgegangen. Daß die Ausbildungssituation für Jugendliche noch nicht dramatisch ist, hat nur die Ausbildungsleistung in Ostdeutschland verhindert.

Angesichts der insgesamt verbesserten wirtschaftlichen Lage im Exporthandel rufen wir alle Unternehmer unserer Wirtschaftsstufe dazu auf, eine Trendumkehr im Ausbildungsangebot einzuleiten und in diesem Jahr mehr Ausbildungsplätze anzubieten, vor allem in den Problemregionen Ruhrgebiet und Ostdeutschland. Die freiwerdenden Ausbildungsplätze des starken Jahrgangs 1992 müssen wieder besetzt werden.

Der Aufschwung und die verbesserte Auftragslage erfordern gut qualifiziertes Personal. Kurzfristiges Kostendenken führt in die personalpolitische Sackgasse. Es gilt heute auszubilden, damit morgen die benötigten Fachkräfte eingesetzt werden können. Dazu werden auch die schulischen und betrieblichen Ausbildungspläne modernisiert.

Denken Sie daran: Ausbildung ist eine unternehmerische Aufgabe. Ohne qualifizierten Nachwuchs sind Sie dem Wettbewerb nicht gewachsen. Die Arbeitsämter, Kammern und Verbände beraten und unterstützen Sie. Auch Ausbildungsverbünde mit anderen Unternehmen sind möglich.

*Dr. Michael Fuchs**Karl-Günther Cloos**Senator Helmut Hartmann**Konsul Dr. Lorenz-Meyer**Dirk Malmedé**Gundolf Praast**Frank Hartwig*

INHALTSVERZEICHNIS

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt:	
Bayerischer Unternehmertag 1995	4
5 Jahre Landesverband Thüringen	5
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales:	
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose 1995 bis 1999	5
Steuer und Verkehr:	
Europäische Verpackungsrichtlinie setzt niedrigere Standards	7
Firmenportrait:	
DER SCHAFF – ein modernes Unternehmen Tradition	8
Steuer und Verkehr:	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummern	9
Stichwort: Factoring	9
Berufsbildung:	
Tag der offenen Tür im Bildungszentrum	12
Bessere Berufschancen durch Fremdsprachen	12
Leonardo	12
Dänische Praktikanten	12
Kraftfahrzeugmechaniker und Bürokauffrau – die beliebtesten Ausbildungsberufe	13
Branchenlexikon:	
Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft	13
Buchbesprechungen	14

AUF EINEN AUGENBLICK

Ein herrliches Jahr! Gott!

Die 7. Jahreszeit sollte man sie nennen, die Tarifverhandlungszeit. Neben Frühling, Starkbier, Sommer, Herbst, Wies'n und Winter prägt das alljährliche Ritual der Tarifpartner wie kein anderes Ereignis das Zeitgeschehen. Das ist sehr wohl akzeptabel und begrüßenswert, denn damit wird der Tarifautonomie der Stempel der Unverwechselbarkeit, der Unentbehrlichkeit und der Richtungsweisung aufgedruckt.

Allerdings muß dahingestellt bleiben, ob die unterschiedlichen Tonlagen der Lohntüten-Kassandras im Entgeltfrühling immer gleichermaßen dem Anspruch orakelhafter Akzeptanz dienlich sind. Damit sind natürlich zunächst die Tarifgedichte der Gewerkschaften gemeint, denn deren Reim hält einer soliden Betrachtung ebensovienig stand wie das Versmaß. Es ist inzwischen leidige Übung geworden, daß Forderungsgenuß und Gehaltsabschluß zwar phonetisch zueinander wohlklingen, aber zwei völlig verschiedenen Zyklen zugehören, etwa so wie Dichtung und Wahrheit.

Kritisch ist aber ebenso anzumerken, daß manche Tarifapostel der Arbeitgeberverbände mit ärgerlichem Selbstverständnis Abschlüsse als Erfolg präsentieren, die leider Gottes als Pilotergebnisse wirken, obwohl sie die Landschaft eher verunstalten als kultivieren. Eine Harmonisierung der Tarifstrategien scheint unabdingbar. Nur bleibt die bange Frage, sind die Tarifkritiker in der Industrie stark genug, um sich in ihren eigenen Reihen angesichts ihrer Vorreiterrolle durchzusetzen?

1995 waren sie es nicht. Die forsche Gangart am Beginn der Verhandlungen endete mit müden Schritten zu 3,8 +. Für alle, die nach diesem Fehlabschluß jetzt an der Reihe sind, ist die Meßlatte aufgelegt, zum Schaden der Konjunktur, zum Schaden der mittelständischen Unternehmen. Dies festzustellen bedeutet nicht feindselige Schelte, sondern ist berechtigter Ausdruck partnerschaftlicher Sorge für die Zukunft. So soll es nicht weitergehen.

1992 war überall im Handel die Welt noch einigermaßen in Ordnung. Danach aber erlitten sowohl der Konsumgüter-Großhandel wie auch die Produktionsverbindung drastische Einbußen, von denen sich weite Bereiche bis heute nicht erholt haben. Die Situationsberichte des Einzelhandels sind unverändert finster und man darf die alte Weisheit nicht vergessen, wonach es dem Lieferanten nur so gut gehen kann, wie es seinen Kunden geht.

Die Preissituation hat im Großhandel ihre absolute Härteschwelle erreicht. Die Kostenbelastung wird durch Nebengebühren bis zu 2/3 über dem europäischen Durchschnitt, durch niedrigere Auftragsseinheiten und durch Währungsverluste zusätzlich belastet. Da ist es nicht „kriegsentscheidend“, daß in einigen industrienahen Sektoren die Mengeneinbußen der vergangenen Jahre allmählich wieder aufgeholt werden.

Wir gehen im Groß- und Außenhandel in Tarifverhandlungen mit der Hypothek des Metallabschlusses. Da hilft es nur wenig, wenn die Industriekollegen nun heftige Manöverkritik üben. Den Verteidigern der 95er-Metalltarif-Runde auf beiden Seiten muß man mit aller Deutlichkeit sagen, daß es nicht ihrer Tarifpolitik zu verdanken ist, wenn der Aufschwung trotzdem stattfindet, sondern der Konsequenz, der Vernunft und der Qualifikation von Unternehmen und Mitarbeitern, gerade in mittelständischen Betrieben.

„Tarifautonomie braucht vernünftige Tarifpartner“. Wir werden sehen, ob DAG und HBV 1995/96 im Groß- und Außenhandel realistische Kompromißpositionen oder erneut die Strategie der verknöcherten, unflexiblen und schädlichen Polarisierung vorziehen. Abschlüsse auf Kosten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zu Lasten des Arbeitsmarktes darf es nicht mehr geben.

*Der
Werner Sattel*

Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (0911) 20 31 80
Telefax Nürnberg (0911) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) - Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) - Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) - RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) - RA Bethcke - RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) - RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiner Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, 80335 München, Nymphenburger Str. 1, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler

Druck: typobiert, 80809 München, Riesenfeldstraße 56

Telefon 359 60 66-68

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtstoffpapier

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

BAYERISCHER UNTERNEHMERTAG 1995

FÜR EINEN VERSTÄRKTEN DIALOG ZWISCHEN POLITIK UND WIRTSCHAFT

Weil die sachlichen Voraussetzungen für den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft so ungünstig sind, müssen wir nach neuen Wegen suchen. Dafür brauchen wir gemeinsame Visionen – also längerfristige Zielvorstellungen für unsere täglichen Entscheidungen. VAB-Präsident Stärker meinte:

Erstens: Wie soll die deutsche Wirtschaft in 15 bis 20 Jahren aussehen? Wollen wir dem schleichenden Niedergang der Industrie tatenlos zusehen? Wir sollten es dem Markt überlassen, wieviel Industrie und wieviel Dienstleistungen unsere Volkswirtschaft in 15 bis 20 Jahren benötigt. Wir dürfen die Industrie weder abschreiben noch kaputtreden! Die deutsche Industrie benötigt faire Bedingungen, um auch künftig im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Ich bin strikt gegen Subventionen zur Erhaltung des Industriestandorts Deutschland, aber auch strikt gegen eine Unternehmens-Besteuerung, die das internationale Maß sprengt! Wir werden es nicht verhindern können, daß eine Anzahl von industriellen Tätigkeiten ins Ausland abwandert. Wir brauchen kostengünstige Fertigungsstätten im Ausland, damit die Stammhäuser bei uns nicht ins Wackeln kommen. Wir müssen verhindern, daß durch fragwürdige Ökosteuer-Konstruktionen komplette Branchen vertrieben werden. Wir müssen beim Umweltschutz wenigstens in Westeuropa im Gleichschritt marschieren.

Die zweite Grundfrage lautet: Wie soll die deutsche Gesellschaft künftig aussehen? Können wir uns einen weiteren Ausbau des Sozialstaates leisten? Im Jahr 1970 hielten sich die Investitionen von Staat und Wirtschaft mit 172 Milliarden DM noch die Waage mit dem Sozialbudget von 179 Milliarden DM. Im Jahr 1994 wurden 748 Milliarden DM in die Zukunft investiert – aber weit über 1.1000 Milliarden DM in das Sozialbudget gesteckt. Dabei ist die neue Pflegefall-Versicherung noch gar nicht mitgerechnet.

Es ist eine Illusion zu glauben, daß sich diese Schere zwischen Investitionen und Sozialbudget immer weiter öffnen ließe. Unter

dem Strich müssen alle Sozialhaushalte zurückgefahren werden. Wirtschaft und Politik müssen sich deshalb auf eine gesellschaftliche Vision einigen, die ökonomische Bodenhaftung behält. Ich bin dafür, daß so-



VAB-Präsident Hubert Stärker

ziale Not in einem der reichsten Länder der Welt gelindert wird. Ich bin aber dagegen, daß wir ein Vollkasko-System für sämtliche Lebensbereiche paritätisch aus den Sozialhaushalten finanzieren. Bereits die Pflegefall-Versicherung schießt weit über das Ziel hinaus. Den neuen Bundesländern muß Hilfe zur Selbsthilfe zukommen, das gehört zu unseren patriotischen Pflichten. Ich halte aber gar nichts davon, zu diesem Zweck auch die Sozialkassen zu plündern, die unseren Mitarbeitern gehören. Inzwischen werden aus den drei Töpfen der Sozialversicherung über 100 Milliarden DM sachfremde Leistungen finanziert!

Das dritte Feld, auf dem wir die Visionen von Politik und Wirtschaft besser in Einklang bringen müssen, ist Bildung und Qualifizierung. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam mehr für die Attraktivität der Berufsbildung tun. Die halbe Welt schickt Experten zu uns, um das duale System zu kopieren – und wir schauen zu, wie es langsam verkümmert. Ein Grund dafür

liegt in unserer Neigung zur totalen Perfektion. Bevor ein neues Berufsbild überhaupt entstehen kann, diskutieren Dutzende von Experten über viele Jahre hinweg über die Lerninhalte. Zu oft lautet das Motto: Je mehr, desto besser!

Dialog kann Verantwortung nicht ersetzen. Unsere Gesellschaft beruht auf klaren Zuständigkeiten, die nicht verwischt werden dürfen. Die Unternehmer haben die Aufgabe, mit dem ihnen anvertrauten Kapital sorgfältig umzugehen. Sie tun dies im Rahmen der politischen Vorgaben. Die Politik hat die Pflicht, die Rahmenbedingungen zu setzen.

PODIUMSDISKUSSION „ZUKUNFTSDIALOG FÜR BAYERN“

Ohne den Menschen geht es nicht, weder in der Hochtechnologie, in der „lernenden Organisation“ moderner Unternehmensführung, noch bei den Datenautobahnen der Zukunft. Das war eines der Ergebnisse der hochrangig besetzten Podiumsdiskussion auf dem Bayerischen Unternehmertag 1995 in München (23.3.), unter der Moderation von Helmut Markwort, Chefredakteur und Geschäftsführer des Nachrichtenmagazins „Focus“, und veranstaltet von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB).

Die Kommunikation zwischen den Anbietern des Wissens und den potentiellen Kunden dieses Wissens sei wichtiger als die Organisation. Es komme auf maximale Delegation und optimale Kommunikation zwischen den Betroffenen an, konstatierte Bernd Pischetsrieder, Vorsitzender des Vorstandes der BMW AG, München. Auch Dr. Albrecht Schmidt, Sprecher des Vorstandes der Bayerischen Vereinsbank AG, München, hielt die Ausgestaltung der Organisation oder der Vertriebswege für unbedeutend. Vielmehr müsse die Einstellung der Menschen in Gesellschaft und Unternehmen geändert werden. Man müsse gegen die „Besitzstandswahrung“ einwirken, vor allem mit dem Rat, daß der Wandel permanente Aufgabe ist. Risiken seien zu managen, um Schäden in der Zukunft zu vermeiden.

Auch Dr. Otto Wiesheu, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, wollte die Einstellung der Menschen ändern, und zwar gegenüber bestimmten Bereichen der Hochtechnologie wie Bio- und Gentechnologie, Kernenergie, alternative Energien und Multimedia. Wiesheu: „Wenn man bei zehn Feldern der Hochtechnologie nicht dabei ist, ist man mit Sicherheit nicht bei den fünf Feldern, die in Zukunft von Bedeutung sind.“ Professor Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Leiter des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe, riet, neben Mentalitätskrise auch über neue Organisationsformen und insbesondere Anreizmechanismen nachzudenken. Hochtechnologie sei zweifellos wichtig, meinte Professor Dr. Walter Ch. Zimmerli, Ordinarius für Philosophie an der Otto-Friedrich-Universität, Bamberg. Man müsse sie jedoch als „Mensch-Maschine-Tandem“ verstehen. Für Datenautobahn, künstliche Intelligenz und andere Computeranwendungen müsse der Mensch der kreative Teil sein.

LGA-VERBANDSTAG

13. JULI 1995

IN NÜRNBERG

5 JAHRE LANDESVERBAND THÜRINGEN

Anläßlich des fünfjährigen Gründungstages unseres Schwesternverbandes LGA Thüringen fand eine gemeinsame Sitzung der Vorstandsgremien beider Verbände am 7.3.1995 in Gera statt, bei der die partnerschaftliche Verbundenheit der Großhan-



LGA-Präsident Helmut Hartmann

delsverbände Bayern und Thüringen ihren Ausdruck fand.

Der LGA Thüringen, im März 1990 unter tätiger Mithilfe des LGA Bayern mit 39 Unternehmen gegründet, umfaßt heute 112 Mitgliedsfirmen und ist damit in der Lage, repräsentative Aussagen für den Groß- und Außenhandel in diesem Bundesland zu treffen. Präsident Senator **Helmut Hartmann** brachte für die bayerische Delegation seine Freude über die erfolgreiche Verbandsgründung und die fruchtbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Verbände zum Ausdruck und erinnerte noch einmal an die damalige Situation, insbesondere aber auch an die seitdem festzustellende kontinuierliche Aufwärtsentwicklung Thüringens, das heute mit einer Bruttosozialproduktsteigerung von 11,6% an der Spitze der neuen Bundesländer steht. Die in der Leipziger Erklärung zum Groß- und Außenhandel in den neuen Bundesländern erhobenen Forderungen seien – Dank des starken Einsatzes des Bundesverbandes (BGA) – von der Bundesregierung zu Teilen bereits akzeptiert, weitere Umsetzungen würden erfolgen, so daß mit einer weiteren positiven Entwicklung des LGA Thüringen und einer Reihe neuer Aufgaben des Thüringer Verbandes und des LGA Bayern in erheblichem und umfangreichen Maße zu rechnen sein wird.

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

BESCHÄFTIGUNGSHILFEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE 1995 BIS 1999

§ 1 Zielsetzung

- (1) Die Leistungen des Bundes nach diesen Richtlinien sollen dazu beitragen, die Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in das Arbeitsleben zu erleichtern.
- (2) Die Bundesanstalt für Arbeit kann nach diesen Richtlinien und den Vorläufigen Verwaltungsvorschriften zu §§ 44 und 44a Bundeshaushaltsordnung (BHO) aus Mitteln des Bundes die Einstellung Langzeitarbeitsloser in ein Beschäftigungsverhältnis in den Jahren 1995 bis 1998 fördern, das sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt begründet worden wäre.
- (3) Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Die Förderung kann nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erfolgen.

4) Eine Kombination mit zusätzlichen Landes- und Kommunalmitteln und mit öffentlichen Investitionsprogrammen ist möglich. Neben der Förderung durch entsprechende Leistungen der Arbeitsförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (§§ 49, 54, 91, 97, 242s und 249h Arbeitsförderungsgesetz) ist eine Förderung nach diesen Richtlinien nicht zulässig. Die Vorschaltung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, vor allem einer Qualifizierung der Langzeitarbeitslosen, vor Förderung nach diesen Richtlinien kann zweckmäßig sein.

§ 2 Förderung

- (1) Einem Arbeitgeber kann ein Lohnkostenzuschuß gewährt werden, wenn er mit einem Arbeitnehmer, der unmittelbar vor der Einstellung ein Jahr oder länger beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet war, ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 18 Stunden begründet und der Lohnkostenzuschuß

für die berufliche Eingliederung des Langzeitarbeitslosen erforderlich ist. Arbeitnehmer, die ihre Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen für mindestens drei Jahre unterbrochen haben und unmittelbar vor der Einstellung mindestens ein halbes Jahr beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren, stehen Langzeitarbeitslosen gleich, die ein Jahr bis unter zwei Jahre arbeitslos waren.

- (2) Die Dauer der Arbeitslosigkeit im Sinne des Absatzes 1 wird nicht unterbrochen durch Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 105b Arbeitsförderungsgesetz. Bei der Berechnung der Dauer der Arbeitslosigkeit bleiben folgende Unterbrechungen innerhalb einer Rahmenfrist von fünf Jahren unberücksichtigt:

- Beschäftigung in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (§ 91 Arbeitsförderungsgesetz), in einer Maßnahme der

produktiven Arbeitsförderung (§§ 242s und 249h Arbeitsförderungsgesetz) oder nach § 19 Bundessozialhilfegesetz,

- Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme, einer beruflichen Rehabilitationsmaßnahme, einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (nach §§ 40, 40a, 40b Arbeitsförderungsgesetz) oder einem individuell geförderten Deutschsprachlehrgang (§ 62a Arbeitsförderungsgesetz),
- Probebeschäftigung nach § 17 Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung der Arbeitsaufnahme oder nach § 55a Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter sowie Beschäftigungen bei Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung mit dem Ziel des späteren Abschlusses eines unbefristeten Arbeitsvertrages mit dem Entleiher,
- Freistellung und Zeiten während eines Beschäftigungsverbots nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz und dem Mutterschutzgesetz,
- Zeiten zur Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder und pflegebedürftiger Personen,
- Zeiten des Wehr- oder Ersatzdienstes,
- Beschäftigung mit einer Gesamtdauer bis zu sechs Monaten,
- kurze Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit ohne Nachweis,
- Verbüßung einer Haftstrafe.

Ergibt sich der Tatbestand einer unschädlichen Unterbrechung üblicherweise nicht aus den Unterlagen der Arbeitsvermittlung, so reicht Glaubhaftmachung aus.

(3) Das Erfordernis einer Förderung nach diesen Richtlinien im Anschluß an eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (§ 91 Arbeitsförderungsgesetz), eine Maßnahme der produktiven Arbeitsförderung (§§ 242s und 249h Arbeitsförderungsgesetz) oder eine Beschäftigung nach § 19 Bundessozialhilfegesetz ist besonders zu prüfen und zu begründen.

§ 3 Dauer und Höhe der Förderung

- (1) Der Lohnkostenzuschuß wird für 12 Monate gewährt.
- (2) Er beträgt
- bei Beschäftigung eines Arbeitnehmers, der drei Jahre oder länger arbeitslos war, in den ersten sechs Monaten 80 v. H. und

in den zweiten sechs Monaten 60 v. H.,

- bei Beschäftigung eines Arbeitnehmers, der zwei Jahre bis unter drei Jahre arbeitslos war, in den ersten sechs Monaten 70 v. H. und in den zweiten sechs Monaten 50 v. H.,

- bei Beschäftigung eines Arbeitnehmers, der ein Jahr bis unter zwei Jahre arbeitslos war, in den ersten sechs Monaten 60 v. H. und in den zweiten sechs Monaten 40 v. H. des tariflichen oder, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, des für die ausgeübte Tätigkeit ortsüblichen Arbeitsentgelts zu Beginn des Arbeitsverhältnisses. In besonderen Fällen kann die Förderungsdauer auch auf ein halbes Jahr beschränkt werden.

(3) Wird der Arbeitslose in ein Probearbeitsverhältnis mit einer Befristung von bis zu drei Monaten mit dem Ziel der unbefristeten Übernahme bei Bewährung eingestellt, so kann unbeschadet der Förderungsvoraussetzung des Abschlusses eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses während der Zeit des Probearbeitsverhältnisses eine Förderung in Höhe von 75 v. H. der bei Abschluß eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses vorgesehenen Förderung gewährt werden. Eine Förderung befristeter Probearbeitsverhältnisse darf jedoch nicht erfolgen, wenn bekanntermaßen kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse üblich sind, insbesondere zur Bewältigung saisonaler Arbeitsschwankungen. Wird das Arbeitsverhältnis während dieser Probezeit oder unmittelbar im Anschluß hieran beendet, so darf deshalb keine Rückforderung der Förderung nach § 9 Abs. 2 erfolgen. Die Förderung während des Probearbeitsverhältnisses wird auf die Gesamtdauer der Förderung angerechnet.

(4) Förderungsfähig ist nur das Arbeitsentgelt, das der Arbeitnehmer für den ersten regulären Lohnabrechnungszeitraum erhält; einmalige und wiederkehrende Zulagen, Zuschläge oder Zuwendungen bleiben unberücksichtigt. Erhält der Arbeitnehmer in der Förderungszeit ein geringeres Arbeitsentgelt als für den ersten Lohnabrechnungszeitraum, so ist der Förderungsbetrag dementsprechend anzupassen.

(5) Die Zahlung erfolgt monatlich nachträglich.

§ 4 Regionale Verteilung

(1) Die Bundesanstalt für Arbeit weist jährlich die Förderungskontingente den einzel-

nen Landesarbeitsämtern entsprechend dem Anteil der Langzeitarbeitslosen des jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirks an den Langzeitarbeitslosen im Bundesgebiet zu. Einen erforderlichen Mittelausgleich zwischen den Landesarbeitsämtern während des Haushaltsjahres regelt die Bundesanstalt für Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

(2) Die Aufteilung der Förderkontingente innerhalb eines Landesarbeitsamtsbezirks nimmt das Landesarbeitsamt nach Anhörung des Verwaltungsausschusses vor.

§ 5 Zeitlicher Geltungsbereich

Gefördert werden Beschäftigungsverhältnisse, die bis zum 31. Dezember 1998 begonnen werden.

§ 6 Leistungsempfänger

Der Anteil der geförderten Langzeitarbeitslosen, die unmittelbar zuvor Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezogen haben, an der Gesamtzahl der nach diesen Richtlinien geförderten Personen soll in jedem Kalenderjahr nicht unter 80 v. H. liegen.

§ 7 Verbesserung der Chancengleichheit

Die Arbeitsämter haben darauf hinzuwirken, daß weibliche Langzeitarbeitslose bei der Förderung entsprechend ihrem Anteil an den Langzeitarbeitslosen angemessen zu berücksichtigen sind.

§ 8 Antragstellung

Der Arbeitgeber hat den Zuschuß vor Abschluß des Arbeitsvertrages beim zuständigen Arbeitsamt zu beantragen. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des einstellenden Betriebes oder der einstellenden Dienststelle. Die Bundesanstalt für Arbeit kann im Einzelfall oder für Gruppen von Einzelfällen ein anderes Arbeitsamt oder eine andere Dienststelle für zuständig erklären.

DIE SEKTSTEUER

Die Sektsteuer wurde zu Kaiser Wilhelms Zeiten eingeführt, um die Flotte zu finanzieren. Die Flotte wurde inzwischen zweimal versenkt, die Sektsteuer zehnmal erhöht.

(Guido Westerwelle, Generalsekretär bei der FDP)

STEUER UND VERKEHR

EUROPÄISCHE VERPACKUNGS-
RICHTLINIE SETZT NIEDRIGERE
STANDARDS

Seit Dezember 1994 gibt es für die Europäische Union eine Verpackungs-Richtlinie, die in 18 Monaten in nationales Recht umgesetzt werden muß. Die Richtlinie zum Recycling von Verpackungsmüll schreibt zwei Möglichkeiten vor:

1. Stoffliches Recycling

Nach einer Übergangszeit von fünf Jahren sollen bis zu 45% des gesamten Verpackungsmülls stofflich wieder aufbereitet werden. Mindestens aber müssen 25% recycelt werden – wobei jede Stoffgruppe wenigstens 15% aufweisen muß.

2. Thermisches Recycling

Ausdrücklich zugelassen ist auch die energetische Verwertung von Altverpackungen.

Insgesamt soll die stoffliche und thermische Verwertung mindestens 50% und höchstens 65% betragen.

Allerdings bleibt die Europäische Verpackungs-Richtlinie mit den Quotenvorgaben für die stoffliche Verwertung weit hinter den Bestimmungen der deutschen Verpackungs-Verordnung von 1991 zurück. Diese schreibt bereits ab Mitte 1995 Mindest-Recycling-Quoten je nach Verpackungsmaterial von 64 bis 72% vor. Damit stellt die deutsche Verordnung nicht nur materiell höhere Anforderungen, sie übt auch durch die engen Fristen einen zusätzlichen zeitlichen Druck auf die Wirtschaft aus.

Darüber hinaus steht die EU-Verpackungs-Richtlinie im Widerspruch zu der ansonsten angestrebten Harmonisierung der Gemeinschaft. Denn sie läßt höhere nationale Verwertungsquoten nur dann zu, wenn Recycling-Kapazitäten verfügbar sind und der betreffende Mitgliedstaat eigene Sekundär-Rohstoffmärkte aufbaut.

Wird an der deutschen Verpackungs-Richtlinie weiterhin festgehalten, bedeutet dies massive Wettbewerbsnachteile für die deutschen Verpackungserzeuger, die Hersteller, Importeure und Vertrieber von Konsumwaren sowie die Verbraucher. Sie alle tragen die Kosten der hierzulande gültigen hohen stofflichen Verwertung, organisiert durch das Duale System Deutschland (DSD).

Zu berücksichtigen ist auch, daß strengere nationale Maßstäbe für die stoffliche Verwertung, als in der EU-Verpackungs-Richtlinie festgeschrieben, außer in

THOMAS SCHEUERLE UND
DIETER STRENG VIZEPRÄSIDENTEN
IN DER IHK NÜRNBERG

Zu Vizepräsidenten der IHK Nürnberg wurden für den Groß- und Außenhandel der 1. Vizepräsident unseres Landesverbandes, Thomas Scheuerle, Firma Alfred Graf, Nürnberg und Dieter Streng, Baustoffunion GmbH & Co. KG, Nürnberg, durch die Vollversammlung der IHK mit beeindruckender Stimmenzahl gewählt.

Neuer Präsident wurde Professor Hubert Weiler, Vorsitzender des Vorstandes der Stadtparkasse Nürnberg, seit 1986 Mitglied des Verwaltungsrates der Bayerischen Landesbank. Seit 1991 ist Kammerpräsident Hubert Weiler Vizepräsident und seit 1979 Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Nürnberg. 1991 wurde er vom Bayerischen Kultusminister zum Honorarprofessor ernannt.

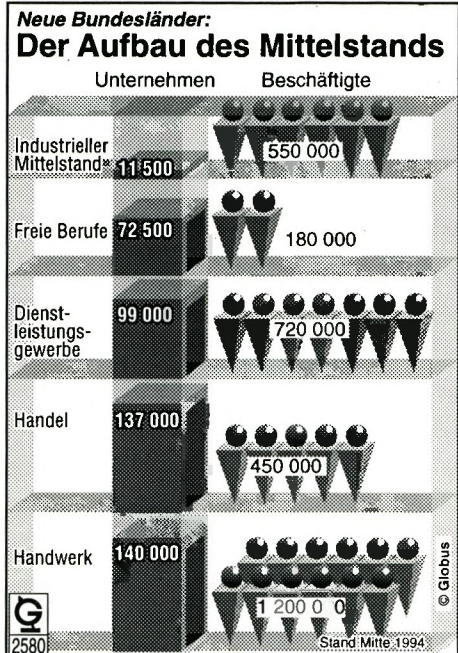
Allen drei Herren gelten unsere herzlichen Glückwünsche.

Deutschland noch in den Niederlanden, in Dänemark, Schweden und Österreich gelten.

Ein weiterer Unterschied zur deutschen Regelung ergibt sich dadurch, daß eine klar formulierte Produktverantwortung der Hersteller von Verpackungen sowie der Vertrieber verpackter Ware für das Abfallprodukt von der EU nicht gefordert wird. Das Verursacherprinzip kommt in der EU-Richtlinie nicht ausdrücklich zum Tragen. Vielmehr werden die EU-Staaten in die Pflicht genommen. Damit sollen vor allem die Schaffung einer einheitlichen Regelung für den Europäischen Binnenmarkt ermöglicht und Handelshemmnisse durch nationale Alleingänge verhindert werden.

Die Zulassung der energetischen Verwertung ist ein positiver Aspekt der Europäischen-Verpackungs-Richtlinie. Ökonomisch wie auch ökologisch wäre es, in diesem Punkt die deutsche Verordnung an die europäische Regelung anzugleichen. Dieser Gedankengang wird im übrigen bei der Überarbeitung der Deutschen Verpackungs-Verordnung auch verfolgt.

Ein Beleg dafür ist das Recycling von gemischten Kunststoffen und Verbundmaterialien. Hier liegen die direkten Kosten für Sammlung, Transport, Sortierung und Auf-



Die westdeutsche Wirtschaft ist eine überwiegend mittelständische Wirtschaft. Und auch in Ostdeutschland gewinnt der Mittelstand immer deutlicher an Kontur. Mitte 1994 gab es in den neuen Bundesländern 460 000 mittelständische Unternehmen, mit rund 3,1 Millionen Mitarbeitern.

bereitung deutlich über den Wiederbeschaffungskosten für die Primär-Rohstoffe. In der Abwägung zwischen energetischer Verwertung und stofflichem Recycling ist keine eindeutige Aussage unter Umweltaspekten zu Gunsten des stofflichen Recyclings möglich.

Für eine größere Transparenz in dieser Frage könnten Öko-Bilanzen sorgen. Sie stellen den ökologischen Vorteilen die jeweiligen Nachteile auch eines Verfahrens gegenüber. Eine wissenschaftlich eindeutige Methode der Öko-Bilanzierung gibt es allerdings z. Zt. noch nicht.

Eine energetische Verwertung bietet sich insbesondere dann aber an, wenn ein stoffliches Recycling aus Umwelt- und Kostengründen oder aufgrund von Marktgegebenheiten nicht sinnvoll ist.

Auch bei der energetischen Verwertung gelten in Deutschland hohe Standards. Prinzipiell sind hierzulande nur solche Anlagen zulässig, die über eine Emissionsbegrenzung nach der 17. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung verfügen. Zusätzlich schreibt das neue deutsche Abfallgesetz für Anlagen der thermischen Verwertung einen Mindestwirkungsgrad (Umwandlung von Rohstoff in Energie) von 75% vor. Zum Vergleich: Kohlekraftwerke haben einen Wirkungsgrad von etwa 40%.

FIRMENPORTRAIT

DER SCHAFF – EIN MODERNES UNTERNEHMEN MIT TRADITION

In der Region, für die Region

DER SCHAFF ist eines der traditionsreichsten Unternehmen Oberfrankens. Bereits 1854 legte August Schaff in Schwarzenbach an der Saale den Grundstein für die heutige Unternehmensgruppe. Mit seinen derzeit 255 Mitarbeitern hat DER SCHAFF im abgelaufenen Geschäftsjahr 1994 einen Umsatz von rund 110 Millionen Mark erwirtschaftet. Als ein Unternehmen „in der Region, für die Region“ versteht sich DER SCHAFF als ein leistungsstarker Partner für das Fachhandwerk.

Aktiv ist DER SCHAFF als Handelspartner tätig in den Produktbereichen Stahl, Sanitär, Heizung, Baubedarf, Werkzeuge, Elektromaschinen und Eisenwaren. Da sich DER SCHAFF als „Partner des Handwerks“ versteht, liefert er nicht an den Endverbraucher, sondern ausschließlich an das Fachhandwerk in den Bereichen Bau, Installation, Heizungsbau, Klempner, Dachdecker und an stahlverarbeitende Betriebe.

Täglicher Lieferservice

Für diese „Zielgruppe“ bietet DER SCHAFF ein umfangreiches „Servicepaket“ an. Damit die zahlreiche Kundschaft zuverlässig und schnell mit den nötigen Materialien versorgt werden kann, unterhält man bei DER SCHAFF einen eigenen Fuhrpark für den täglichen Lieferservice.

Baumaterialien nach Maß

Vor allem die Leute vom Bau wissen eine weitere Dienstleistung von DER SCHAFF zu schätzen, und zwar das Biegen von Baustahl und Betonstahlmatten sowie das Schneiden von Profilstahl nach individuellen Maßangaben.

Neu: Traumbäder zum Anfassen

Ein weiteres wichtiges Geschäftsfeld, auf dem sich DER SCHAFF erfolgreich betätigt, ist der Sanitärbereich. Als eines der ersten Unternehmen hat DER SCHAFF erkannt, daß der Bundesbürger immer größere Anforderungen an „sein Bad“ stellt. Der Trend, so die Fachleute bei DER SCHAFF, geht hin zum Badezimmer als Erlebnisraum, in dem Funktion, Design und Wohnlichkeit eine möglichst harmonische Einheit bilden sollen.

Um Bauherren die Suche nach dem „individuellen Wunschbad“ zu erleichtern, hat DER SCHAFF in Schwarzenbach/Saale und Ockrilla/Meißen eine neuartige „Bäder Galerie“ eingerichtet. Auf jeweils 500 Quadratmetern Ausstellungsfläche finden dort „Badefans“ wie Duschbegeisterte eine Fülle von Anregungen für das „eigene Traumbad“.

Service für Handwerker und Bauherren

Die „Bäder Galerie“ ist offen für jedermann. In erster Linie ist sie jedoch „eine Service-Leistung für unseren Partner, den Handwerker“. Allein schon, damit der Bauherr auch noch „nach Jahren Freude an seinem Schmuckstück hat“, arbeitet man bei DER SCHAFF nur mit Fachleuten aus dem Sanitär-Handwerk zusammen.

So verschieden die Wünsche des Endverbrauchers an sein Traumbad sind, so unterschiedlich sind meist auch noch die räumlichen Gegebenheiten für das künftige oder zu renovierende Badezimmer. Diese beiden Voraussetzungen unter einen Hut zu bringen, ließ bislang Bauherren, Architekten und Handwerker oftmals tagelang über planerischen Detailfragen brüten. Bei „DER SCHAFF“ ist das jetzt anders.

3-D Badplanung

Mit Hilfe eines Computers können die Badprofis bei DER SCHAFF in relativ kurzer Zeit „maßgeschneiderte Gestaltungsmöglichkeiten“ für das individuelle Wunschbad entwickeln. „Kollege Computer“ benötigt dafür lediglich einen genauen Grundriß des Badezimmers und errechnet sodann mehrere Planungsalternativen, die selbst auf kleinstem Raum noch ein Optimum an Badkomfort versprechen. Und damit man sich das ganze auch so richtig vor Augen führen kann, gibt es maßstabsgerechte Computer-Ausdrucke.

„Sesam-öffne-dich“ für den Installateur

Für seinen Geschäftspartner, den Installateur hält DER SCHAFF noch ein weiteres „Zuckerl“ bereit. Mittels einer modernen Chip-Karte, kann der Handwerksmeister auch nach Feierabend die „Bäder Galerie“ betreten und so den Endverbraucher in aller Ruhe optimal beraten.



▲ DER SCHAFF Niederlassung in Ockrilla/Meißen



▲ Traumbäder bei DER SCHAFF





▲ Stahl bei DER SCHAFF

Zuverlässiger und schneller Lieferservice dank eigenem Fuhrpark ▼



◀ Express-Depots in Schwarzenbach, Hof, Dresden, Ockrilla, Plauen und Ellefeld sorgen für einen kunden-nahen Lieferservice ▼



STEUER UND VERKEHR

UMSATZSTEUER-IDENTIFIKATIONS-NUMMERN

Das Bestätigungsverfahren für Umsatzsteuer-Identifikationsnummern wird benutzerfreundlicher gestaltet. Der Unternehmer erhält jetzt vom Bundesamt für Finanzen detaillierte Informationen, ob die von ihm nachgefragten Angaben zu seinen Geschäftspartnern von dem Mitgliedsstaat als zutreffend gemeldet werden, der die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer erteilt hat. Während der anfragende Unternehmer bisher nur die Mitteilung erhielt, ob die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer bzw. Name und Adresse des Geschäftspartners gültig oder ungültig sind, beziehen sich die Informationen nunmehr auf: USt-IdNr., Name, Ort, Postleitzahl und Straße des Kunden. Hat der Unternehmer Zweifel an der USt-IdNr. oder der Identität seines Kunden, kann er einen Antrag auf Bestätigung der Angaben beim Bundesamt für Finanzen – Außenstelle Saarlouis – stellen. Stimmen sämtliche Angaben überein und liegen alle Voraussetzungen für eine innergemeinschaftliche Lieferung vor, kann der Unternehmer steuerfrei liefern. Können die Angaben zur Person nicht bestätigt werden, sollte der Unternehmer diese im Zusammenwirken mit seinen Kunden aufklären. Dies ist Bestandteil seiner Sorgfaltspflicht (§ 6 a UStG). Mit Hilfe der detaillierten Angaben kann der Unternehmer ganz gezielt bei seinem Kunden nachfragen. Er ist nicht mehr auf Vermutungen angewiesen, bei welcher Angabe die Fehlerquelle liegen könnte.

STICHWORT: FACTORING

Im Factoring-Geschäft gibt es verschiedene Varianten. Außerdem existiert neben dem Factoring noch die Forfaitierung, die ebenfalls in vielem dem Factoring ähnlich ist. Hier die wesentlichen Unterschiede:

Echtes Factoring

Dieses auch Standard-Factoring genannte Verfahren ist in der Bundesrepublik am häufigsten. Der Factor kauft von seinem Factoring-Kunden (Anschlußkunden) sämtliche Forderungen an dessen Abnehmer, wobei in der Regel pro Abnehmer gemäß dessen Bonität Höchstlimite vereinbart sind. Sobald der Factor von seinem Factoring-Kunden die Rechnung erhält, bevorschußt er diese Rechnung zu 80 bis 90%, so daß der Factoring-Kunde sofort über Liquidität verfügt. Der restliche Rechnungsbe-

trag wird auf einem Sperrkonto einbehalten, bis der Abnehmer der Waren die Rechnung bezahlt. Skontoabzüge oder sonstiges durch den Abnehmer einbehalten, werden diese Abzüge von der Restsumme beglichen. Außerdem kann für den Fall des Zahlungsausfalls durch den Abnehmer mit dem Factoring-Kunden vereinbart sein, daß dann die Auszahlung des Restbetrages durch den Factor entfällt. Mit dem Kauf der Forderung übernimmt der Factor meist das Delkredere-Risiko, also das Risiko, daß die Forderung durch den Abnehmer nicht erfüllt wird, und auch die Debitorenbuchhaltung für den Factoring-Kunden.

Fälligkeits-Factoring

Diese Variante unterscheidet sich vom echten Factoring dadurch, daß es keine Bevorschussung der eingereichten Rechnung gibt. Der Factor zahlt an seinen Kunden erst, wenn die Forderung, etwa nach 90 Tagen, fällig geworden ist.

Export-Factoring

Factoring ist selbstverständlich auch im Außenhandel möglich und sinnvoll, zumal hier die Risiken in der Regel größer sind als im Binnenhandel. Allerdings spielt sich das Factoring im Export etwas komplizierter ab. Zunächst kommt es zur Vertragsgestaltung zwischen dem Forderungsverkäufer, also dem Factoring- oder Anschluß-Kunden, und dem Factor, der in diesem Fall als Export-Factor auftritt. Da der Export-Factor nicht selbst rund um die Welt präsent sein kann, arbeitet er mit einem Factor im Bestimmungsland für die Ware zusammen, dem sogenannten Import-Factor. Dieser prüft die Kreditwürdigkeit des Endabnehmers der Ware und setzt ein Kreditlimit fest, bis zu dem nach seiner Ansicht gefahrlos exportiert werden kann. Der Import-Factor, der sich mit dem Export-Factor die Arbeit teilt, muß die Forderung eintreiben. Der Kunde erhält sein Geld vom Export-Factor, der zusehen muß, daß er vom Import-Factor sein Geld zurückerhält.

Unechtes Factoring

Bei dieser Variante übernimmt der Factor nicht das Delkredere-Risiko. Da es sich hier nach höchstrichterlichen Urteilen um ein Kreditgeschäft handelt, bei dem auch sämtliche damit zusammenhängende Probleme wie der verlängerte Eigentumsvorbehalt der Lieferanten auftreten, spielt diese Variante heute kaum noch eine Rolle.

Forfaitierung

Dieses Finanzierungsinstrument wird vornehmlich im Export eingesetzt. Anders als beim Factoring werden meist mittelfristig Forderungen auch gegenüber wechselnden Kunden vom Forfateur gekauft, der wegen des höheren Risikos auf einer Absicherung der Forderung durch Akzept, Aval oder Bankgarantien besteht. Der Forfateur übernimmt das Delkredere-Risiko und das politische, das Transfer- und das Währungsrisiko. Der Forderungskäufer haftet für den restlichen Forderungsbestand.

DER LGA WAR DABEI

2. März

Vorstandssitzung des mit dem LGA verbundenen BKG-Bundesverband Kunstgewerbe Geschenkartikel & Wohndesign in Frankfurt: *Herr Adler, Herr Sattel, Herr Schwarz*

2./3. März

Sitzung des tarif- und sozialpolitischen Ausschusses des BGA in Wuppertal: *Herr Frankenberger*

3. März

Vorstandssitzung des Bildungszentrums in Nürnberg: *Frau Markmiller, Herr Müller-Lotter*

Kammerprüfung in Nürnberg aus Anlaß der Einführung des neuen Kammerpräsidiums mit den gewählten Vizepräsidenten Scheuerle und Streng

4. März

Standbetreuung „Berufsvorbereitung“ Neuburg a. d. Donau: *Frau Deutsch*

7. März

Gemeinsame Sitzung der Vorstandsgremien von LGA Bayern und Thüringen in Gera, anläßlich der dortigen Mitgliederversammlung: *Präsident Hartmann* an der Spitze einer 9-köpfigen bayerischen Delegation

8. März

Sozialgericht München: *Frau Deutsch*

Süddeutscher Arbeitskreis „Technische Chemikalien“ München: *Herr Mackholt*

9. März

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft des Handels: *Herr Klingsohr, Herr Sattel*

Sitzung Berufssachulbeirat München: *Frau Deutsch*

13. März

BGA-Verkehrsausschuß, Bonn: *Herr Mackholt*

22. März

Geschäftsführerbesprechung Thüringen/Bayern mit Hauptgeschäftsführer Axmann aus Gera in München: *Herr Sattel*

100 Jahre Arbeitsamt München: *Frau Deutsch*

23. März

Bayerischer Unternehmertag in München: *Präsident Hartmann, Frau Deutsch*

24. März

Geschäftsführerbesprechung der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern: *Herr Sattel*

25. März

Tag der offenen Tür des Bildungszentrums des Bayerischen Handels in München mit Vorträgen und Podium: *Frau Deutsch, Herr Sattel*

28. März

Sitzung des LGA-Präsidiums in München unter Leitung von Herrn Präsident Hartmann und in Verbindung mit einem Arbeitsessen für den neugewählten Handels-

BANANENKONFLIKT BEDROHT DEN FREIEN WELTHANDEL

Die Bananenmarktordnung der Europäischen Union, besser das Bananendiktat, bedroht den freien Welthandel insgesamt. Das Thema bleibt auf der handelspolitischen Tagesordnung trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofes, der die Klage der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen hat und die Bananenmarktordnung als vereinbar mit den Römischen Verträgen bezeichnet hat.

Um dabei aktive Partner und Mitstreiter zu gewinnen und mit guten Argumenten zu motivieren, ist das Buch von

Professor Bernd-Artin Wessels

„Das Bananendiktat – Plädoyer für einen freien Außenhandel Europas“ erschienen.

Campus Verlag
Heerstraße 149, 60488 Frankfurt/M.

referenten im bayerischen Wirtschaftsministerium, *Herrn Dr. Nützel*

Fruchthandelsverband – Jahrestagung: *Frau Deutsch*

29. März
Besprechung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie über bildungspolitische Fragen: *Frau Deutsch*

IHK-Schlichtungsausschuß, München: *Frau Deutsch*

30. März
Sitzung der LGA-Erfahrungsaustauschgruppe Augsburg unter der Leitung von Herrn Präsident Hartmann

5. April
Teilnahme an Schrauben-Museum-Eröffnung Firma Keller & Kalmbach München: *Frau Deutsch*

10. April
Sitzung der Großen Tarifkommission des LGA in München unter Leitung der Herren Scheuerle und Sahlberg

Geschäftsführerbesprechung Bayern, Hessen, Baden-Württemberg zu tarifpolitischen Problemen: *Herr Sattel, Herr Frankenberger*

12. April
Besprechung zur Vorbereitung eines Rechtsgutachtens durch Herrn Prof. Hromadka, Passau: *Herr Sattel, Herr Frankenberger*

13. April
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern: *Herr Klingsohr, Herr Sattel*

19. April
Arbeitstagung der in der „Südschiene“ kooperierenden Landesverbände von Bayern, Hessen und Baden-Württemberg in Frankfurt unter Teilnahme der Präsidenten und Hauptgeschäftsführungen

20. April
Sitzung des LGA-Ausschusses für Betriebswirtschaft, Verkehr und Umwelt in München unter der Leitung von Herrn Dr. Wolfrum

25. April
BGA-Umweltausschuß: *Herr Mackholt*

Arbeitssitzung mit dem neuen Handelsreferenten im Wirtschaftsministerium, Herrn Dr. Nützel

26. April
Eröffnungsfeier der Firma Gienger in Markt Schwaben: *Herr Frankenberger*

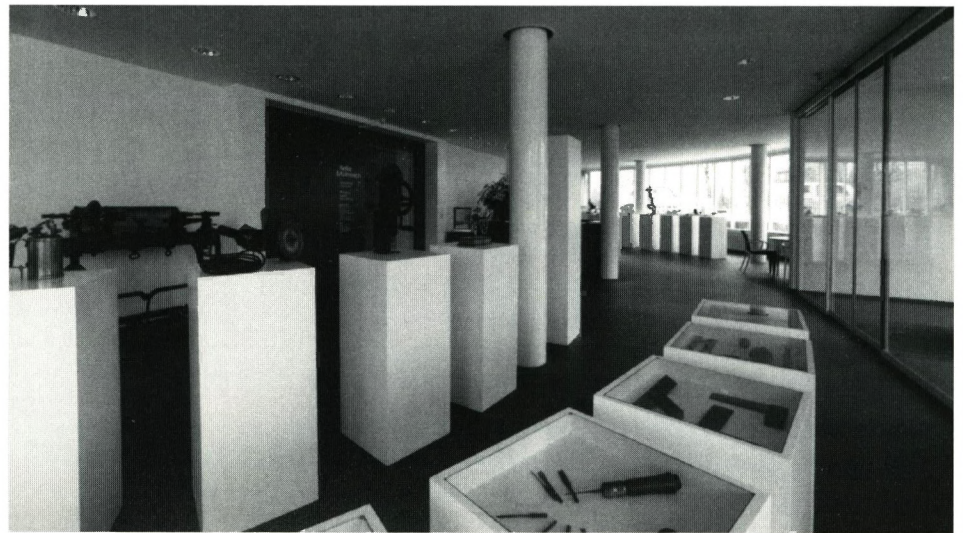
26./27. April
BGA-Berufsbildungsausschuß, Mannheim: *Frau Deutsch*

27. April
Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern unter Vorsitz von *Herrn Prof. Dr. Greipl, Herrn Sattel*

Förderkreis Güterverkehrszentren, München: *Herr Mackholt*

28. April
ARGE „City-Logistik München“, München: *Herr Mackholt*

KELLER & KALMBACH ERÖFFNET SCHRAUBEN- UND WERKZEUGMUSEUM



Unsere Mitgliedsfirma Keller & Kalmbach, Schrauben und Werkzeuge, eröffnete am 5. April 1995 im Münchner Stammsitz ein Schrauben- und Werkzeugmuseum. Fast sieben Jahre lang sammelte der geschäftsführende Gesellschafter, unser Vorstandsmitglied Dr. Florian Seidl, alte Werkzeuge und Maschinen. Der größte Teil der Ausstellungsstücke wurde der Firma geschenkt, manches wurde auf Trödelmärkten oder in Antiquitätenläden erworben – vor allem englisches Werkzeug. Die Sammlung ist im wachen und wird ständig erweitert. Sie soll einen Überblick geben über die lange Entwicklung funktionaler Gebrauchsgegenstände, an vergessene Werkzeuge erinnern und die alte Tradition der Firma bewußt machen. Das Museum umfaßt z. Zt. drei größere Maschinen sowie ca.

200 Werkzeuge, die in 40 Vitrinen gelagert werden.

In einer launigen Ansprache stellte Dr. Florian Seidl seine Schätze vor, ergänzt durch eine Einführungsrede von Dr. Florian Hufnagl von der Neuen Sammlung München.

Uniabsolventin

29, mit vielseitiger Praxiserfahrung, sucht Stelle (keine nebenberufliche Tätigkeit), bei der Kommunikationsfähigkeit, Organisationstalent und Kreativität gefragt sind (sehr gute Fremdsprachenkenntnisse in Französisch und Englisch vorhanden); bevorzugt Großraum Nürnberg; Telefon 0 91 31/20 15 50.

Suchen Sie Ihren Nachfolger?

Etabliertes Großhandelsunternehmen (Non-food) von Unternehmerehepaar (37/30) zu kaufen gesucht. Bevorzugter Standort: Nordbayern. Flexible und unkomplizierte Abwicklung. Kapitalnachweis und absolute Vertraulichkeit werden garantiert.

Angebote bitte an die Hauptgeschäftsstelle

BERUFSBILDUNG

TAG DER OFFENEN TÜR IM BILDUNGSZENTRUM



Mit Optimismus in die Zukunft des Handels und die Chancen für den Nachwuchs blickten unter der Moderation von Dr. Hauzeneder (r.) die drei Hauptgeschäftsführer der Landesverbände: LGA-HGF Werner Sattel, CDH-HGF Klaus Pannier und LBE-HGF Hubertus v. Reumont (v. l.)

BESSERE BERUFSCHANCEN DURCH FREMDSPRACHEN

Zur Verbesserung der Berufschancen bietet die Carl Duisberg Gesellschaft e.V., Köln, in diesem Jahr wieder drei- und vierwöchige berufsbezogene Sprachkurse im Ausland an, die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie im Rahmen des Programms zur Förderung der Fremdsprachen im Beruf finanziell gefördert werden. Die Kurse in Großbritannien, Irland, Italien, Frankreich und Spanien schließen allgemeinen und fachsprachlichen Unterricht sowie ein landeskundliches und fachliches Rahmenprogramm ein.

Die Sprachfortbildung richtet sich an Berufstätige, vorzugsweise aus kleinen und mittleren Betrieben, aber auch an Arbeitslose. Wichtigste Voraussetzungen: Abgeschlossene nichtakademische Ausbildung und Alter zwischen 26 und 40 Jahren, ferner gute Grundkenntnisse der jeweiligen Landessprache. Die Eigenbeteiligung beträgt für einen dreiwöchigen Sprachkurs mit Halbpension DM 450,- und für einen vierwöchigen DM 600,- zuzüglich Reisekosten.

Die Sprachkurse beginnen jeweils Anfang Mai, Juli und Oktober (Bewerbungsschluß: ca. 8 Wochen vorher). Bewerbungsunterlagen sind erhältlich bei der Carl Duisberg Gesellschaft e.V., I 14, Hohenstaufenring 30-32, 50674 Köln (Tel. 02 21/20 98 -352, -364 oder -217; Fax 02 21/20 98-114).

LEONARDO

Hinter dem Namen LEONARDO verbirgt sich das Universalprogramm der Europäischen Kommission zur Förderung der beruflichen Bildung. Es ist seit dem 1. Januar 1995 in Kraft und wird bis Ende 1999 das zentrale Instrument der Kommission zur Umsetzung ihrer Berufsbildungspolitik sein. Dabei ist der Name durchaus Programm: Der Namenspatron, Leonardo da Vinci, war das Universalgenie der Renaissance, das mit seinen technischen und künstlerischen Pionierleistungen seiner Zeit voraus war.

LEONARDO vereinigt die Kernelemente mehrerer EU-Förderprogramme, die bis Ende 1994 befristet waren – wie PETRA für die berufliche Ausbildung, FORCE für die berufliche Weiterbildung, COMETT für die Zusammenarbeit zwischen Hochschule

und Wirtschaft und LINGUA zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse.

Rechtsgrundlage für das neue Berufsbildungsprogramm ist Artikel 127 des Maastrichter Vertrages. Dort wurde festgeschrieben: Die Gemeinschaft unterstützt und ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten im Bereich der beruflichen Bildung. Dabei wird die Verantwortung der Mitgliedstaaten für Inhalt und Gestaltung der beruflichen Bildung strikt beachtet und jegliche Harmonisierung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ausgeschlossen.

LEONARDO hat drei Schwerpunkte: die Berufsausbildung, Weiterbildung und Kontinuum – also aus- und weiterbildungsübergreifende Initiativen:

- Erstens sollen Berufsbildungssysteme und Berufsbildungsmaßnahmen in den Mitgliedstaaten unterstützt werden.
- Zweitens sollen Berufsbildungsmaßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer verbessert werden – einschließlich der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Unternehmen.
- Drittens soll der Ausbau der Sprachkenntnisse sowie der Kenntnisse über die Berufsausbildung unterstützt sowie die Verbreitung von Innovationen im Berufsbildungsbereich gefördert werden.

Alle förderfähigen Projekte müssen einen oder mehrere Partner aus anderen Mitgliedstaaten miteinbeziehen. So fördert LEONARDO in der Erstausbildung transnationale Pilotprojekte zur Verbesserung der Ausbildungsqualität. Dazu gehören auch Austauschprogramme für Jugendliche.

Das gesamte Programm-Volumen beläuft sich ungerechnet auf etwa 1,24 Milliarden DM. Rund 80 Prozent dieser Mittel stehen für transnationale Pilotprojekte und die Förderung von Austauschmaßnahmen zur Verfügung. Der Rest wird für Studien, Informationsaustausch und andere flankierende Maßnahmen eingesetzt.

DÄNISCHE PRAKTIKANTEN IN DEUTSCHEN UNTERNEHMEN

Während Austauschvereinbarungen für Gymnasiasten und Studenten in Europa seit vielen Jahren gang und gäbe sind, können jetzt auch Berufsschüler einen Teil ihrer Ausbildung in einem Land der Europäischen Union verbringen und damit das Zusammenwachsen Europas aus erster Hand

erfahren. Im Rahmen des Projektes „Dänische Praktikanten in deutschen Unternehmen“ bekommen Absolventen dänischer Handels- und Wirtschaftsschulen die Möglichkeit, ihre praktische Ausbildung in Deutschland abzuleisten. Das Projekt wird von PIU Deutschland, dem deutschen Büro des vom dänischen Unterrichtsministerium geförderten Sekretariats für Praktikanten im Ausland, zusammen mit dem Dänischen Generalkonsulat in München durchgeführt.

Im September 1995 beginnt eine weitere Gruppe junger Dänen ihr Praktikum bei Unternehmen im süddeutschen Raum. Sie sind etwa 20 Jahre alt, haben nach dem Wirtschaftsabitur ein Berufsgrundbildungsjahr hinter sich, haben gute Sprachkenntnisse in Deutsch (sieben Jahre) und Englisch (acht Jahre) sowie Kenntnisse im kaufmännischen Bereich. Die Vergütung sollte deutschen Lehrlingsgehältern entsprechen, aufgrund der EG-Verordnung 1408/71, Art. 17, fallen bei den Gastunternehmen keine deutschen Sozialversicherungsbeiträge für die Praktikanten an. Die Länge des Praktikums beträgt drei bis sechs Monate oder länger. PIU Deutschland hat seit 1991 rund 400 dänische Praktikanten an 125 deutsche Unternehmen vermittelt, davon zwei Drittel im süddeutschen Raum. Die Gastunternehmen hätten sich durchweg sehr zufrieden geäußert, viele hätten weitere Praktikanten angefordert.

Interessierte Unternehmen wenden sich bitte an Frau Marianne Helgesen, PIU Deutschland, Königinstraße 21, 80539 München, Telefon 0 89/28 07 37, Fax 0 89/28 43 43.

KRAFTFAHRZEUGMECHANIKER UND BÜROKAUFFRAU – DIE BELIEBTESTEN AUSBILDUNGS- BERUFE

Am Jahresende 1993 gab es in Bayern 259 609 Auszubildende, 4 706 bzw. 1,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, setzte sich damit auch 1993 die seit 1986 anhaltende Abnahme der Auszubildenden fort. Gegenüber dem Rekordjahr 1980 (335 475 Auszubildende) verringerte sich die Zahl der Auszubildenden um 75 866 bzw. 22,6 Prozent. Knapp 41 Prozent der Auszubildenden waren 1993 weiblich. Die Zahl der ausländi-

schen Auszubildenden erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 872 auf 22 269; ihr Anteil beträgt damit 8,6 Prozent (Vorjahr: 8,1 Prozent).

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verringerte sich 1993 ge-

genüber dem Vorjahr um 3 396 auf 91 643. Von den 93 999 Teilnehmern an Abschlußprüfungen haben 87,9 Prozent bestanden; das waren 1 192 mehr als im Vorjahr. 18 481 Ausbildungsverträge wurden 1993 vorzeitig gelöst.

BRANCHENLEXIKON

GESAMTVERBAND DER WERBEARTIKEL-WIRTSCHAFT

Durch einstimmigen Beschluß hat das BGA-Präsidium als neuen BGA-Mitgliedsverband den Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft e.V. in den BGA aufgenommen.

Der Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft e.V. ist der Zusammenschluß der Verbände, Organisationen und Gruppierungen der Werbeartikel-Branche, deren Mitglieder sich ganz oder teilweise mit der Herstellung bzw. dem Vertrieb von Werbeartikeln beschäftigen. Die Gründung des Gesamtverbandes erfolgte erst am 19. August 1993 als eine Zusammenfassung von Verbänden und Organisationen vornehmlich der Industrie, die mit der Herstellung der Werbeartikel befaßt ist, wie auch der Großhandelsvertriebsbranche. Der Verband vertritt die über 4.000 größtenteils mittelständischen Unternehmen in Deutschland mit über 50.000 Arbeitsplätzen.

Der Verband hat die Aufgabe, die berufsspezifischen Interessen seiner Mitglieder und der Werbeartikelbranche auf nationaler und internationaler Ebene zu vertreten sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Branche zu beeinflussen.

Um den Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft e.V. dabei aktiv zu unterstützen, hat der BGA Anfang Februar 1994 einen grundsätzlichen Gedankenaustausch mit Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion sowie SPD-geführter Landesregierungen in Bonn durchgeführt. Diese Beratungen wurden notwendig, um die SPD-Fraktion davon zu

überzeugen, daß ihre steuerpolitischen Initiativen im Deutschen Bundestag zur Aufhebung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Werbeartikeln nicht nur gegen die Branche, sondern gegen den Mittelstand insgesamt gerichtet sind.

Immerhin liegt das Medium „Werbeartikel“ an vierter Stelle nach den Aufwendungen in Tageszeitungen, der Fernsehwerbung sowie der Direktwerbung. Werbeartikel sind spezifisch Werbeinstrumente des Mittelstandes.

Der BGA hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, die derzeit geltende steuerliche Regelung beizubehalten. Überzeugend konnte er nachweisen, daß die von der SPD geplanten steuerlichen Maßnahmen gegen den Werbeartikel das Steueraufkommen insgesamt schmälern würden. Zudem wären sie ein systemfremder Eingriff in die Marktwirtschaft.

Die Verbandsgeschäftsführung des Gesamtverbandes der Werbeartikel-Wirtschaft e.V. ist gern bereit, auf Wunsch die vielfältige Palette der Dienstleistungen den BGA-Mitgliedern anzubieten. Man kann hier viele Ideen für den Aufbau und die Durchführung erfolgreicher Werbeaktionen abrufen. Mit dem Medium Werbeartikel lassen sich erfolgreich Überraschungseffekte in der Werbung erzielen, noch dazu kostengünstiger und ohne Streuverluste als mit manchem anderen Werbemittel. Der Markt der Werbeartikel wächst seit 30 Jahren kontinuierlich – auch oder gerade in den Rezessionsjahren.

BUCHBESPRECHUNGEN

GESETZES- UND TEXTSAMMLUNG FÜR DEN GROSS- UND AUSSEN- HANDEL

Von M. Eberhardt/M. Weckbach

Winklers Verlag
Postfach 1115 52, 64230 Darmstadt
DM 22,80

Diese Gesetzes- und Textsammlung bietet den Auszubildenden im Groß- und Außenhandel die wesentlichen Textstellen, die im Rahmen des Berufsschulunterrichts benötigt werden. Neben wichtigen **Gesetzen** sind auch **Bedingungen** wie z.B. Incoterms 1990 und ERA 500 enthalten. Stand der Gesetzgebung: 1. Oktober 1994.

Die Auszubildenden können sich mit Hilfe dieses Buches mit der Gesetzessprache und Gesetzesmaterie vertraut machen. Das gilt insbesondere für die Unterrichtsfächer **Spezielle Betriebswirtschaftslehre Groß- und Außenhandel** und **Allgemeine Wirtschaftslehre**. Das Buch kann auch in den Fächern **Buchführung** (Rechnungswesen), **Datenverarbeitung** und **Politik** (Gemeinschaftskunde, Sozialkunde) verwendet werden.

Die Gesetzes- und Textsammlung soll den Lernenden befähigen, die Rechtsvorschriften im Groß- und Außenhandel nachzuschlagen und auf die entsprechenden Sachverhalte erfolgreich anzuwenden.

Auch für kaufmännische Angestellte in allen Zweigen des Groß- und Außenhandels kann das Buch als ständiges Nachschlagewerk dienen.

Die Kopfzeile und die numerische Gliederung dienen dem schnellen Auffinden der Texte. Zuerst werden Textauszüge mit allgemeiner Bedeutung dargestellt, danach Textauszüge mit spezieller Bedeutung.

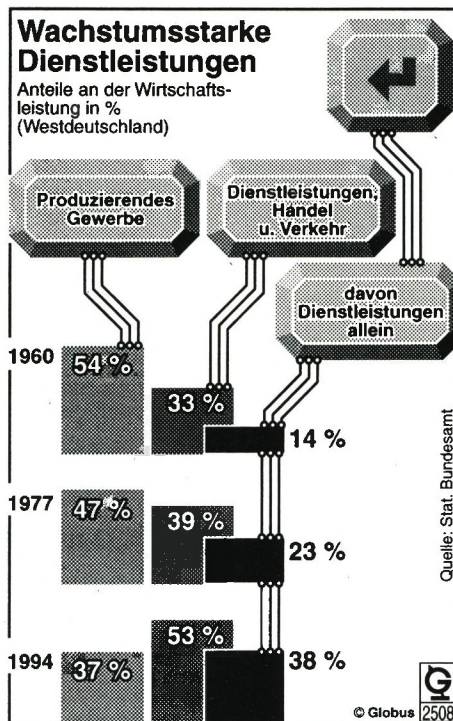
EINKAUFEN NACH DEM „LEXIKON-PRINZIP“

70.000 Erzeugnisbegriffe
nach dem Alphabet

Bereits in der 42. Ausgabe ist das „Einkaufs-1x1 der Deutschen Industrie“ für das Jahr 1995 jetzt erschienen. Knapp 30 Prozent an Änderungen mußten im Vergleich zur Vorjahresausgabe eingearbeitet werden.

Wie in einem Lexikon werden darin an die 70.000 Produkte von 60.000 Herstellern aus der gesamten Bundesrepublik nach dem Alphabet aufgelistet – die zeitraubende Suche nach Codes und Bedienerleisten entfällt dadurch völlig. Der Zugriff auf 200.000 Bezugsquellen ist also jederzeit ohne Probleme gewährleistet. Ergänzt wird das Werk durch ein Messe-1x1, das die großen deutschen Messen mit internationaler Beteiligung beinhaltet.

UNTERNEHMENSFÜHRUNG



Dienstleistungsgesellschaft

Der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ist in vollem Gange. Vor mehr als 30 Jahren, im Jahr 1960, trug das produzierende Gewerbe (Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, verarbeitendes sowie Baugewerbe) mit 54 Prozent mehr als die Hälfte zur Wirtschaftsleistung Westdeutschlands bei. Heute (1994) beträgt sein Anteil nur noch 37 Prozent. Der Anteil, den die Dienstleistungen im weiteren Sinne an unserem Wohlstand haben, wuchs im selben Zeitraum von einem Drittel auf über die Hälfte. Die Dienstleistungen im engeren Sinne (also ohne Handel und Verkehr) zeigen eine noch

größere Wachstumsdynamik. 1960 trug dieser Bereich nur 14 Prozent zur wirtschaftlichen Gesamtleistung bei, 1994 waren es 38 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Erwerbstätigkeit wider: Verdiente 1960 noch jeder zweite sein Geld in der Industrie, so bietet das produzierende Gewerbe heute nur noch jedem dritten Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz.

Fortsetzung Buchbesprechungen

Für die internationale Produktrecherche empfiehlt sich „Einkaufen in Europa“, ein Projekt des Deutschen Adressbuch-Verlages mit dem „Schweizerischen Einkaufsführer“ aus Luzern und der „Herold Business Data“ aus Österreich: auf CD-ROM oder in der klassischen Buchform findet der Einkäufer alle für den erfolgreichen Einkauf erforderlichen Daten von 160.000 Firmen aus den genannten Ländern – insgesamt mehr als eine halbe Million Bezugsquellen.

Alle vier Bücher oder die CD-ROM können direkt beim Deutschen Adressbuch-Verlag, Arheilger Weg 17, 64380 Roßdorf, unter der Fax-Nummer 0 61 54/69 95-490 auch einzeln bestellt werden. Der Preis für das „Einkaufs-1x1“ beträgt unverändert DM 147,66, „Einkaufen in Europa“ als Buchversion DM 310,30, die CD-ROM-Anwendung erhält man zum Preis von DM 1127,-.

BAYERISCHES JAHRBUCH 1995

Das große Auskunfts- und Adressenwerk

74. Jahrgang, 552 Seiten, DM 168,-
ISBN 3-87249-226-8

Carl Gerber Verlag GmbH, Muthmannstr. 4,
80939 München, Telefon 0 89/3 23 93-281,
Fax 0 89/3 23 93-325

Das neue Bayerische Jahrbuch 1995 ist da! Das seit vielen Jahren bekannte Auskunfts- und Adressenwerk ist aufgrund seiner klaren Struktur wie immer ein übersichtlicher Wegweiser durch den Freistaat. Die gründliche und umfassende Darstellung der neuesten Daten führt den verlässlichen Charakter dieses Nachschlagewerkes in bewährter Weise fort. Als bayerisches „Who is who“ ist das Jahrbuch mittlerweile unentbehrlich geworden und hat als vertrauter Bestandteil des Buchmarktes seine feste Position in Bayern errungen.

Inhalt:

Behörden, Gerichte, Parlamentarische Körperschaften, Ministerien, Regierungen, Landkreise, Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften, berufsständische Vereinigungen, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, sonstige Organisationen aus den Bereichen Kultur, Freizeit und Sport; Parteien und europäische Institutionen. Neben den Adressen der Behörden, Ämter und öffentlichen Einrichtungen werden auch Namen der Amtsträger, Referenten und Verantwortlichen genannt. Die Gliederung des Werkes bietet einen umfassenden Überblick über die Strukturen, Funktion und Organisation der Institutionen des Freistaates Bayern und der Bundesrepublik. Neu ist der über 50 Seiten starke Statistikteil mit allen wichtigen Angaben über Bayern.

Der Bundesteil enthält alle wichtigen Daten über Deutschland.

Das übersichtliche Inhalts- und Stichwortverzeichnis sowie Organigramme, Statistiken und tabellarische Angaben sowie ein Tabellenregister bestimmen zusätzlich den Wert dieses umfassenden Nachschlagewerkes für den täglichen Gebrauch.

ABC DER FRISTEN, VERJÄHRUNG, RECHTSMITTEL

Von Ferdinand Ballof, Ass. jur., und Dipl.-Kswirt Hans Josef Metz, Ass. jur.

1995 – kartoniert – 160 Seiten – DM 44,80 – ISBN 3-08-314695-7

Stollfuß Verlag, 53014 Bonn, Postfach 24 28

Eine unüberschaubare Vielzahl von Fristen, Verjährungsbestimmungen und Rechtsmitteln muß im allgemeinen Geschäftsverkehr, in der Arbeitswelt und im Umgang mit Behörden und Gerichten berücksichtigt werden.

Teure Verfahrensfehler drohen bei Mißachtung.

Die 15. Auflage des Stollfuß Ratgebers listet in alphabetischer Reihenfolge rund 1000 Stichworte zu den bedeutsamsten Fristen

- des Steuerrechts
 - des Arbeitsrechts
 - des Sozialversicherungsrechts und
 - des Wirtschaftsrechts
- auf.

Die jeweils zugrundeliegenden Rechtsquellen sind unmittelbar zugeordnet.

Als wichtiges Hilfsmittel erweist sich auch die Tabelle mit den neuen gesetzlichen Kündigungsfristen.

Erleichterung bei der Terminüberwachung verspricht zudem ein Steuerzahlungskalendarium 1994/95.

ERFOLGREICHE KREDITVERHANDLUNGEN

Ratgeber für Steuerberater und Kreditnehmer

Von Dipl.-Kaufmann Jürger Taeter, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

2. Auflage 1995 – Lexikonformat – kartoniert – 176 Seiten – DM 47,80

ISBN 3-08-313202-6

Stollfuß Verlag, 53014 Bonn, Postfach 24 28

Ob es um eine Existenzgründung, einen Unternehmenskauf, eine Sanierung oder den Erwerb oder Bau eines Eigenheimes geht, im Hintergrund steht meist die Frage nach der günstigsten Finanzierungsmöglichkeit.

Um wirklich optimale Kreditbedingungen aushandeln zu können, muß der Kreditnehmer bzw. sein Berater bestens über Entscheidungskriterien und Entscheidungsabläufe von Banken informiert sein.

Welche Voraussetzungen werden beispielsweise für die Gewährung eines Kredits verlangt? Welche Konditionen können im besten Falle ausgehandelt werden? Wie verläuft eine Kreditwürdigkeitsprüfung?

All diese Fragen lassen sich bereits im Vorfeld der Verhandlungen mit Hilfe des Ratgebers beantworten.

EINKOMMENSTEUER-ERKLÄRUNG 1994

Von Dr. jur. Helmut Stuber, Oberfinanzpräsident a. D., und Adolf Oppolzer, Regierungsdirektor bei der OFD Stuttgart.

54. Auflage 1994 – 313 Seiten – DM 39,80

ISBN 3-08-317194-3

Stollfuß Verlag, 53014 Bonn, Postfach 24 28

In der Anleitung zur Einkommensteuer-Erklärung 1994 finden alle Steuerzahler und ihre steuerlichen Berater für jede einzelne Zeile der Steuererklärung eine Erläuterung.

Sowohl der Einkommensteuervordruck als auch die folgenden möglichen Anlagen werden erklärt.

Anlage für:

- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
- Einkünfte aus Kapitalvermögen und sonstige Einkünfte
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- Steuervergünstigungen zur Förderung des Wohneigentums
- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
- Anlage für ausländische Einkünfte und Steuern
- Angaben zu Erwerbsbezügen wegen der Steuerfreistellung des Existenzminimums

Auf wichtige und aktuelle Steuerersparnismöglichkeiten wird hingewiesen. Zudem liefert der Ratgeber Erläuterungen zu Einzelfragen grundsätzlicher Art, wie z.B. zu Abschreibungen für Abnutzung, zu den Neuregelungen für eigengenutzte Wohnungen, zu Betriebsausgaben und zur Besteuerung von Leibrenten, zum Modernisierungsaufwand sowie zu außergewöhnlichen Belastungen und Freibeträgen.

Der Anhang enthält zusätzlich die amtlichen Vordrucke, die geltende Einkommensteuertabelle sowie die Einkommensteuer-Zusatztable 1994.

Beck-Wirtschaftsberater im dtv, Band 5842

ERFOLGREICH IM TEAM

Praxisnahe Anregungen und Hilfestellungen für effiziente Zusammenarbeit

Von Dr. Christoph V. Haug
unter Mitarbeit von Cornelia Haug
1995

IX, 174 Seiten,

Kartoniert: DM/SFR 14,90/OES 116,–
ISBN 3-406-39178-8

Gefragt ist heutzutage **Synergie** – mehr Leistung, mehr Kreativität und mehr Spaß mit weniger Mitarbeitern durch effiziente Zusammenarbeit im Team.

Mit diesem Arbeitsbuch, aus der Praxis geschrieben für die Praxis, erhalten Sie wichtige Informationen und konkrete Hilfestellungen rund um das Thema „Teammanagement“.

Handelsspezifischer Versicherungsservice

Das Spektrum der Sicherheit

Branchen- und unternehmens-
spezifische Besonderheiten erfordern
eine individuelle Lösung.

Die **VGA-Bonn** ist die
Selbsthilfeeinrichtung des
deutschen Groß- und
Außenhandels.

Sie sucht und findet
maßgeschneiderte
Lösungen für Sie.

Preiswert mit Service.

Zusammen mit dem
HDI in über 40
deutschen Städten.
Kompetenz,
ganz in Ihrer Nähe.
Bitte schreiben
Sie uns.
Schneller geht's
per Telefax.

Für Handelsunternehmen, deren Führungskräfte und Mitarbeiter.

- Kraftfahrtversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
 - Feuerversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Technische Versicherung
- Private Unfallversicherung
 - Lebensversicherung
- Rechtsschutzversicherung
 - Kreditversicherung
- Wohngebäudeversicherung
 - Hausratversicherung
- Transportversicherung
- Sonstige Schadenversicherung

Dienstleistung in Versicherungen



Versicherungsstelle
des Deutschen Groß-
und Außenhandels GmbH

Postfach 2520 · 53015 Bonn · Telefon 02 28 / 9 14 52- 0 · Fax 02 28 / 9 14 52 -19

LGÄ-NACHRICHTEN



Das Spektrum der Sicherheit

Branchen- und unternehmens-
spezifische Besonderheiten erfordern
eine individuelle Lösung.

Die **VGA-Bonn** ist die
Selbsthilfeeinrichtung des
deutschen Groß- und
Außenhandels.

Sie sucht und findet
maßgeschneiderte
Lösungen für Sie.

Preiswert mit Service.

Zusammen mit dem
HDI in über 40
deutschen Städten.
Kompetenz,
ganz in Ihrer Nähe.
Bitte schreiben
Sie uns.
Schneller geht's
per Telefax.

**Für Handelsunternehmen,
deren Führungskräfte
und Mitarbeiter.**

- Kraftfahrtversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
 - Feuerversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Technische Versicherung
- Private Unfallversicherung
 - Lebensversicherung
- Rechtsschutzversicherung
 - Kreditversicherung
- Wohngebäudeversicherung
 - Hausratversicherung
- Transportversicherung
- Sonstige Schadenversicherung

Dienstleistung in Versicherungen



Versicherungsstelle
des Deutschen Groß-
und Außenhandels GmbH

INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber	3
Im Blickpunkt:	
Arbeitgeberverbände sind unverzichtbar	4
Berufsbildung:	
Rudolf-Egerer-Preis 1995 verliehen	5
Branchenlexikon:	
Der Bayerische Baustoffhandel e.V.	7
Firmenportrait:	
Max Carl – Stahl Bäder Heizung Küchen	8
Steuer und Verkehr:	
Vom Müll zum Rohstoff	10
Personalien	10
Buchbesprechungen	11

AUF EINEN AUGENBLICK

GRUSSWORT DES BAYERISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN
DR. EDMUND STOIBER

Zum Verbandstag des Landesverbandes des bayerischen Groß- und Außenhandels richte ich meinen herzlichen Gruß an alle Teilnehmer nach Nürnberg.



Das betrifft neben internationalen Häusern auch mittelständische Wettbewerber. Konsequente Wirtschaftsreformen, die auf ideologische Vorgaben wenig Rücksicht nehmen, und ein bisher nur ansatzweise ausgeschöpftes Potential an Arbeitskraft sind die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung. Dabei können die asiatischen Staaten auf eine geistige Tradition setzen, die zwar nicht von protestantischer Ethik und manifest destiny, aber von konfuzianischer Leistungsbereitschaft und Disziplin geprägt ist. Neben Japan und den Tiger-Staaten stehen China und Vietnam vor einem Aufstieg, der alles Dagewesene in den Schatten stellen könnte.

Umso mehr freue ich mich, daß mein Engagement für eine enge Wirtschaftspartnerschaft mit Bayern eigentlich überall auf fruchtbaren Boden gefallen ist – diesen Boden zu bestellen, bleiben die bayerischen Unternehmen aufgefordert. Der Freistaat Bayern wird sie dabei mit Rat und Tat unterstützen.

Der Groß- und Außenhandel gehört zu den besten Seiten der bayerischen Wirtschaft. Weltweit hat er sich als Partner bewährt, weltweit genießt er einen vorzüglichen Ruf. Ich bin sicher: In dem Maß, in dem es ihm gelingt, diesem Ruf weiterhin gerecht zu werden, wird er Triebkraft unserer bayerischen – und der deutschen – Industrie bleiben.

Das Barometer der Wirtschaft verheißt „Schönes Wetter“. Gerade auch der Groß- und Außenhandel verzeichnet Daten, die einen vorsichtigen Optimismus stützen: Bis auf den Bereich des Konsumgüter-Großhandels steigen Umsätze und, wenn auch verhaltener, Gewinne. Diese Tendenz will mit Vorsicht gepflegt sein, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Personalkosten.

Deutsche Wertarbeit, zumal wenn sie aus Bayern kommt, erfreut sich uneingeschränkter Beliebtheit in der Welt. Das gilt für den süd- und mittelamerikanischen Markt ebenso wie für den EU-Raum, das traditionelle Haupt-Absatzgebiet für bayerische Waren. Vom Fortschritt der europäischen Einigung erwarten wir auf diesem Gebiet gute Perspektiven.

Besonders gilt das aber auch für Fernost. Bei meiner Asien-Reise im Frühjahr habe ich festgestellt, welche Chancen in dieser Region vorhanden sind. Ich appelliere auch an dieser Stelle mit allem Nachdruck, sie nach Kräften zu nutzen. Die bayerische Seite kann in bisher nicht vorstellbarem Umfang am Fernost-Geschäft partizipieren, wenn sie erkennt, daß der asiatische Raum nicht mehr nur Billig-Produkte exportieren, sondern zunehmend hochwertige Erzeugnisse importieren wird.

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiner Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels e.V., 80335 München, Nymphenburger Str. 1, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
Druck: typobieri, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
Telefon 3596066-68.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffsetpapier

Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (09 11) 20 31 80
Telefax Nürnberg (09 11) 22 16 37

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

ARBEITGEBERVERBÄNDE SIND UNVERZICHTBAR

Die Bauern, die jahrhundertlang mit Ochsen pflügen mußten, waren sicherlich nicht immer mit ihrem Zugvieh zufrieden: Es war immer zu langsam und fraß zu viel, denn es mußte auch dann gefüttert werden, wenn es nicht arbeitete. Die Kritik an den Ochsen war also immer berechtigt. Da sich die Bauern jedoch nicht mehr selbst vor den Pflug spannen wollten, bedienten sie sich bei ihrer Arbeit weiterhin des domestizierten Rindes, bis zur Erfindung des Traktors.

In der Tariflandschaft sind es die Arbeitgeberverbände, die vor den Karren der Unternehmerinteressen gespannt den Tariffacker bestellen. Wie alles Zugvieh, das bei Kräften bleiben muß, brauchen sie reichlich „Futter“.

Auch wenn deswegen die Kritik an manchen deutschen Arbeitgeberverbänden, speziell in der Industrie, partiell berechtigt sein mag: Die Forderung nach ihrer Umgestaltung wäre erst dann berechtigt, wenn man eine Alternative hätte.

Folgende Gedankenmodelle sind jedenfalls keine Alternative:

1. Der Staat würde das Gesetzgebungsrecht, das die Tarifautonomie garantiert, zurücknehmen und selbst die Bedingungen der Arbeit reglementieren, etwa durch Tarifgesetze des Staates. Statt Streiks gäbe es dann Aufstände gegen den Staat. Beispiele dafür gab es ja in der ehemaligen DDR. Kein vernünftiger Mensch kann den Wechsel zu einem solchen System wünschen.
2. Eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert mit einer individuellen Aushandlung von Löhnen und Arbeitszeiten, also ohne Gewerkschaften. Niemand kann aber ernsthaft die Auflösung der Arbeitnehmerkoalitionen wollen.
3. Die Gewerkschaften werden in ihrer ganzen Macht die Interessenvertreter der Arbeitnehmer bleiben. Eine Verbandsreform, die die paritätische Gegenmacht der Arbeitgeber in Verhandlungen oder im Arbeitskampf schwächte, wäre a priori verfehlt.

4. Die Illusion, die Gewerkschaften durch Betriebsräte, den Tarifvertrag durch Betriebsvereinbarung ersetzen zu können. Der Gesetzgeber hat eine solche Lösung verboten. Wäre das nicht der Fall, würde die Tarifpolitik auf die Ebene des Betriebes verlagert, würde auch der Tarifkonflikt in den Betrieb importiert. Unerträglich wäre dann aber auch für den Arbeitgeber die Kumulation von Tarifmacht und betrieblicher sowie unternehmerischer Mitbestimmung im Betriebsrat.

5. Der Abschluß von Firmen- oder Haustarifverträgen in Konkurrenz zum Flächentarifvertrag. Niemand kann erwarten, daß die Gewerkschaften mit Haustarifverträgen dem von ihr abgeschlossenen Flächentarifvertrag Konkurrenz machen, ihn gar unterbieten würde.

6. Mindestens würde die Gewerkschaft im Firmentarifvertrag auf der Anerkennung des Flächentarifs bestehen. Bei günstiger Ertragslage würde sie den Flächentarifvertrag überbieten wollen. Bei notleidenden Unternehmen würde sie auf Rechten gegenüber Eigentümern und Gläubigern bestehen, die sonst nur der Konkursverwalter hat.

7. Der Arbeitgeber, der einen Haustarif abschließen will, befände sich außerhalb der Solidarität mit den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes, oftmals seiner Konkurrenten. Die Gewerkschaft könnte also im individuellen Arbeitskampf mit ihm auch gezielt den Wettbewerbsparameter einsetzen. Die Aussperrung wäre kein Abwehrinstrument mehr und um ihre Streikkasse müßten die Gewerkschaften nicht mehr fürchten.

8. Eine weitere Option:

Bei stärkerer Differenzierung des Flächentarifvertrages nach Branchen könnten Wirtschaftsverbände statt der Arbeitgeberverbände die Funktion der Tarifautonomie übernehmen. Warum aber sollten Wirtschaftsverbände nach ihrer Mutation zu Arbeitgeberverbänden

dann anders funktionieren als die bisherigen Arbeitgeberverbände?

Diese Gedanken eines unabhängigen Autors sind eine Bestätigung des zukunftsweisenden Modells unseres Unternehmer- und Arbeitgeberverbandes LGA. Die Synthese des überfachlichen, arbeitgeberorientierten Wirtschaftsverbandes mit der Bündelung der wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Interessen der Unternehmer des bayerischen Groß- und Außenhandels ist wegen ihrer Flexibilität und ihrer Globalität aktueller als je zuvor.

Unser Fazit: Es gibt Nichts, was man nicht noch verbessern könnte. Lassen Sie uns daran arbeiten. Wir rufen Sie auf: Beitreten Sie sich aktiv in den Gremien Ihres Verbandes!

(in Anlehnung an einen Beitrag von Hans Mundorf, Handelsblatt, v. 20. 6. 1995)

PROF. DR. GREIPL NACHFOLGER VON DR. WOLFRUM UND IM BGA-PRÄSIDIUM

Unser langjähriger Vizepräsident und Schatzmeister **Dr. Dieter Wolfrum** ist aus dem LGA-Präsidium ausgeschieden. Als seinen Nachfolger für den Rest der laufenden Amtsperiode hat der LGA-Vorstand **Prof. Dr. Erich Greipl** gewählt. Außerdem wurde **Prof. Dr. Greipl** in das Präsidium des BGA in Bonn berufen.

Wir danken Herrn **Dr. Wolfrum** für die jahrzehntelange aufopfernde und vorbildliche ehrenamtliche Arbeit für unseren Landesverband und die ihm angeschlossenen Mitgliedsfirmen außerordentlich herzlich. Eine persönliche Würdigung seiner Verdienste wird Präsident **Senator Hartmann** anläßlich des Verbandstages aussprechen.

Seinem Nachfolger dürfen wir für seine zukünftige Arbeit Glück und Erfolg wünschen.

BERUFSBILDUNG

RUDOLF-EGERER-PREIS 1995 VERLIEHEN

Bayerns Wirtschaftsminister **Otto Wiesheu** ist in München mit dem **Rudolf-Egerer-Preis 1995** ausgezeichnet worden. Nach der Begrüßung der Gäste durch unseren bildungspolitischen Sprecher, Vorstandsmitglied **Karl-Friedrich Müller-Lotter**, würdigte Senator **Erwin O. Maier**, der Vorsitzende des Bildungszentrums, das Engagement des Politikers für die berufliche Bildung. Er hob in seiner Laudatio hervor, daß Wiesheu der Qualifikation als wichtiger Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung einen hohen Stellenwert zumesse.

Maier forderte in seiner Ansprache für die drei Stifterverbände – Landesverband des Bayerischen Einzelhandels (LBE), Landesverband des Groß- und Außenhandels (LGA) und Wirtschaftsverband Bayerischer Handelsvertretungen (CDH) –, berufliche und allgemeine Bildung gleichzustellen. Die Wirtschaft brauche eine ausreichende Versorgung mit vielfältigen Qualifikationen. Für wenig sinnvoll hält der Vorsitzende des Bildungszentrums die überproportionale Orientierung hin zu einer akademischen Ausbildung. Diese habe dazu geführt, daß es eine Akademikerschwemme und gleichzeitig einen akuten Mangel an Fachkräften aus der praktischen Ausbildung gebe.

Hier müßten Politik, Wirtschaft, Eltern und Jugendliche umdenken. Maier wörtlich: „Da ist die Politik mit ihren Weichenstellungen und Leitbildsetzungen ebenso gefragt, wie wir es sind. Denn wir müssen natürlich den jungen Menschen auch glaubwürdige Angebote machen, damit sie bereit sind, gegen den Strom der Zeit zu schwimmen.“

Eine weitere Hauptforderung des Bildungszentrums ist auch, daß im finanziellen Bereich bei beruflicher und allgemeiner Bildung vergleichbare Bedingungen geschaffen werden.

Der Präsident des Bayerischen Senats **Prof. Schmitt Glaeser** setzte sich in der Festansprache mit der Forderung nach Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung auseinander und stellte dazu fest, daß man zwar bereits vor mehr als 20 Jahren die Fehlentwicklung, die in der übertriebenen Hinwendung zu akademischen Berufen bei gleichzeitiger Abwendung von der beruflichen Bildung liege, er-

kannt habe, was man aber übernommen habe „war durch viele Jahre hindurch mehr eine begriffliche als eine tätliche, also keine



Staatsminister Dr. Otto Wiesheu

Unternehmung“. Das habe sich zwar in den letzten Jahren endlich geändert. Man müsse aber auch dafür sorgen, daß das Signal „Gleichwertigkeit“ von den Jugendlichen wahrgenommen werde. Schmitt Glaeser verwies auf das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes und stellte fest, daß vor allen Dingen eklatante Unterschiede in der finanziellen Förderung von beruflicher und allgemeiner Bildung zu Ungunsten der beruflichen Bildung gegeben seien. Das „Meister-BAföG“, das vom 1. Januar 1996 an eingeführt werden solle, ändere hieran endlich etwas. Damit eng zusammenhängend sei das Thema der Durchlässigkeit des Bildungssystems, die sich nicht darauf beschränken dürfe zu fordern, daß die berufliche Bildung auch zu einem akademischen Studium berechtige. „Der Umdenkungsprozeß beginnt damit, daß wir in der beruflichen Bildung in erster Linie keinen „gleichen“, keinen „Vergleichs“- , sondern einen eigenen Wert erblicken“, so Schmitt Glaeser. Bildung als Sinngefüge lasse sich eben so wenig aufspalten wie der Mensch und

verwies auf die Bayerische Verfassung, die vorschreibt, daß die Schulen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden sollen.

„Bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben kommt der beruflichen Bildung eine Schlüsselfunktion zu“, betonte der Preisträger Staatsminister Dr. Otto Wiesheu und wies auf die Anstrengungen der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ hin, die den Zukunftsfeldern der Wirtschaft gelte. Technische und wirtschaftliche Veränderungen erforderten flexible Anpassungen und kontinuierliche Weiterentwicklung beruflicher Qualifikationen in allen Bereichen. Dabei gehe es sowohl um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch um die Lebenschancen für den einzelnen: Bildungs- und Beschäftigungssystem seien sehr eng miteinander verzahnt. Gleichzeitig aber seien Bildung und Ausbildung auch Voraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen, Grundlage für die Herausbildung seiner Persönlichkeit und die Erfüllung seiner Lebensvorstellungen. Mit einem Hinweis auf die Risiken, die der begehrte Berufsweg über die Hochschulen in sich birgt, forderte Wiesheu die berufliche Aus- und Weiterbildung für die Jugendlichen von den Rahmenbedingungen her attraktiver zu gestalten.

Die Preissumme von 10.000 DM spendet Staatsminister Wiesheu zu 5.000 DM an den Bayerischen Blindenbund e.V., Bezirksgruppe Oberbayern/München und zu 5.000 DM an die Froebel Schule Freising Träger: Verein Lebenshilfe Freising.

Der Rudolf-Egerer-Preis wird seit 1977 durch das Bildungszentrum des Bayerischen Handels verliehen, der gemeinsamen Bildungseinrichtung der preisstiftenden Handelsverbände. Die Auszeichnung trägt den Namen von Dr. Rudolf Egerer, der sich für die berufliche Bildung des Handelskaufmanns eingesetzt hat. Der 1982 verstorbene geschäftsführende Gesellschafter der Münchner Firma Kaut-Bullinger war ein Beispiel für das außerordentliche Engagement eines Unternehmers für seinen Berufsstand.

DER LGA WAR DABEI

2. Mai
Sitzung des LGA-Vorstandes in Augsburg unter der Leitung von *Präsident Hartmann*

3. Mai
Teilnahme am Verbandstag der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels in Bayern: *Präsident Hartmann, Dr. Wolfrum, Herr Sattel*

5. Mai
Teilnahme am Verbandstag der Handelsmakler CDH: *Herr Dr. Wolfrum, Herr Sattel*

Sitzung Wettbewerbsrecht, BGA Bonn

8. Mai
Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, *Herr Sattel*

Aussprache mit Herrn Staatssekretär Spitzner: *Präsident Hartmann, Herr Scheuerle, Prof. Greipl, Herr Sattel*

Teilnahme am Verbandstag des Landesverbandes Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg in Stuttgart: *Herr Sattel*

Sozialgericht München: *Frau Deutsch*

10. Mai
Sitzung des Vorstandes des Bundesverbandes Kunstgewerbe Geschenkartikel und Wohndesign, *Herr Adler, Herr Sattel*

11. Mai
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Klingsohr, Herr Sattel*

Begegnung am Vorabend der Egerer-Preis-Verleihung mit Staatsminister Wiesheu: *Präsident Hartmann, Herr Müller-Lotter, Herr Sattel*

11./12. Mai
VEG-Jahreshauptversammlung und Beirats-sitzung in München Hotel Vierjahreszeiten

12. Mai
Festakt zur Verleihung des Rudolf-Egerer-Preises an Herrn Staatsminister Wiesheu, der Preis wurde gestiftet von den 3 Handelsverbänden als Träger des Bildungszentrums des Bayerischen Handels

Sitzung Fachzweig Feuerwehrbedarf, München

29. Mai
Jahresempfang für die Bayerische Staatsregierung der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern: *LGA-Präsidium und Herr Sattel*

30. Mai
Besuch des Geschäftsführers des Landesverbandes des Sächsischen Groß- und Außenhandels in München: *Herr Sattel*

Sitzung des Ausschusses für Berufsbildung unter dem Vorsitz von *Herrn Müller-Lotter*

31. Mai
Sitzung des LGA-Präsidiums unter der Leitung von *Herrn Senator Hartmann*

8. Juni
Sitzung des Bürgschaftsausschusses der KGG: *Herr Klingsohr, Herr Mackholt*

8./9. Juni
BGA-Verkehrsausschuß, Duisburg

15. Mai
Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände: *Herr Hartmann*

16. Mai
Generalversammlung der Holzland-Gruppe, Vortrag von *Herrn Sattel*

17. Mai
Teilnahme an der Jahresdelegiertenversammlung des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels: *Präsident Hartmann, Herr Sattel*

Sitzung der Spielwaren-Importeure (ASI), Hamburg

18./19. Mai
Tagung der hessischen und bayerischen Mitgliedsfirmen aus dem Fachbereich Heim & Farbe, Münsterschwarzach

19. Mai
Gespräch mit der Geschäftsführung der Messe Leipzig in München: *Herr Sattel, Herr Schwarz*

20. Mai
Tag der offenen Tür in der Schauwerbeakademie Dorfen: *Frau Deutsch*

22. Mai
Europäische Normung und Qualitätssicherung, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, München

26. + 27. Mai
Verbandstag des von uns in Organisationsgemeinschaft betreuten Bundesverbandes Kunstgewerbe, Geschenkartikel und Wohndesign in Salzburg: *Herr Adler, Herr Sattel, Herr Schwarz*

9. Juni
Sitzung des LGA-Außenhandelsausschusses in Erlangen unter der Leitung von *Frau Büttner-Frank*

14. Juni
Gesellschafterversammlung der Kapitalbeteiligungsgesellschaft bei der LfA: *Herr Sattel*

19. Juni
BGA-Umweltausschuß, Bonn

21. Juni
ELTEC Nürnberg: *Herr Frankenberger*

22. Juni
Besuch des Sächsischen Groß- und Außenhandelsverbandes und des Büros unserer GfH in Dresden: *Herr Sattel*

Berufsschulbeirat München: *Frau Deutsch*

22./23. Juni
Arbeitskreis Symposium Universität Passau: *W. Frankenberger*

23. Juni
Sitzung des Kooperationsbeirates TÜV/LGA: *Herr Dr. Wolfrum, Herr Sattel, Herr Miehl*
Dt.-französische Zusammenarbeit: *HWK München: Frau Deutsch*

26. Juni
Mitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels in Düsseldorf: *Herr Scheuerle, Herr Bethcke*

29. Juni
Gesellschafterversammlung der Kreditgarantiegemeinschaft des Handels in Bayern unter dem Vorsitz von *Herrn Prof. Dr. Erich Greipl*

„Wir müssen deutlich machen, daß wir Gewinne brauchen, um auch diejenigen mitzufinanzieren, die meinen, daß wir keine Gewinne brauchen.“

Otto Wolff von Amerongen

BRANCHENLEXIKON

DER BAYERISCHE BAUSTOFFHANDEL E.V.

225 Baustoff-Fachhändler mit über 580 Betriebsstätten sind im Landesverband des Bayerischen Baustoffhandels e.V. organisiert.

Verbandszweck ist gemäß Satzung des LBBH die Standesvertretung und Förderung der berufsständischen Interessen seiner Mitglieder. Der LBBH ist ein Fachverband, der sich vorrangig mit den fachbezogenen Aspekten des Baustoff-Fachhandels beschäftigt.

Mit einem Gesamtumsatz von ca. 5 Mrd. DM (1994) zählt der bayerische Baustoffhandel zu den bedeutendsten Großhandelsbranchen in Bayern. Mit Ausnahme von zwei Konzernbetrieben – ist der bayerische Baustoffhandel mittelständisch strukturiert. Die Verbandsmitglieder sind überwiegend Familienbetriebe, deren Inhaber mit ihrem gesamten Betriebs- oft auch mit ihrem Privatvermögen haften.

Das typische Leistungsprofil eines Baustoff-Fachhändlers läßt sich wie folgt skizzieren:

- **Lagerhaltung** in allen gängigen Bauprodukten: Die Lagersortimente betragen heute je nach Größe und Ausrichtung des Unternehmens 5.000 bis 30.000 Artikel.
- **Logistik:** Vom Hersteller oder eigenem Lager bis zur Baustelle sorgen die Verbandsmitglieder für die reibungslose Belieferung der Baustellen. Ohne die zumeist mit Ladekran ausgestatteten Fahrzeuge ließen sich heute die meisten Baustellen nicht so schnell – just in time – abwickeln.
- **Fachberatung:** Die Mitarbeiter des Baustoffhandels beraten Profis – wie Privatkunden in allen Fragen des Bauens – von der Eigenschaft der Baustoffe bis zu bauphysikalischen und gestalterischen Fragen. Der Fachberater im Baustoffhandel ist ein interessanter und zukunftssträchtiger Beruf. Leider sind qualifizierte Fachkräfte auch im Baustoffhandel Mangelware. Um hier Abhilfe zu schaffen, startete der Bundesverband des Deutschen Baustoff-

handels e.V. zur BAU '95 eine großangelegte Initiative, um Schulabgänger für den Beruf im Baustoffgroßhandel zu interessieren.

- **Finanzierung:** Eine der wichtigsten Funktionen des Baustoffhandels ist seine Finanzierungsfunktion. Der Baustoffhändler liefert überwiegend auf Lieferschein, d. h. er gewährt seinen Kunden Lieferantenkredite. Dadurch sichert der Baustoffhandel in wesentlichem Umfang zahlreichen Handwerksbetrieben ihre Existenz.

Das einzelne Mitglied steht im Zentrum aller Verbandsaktivitäten. Es im Rahmen des Satzungszwecks zu fördern, ist vornehmstes Ziel der Verbandsarbeit. Daran orientiert sich die Erfüllung folgender Aufgaben:

- **Informationen:** Der laufende Kontakt zwischen dem LBBH und seinen Mitgliedern erfolgt über die Verbandsrundschriften. Wichtige Brancheninformationen zu neuen Gesetzen und Verordnungen, Umwelt- und Verpackungsfragen, Konjunkturentwicklungen oder Rechtsfragen werden hier veröffentlicht. Die ausführliche Berichterstattung erfolgt über das offizielle Organ des BDB und der Landesverbände des Baustoffhandels, dem „baustoffmarkt“.
- **Individuelle Beratung der Mitglieder:** Die Betreuung und Beratung der Mitgliedsunternehmen nimmt besonderen Stellenwert ein. Der Verband berät und unterstützt seine Mitglieder in allen anfallenden unternehmerischen Problemen.
- **Seminare und Kurse:** Zusammen mit seinen Schwesterverbänden Mitte und Baden-Württemberg veranstaltet der LBBH jedes Jahr die „Süddeutschen Unternehmertage“, ein Seminar für Führungskräfte des Baustoffhandels. Die Aus- und Fortbildung des Baustoffhandelskaufmanns erfolgt im Bildungszentrum Groß- und Außenhandel Goslar e.V.

- **Regionale Industriegespräche:** „All business is local“: Entscheidend für den Verkaufserfolg der Mitgliedsunternehmen sind die regionalen Lieferanten. Wo immer erforderlich, schafft der LBBH die Gesprächsebenen.

- **Verbandsveranstaltungen:** Mitgliederversammlungen sind nicht nur die nach Satzung vorgeschriebenen wichtigsten Versammlungen des Verbandes, sondern auch gesellschaftlicher Höhepunkt der Verbandsarbeit und gewichtige Kontaktbörsen.

Bezirksversammlungen werden inhaltlich individuell gestaltet. Schwerpunkt der letzten Bezirksversammlungen war die Zertifizierung nach DIN EN ISO 9000 ff.

Regionale Gesprächskreise sind Besprechungen des Handels in regionalen Wirtschaftsbezirken. Es werden Fragen der jeweiligen regionalen Märkte besprochen.

- **Fachgruppen:** Im LBBH existieren produktbezogene Arbeitsgemeinschaften, so z. B. die Fachgruppe „Dach und Fassade“. Die einzelnen Arbeitsgemeinschaften setzen sich zusammen aus Unternehmen, die einen Schwerpunkt ihres Umsatzes in den jeweiligen Baustoffen tätigen.

- **Juniorenkreis:** Die Junioren von heute sind die Unternehmer von morgen. Im Juniorenkreis kann der unternehmerische Nachwuchs aus den Mitgliedsfirmen mitarbeiten, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Junioren und Verband zu fördern. Durch Firmenbesuche wird der Kontakt zur vorgelagerten Industrie verstärkt.

- **Mitwirkung bei Messen:** Auf der Bau '95 war der LBBH über seinen Bundesverband mit einem eigenen Messestand vertreten.

Wer all dies zusammennimmt, wird zur Überzeugung gelangen, daß Verbandsarbeit keine statische, vielmehr eine dynamische und vielfältige Arbeit ist.

FIRMENPORTRAIT

MAX CARL – STAHL BÄDER HEIZUNG KÜCHEN

– EIN MAXIMUM AN KOMPETENTER, FREUNDLICHER BERATUNG –

Begonnen hatte alles, als Max Carl, am 14. Januar 1909, seinen Handel für gußeiserne Röhren und Kanalteile in Coburg gründete. Sicher wäre er begeistert, wenn er das Unternehmen in der heutigen Form sehen könnte.

1936 tritt der Sohn des Firmengründers Max Carl, in die Firma ein. Von 1939 bis 1945 leitet seine Mutter alleine die Firma.

Bestimmt ganz im Sinne von Vater und Großvater führt Max-Peter Carl das Unternehmen. Ein Jahr nach seinem Firmeneintritt wurde 1980 das neue Verwaltungsgelände in der Wassergasse, neben dem bisherigen Stahllager, bezogen. Dies war mit Sicherheit eine der wichtigsten Weichenstellungen für das heutige Unternehmen. Max-Peter Carls Philosophie ist es, dem Kunden ein Maximum an kompetenter, freundlicher Beratung zu bieten: als Basis des geschäftlichen Erfolges. Dazu gehört auch die Weiterbildung und Motivation von Mitarbeitern, wie die Information von Kunden, die der Firmenchef auch selbst gerne ausführt.

Seit 1946 gehört Geschäftsführer Helmut Winzer dem Unternehmen an. Er hat entscheidend den über Franken und Thüringen hinaus bekannten Fachgroßhandel mitgeprägt.

Neue Dimensionen:

Auch die Architektur drückt die Unternehmenskultur aus: dynamisch, verlässlich

und innovativ. Natürlich standen bei der Raumgestaltung die Mitarbeiter im Mittelpunkt. Für sie wurden angenehme und funktionale Büros geschaffen, so ist die volle Konzentration auf die Kunden gewährt.

Außergewöhnlich, wie die Architektur, auch die Dienstleistung, z. B. die Preislisten auf Datenträger für die Kunden.

Zeit ist Geld – dieses Sprichwort gilt mehr denn je. Deshalb die Überlegung, für die Kunden zu sparen. – Und kräftig investiert, damit die Abholzeit kein großer Kostenfaktor wird. Gut 6.000 der gängigsten Artikel für Sanitär und Heizung findet man übersichtlich präsentiert. Dazu natürlich auch die entsprechenden Werkzeuge. Alles kann genau zusammengestellt werden, wie im eigenen Lager. Nur mit dem kleinen Unterschied – die Lagerhaltungskosten trägt Carl. Ein weiterer Vorteil: Vieles hat sich geändert – nur die kompetente Beratung nicht.

Warensymbole und übersichtliche Anordnung sorgen für flottes Zusammenstellen der benötigten Artikel.

Schnelle Abwicklung

Schnell noch ein erfrischender Kaffee und schon geht die nächste Arbeit viel besser von der Hand.

Großer Vorteil dieser Übersicht: Man wird so an manches Teil erinnert, was sonst

mal fehlen könnte: „Max Carl, die denken wirklich mit.“

Schnelle Abwicklung auch beim Check-out. Waren- und Kundenkarten werden eingelezen. Schon ist der Kunde wieder auf Tour.

Im Hochregallager mit 7.000 Palettenstellplätzen werden durch spezielle Kommissionierstapler die gewünschten Waren rationell bereitgestellt. Auch das spart Zeit und Kosten.

Zirka 3.000 Tonnen Bleche und Formstahl unterschiedlicher Güte liegen ständig am Lager. Die prompte Auslieferung erfolgt mit Spezial-LKW's.

Als führender Lieferant für Industrie und Stahlbau bietet Carl Formstahl und Breitflanschträger in Fixmaßzuschnitten.

Auch im Lager führend

In den befahrbaren Hallen für Stahl und Blech sorgen leistungsfähige Magnetkräne für eine schnelle Be- und Entladung. Hier lagern ständig 3.500 Tonnen Stabstahl und Röhren.

Über 40.000 Artikel lagern in den 10 Meter hohen Regalstraßen. Durch sofortige Verfügbarkeit stoppt nichts auf der Baustelle oder bei Reparaturen.

Hier werden über 6.000 verschiedene Kleinteile kommissioniert und für den Versand bereitgestellt.



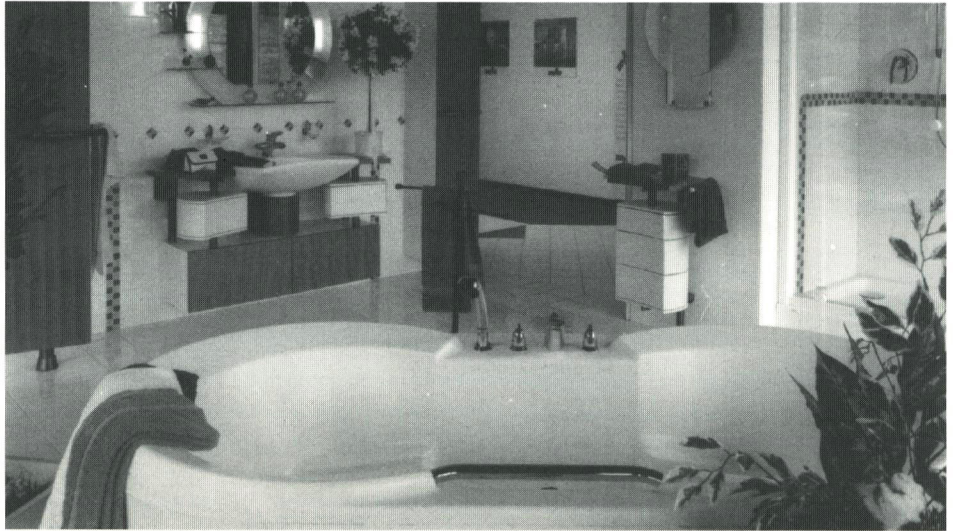
Eine Ausstellung, die überzeugt ... ob Sanitär oder Küchen

Die Ausstellung ist für die Kunden der Kunden konzipiert. Der Architekt oder Handwerker kommt mit seinen Interessen und wird durch die Mitarbeiter optimal beraten. Die Abwicklung und der Einbau erfolgt dann durch Handwerker.

Auf 1.200 Quadratmetern erfolgt eine Produktpräsentation, die stets dem neuesten Stand der Technik entspricht.

Besonders die Küchenplanung ist es, die ein sehr großes Gespür für Technik, Optik und Funktion erfordert.

Ein gut ausgebildetes Team hilft auch bei technischen Problemen fachkundig und freundlich.



Carl bringt es auf den Punkt

... ob Dachrinnen, Rohre, Stahlträger. Termingerecht wird frei Haus oder Baustelle geliefert.

Bauelemente, Türen, Tore gewinnen immer mehr an Bedeutung.

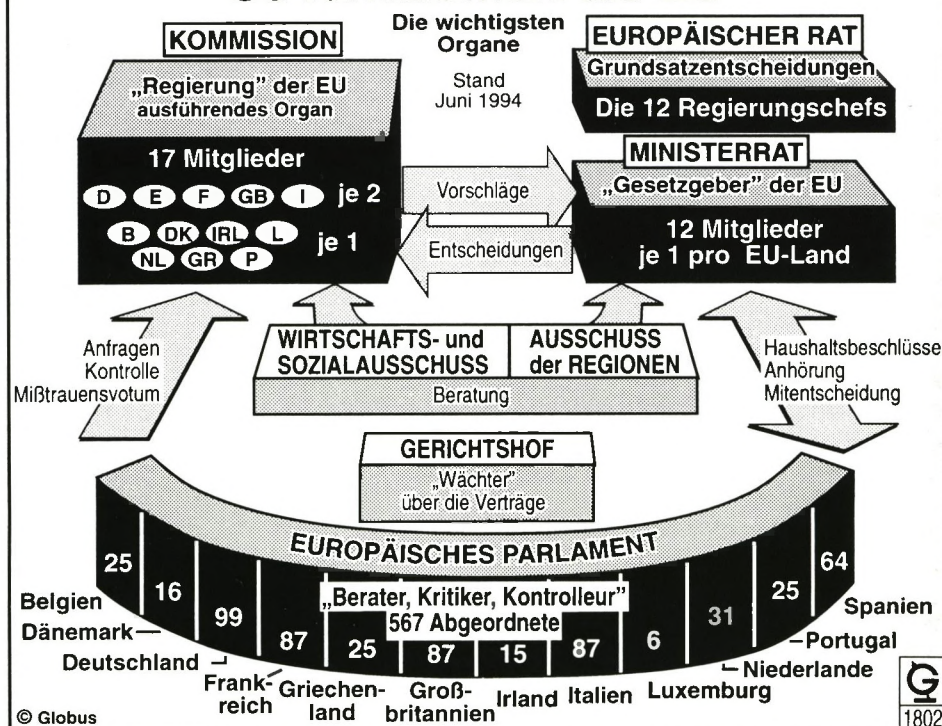
Über 5.000 Quadratmeter erstreckt sich das Freilager. Hier liegen Betonstahl, Matten, Drainageteile, Rohre, Tanks und Kanalartikel zur Abholung oder Lieferung bereit.

Die Fahrzeugflotte mit über 20 LKW's ihren festen Fahrplan. So kann man genau disponieren. Für Sondertransporte stehen Spezialfahrzeuge, teilweise mit Kran, zur Verfügung.



STEUER UND VERKEHR

So funktioniert die EU



VOM MÜLL ZUM ROHSTOFF

Die Bundesbürger haben 1994 viel Müll produziert, aber auch eine gewaltige Menge an Verpackungsabfall mit dem Grünen Punkt gesammelt und zur Wiederverwertung abgegeben. Rechnet man alles zusammen, dann erfaßte das Duale System im letzten Jahr über 4,7 Millionen Tonnen Papier, Glas, Getränkekartons und andere Verpackungen. Diese Menge entsprach 67,7 Prozent aller Verkaufsverpackungen aus Haushalten und Kleingewerbe. 1993 hatte diese sogenannte Erfassungsquote noch bei 57 Prozent gelegen. Besonders erfolgreich ist die Recycling-Quote bei Glas und Papier. Hier wurden jeweils über 70 Prozent der in den Umlauf gebrachten Mengen wieder eingesammelt und anschließend auch vollständig verwertet. Anders sieht dies bei Verbundstoffen (z.B. Milchkartons) und bei Aluminiumverpackungen (z.B. Getränkedosen) aus. So landeten von den über 90 000 Tonnen an Aluminium-Verpackungen nur 37 000 Tonnen (40 Prozent) in den gelben Säcken. Auch scheint das Duale System Schwierigkeiten zu haben, diese Leichtverpackungen vollständig wiederzuverwerten.

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

HERRN AUGUST GEIERHOS

Mit Betroffenheit und Trauer haben wir davon Kenntnis nehmen müssen, daß der Chef des Hauses Geierhos & Heyck

Herr August Geierhos

verstorben ist.

Der LGA würdigt das unternehmerische Lebenswerk des Verstorbenen in hoher Anerkennung. Seine Bereitschaft zu Verantwortung und Leistung waren ebenso beispielhaft wie die Erfüllung aller unternehmerischen Aufgaben und Pflichten. Unser Berufsstand verliert in ihm den hochgeschätzten Repräsentanten einer angesehenen Mitgliedsfirma, mit dem wir fast 30 Jahre vertrauensvoll und partnerschaftlich zusammenarbeiten durften. Unsere aufrichtige und herzliche Anteilnahme gilt der Geschäftsleitung und Belegschaft des Unternehmens. Wir werden den Verstorbenen stets in ehrender Erinnerung behalten.

WIR GRATULIEREN

MÜLLER-LOTTER GEWÄHLT

Karl-Friedrich Müller-Lotter, Firma G. F. Lotter GmbH, Nürnberg, ist am 1. 6. 1995 einstimmig zum Vorsitzenden des Handelsausschusses der IHK-Nürnberg wiedergewählt worden. Wir gratulieren unserem Vorstandsmitglied und bildungspolitischen Sprecher auf diesem Wege sehr herzlich.

FÜHRUNGSWECHSEL BEIM LBE

Der Schwandorfer Kaufmann Volker Jakobitz ist am 17. Mai 1995 zum neuen Präsidenten des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels e.V. (LBE) gewählt worden. Der 51jährige ist damit Nachfolger von Senator Erwin O. Maier, der das Amt nach zwölf Jahren abgab.

Wir gratulieren dem neuen Präsidenten sehr herzlich und wünschen ihm viel Erfolg bei der Verfolgung seiner Ziele im Ehrenamt

für den LBE. Kontinuität in der bisher schon so guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen unseren Verbänden sehen wir zum Gesamtwohl des bayerischen Handels in Bayern damit gewährleistet.



BUCHBESPRECHUNGEN

**GELD VOM ARBEITSAMT
FÜR ARBEITGEBER**

Unter Mitarbeit von Referenten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

3. Auflage 1995, kartoniert, 216 Seiten, DM 46,-, ISBN 3-08-315703-7, Stollfuß Verlag Bonn

Eine wichtige Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit ist u. a. die Vergabe von Leistungen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Sie ist deshalb eine Behörde, die auch Arbeitgebern Leistungen gewährt. Die Entscheidungsträger in mittelständischen und kleineren Unternehmen wissen das häufig nicht.

Ihnen gibt der Ratgeber wichtige Informationen, wendet sich aber auch an Steuerberater, die ihre Mandanten mit allen Möglichkeiten öffentlicher Zuschüsse bekannt machen möchte.

Das Buch stellt die wichtigsten Arten von Leistungen und deren Voraussetzungen vor. Die durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 neu hinzugekommenen, geänderten oder aufgehobenen Leistungsvorschriften sind bereits berücksichtigt. Soweit für die neuen Bundesländer noch besondere Regelungen gelten, werden diese erläutert.

Neben der Darstellung und Erläuterung der Vorschriften aus dem AFG erfolgt auch ein Abdruck der Verwaltungsanordnungen der Bundesanstalt für Arbeit. Ferner wird die Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit verwiesen, die bei der Konkretisierung der oft weit gefaßten Leistungssachverhalte eine besondere Rolle spielt.

Vielfältige Musteranträge helfen schließlich bei der Beantragung der Zuschüsse.

**ABC STEUERGÜNSTIGE
GELDANLAGEN 1995**

Von Diplom-Volkswirt Th. Jasper, Steuerberater, Diplom-Finanzwirt Robert Kracht und Diplom-Betriebswirtin Christine Schwartzkopff.

1995, kartoniert, 256 Seiten, DM 49,80, ISBN 3-08-214095-5, Stollfuß Verlag Bonn

Der Ratgeber wendet sich an Kapitalanleger aller Einkommens- und Vermögensarten und ist sowohl für Einsteiger als auch für „Anlageprofis“ nützlich.

Er bietet detaillierte Informationen über Vor- und Nachteile einzelner Anlagemöglichkeiten. Insbesondere die Anlagemöglichkeit in Aktien und Investmentfonds wird ausführlich beschrieben.

Das Werk gibt zudem steuerliche Tips und Gestaltungshinweise, wie z. B. zu steuerfreien Zuflüssen, zur Senkung von Erbschaft- und Schenkungsteuer oder zur Ausnutzung von Freibeträgen. Eine fundierte Argumentation gegenüber dem Finanzamt wird durch die Angabe der Fundstellen ermöglicht.

Alle relevanten Erlasse und Gesetze bis Ende 1994 wurden aufgenommen.

**SCHNELLÜBERSICHT
EINKOMMENSTEUER FÜR DEN VERAN-
LAGUNGSZEITRAUM 1994**

Von Diplom-Finanzwirt Heinz Richter, Steuerberater, und Willi Winter, Regierunsdirektor

29. Auflage 1995 – kartoniert – 108 Seiten – ISBN 3-08-314394-X – DM 39,80 – Stollfuß Verlag Bonn

Kurz und bündig bietet der Ratgeber wichtige Informationen für die Einkommensteuer-Erklärungs- und Veranlagungsarbeiten 1994. In ABC-Form werden Problem-bereiche des Einkommensteuerrechts dargestellt.

Dazu gehören u. a.

- Abschreibungen,
- außergewöhnliche Belastungen,
- Bau- und Hauskosten,
- Gewinnübertragung,
- Leasing,
- Mitunternehmerschaft,
- Renten und dauernde Lasten,
- Sonderbetriebsvermögen,
- Unternehmensübertragung,
- Werbungskostenpauschalierung.

Der Ratgeber erspart umfangreiches Suchen in den vielfältigen Unterlagen zum Einkommensteuerrecht und den Nebengebieten. Tabellen, Übersichten und Formeln erleichtern die Arbeit, indem sie Zusammenhänge erschließen.

Die „Schnellübersicht Einkommensteuer“ ist eine Arbeitshilfe sowohl für den Auszubildenden als auch für den mit Erklärungsarbeiten betrauten Mitarbeiter in jeder Steuerberaterkanzlei.

**BASISINFORMATIONEN ÜBER DAS
SPEKTRUM DER RUSSISCHEN PRESSE**

Die schnellste und einfachste Möglichkeit für Unternehmen, sich in neuen Absatzmärkten zu etablieren und Kunden zu finden, ist die Nutzung der Medien des betreffenden Landes: Zeitschriften und Zeitungen sind als zielgruppengenaue Multiplikatoren ein wesentlicher Faktor, der für diese Zwecke genutzt werden kann. Jedoch ist die Beschaffung der notwendigen Informationen oft schon ein unüberwindbares Hindernis, besonders wenn zusätzlich Sprachbarrieren vorhanden sind. Für Rußland, das als zukunftssträchtiger Absatzmarkt im Moment besonders interessant ist, gibt es nun erstmals ein Handbuch der Publikums- und Fachpresse: Mehr als 1850 russische Zeitungen und Zeitschriften werden in dem jetzt im Darmstädter Hoppenstedt Verlag erschienenen Handbuch „Russische Presse '95“ vorgestellt.

Das Spektrum reicht von Tageszeitungen und Wirtschaftsmagazinen über Fachzeitschriften aller wissenschaftlichen Bereiche bis zu Publikumsblättern wie Sport- oder Heimwerker-Journalen. In dem Buch werden alle wichtigen Daten aufgeführt: Auflagenhöhe, Leserschaft, redaktionelle Schwerpunkte, Verbreitungsgebiete, Chefredakteure sowie das Druckverfahren. Angaben zum Preis einer einseitigen Schwarz-Weiß-Anzeige, zu Erscheinungsweise und Format geben erste Anhaltspunkte zur Planung von Anzeigenschaltungen. Die Titel sind sowohl in deutscher Übersetzung als auch in russischer Sprache angegeben.

Das Buch ist thematisch gegliedert, die Titel werden gemäß der deutschen Übersetzung alphabetisch aufgeführt. Die Daten wurden von der in Moskau ansässigen Agentur Sojuspetschat bei den Verlagen ermittelt. Sojuspetschat ist mittlerweile mit über 350 Büros in Rußland vertreten.

Das Handbuch leistet jedem wertvolle Unterstützung, der eine zukünftige Präsenz im russischen Markt anstrebt – als Basisinformation für einen ersten Überblick oder auch als Grundlage für die konkrete Medienplanung.

„Russische Presse '95“, herausgegeben von Agentur Sojuspetschat, Moskau, 420 Seiten, Format 17 x 24 cm, Preis 45,- DM.

Zu beziehen bei Verlag Hoppenstedt GmbH, Postf. 10 01 39, D-64201 Darmstadt, Tel. 0 61 51/3 80-0, Fax 0 61 51/3 80-3 60

LGÄ-NÄCHRICHTEN



Zukunft gestalten durch Ausbildung

Gemeinsamer Aufruf der Bayerischen Staatsregierung und von Spitzenvertretern der bayerischen Wirtschaft

Hochqualifizierte Fachkräfte sind ein entscheidender Standort-, Wettbewerbs- und Produktionsfaktor für Bayerns Wirtschaft. Schon bisher haben gerade in Bayern die Unternehmen Spitzenleistungen bei der Heranbildung von Nachwuchskräften erbracht.

In den letzten Jahren zwangen konjunkturelle und strukturelle Probleme viele Betriebe zu Personalabbau und Kosteneinsparungen. Jetzt aber hat die Wirtschaft wieder Tritt gefaßt. Jetzt gilt es, neue Ideen und neuen Schwung in die Betriebe zu bringen, um so im Wettbewerb bestehen zu können. Bestausgebildete, motivierte Nachwuchskräfte sind der Schlüssel dazu.

Wenngleich die Situation sehr vielgestaltig ist – in manchen Bereichen, vor allem des Handwerks, stieg die Zahl der Ausbildungsverhältnisse auch in den letzten Jahren, in anderen Bereichen können Betriebe ihre Lehrstellen mangels geeigneter Bewerber nicht besetzen – wenden wir uns heute gemeinsam an die Verantwortlichen in allen Betrieben Bayerns:

- Machen Sie die Heranbildung des Fachkräftenachwuchses zur Chefsache!
- Investieren Sie heute in die Zukunft Ihrer Firma!
- Verstärken Sie Ihre Ausbildungsanstrengungen oder: Fangen Sie neu damit an!

Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben das wichtigste Kapital der Betriebe. Wer heute säumig ist, kann morgen schon leer ausgehen. In allen Ausbildungsfragen stehen die Experten mit Rat und Tat zur Verfügung.

Betriebe, die ausbilden, sind Stützpfeiler unserer Gesellschaft. Ihr unternehmerischer Erfolg wird entscheidend vom Einsatz der dort arbeitenden Menschen geprägt.

Barbara Stamm

Bayer. Staatsministerin
Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit

Dr. Otto Wiesheu

Bayer. Staatsminister
für Wirtschaft, Verkehr und
Technologie

Prof. Dr. Wilhelm Wimmer

Arbeitsgemeinschaft der
Bayer. Industrie- und Handelskammern

Senator Walter Stoy

Präsident des
Bayerischen Handwerkstages

Senator Hubert Stärker

Präsident der
Vereinigung der Arbeitgeberverbände
in Bayern

INHALTSVERZEICHNIS

AUF EINEN AUGENBLICK

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt:	
Verbandstag 1995 –	
Die Zukunft der Handels- und Dienstleistungsgesellschaft hat schon begonnen	4
Die Gremien im LGA	9
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales:	
Leistungen an Arbeitgeber bei der Einstellung von Arbeitslosen	11
Steuer und Verkehr:	
Bayerische Beteiligungsgesellschaft	11
Nachfrage nach Mittelstandskrediten enorm gestiegen	12
Der Mittelstand trägt 56 Mrd. Administrationskosten	12
Berufsbildung:	
Ausbildungsbegleitende Hilfe (ABH) für Azubis nach dem ersten Ausbildungsjahr	14
Welthandel:	
Außenwirtschaftsförderung auf dem Prüfstand	14
Verbandsnachrichten:	
Neuer Mitarbeiter in der Hauptgeschäftsstelle des Landesverbandes	15
Personalien	15
Buchbesprechungen	16

Ein herzliches Grüß Gott!

Alle reden von Deregulierung, aber die Regelfreunde lassen nicht nach, immer wieder neue Regeln mitsamt der dazugehörigen Ausnahmen zu kreieren.

Niemand bezweifelt, daß ein vernünftiges Maß praxistgerechter Regeln nötig ist. Jeder weiß aber, daß ein Übermaß an Vorschriften jegliche Dynamik erstickt, Wachstum verhindert, und die Wettbewerbsfähigkeit beschädigt. Dabei wird immer wieder ignoriert, daß die unterschiedliche Vielfalt nationaler wie internationaler Regeln sich gegenseitig behindert, was auch innerhalb der Europäischen Union und über diese hinaus im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsböcken gilt. Für uns am ehesten spürbar und am deutlichsten sichtbar sind die Unterschiede des europäischen und des deutschen Regelwerkes. Dafür zwei Beispiele:

Die europäische Verpackungsrichtlinie vom 20. Dezember 1994 soll die unterschiedlichen Maßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten im Bereich der Verpackung und Abfallwirtschaft harmonisieren. Bis spätestens zum 30. Juni 2001 müssen in den Mitgliedsstaaten mindestens 50 und höchstens 65 Gewichtsprozent der Verpackungsabfälle verwertet werden.

Doch schon gibt es Ausnahmen: Griechenland, Irland und Portugal müssen bis zum 30.6.2001 nur eine Mindestverwertung von 25 Gewichtsprozent erfüllen. Andererseits sind die höheren deutschen Quoten der nationalen Verpackungsverordnung auch weiterhin zulässig, sofern dadurch eine Verzerrung des Binnenmarktes vermieden wird und Rücknahme- sowie Verwertungssysteme in den übrigen Mitgliedstaaten nicht behindert werden.

Im Klartext heißt dies, daß das deutsche Vorpreschen mit einer Verpackungsverordnung sich voll zu Lasten der inländischen Wirtschaft auswirkt, während der europäischen Wettbewerber sich an niedrigeren Gemeinschaftsnormen zu orientieren hat.

Fazit: Es wird weder ein einheitliches Umweltschutzniveau noch eine Harmonisierung der Kosten der Abfallwirtschaft erreicht.

Seit 1994 findet das Gerangel um die AZO-Verordnung statt. Mit der letzten Änderungsverordnung zur dritten Verordnung einer Änderung der Bedarfsgegenstandsverordnung sollte für Textilien und Beklei-

dung sowie Schuhe ein Einfuhrverbot ab 1.7.1995 und ein Verbot des Inverkehrbringens ab 1.1.1996 in Kraft treten. Die Einwendungen der Wirtschaft und Wissenschaft haben insofern Erfolg gehabt, als das Importverbot nun erst zum 1.4.1996 und das Verbot zum Inverkehrbringen erst zum 1.10.1996 in Kraft treten wird. Die Notwendigkeit, auf AZO-Freiheit bei Textil und Bekleidung sowie Schuhen zwingend hinzuwirken, bleibt bestehen.

Bereits 1972 hatten alle Farbwerke in Westeuropa auf die Herstellung von AZO-Farbstoffen verzichtet und sich somit einer Selbstbeschränkung unterworfen. Damit wurde vor allen Dingen der Gefährdung der Mitarbeiter in den Farbwerken Rechnung getragen. Umstritten aber ist die Auswirkung von sog. AZO-Pigmenten auf die menschliche Haut, die in der Verordnung miteinfaßt werden. Auch ein analytisches Bestimmungsverfahren fehlt noch, um AZO-Farbstoffe und AZO-Pigmente getrennt bestimmen zu können.

Deutschland betritt mit der Regelung des Verbotes bestimmter Farbstoffe Neuland. Es gibt in Europa derartige Verbote nicht. Dort wird uneingeschränkt verkauft und an den bisherigen Ursprungsquellen eingekauft. Daß sich bei Einführung eines Verbotes von AZO-Farbstoffen somit Kostenunterschiede ergeben werden, liegt auf der Hand. Bekleidung wird weltweit verkauft.

Dem Grundsatz der AZO-Verordnung ist voll zuzustimmen. Die Umsetzung aber sollte sich nicht auf eine für Deutschland isolierte Lösung beschränken, sondern zumindest eine in der Europäischen Union einheitlich geltende Regelung anstreben. Dementsprechend müßten Prüfverfahren und Übergangsfristen geplant werden.

Kein anderer Staat ist so exportabhängig wie wir. Über die Hälfte unseres Außenhandels betreiben wir mit den europäischen Partnerländern. Deutschlands Anteil am Welthandel liegt bei 10,4% im Export und bei 9,2% bei den Importen. Deshalb ist mit allem Nachdruck eine weltoffene Handelspolitik zu fordern. Unabgestimmte Regelungen passen ebenso wenig in eine liberale Außenwirtschaftspolitik wie Verwaltungsprotektionismus mit Importquoten und Gemeinschaftskontingenten.

Werner Sattel

Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (0911) 20 31 80
Telefax Nürnberg (0911) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleineriger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
Druck: typobierl, 80609 München, Riesenfeldstraße 56
Telefon 3 59 60 66-68.

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

VERBANDSTAG 1995 – DIE ZUKUNFT DER HANDELS- UND DIENST- LEISTUNGSGESELLSCHAFT HAT SCHON BEGONNEN

Vor zahlreich erschienenen Mitgliedern des LGA und Gästen fanden Mitgliederversammlung und Öffentliche Kundgebung 1995 unseres LGA am 13. Juli in Nürnberg statt.

Präsident Senator **Helmut Hartmann** setzte sich in seiner Grundsatzrede mit der „Überwindung der weltweiten Strukturkrise durch Handel und Dienstleistungsgesellschaft“ und damit der Zukunft unserer Wirtschaftsentwicklung auseinander. Unter diesem Motto entwickelte Hartmann neue Vorschläge zur Überwindung der gegenwärtigen Strukturkrise. Er analysierte den in den letzten Jahren in allen Industriestaaten zu beobachtenden Konjunkturerinbruch. Überhöhte Löhne, überhöhte Ansprüche unserer Gesellschaft, dramatische Veränderungen der Währungsparitäten seien ebenso ursächlich dafür wie der globale Strukturwandel. Länder Asiens, Tschechien, Polen und in kurzer Zeit auch Südamerika seien heute in der Lage, Massengüter in mindestens gleichwertiger Qualität herzustellen, allerdings auf einem Lohnniveau, das bei höchstens 1/10 des Lohnniveaus in der Bundesrepublik liege. In der Konsequenz heißt dies, daß Deutschland auf Sicht kein Standort mehr sein könne für die Produktion von Schiffen, Kohle, Textilien und vieler anderer Güter. Deutschland müsse sich ganz rasch umstellen zu einem High-Tech-Produktionsland.

Diese Entwicklung lasse erkennen, daß die Industriegesellschaft zu Ende gehe und die Handels- und Dienstleistungsgesellschaft schon begonnen habe. Der Großhandel begreife dies als große Chance. Allerdings müsse „Großhandel“ neu definiert werden.

Großhandel und Dienstleistungen

Groß- und Außenhändler müssen neben der Warendistribution neue und erweiterte Dienstleistungen für ihre Kunden und Lieferanten anbieten. Der Großhandel müsse sich als Träger der Vermarktung von Waren und Diensten verstehen, also als ein Systemkopf in einer postindustriellen Handels- und Dienstleistungsgesellschaft. Auch

Industrieunternehmen, die durch Ausgliederung ihrer Vertriebsbereiche und deren Verselbständigung selbst Großhändler werden, zählten ebenso dazu wie die Dienstlei-

ster, die im Verbund mit der gewerblichen Wirtschaft stehen und dort Beratungen und Dienste jeder Art gegenüber gewerblichen Abnehmern leisteten. Viele der in der Stati-

Ein erfolgreiches Duo:

links der bisherige Präsident, Senator Helmut Hartmann, rechts sein Nachfolger Thomas Scheuerle



stik als Produktionsziffern aufgeführten Zahlen seien in Wirklichkeit Importe und somit den Handelsumsätzen zuzurechnen.

Hartmann forderte ebenfalls mit Nachdruck eine weltoffene Handelspolitik der Europäischen Union. Verwaltungsprotektionismus mit Importquoten und Gemeinschaftskontingenten passe nicht in die Außenwirtschaftspolitik eines so exportabhängigen Staates wie der Bundesrepublik Deutschland.

Besonderes Interesse zeige der Groß- und Außenhandel auch an der Verkehrspolitik. Jedes zweite Fahrzeug, welches im Lieferverkehr eingesetzt werde, laufe für den Großhandel. Der Wirtschaftsbereich übernehme bereits seit langem in Funktion und Leistung die Bündelung der Verkehrs- und Warenströme. Bei durchschnittlichen Beziehungen zu 300 Lieferanten und 3.000 Kunden und einer Verdichtungsfunktion von 1:10 könne kein einziges Modell für City-Logistik einen vergleichbaren Anspruch erheben. In diesem Zusammenhang forderte **Hartmann** auch die Realisierung des Brenner-Basis-Tunnels.

Angst kein Mittel der Politik

In der Umweltpolitik bemühe sich der Groß- und Außenhandel durch neue Dienstleistungen in der Entsorgung und Logistik, dem Wirtschaftskreislauf gerecht zu werden. Einen Transport von Müll lehne der Großhandel ab. Eine Politik, die mit der Angst der Bevölkerung vor Gesundheitsschäden arbeite und letztlich nur die Gängelung des Verkehrs zum Ziele habe, sei, so **Hartmann**, unglaublich.

Hartmann rief seine Unternehmerkollegen auf, besonderes Augenmerk nach wie vor einer gut ausgebildeten Jugend zu widmen. Der Groß- und Außenhandel solle versuchen, mehr Auszubildende einzustellen, um das große Defizit, das durch die Reduzierung in der Großindustrie entstanden sei, aufzufangen. Ein finanzielles Umlagesystem lehne er jedoch mit Entschiedenheit ab.

Quo vadis Tarifpolitik?

Hartmann setzte sich außerdem mit der Steuerpolitik auseinander. In der Frage der Vermögens- und Erbschaftssteuer müßten Lösungen gefunden werden, die es überhaupt noch ermöglichen, daß die Unternehmer aus dem Mittelstand ihre Betriebe noch vererben können. Die Erbschaftssteuer dürfe nicht mehr mit einer „Mittelstandsstrafsteuer“ gleichzusetzen sein.



▲ Senator Helmut Hartmann verabschiedet sich vor großem Publikum



▲ Staatsminister Dr. Otto Wiesheu bei seiner glänzend formulierten Ansprache

BGA-Präsident Dr. Michael Fuchs bei seiner vielbeachteten Rede ▼



Dr. Michael Fuchs, der Präsident unseres Bundesverbandes, forderte in seinem Referat „Quo vadis Tarifpolitik – Flexible Rahmenbedingungen für eine flexible Wirtschaftsstufe“. **Fuchs** sagte: Wir stehen an einer Schwelle zu einer noch nie dagewesenen Schärfe im Wettbewerb durch die dynamischen Entwicklungen in der internationalen Abteilung. In den nächsten Jahren werden zusätzlich rd. 1,2 Mrd. billigere Arbeitskräfte verfügbar werden, weil sich insbesondere China, Indien und Vietnam verstärkt in die Weltwirtschaft eingliedern. Dies könne einem schon Ängste verursachen, denn Deutschland sei nahezu auf allen Kostenstellen Weltmeister. Die höchsten Löhne konkurrierten mit den kürzesten Arbeitszeiten, dem längsten Urlaub und den geringsten Maschinenlaufzeiten. Wir hätten die ältesten Studenten und jüngsten Rentner – Gott sei Dank seien es allerdings noch zwei getrennte Gruppen.

Westdeutsche Unternehmen produzieren mit den weltweit höchsten Lohnstückkosten. Die Lohn- und Lohnnebenkosten mit den kurzen Maschinenlaufzeiten und kurzen Arbeitszeiten hätten sich zu einem enormen Kostenblock summiert. Zahlreiche Arbeitsplätze fielen der Produktivitätskosten-Schere zum Opfer. Wir seien dabei, uns in unseren Löhnen weltweit abzukoppeln. Es sei zu befürchten, daß diesem take off sehr schnell die Bauchlandung folgen würde.

Dr. Fuchs versuchte dann, anhand von zwei Vorbemerkungen sowie vier Thesen Gedankenansätze zur Lösung zu unterbreiten:

Vorbemerkung 1:

Der weltwirtschaftliche Strukturwandel schüttelte derzeit den Standort Bundesrepublik Deutschland, denn die sog. Pionierrenten würden wegen fehlender Innovationen schmelzen. Neue Konkurrenzländer übernehmen bei uns nicht mehr profitable Produktionen. Deutschland sei damit in eine Falle geraten, weil die Tarifpolitik von diesem Strukturwandel zu wenig Kenntnis genommen habe, den Strukturwandel nicht positiv gestaltet, sondern konserviert habe.

Die Individualität, der Hang und Wunsch eines jeden Einzelnen, seine Persönlichkeit in Freizeit und Beruf auszudrücken, habe in den letzten 30 Jahren eine enorme Entwicklung genommen. Dieser Trend zu Individualisierung sei ungebrochen, das Individuum sei heute Maß aller Dinge. Dies sei deswegen so bemerkenswert, weil unsere

Tarifpolitik immer noch von dem Gedanken der „Vermassung“ geprägt sei. Mehr Individualisierung müsse die Leitschnur einer zukunftsorientierten Tarifpolitik lauten. Konkret heiße dies:

These 1

Vom Grundsatz der freien Tarifpolitik dürfe nicht abgerückt werden. Die Tarifautonomie sei ein schützenswertes Gut. Sie sei wie der VW-Käfer, laufe und laufe und laufe. Genauso wie der Käfer jedoch durch den erfolgreichen Golf ersetzt worden sei, sollte man unter dem Schutzschirm Tarifautonomie moderne, individuelle Elemente in die Tarifpolitik implantieren.

These 2

Die diesjährige Tarifrunde habe nichts mehr mit Rationalität zu tun.

- Die Abschlüsse seien viel zu hoch,
- die Anpassung der Löhne in den neuen Bundesländern sei zu schnell und
- der Trend zu einem Bundeseinheitstarif sei vorgezeichnet.

Das Tarifjahr 1995 werde später einmal als das Jahr des „tarifpolitischen Dollpunktes“ identifiziert. Die Differenzierung nach Branchen sei aufgegeben worden. Dieser Politik des Einheitstarifes sage er allerdings den Kampf an. Wolle man den Flächentarifvertrag retten, so müsse man ihn mit mehr Flexibilität versehen. Eine Marktwirtschaft müsse ihren Widerhall auch in einer flexibleren Tarifpolitik finden, ansonsten hemme man den Strukturwandel.

Dies bedinge eine neue Qualität in der Tarifpolitik:

- Je differenzierter die Löhne, um so besser.
- Statt „Geleitzugprinzip“ – Individualisierung.
- Statt starrer 37,5-Std.-Woche – flexible Arbeitszeiten, die von der Teilzeit über Jahresarbeitszeiten bis zu Gleitzeitregelungen reichen.

These 3

Was wir brauchen sei eine stärkere Differenzierung der Tarifabschlüsse nach Branchen, Regionen, Konjunkturlagen usw. Er, **Fuchs**, setze daher auf tarifliche Öffnungsklauseln für alle Teile des Tarifvertrages – und dies auf Unternehmensebene. Zugelassene Tarifabweichungen müßten genutzt werden können. Die Mündigkeit der Mitarbeiter ende nicht am Betriebstor.

These 4

Einzelvertraglich günstigere Regelungen für den Mitarbeiter müßten möglich sein und hätten Vorrang vor kollektiven Regelungen. Deshalb forderte **Fuchs**, das Günstigkeitsprinzip weiter zu entwickeln, um dem Einzelnen volle Entfaltungsfreiheit zu geben und ihn zu einem emanzipierten Arbeitnehmer zu machen.

Was wir brauchen seien dynamische Unternehmer und Mitarbeiter, die die Zeichen der Zeit erkennen und die Chance individualisierter Bedingungen in den Unternehmen aufgreifen. Ebenso wie Politiker, die stärker auf den Markt setzten. Und last not least sei ein neues, positives Denken nötig, nach dem Popper-Zitat: „Optimismus ist Pflicht“.

Blick in das Auditorium



Neue Märkte, neue Betriebe, neue Produkte

Der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, **Dr. Otto Wiesheu**, beleuchtete die Situation unter dem Motto „Neue Märkte, neue Betriebe, neue Produkte – unsere Zukunft im Wettbewerb“:

Der Optimismus in der Wirtschaft sei aufgrund der Währungsausschläge und der relativ hohen Tarifaabschlüsse in diesem Jahr nicht mehr ganz so groß wie zu Jahresbeginn. Grund, die Lage zu dramatisieren, sehe er jedoch nicht und keinen Anlaß, in den Wachstumsprognosen von knapp 3% für Gesamtdeutschland nennenswerte Abstriche zu machen.

Die konjunkturelle Entwicklung sei allerdings nur das eine, das andere seien die strukturellen Anstrengungen, die von Wirtschaft und Staat unternommen werden müßten, um den Herausforderungen der Zukunft

- angefangen von der fortschreitenden Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens
- über die wachsende Billiglohnkonkurrenz und den beschleunigten Innovationswettbewerb
- bis hin zum anhaltenden Trend „Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft erfolgreich zu begegnen.“

Auch der Handel bleibe von diesen Entwicklungen ja nicht unberührt. Technische Innovationen wie interaktive Dienste, Homebanking und Teleshopping führten zu neuen Betriebsformen und für den Handel erhebliche Anpassungszwänge. Die Chancen des Wandels könnten nur dann wirklich genutzt werden, wenn wir den Wandel auf breiter Front mit der Philosophie „neue Betriebe, neue Märkte, neue Produkte und Technologien“ offensiv mitgestalteten und vorantrieben. Dies sei der einzige Weg, die Spitzenposition, die in jahrzehntelanger Aufbauarbeit erreicht worden sei, erfolgreich zu verteidigen.

Unabdingbar dafür notwendig sei

- die Rückführung der Staatsquote von über 52% auf das Niveau vor der Vereinigung von weniger als 46%.
- Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung von Bürgern und Wirtschaft, auch die Fortführung der eingeleiteten Unternehmenssteuerreform, die nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe.
- Gleichzeitig müsse die Neuverschuldung begrenzt werden, um die Voraussetzung für eine dauerhafte Entlastung der Kapitalmärkte zu schaffen.

THOMAS SCHEUERLE – NEUER PRÄSIDENT DES GROSS- UND AUSSENHANDELSVERBANDES



Thomas Scheuerle wurde anläßlich unseres Verbandstages durch den Vorstand unseres LGA zum neuen Präsidenten unseres Verbandes gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Senator **Helmut Hartmann** an.

Thomas Scheuerle arbeitet schon seit vielen Jahren in den Gremien unseres Verbandes, aber auch auf Bundesebene mit. Als Vorstandsmitglied und Vizepräsident kennt er die Arbeit, die Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten aus nächster Nähe. Lange Jahre leitete er als Vorsitzender die Tarifkommission des LGA. Im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) gehört Präsident Scheuerle dem Präsidium des Bundesverbandes an und ist Mitglied des BGA-Finanzausschusses.

Zudem bekleidet er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses einschließlich der Koordinierungs-Kommission im BGA. Als Außenhändler gründete er den Außenhandelsausschuß im LGA. Als Vorstandsmitglied des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels (BDEx) bestimmt Thomas Scheuerle auch die Marschrichtung dieses Verbandes mit. Zudem ist Thomas Scheuerle Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg und auch dort in die Wirtschaftsgeschicke seiner Region eingebunden. In seinem Schlußwort anläßlich der Öffentlichen Kundgebung in Nürnberg konkretisierte Präsident Scheuerle die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit im LGA.

Die Staatsregierung habe bereits weitreichende Konsequenzen gezogen mit der „Offensive Zukunft Bayern“ und dem vor kurzem verabschiedeten Wirtschaftsetat, mit dem konsequent auf Modernisierung und Erneuerung gesetzt werde. Ziel dieses einzigartigen Kraftaktes sei ganz klar die Sicherung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes Bayern.

Großhandel vor neuen Herausforderungen

Was den Groß- und Außenhandel angehe, so unterstütze die Bayerische Staatsregierung ganz klar den Groß- und Außenhandel bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen tatkräftig. Aus dem breiten Spektrum der Politik für den Handel nannte **Wiesheu** einige Beispiele:

- Das Mittelständische Messebeteiligungsprogramm und das Mittelständische Außenwirtschaftsprogramm
- Das Mittelständische Kooperationsprogramm
- Die Errichtung von Wirtschaftsinformationsstellen
- Vorzugsweise in Fernost die deutschen Industrie- und Handelszentren

Auch innerhalb der Europäischen Union verfüge der Groß- und Außenhandel bereits über beachtliche Beschaffungs- und Absatzaktivitäten. Das Zusammenwachsen der bisher getrennten nationalen Märkte zu einem Binnenmarkt verändere die Dimension des Wettbewerbs. Wir stünden vor der Aufgabe, die Wettbewerbsordnungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten aufeinander abzustimmen. Er begrüße deshalb die Einleitung des Verfahrens der Bundesrepublik, eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit dem Ziel, das deutsche Kartellrecht an das europäische Wettbewerbsrecht anzupassen. Darüber hinaus müsse das Subsidiaritätsprinzip mit Leben erfüllt werden.

Zum anderen sei auch an eine bessere Erfassung der Nachfragemacht durch Änderungen der Vorschriften über die Zusammenschlußkontrolle und die Verhaltenskontrolle zu denken. Die Bayerische Staatsregierung prüfe derzeit, ob sie nach einem Dialog mit Industrie, Handel und Wissenschaft erneut einen gesetzgeberischen Vorstoß mit dieser Zielsetzung unternehmen solle.

Für die Unternehmen werde auch die Qualifikation der Mitarbeiter zum strategischen Erfolgsfaktor. Nach allen zur Verfügung stehenden Prognosen steige künftig

der Bedarf an praxisnah qualifizierten Fachkräften. Gefragt seien künftig vor allem Qualifikationen, die über eine duale Ausbildung erworben würden. Ungelernte hätten demgegenüber immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ziel müsse es daher sein, die berufliche Aus- und Weiterbildung attraktiver zu gestalten, damit die Bedürfnisse auf der einen Seite und das Angebot an jungen begabten Fachkräften auf der anderen Seite miteinander in Einklang gebracht werden könnten.

Weil die Bayerische Staatsregierung großen Wert darauf lege, daß gewachsene Familienbetriebe in der Familie bleiben, wurde auch die Förderung von Betriebsübernahmen innerhalb der Familie verbessert. Auch die Förderung von Existenzgründern sei von jeher eines der vorrangigen Ziele bayerischer Mittelstandspolitik. Hier böten die speziell abgestimmten Förderinstrumentarien der öffentlichen Hand willkommene und effiziente Hilfestellung, insbesondere stünden bayerischen Existenz-

gründern zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften und die Eigenkapitalhilfe zur Verfügung. Für die Dynamik im Handelsbereich spreche, daß 1994 1/3 der 99.000 Neueinrichtungen gewerblicher Arbeitsstätten in Bayern auf den Handel entfielen.

Staatsminister **Wiesheu** schloß sein Referat mit der Devise für die kommenden Jahre: „Mut zu Neuem, Chancen ergreifen und die Zukunft sichern“.

Das Schlußwort auf der Öffentlichen Kundgebung sprach dann der neu gewählte Präsident des LGA, **Thomas Scheuerle**. **Scheuerle** sprach in seinem Schlußwort die Aufgaben und die Verantwortung der Wirtschaftsverbände an. Besonderes Augenmerk richtete er auf die tarifpolitische Landschaft. Die immer wieder zitierte Welle von Austritten aus den Arbeitgeberverbänden sei nahezu ausschließlich ein Thema von Gesamtmetall. Für den Groß- und Außenhandel könne er eine solche Tendenz

Fortsetzung Seite 12 ►

STAATSMEDAILLE FÜR SENATOR HELMUT HARTMANN – BAYERISCHER VERDIENSTORDEN FÜR WERNER SATTEL

Senator **Helmut Hartmann** wurde anlässlich des Verbandstages mit der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft ausgezeichnet. Damit wurde der jahrelange Einsatz **Helmut Hartmanns** gewürdigt, insbesondere für die Gewinnung eines neuen, zukunftsweisenden Leistungsprofils und Strukturbildes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, und für seine Aktivitäten im Hinblick auf den gemeinsamen Markt und die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Märkten.

Ebenfalls in Nürnberg ausgezeichnet mit dem Bayerischen Verdienstorden wurde der Hauptgeschäftsführer unseres LGA, Dipl.-Kfm. **Werner Sattel**, für seine hervorragenden Verdienste um den Freistaat Bayern auf dem Gebiet der Entwicklung und Stärkung der bayerischen Wirtschaft.

Staatsminister Dr. **Otto Wiesheu** verlieh die hohe Auszeichnung



DIE GREMIEN IM LGA

Anläßlich der Mitgliederversammlung wurden die Gremien des Verbandes in der nachfolgend abgedruckten Zusammensetzung neu gewählt

VORSTANDSMITGLIEDER IM LGA

Senator **Hartmann** Helmut, Ehrenpräsident
86165 Augsburg, Sätzlinger Straße 77

PRÄSIDIUM

Scheuerle Thomas, Präsident
Alfred Graf
90489 Nürnberg, Emilienstraße 5

Greipl Erich, Prof. Dr., Vizepräsident
Fa. METRO SB-GROSSMÄRKTE
GmbH & Co. KG
80939 München, Ingolstädter Straße 70

Kraus Monika, Dipl.-oec., Vizepräsidentin
Fa. Otto Franck Import KG
86165 Augsburg, Sätzlinger Straße 63

Schiessl Wolf Dieter, Dipl.-Kfm.,
Vizepräsident
Fa. Schiessl GmbH & Co. Großvertriebs KG
93001 Regensburg, Postfach 10 01 28

MITGLIEDER

Adler Walter
Fa. August Hoff
90451 Nürnberg, Wetzlarer Straße 26

Brandl Peter
Fritz Erlbacher
90451 Nürnberg, Donaustraße 77

Leicher Christoph, Dipl.-Ing.
Fa. Leicher GmbH & Co.
85551 Kirchheim, Parsdorfer Weg 6

Mang Ferdinand
Fa. Fritz Mang
90527 Wendelstein, Postfach 16 30

Markmiller Sigrd
Fa. Nonnenmacher + Mehl GmbH & Co.
89231 Neu-Ulm, Finninger Straße 46

Müller-Lotter Karl Friedrich
Fa. G. F. Lotter GmbH
90425 Nürnberg, Steinfeldstraße 17

Popp Horst
Fa. Hassmann GmbH
95448 Bayreuth, Postfach 10 05 39

Sahlberg Peter, Dipl.-Kfm.
Fa. Wilhelm Sahlberg GmbH + Co.
85622 Feldkirchen, Friedr.-Schuele-Str. 20

Schneider Max
Fa. Schneider Bauzentrum
83355 Grabenstätt-Elstätt
Raiffeisenstraße 10a
Seidl Florian, Dr.
Fa. Keller & Kalmbach GmbH
81204 München, Postfach 60 04 53

Späth Günter, Konsul
Fa. Jäkle Chemie GmbH & Co. KG
90431 Nürnberg, Matthiasstraße 10-12

Taffel Inge
Fa. Kanzenel & Beisenherz
82008 Unterhaching, Kapellenstraße 24

TARIFKOMMISSION

Birnbeck Franz
Fa. Langer PBS Fachgroßhandel
94240 Teisnach, Im Gewerbegebiet 2

Dettenhofer Franz
Fa. Atlanta Fruchthandels ges. mbH
81371 München, Gotzinger Straße 48

Dörfelt Thomas, Dr.
Fa. Lebensmittelhandels-gesellschaft
mbH & Co. KG, Betriebs KG
97246 Eibelstadt, Untere Au 7

Fechtner Ingo
Fa. Spar Handels AG
85586 Poing, Gruber Straße 70

Fischer Konrad
Fa. Südfleisch GmbH
80050 München, Postfach 15 18 29

Frank Dieter
Fa. Staub & Co.
81677 München, Hohenlindener Straße 10

Guillaume Bernd
Fa. Metro Großhandelsgesellschaft mbH
40235 Düsseldorf, Schlüterstraße 3

Hagelstein Rainer
Fa. J. Schaeffler
80992 München, Riesstraße 19

Halseband Cord
Fa. 2H-Papier Großhandels GmbH & Co.
85740 Garching, Postfach 15 20

Hanslik Joachim, Dipl.-Volkswirt
Fa. Schwäbische Glashandels ges.
GmbH & Co. KG
89027 Ulm, Benzstraße 13

Hildebrandt Albrecht, Dipl.-Ing.
Fa. LM Liftmaterial GmbH & Co.
85650 Pliening, Postfach 11 62

Kaepfel Klaus
Fa. Adam Kaepfel
86009 Augsburg, Postfach 10 19 27

Kahlich Hermann
Fa. Stahlgruber GmbH
81618 München, Postfach 80 18 22

Knopf Reinhard
Fa. OTRA SÜD GmbH
86154 Augsburg, Zirbelstraße 50

Leicher Christoph, Dipl.-Ing.
Fa. Leicher GmbH & Co.
85551 Kirchheim, Parsdorfer Weg 6

Maier Alexander
Fa. Maier Mineralöl GmbH
94474 Vilshofen, Passauer Straße 30

Mayer Anton
Fa. Südstahl GmbH
86690 Mertingen, Industriestraße 2

Ostler Albert
Fa. Hausladen
85551 Heimstetten, Feldkirchener Str. 14

Sahlberg Peter, Dipl.-Kfm.
Fa. Wilhelm Sahlberg GmbH + Co.
85622 Feldkirchen, Friedr.-Schuele-Str. 20

Siems Uwe
Fa. Uwe Siems GmbH
85221 Dachau, Mittermayerstr. 14

Schiessl Hans Werner
Fa. Presse Schiessl GmbH & Co. KG
93001 Regensburg, Postfach 10 01 28

Schloderer Stefan, Dipl.-Ing.
Fa. Oskar Huber Nachf.
80687 München, Landsberger Straße 244

Tegtmeyer Willy
Fa. PARA AG
80331 München, Herzogspitalstraße 11

Thyroff Günther
Fa. Martin Bauer
91487 Vestenbergsgreuth,
Dutendorfer Str. 5-7

AUSSCHUSS FÜR BETRIEBSWIRTSCHAFT, VERKEHR UND UMWELT

Greipl Erich, Prof. Dr.
Fa. METRO SB-GROSSMÄRKTE
GmbH & Co. KG
80939 München, Ingolstädter Straße 70

Pflugmacher Rupert
Fa. Mahler Bauzentrum
86159 Augsburg, Gögginger Straße 13a

Popp Horst
Fa. Hassmann GmbH
95448 Bayreuth, Postfach 10 05 39

Scheuerle Thomas
Fa. Alfred Graf
90489 Nürnberg, Emilienstraße 5

Schiessl Wolf Dieter, Dipl.-Kfm.
Fa. Schiessl GmbH & Co. Großvertriebs KG
93001 Regensburg, Postfach 10 01 28

Schumacher Paul
Fa. Wilhelm Graen GmbH & Co.
81245 München, Rupert-Bodner-Straße 20

Sahlberg Peter, Dipl.-Kfm.
Fa. Wilhelm Sahlberg GmbH + Co.
85622 Feldkirchen, Friedr.-Schuele-Str. 20

Seidl Florian, Dr.
Fa. Keller & Kalmbach GmbH
81204 München, Postfach 60 04 53

BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Bletzinger Dieter
Fa. Kiene Otto GmbH & Co. KG
86712 Nördlingen, Postfach 12 27

Grimm Heribert
Fa. Grimm, Schmidt & Co. GmbH
86068 Augsburg, Postfach 41 01 40

Hagelstein Rainer
Fa. J. Schaeffler
80992 München, Riesstraße 19

Hofmann Axel, Dipl.-Betriebsw. (FH)
Bundesverband Deutscher Stahlhandel e.V.
90443 Nürnberg, Sandstraße 29

Kleinhans Peter
Fa. Stahlgruber GmbH
81618 München, Postfach 80 18 22

Knauer Siegfried
85540 Haar, Ludwig-Thoma-Straße 73

Markmiller Sigrid
Fa. Nonnenmacher + Mehl GmbH & Co.
89231 Neu-Ulm, Finninger Straße 46

Mauer Karl Wilhelm, Dr.
Bildungszentrum des Bayer. Handels
80003 München, Postfach 20 03 05

Müller-Lotter Karl Friedrich
Fa. G. F. Lotter GmbH
90425 Nürnberg, Steinfeldstraße 17

Pflugmacher Rupert
Fa. Bauwaren Mahler KG
86159 Augsburg, Gögginger Straße 13a

Schmidt Eckehard
82031 Grünwald, Wendelsteinstraße 21

AUSSENHANDELS-AUSSCHUSS

Büttner-Frank Brigitte
Fa. Büttner-Frank GmbH
91002 Erlangen, Postfach 12 66

Ferstl Albert
Fa. Martin Bauer
91487 Vestenbergsgreuth
Dutendorfer Straße 5-7

Kraus Monika, Dipl.-oec.
Fa. Otto Franck Import KG
86165 Augsburg, Stätzlinger Straße 63

Maser Wolf
Fa. Gebr. Maser
90451 Nürnberg, Castellstraße 41

Scheuerle Thomas
Fa. Alfred Graf
90489 Nürnberg, Emilienstraße 5

Schmied Ludwig K.
Fa. Protoplan GmbH
86356 Neusäß, Hauptstraße 18

Schmidt-konz Petra
Fa. Alwin J. H. Mühlmeier
95667 Bärnau, Postfach 11 29

Slonek Dietmar
Fa. Mylon Slonek
93342 Saal/Do., Ringstraße 20-22

Stiglmaier Wolfgang
Fa. ORG-Technik GmbH
86609 Donauwörth-Riedlingen
Altes Sträßle 28

Tresenreiter Harald jun.
Fa. Tresenreiter GmbH & Co.
86399 Bobingen, Postfach 49

Vorländer Friedrich
Fa. Funeralia GmbH
97045 Würzburg, Postfach 26 10

Werner Heinz sen.
Fa. Textilaußenhandel u. Vertrieb
H. Werner
97618 Wollbach, Neustädter Straße 23

Wurst Jürgen
Fa. Burkhof-Kaffee
90411 Nürnberg, Sieboldstraße 8

STEUER-AUSSCHUSS

Amschler Bernhard, Dipl.-Kfm.
Fa. Amschler & Schlosser
90001 Nürnberg, Postfach 11 21

Müller-Lotter Karl Friedrich
Fa. G. F. Lotter GmbH
90425 Nürnberg, Steinfeldstraße 17

Schiessl Wolf Dieter, Dipl.-Kfm.
Fa. Schiessl GmbH & Co. Großvertriebs KG
93001 Regensburg, Postfach 10 01 28

RECHNUNGSPRÜFER IM LGA

Schloderer Stefan, Dipl.-Ing.
Fa. Oskar Huber Nachf.
80687 München, Landsberger Straße 244

Spitzweck Peter, Dipl.-Kfm.
Fa. BAYGRO GmbH
85606 Aschheim, Postfach 12 42

VERWALTUNGSRAT DES SOLIDARITÄTSFONDS IM LGA

Hagelstein Rainer
Fa. Schaeffler, Niederl. der
Phönix Pharma Handel AG & Co.
80992 München, Riesstraße 19

Hermann Helmut sen.
Fa. Georg Jos. Kaes GmbH & Co.
87600 Kaufbeuren, Frankenrieder Str. 20

Roiss Ewald
Fa. Hermann Mayer oHG
85055 Ingolstadt, Siemensstraße 1

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

Leistungen an Arbeitgeber bei der Einstellung von Arbeitslosen

Leistungsart	Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer	Eingliederungsbeihilfe	Einarbeitungszuschuß
Voraussetzungen, die vom Arbeitgeber zu erfüllen sind	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluß eines unbefristeten Arbeitsvertrages oder - Abschluß eines befristeten Probearbeitsverhältnisses bis zur Dauer von maximal 3 Monaten (Ziel: Dauerarbeitsverhältnis bei erfolgreichem Verlauf) 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluß eines befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrages - Bereitstellung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes 	Abschluß eines unbefristeten Arbeitsvertrages	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluß eines unbefristeten Arbeitsvertrages - Über das normale Maß hinausgehende berufliche Einarbeitung (mindestens 4 Wochen) - Erstellung eines Einarbeitungsplanes
Förderungs- fähiger Personenkreis	Arbeitnehmer/-innen, die vor der Einstellung ein Jahr oder länger beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren.	Arbeitnehmer/-innen, die <ul style="list-style-type: none"> - mindestens 50 Jahre alt sind und - innerhalb der letzten 18 Monate vor Beginn des Arbeitsverhältnisses mindestens 12 Monate arbeitslos gemeldet oder in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) beschäftigt waren 	Arbeitslose Bewerber/-innen, deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist: <ul style="list-style-type: none"> - 50 Jahre und älter oder - Dauer der Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr oder - Schwerbehinderte und Gleichgestellte 	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitnehmer/innen, die eine volle Leistung am Arbeitsplatz erst nach einer längeren Einarbeitungszeit erreichen können, - arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedroht sind und - mindestens 6 Monate beruflich tätig waren.
Höhe und Dauer der Leistung	<ul style="list-style-type: none"> - Förderungsdauer 1 Jahr - 1-2 Jahre Arbeitslosigkeit: <ol style="list-style-type: none"> 1. Halbjahr 60 Prozent 2. Halbjahr 40 Prozent - 2-3 Jahre Arbeitslosigkeit: <ol style="list-style-type: none"> 1. Halbjahr 70 Prozent 2. Halbjahr 50 Prozent - Mehr als 3 Jahre Arbeitslosigkeit: <ol style="list-style-type: none"> 1. Halbjahr 80 Prozent 2. Halbjahr 60 Prozent - Während eines befristeten Probearbeitsverhältnisses 75 Prozent des Förderungsbetrages! 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Lohnkostenzuschuß beträgt 50 bis 70 Prozent des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelts und kann - bei abnehmenden Prozentsätzen - bis zu 5 Jahre gezahlt werden. - In besonders begründeten Einzelfällen bis zu 75 Prozent ohne jährliche Abschläge für maximal 8 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> - Zuschüsse bis zu 50 Prozent des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelts - Dauer bis zu 6 Monaten - In besonders begründeten Einzelfällen bis zu 2 Jahren. 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Zuschüsse betragen in der Regel bis zu 30 Prozent des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelts bei einer Dauer bis zu 6 Monaten. - In besonders begründeten Einzelfällen bis zu 50 Prozent für maximal 12 Monate.

STEUER UND VERKEHR

BAYERISCHE BETEILIGUNGS-
GESELLSCHAFT

Ein wirksames Instrument
zur Eigenkapitalbeschaffung
auch für Handelsunternehmen

Das wirtschaftliche Umfeld des Groß- und Außenhandels ist schwieriger geworden.

Angesichts veränderter Rahmenbedingungen wird eine solide Eigenkapitalbasis für die Unternehmen immer wichtiger. Nur die Unternehmen, die über eine ausreichende Eigenkapitaldecke verfügen, werden auch in Zukunft in der Lage sein, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Seit über 20 Jahren ist die Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns (KBG) im öffentlich refinanzierten Beteiligungsgeschäft tätig. Hier bietet sich ein interessanter Anknüpfungspunkt auch für eigenkapitalsuchende Handelsunternehmen. Wer expandieren möchte, seine Produktpalette diversifizieren will oder ganz einfach zusätzliches Eigenkapital für Umstrukturierungs- oder Reorganisationsmaßnahmen braucht, der sollte gezielt die Beteiligungsmodelle der KBG nutzen. Allein im Jahre 1994 haben 9 weitere Handelsunternehmen in Bayern von den Angeboten der KBG Gebrauch gemacht. Dabei belief sich das Beteiligungsvolumen auf rund 4,3 Mio DM.

Vorteilhaft ist vor allem, daß die überwiegend stillen Beteiligungen langfristig angelegt sind und sich am Grundsatz der Minderheitsbeteiligung orientieren. Auf diese Weise bleibt der Unternehmer Herr im Haus und läuft nicht Gefahr, durch kapitalkräftige Privatinvestoren fremdbeherrscht zu werden. Was die Konditionen angeht, so sind die Beteiligungen selbstverständlich um so günstiger, je höher der Anteil der öffentlichen Refinanzierung ist. Im Einzelfall dürfte bei der Wahl der Vergütungsvariante auch die Gewinn- und Verlustsituation des Beteiligungspartners in Rechnung gestellt werden.

Seit Ende vergangenen Jahres gibt es für die mittelständische Wirtschaft in

Bayern eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der Beteiligungsfinanzierung und der Eigenkapitalbeschaffung. Sie trägt den Namen Bayerische Beteiligungsgesellschaft (BayBG), hat ihren Sitz in München und ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA). Die LfA bündelt auf diese Weise ihre Beteiligungsaktivitäten und schafft ein gemeinsames Dach für vier bisher getrennt operierende Beteiligungsgesellschaften.

Neben der Bayerischen Unternehmensbeteiligungs AG (BUB), der Bayerischen Wagnisbeteiligungsgesellschaft (BWB) und der erst Anfang 1995 gegründeten Beteiligungsgesellschaften der Bayerischen Wirtschaft (BBW) führt die Bayerische Beteiligungsgesellschaft seit Ende 1994 auch das operative Geschäft der Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns (KBG).

Unser Fazit: Wenn Sie Ihre Eigenkapitalbasis verbreitern wollen oder zusätzlichen Beratungsbedarf in Fragen der Unternehmensfinanzierung haben, dann sollten Sie sich direkt an die Bayerische Beteiligungsgesellschaft in München wenden oder Ihre Bank bitten, mit der genannten Anlaufstelle in Kontakt zu treten. Der Landesverband ist Gesellschafter der Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns (KBG). Es wäre wünschenswert, daß der Groß- und Außenhandel von den genannten Möglichkeiten der Beteiligungsfinanzierung noch verstärkt Gebrauch machen würde. Nur mit einer soliden Eigenkapitalbasis lassen sich die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Anschrift:

Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH
Königinstraße 33
80539 München
Telefon 0 89/28 66 84-0

NACHFRAGE NACH MITTELSTANDSKREDITEN ENORM GESTIEGEN

„Das Bayerische Mittelstandskreditprogramm erlebte im vergangenen Jahre einen Nachfrageboom. Die Entwicklung war sowohl bei der ausgereichten Darlehenssumme als auch bei dem damit geförderten Investitionsbetrag außergewöhnlich. Fast jedes zweite Darlehen ging an einen Existenzgründer. Das im Jahr 1991 mit einem Darlehenskontingent von 26 Millionen Mark erstmals aufgelegte und seither zentrale Förderinstrument der Bayerischen Staatsregierung für kleinere und mittlere Unternehmen erreichte 1994 das beste Ergebnis seiner 34jährigen Geschichte“, betonte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu zur jetzt vorliegenden Jahresbilanz 1994 des Mittelstandskreditprogramms (MKP). Insgesamt nahmen, so der Minister, im Jahr 1994 die Zahl der bewilligten Anträge um 30,6 Prozent auf 5 749, das zugesagte Darlehensvolumen um 66,6 Prozent auf 709,6 Millionen Mark, das damit ausgelöste Investitionsvolumen um 48,9 Prozent auf 2,25 Milliarden Mark und die geschaffenen neuen Arbeitsplätze um 32,6 Prozent auf 8 993 zu.

Bei Existenzgründungen, bei denen es in den Jahren 1992 und 1993 erfreulicherweise zu verhältnismäßig niedrigen Nachfragerückgängen kam, wuchs die Zahl der Bewilligungen auf 2 627. Dies entspricht einem Anstieg um 15,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das an Existenzgründer ausgereichte Darlehensvolumen erreichte 235,4 Millionen Mark und nahm damit um 24,5 Prozent zu. Die geförderte Investitionssumme belief sich auf 665,9 Millionen Mark (plus 18,2 Prozent). Es wurden 4 979 neue Arbeitsplätze geschaffen, das sind 17,4 Prozent mehr als 1993. Auch 1994 ging wieder fast jedes zweite MKP-Darlehen an einen Existenzgründer.

Staatsminister Wiesheu: „Ursächlich für diese Trendumkehr war neben der konjunkturellen Belebung auch eine kontinuierliche Zunahme der Investitionsbereitschaft der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft, die mit entsprechenden Anpassungsmaßnahmen bei den Konditionen und Vergabebedingungen des Mittelstandskreditprogramms gestärkt wurde“. So habe zum Beispiel die Einführung einer Haftungsfreistellung auf Antrag, die Anhebung der Darlehens- und Vorhabensobergrenzen und die Verlängerung der Existenzgründungsphase zu dieser positiven Entwicklung beigetragen, so der Minister.

Wie in den Vorjahren lag der Schwerpunkt der Förderung im MKP auch 1994 beim Handwerk, auf das 52,1 Prozent der Darlehen entfiel. 27,4 Prozent der Darlehen gingen an den Handel, 10,5 Prozent an die sonstigen Dienstleistungsunternehmen und 10 Prozent der ausgereichten Darlehen flossen an industrielle mittelständische Kreditnehmer.

DER MITTELSTAND TRÄGT 56 MRD. ADMINISTRATIONSKOSTEN

Administrationsbedingte Belastungen verursachen der deutschen Wirtschaft einen jährlichen Aufwand von mehr als 58 Mrd. DM. Zu diesem Resultat gelangt eine vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) durchgeführte empirische Erhebung über Bürokratiebelastungen ost- und westdeutscher Unternehmen durch Steuern, Personal, Statistik und Umweltschutz. Bei der Präsentation der Untersuchung durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Beauftragten der Bundesregierung für den Mittelstand, Dr. Heinrich L. Kolb, sowie den Vorstand des IfM, die Universitätsprofessoren Dr. Dr. Bös und Dr. Dr. h. c. Hax, erklär-

Fortsetzung von Seite 8

nicht erkennen, im Gegenteil: Die Mitglieder des Verbandes stünden unbeirrt und voll des Lobes auch zu der diesjährigen Tarifpolitik ihres Verbandes.

Präsident Scheuerle skizzierte auch die zukünftigen Schwerpunkte seiner Arbeit im LGA:

1. Ein unveränderter und verstärkter Dialog mit den Repräsentanten der Politik, der

Verbände, der Gewerkschaften und sonstiger Institutionen.

2. Die besondere Förderung des Außenhandels. Der Groß- und Außenhandel brauche dringend eine bessere, breitere und einheitlichere Präsenz vor Ort in Brüssel.

Osteuropa und seine Länder seien unsere traditionellen Handelspartner. Gerade auch hier seien verstärkte Aktivitäten des Groß- und Außenhandelsverbandes erforderlich.

3. Ein wesentlicher Schwerpunkt der zukünftigen Tätigkeit des Verbandes werde es sein, die Dienstleistungspalette für die Mitgliedsfirmen noch weiter zu vertiefen. In diesem Zusammenhang denke er z. B. an Angebote für Qualitäts-, Umwelt- und Risk-Management. Notwendigerweise werde sich der Verband für andere, dem Großhandel verwandte, affine Dienstleister und Vertriebssektoren öffnen.

te Dr. Kolb: „Die Grenzen der Belastbarkeit für den Mittelstand sind bei weitem überschritten. Der Mittelstand trägt 56 Mrd. bzw. 96% der gesamten administrationsbedingten Belastungen. Die vorgelegte Studie zeigt, daß es nunmehr darum geht, die Belastungen zu reduzieren, indem insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen Meldepflichten, Genehmigungsverfahren und Regelungen vereinfacht, vereinheitlicht und verkürzt werden.“

Wesentliches Ergebnis der Studie ist, daß die Bürokratiebelastung, bedingt durch ihren Fixkostencharakter, in erster Linie ein Problem der mittleren und kleinen Unternehmen ist. So beträgt die bürokratiebedingte Belastung eines deutschen Arbeitsplatzes im Mittel rd. 4.000 DM im Jahr; die durchschnittliche Belastung der Kleinunternehmen liegt bei fast 7.000 DM und damit um ein zweiundzwanzigfaches höher als bei Großunternehmen (rd. 305 DM). Die Belastung mit administrationsbedingten Leistungen, die nach Angaben der befragten Unternehmen in den letzten Jahren noch zugenommen hat, benachteiligt die mittelständischen Unternehmen auch insofern, als mit abnehmender Unternehmensgröße der Anteil der vom Unternehmer selbst aufzubringenden Zeit zunimmt und für die eigentliche unternehmerische Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung steht. Aus der Studie geht hervor, daß drei Viertel der Belastung aus der Ermittlung und Abführung der Steuern und Abgaben resultiert (vor allem der Einkommen- und Körperschaftsteuer) sowie aus dem Bereich Arbeit und Soziales. Hier wirken insbesondere die umfangreichen Meldepflichten und Sonderfälle (z.B. Lohnpfändung) belastend – Vorgänge, die überwiegend nicht standardisierbar und computerisierbar sind. Die amtliche Statistik verursacht rd. 15% und der Umweltschutz 10% der administrationsbedingten Belastungen.

Um die Dimension der Belastung mittelständischer Unternehmen in Deutschland zu verdeutlichen, verwies Dr. Kolb darauf, daß die administrationsbedingten Belastungen einem Kostenanteil von 24% des von mittelständischen Unternehmen getätigten Investitionsvolumens entspräche. „Was wir deshalb brauchen, ist eine Entlastung des Mittelstandes von sog. paper work. Nur Mittelstand, der sich auf seine unternehmerische Aufgabe voll konzentrieren kann, schafft neue und zukunftssichere Arbeitsplätze. Es wird Zeit, daß wir diese Thematik mit Entschiedenheit angehen“, erklärte Dr. Kolb.

Nach seinen Ausführungen sind es insbesondere die Schwerpunkte Vereinfachung des Steuersystems, Reduzierung der Meldepflichten zur Statistik und einfachere und klarere Gesetze, welche auch aus der Sicht der Unternehmen schnellstmöglich in Angriff genommen werden müßten.

DER LGA WAR DABEI

3. Juli

BGA Geschäftsführerkonferenz in Bonn: *Herr Frankenger*

Sitzung des Garantierausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Herr Sattel*

5. Juli

Sozialgericht München: *Frau Deutsch*

11. Juli

Festveranstaltung „Zwei Jahrzehnte bayerisches Mittelstandsförderungsgesetz“: *Präsident Hartmann*, sowie die Herren *Sattel*, *Mackholt* und *Dr. Langejürgen*

Empfang anläßlich des 90jährigen Firmenjubiläums der Fa. Metall-Schulz, Nürnberg: *Herr Wiedemann*

13. Juli

LGA-Verbandstag in Nürnberg

17. Juli

Bayer. Wirtschaftstag in Weiden: *Herr Frankenger*

Baustoffhandelsworkshop zu ISO 9000: *Herr Miehler*

Bürgerschaftsausschuß der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Klingsohr*, *Herr Sattel*

19. Juli

Besprechung in der Staatskanzlei: *Prof. Dr. Greipl*, *Herr Sattel*, *Herr Kahlich*

20. Juli

IHK-Pressegespräch zu Ausbildungsfragen: *Frau Deutsch*

21. Juli

Eröffnung Trunk Trend Markt: *Herr Frankenger*

24. Juli

Gesellschafterversammlung der Bundesbetriebsberatungsstelle in Bonn: *Herr Sattel*

Arbeitskreis City-Marketing, IHK-Nürnberg: *Herr Wiedemann*

Abschlußfeier für Großhandelskaufleute, Berufsschule München: *Frau Deutsch*

25. Juli

Gesellschafterversammlung der Medienzentrale der Bayerischen Wirtschaft: *Frau Deutsch*

26. Juli

Sitzung des Beirates der Leipziger Messe: *Herr Adler*, *Herr Sattel*

Sitzung Fachzweig Schreib-, Papierwaren u. Bürobedarf, Nürnberg: *Herr Wiedemann*

28. Juli

Arbeitsgericht Nürnberg: *Herr Wiedemann*

1. August

Strukturkonferenz mit der Frankfurter Messe: *Herr Adler*, *Herr Sattel*

3. August

Sitzung der kleinen Tariffkommission: *Herr Frankenger*

4. August

Vorstandssitzung unseres Bundesverbandes Kunstgewerbe, Geschenkartikel und Wohndesign in Nürnberg unter der Leitung von *Herrn Adler*

9. August

Garantierausschuß der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Herr Sattel*

16. August

Sitzung Unterausschuß Recht des BGA: *Herr Frankenger*

Vorstandssitzung des Bildungszentrums und Empfang zum 25jährigen Dienstjubiläum von Herrn Dr. Mauer: *Frau Markmiller*, *Herr Müller-Lotter*, *Herr Sattel*, *Frau Deutsch*

17./18. August

Geschäftsführerbesprechung des Bundesverbandes Exporthandel in Wernigerode: *Herr Sattel*

23. August

1. Sitzung des neuen LGA-Vorstandes unter der Leitung von *Präsident Scheuerle*

25. August

Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin: *Frau Deutsch*

30. August

Sitzung des Ausstellerbeirates der Frankfurter Messe im Verlauf der Herbstmesse 1995: *Herr Adler*, *Herr Sattel*

31. August

Außenwirtschaftstag in Bremen mit einem Strukturpodium: *Herr Sattel*

BERUFSBILDUNG

**AUSBILDUNGSBEGLEITENDE HILFE
(ABH) FÜR AZUBIS AB DEM ERSTEN
AUSBILDUNGSJAHR**

Im Rahmen dieser vom Arbeitsamt geförderten Maßnahme bietet die MVHS benachteiligten oder vom Ausbildungsabbruch bedrohten Auszubildenden Unterstützung an:

- bei Schwierigkeiten mit dem Berufsschulstoff
- bei Lernproblemen
- bei Problemen am Arbeitsplatz
- bei der Freizeitgestaltung
- bei Schwierigkeiten im sozialen Umfeld

Die Azubis erhalten **kostenlosen** Stützunterricht in berufsspezifischen Lerngruppen, die aus maximal 6 Jugendlichen bestehen. Zusätzlich zu dem forwährenden Unterricht wird eine intensive Prüfungsvorbereitung z.B. an Lernsonntagen oder -wochen gewährleistet.

Sozialpädagogische Angebote zur Steigerung von Motivation und Konzentration, Beratung und Einzelfallhilfe sind gleichberechtigte Bestandteile des Projekts.

Außerdem gibt es eine Vielzahl von interessanten Seminaren, Projekten und Freizeitangeboten.

wertung des Instrumentariums der deutschen Außenwirtschaftsförderung auf den wichtigsten Märkten der Welt im Vergleich zum Förderinstrumentarium unserer wichtigsten Konkurrenten. Folgende Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftsförderung werden diskutiert:

- politische Unterstützung bei der Auftragsgewinnung,
- Großprojektförderung durch Einsatz begleitender Maßnahmen der Bundesregierung,
- Finanzierungsbedingungen,
- Einsatz staatlicher Aus- und Weiterbildungsprojekte zur Wirtschaftsförderung,
- Einsatz der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zur Außenwirtschaftsförderung,

- Einbindung von DAAD, CDG, politischen Stiftungen u. a. in Wirtschaftsförderung,
- Personalpolitik/Personalaustausch des AA mit der Wirtschaft,
- Nutzung der EU-Aktivitäten zur Außenwirtschaftsförderung,
- Erleichterung der Visaerteilung für Geschäftsleute.

Zunächst soll ein Kriterienkatalog für die Prüfung der Effizienz der Außenwirtschaft in einzelnen Regionen und Ländern erarbeitet werden. Parallel dazu soll eine Expertengruppe einberufen werden, die die Rolle der Außenwirtschaftsförderung innerhalb der EU erörtert. Weitere Arbeitsgruppen sollen zu Schwerpunktregionen gebildet werden, die vorrangig untersucht werden sollen.

**„UNTERNEHMEN IM KOMPENSATIONSHANDEL“
4. AUFLAGE JUNI 1995“**

Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V. (BGA) und der Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V. (BDEx) haben gemeinsam die Broschüre „Unternehmen im Kompensationshandel“ völlig neu überarbeitet und bereits in der 4. Auflage herausgegeben.

In seinem Geleitwort schreibt Bundeswirtschaftsminister Dr. Rexrodt: „Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels und der Bundesverband des Deutschen Exporthandels leisten mit ihrer gemeinsamen und erfolgreichen Broschüre „Unternehmen im Kompensationshandel“ einen wichtigen und lobenswerten Beitrag für den Erfolg der deutschen Exportwirtschaft“. Neben dem Vorwort des BGA-Präsidenten Dr. Fuchs und des BDEx-Vorsitzenden Schroeder beschreiben vier weitere Artikel Möglichkeiten, Arten und Abwicklung von Kompensationsgeschäften. Erstmals wurde diese Broschüre um eine Einführung in englischer Sprache ergänzt, um dem häufig angefragten Wunsch zu entsprechen, die Kompensationsbroschüre für englischsprachige Interessenten in aller Welt handhabbar zu machen.

Der Schwerpunkt dieser Broschüre liegt wiederum in der alphabetischen Auflistung der Verbände und Unternehmen, die im Kompensationsgeschäft tätig sind und darüber Auskunft geben können. Ergänzt wird diese Auflistung durch ein Länder- und Warenverzeichnis.

Die Neuauflage ist in einer Auflage von 5.000 Stück erschienen und wird an alle für den Kompensationshandel zuständigen Verbände, Behörden und Organisationen im In- und Ausland zugestellt.

Die Broschüre „Unternehmen im Kompensationshandel“ ist eine Hilfe für kleine und mittlere, aber auch größere Firmen der Exportwirtschaft, die sich bisher nicht an Kompensationsgeschäfte wagten, da sie die Kompensationsware nicht verwenden oder absetzen konnten. Die in der Broschüre aufgelisteten Ansprechpartner bieten eine umfangreiche Finanzierungs- und Vermarktungshilfe an.

Die Broschüre ist zum Preis von 34,- DM zzgl. Versandkosten und Mehrwertsteuer erhältlich über:

Bundesverband des Deutschen
Groß- und Außenhandels e.V.
Bonner Talweg 57
53113 Bonn
Telefon: 02 28/2 60 04-37
Telefax: 02 28/2 60 04-65

Bundesverband des Deutschen
Exporthandels e.V.
Gotenstraße 21
20097 Hamburg
Telefon: 0 40/23 60 16 25
Telefax: 0 40/23 60 16 10

WELTHANDEL

**AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
AUF DEM PRÜFSTAND**

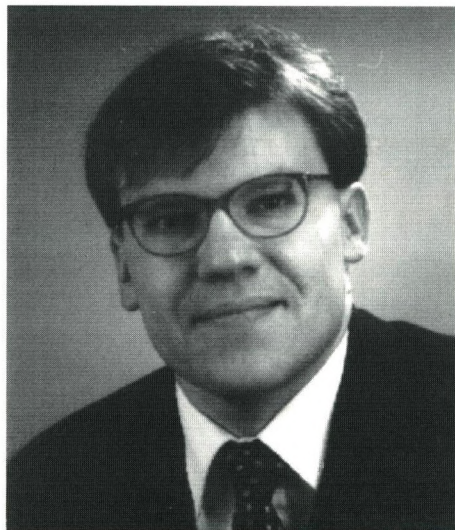
Die Wirtschaftsverbände, so auch der von uns mitgetragene Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V., fordern seit langem eine Überprüfung der bestehenden Außenwirtschaftskonzeption. Nachdem sich bei allen Beteiligten inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß eine Neuorientierung und Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsförderungsinstrumente erforderlich ist, weil die Unternehmen aufgrund des verschärften Wettbewerbs auf den internationalen Märkten dringend aktiver politischer Flankierung bedürfen, nimmt sich nun auch die Politik verstärkt dieses Themas an.

In Bonn hat sich daher jetzt ein Arbeitskreis Außenwirtschaftsförderung mit Vertretern aus Ministerien (BMWi, AA, BMZ) und Verbänden (BGA, BDI, DIHT, Ländervereine) gebildet, ohne daß damit neue Kompetenzen geschaffen werden sollen. Wesentliches Ziel ist eine umfassende Be-

VERBANDSNACHRICHTEN

NEUER MITARBEITER IN DER
HAUPTGESCHÄFTSSTELLE DES
LANDESVERBANDES

Seit 1. Juli 1995 hat der Landesverband in seiner Hauptgeschäftsstelle in München mit Herrn **Dr. Ralf Langejürgen** einen neuen Mitarbeiter. Herr **Dr. Langejürgen** wird sich als persönlicher Mitarbeiter des Hauptgeschäftsführers in erster Linie um die Fragen der verbandlichen Neustrukturierung unter besonderer Berücksichtigung der affinen Dienstleistungsbereiche kümmern.



Die auf dem Verbandstag in Nürnberg beschlossene Namensänderung und die Öffnung des LGA für neue Mitgliedergruppen findet damit auch ihren Niederschlag in der Personalorganisation der Geschäftsführung. Dabei ist in gleicher Weise daran gedacht worden, den Mitgliedsbetrieben überall dort mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wo es darum geht, neue Konzepte zur Bewältigung des Strukturwandels im Groß- und Außenhandel zu entwickeln.

Herr **Dr. Langejürgen** ist 32 Jahre alt und hat in Marburg und München studiert. Im Rahmen einer 2 1/2-jährigen Tätigkeit als persönlicher Referent des Präsidenten der Handwerkskammer Düsseldorf konnte er bereits erste Erfahrungen in der Verbandsarbeit sammeln.

Herr **Dr. Langejürgen** ist mit einer Münchnerin verheiratet und hat einen 3-jährigen Sohn.

Der heiße Draht zu **Dr. Langejürgen** ist die Durchwahl 0 89/54 59 37 16.

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

PROF. DR. BRUNO TIETZ

Prof. Dr. Bruno Tietz, unseren Mitgliedsfirmen bekannt als Verfasser der Studie „Das Leistungsprofil des Großhandels in Bayern – eine Struktur- und Funktionsanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Dienstleistungsbereiche/Struktur- und Funktionswandel im Großhandel“ (zusammen mit unserem Vorstandsmitglied **Prof. Dr. Erich Greipl**) ist Ende Juli bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückt.

Mit **Prof. Tietz** ist der wohl bekannteste Handels- und Konsumforscher von uns gegangen. **Tietz** hatte sich in der gesamten Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus mit seinen Veröffentlichungen und Untersuchungen zu den Vertriebsformen des Handels, zur Bedeutung der Selbstbedienungs-Warenhäuser, der Großhandelszentren und Industrieparks einen Namen gemacht. Er hat viele Entwicklungen auf seinem Arbeitsfeld als erster erkannt. Als Ordinarius für allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Direktor des Handelsinstituts im Institut für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität des Saarlandes hatte er grundlegende Forschungen und Erkenntnisse entwickelt und dem Handel wertvolle Impulse gegeben.

Seine Arbeiten können als Standardwerke der Handelsbetriebslehre gelten.

Mit **Prof. Tietz** hat der Bayerische Groß- und Außenhandel nicht nur einen Wissenschaftler mit hervorragenden Fachkenntnissen, sondern auch einen Freund verloren.

Die Realisierung seiner Erkenntnisse in und für die Zukunft des Groß- und Außenhandels werden ihn noch viele Jahre für uns unvergesslich sein lassen.

WIR GRATULIEREN

Frau Elisabeth Deutsch, Geschäftsführerin in unserem Landesverband, die mit Wirkung vom 1. September 1995 an zur ehrenamtlichen Richterinnen beim Landessozialgericht in München berufen wurde. Wir gratulieren **Frau Deutsch** herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

Der Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes, **Dipl.-Kfm. Werner Sattel**, wurde von der Mitgliederversammlung des Ifo-Instituts am 22.6.1995 in das Kuratorium des Instituts gewählt. Wir schließen uns gern den Glückwünschen von Herrn Staatssekretär a.D. **Alfred Bayer**, dem Vorsitzenden des Vorstandsrates und des Kuratoriums des Ifo Instituts an und wünschen **Werner Sattel** eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Ifo Institut.

Herrn **Dieter Schwarzbach**, dem geschäftsführenden Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Mürdel-electro GmbH u. Co., Elektrofachgroßhandel in Kempten. Herr **Schwarzbach** wurde mit Wirkung vom 1.7.1995 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Kempten berufen. Ihm gelten unsere herzlichen Glückwünsche ebenso wie

Frau Gisela Stenger, Geschäftsführerin unserer Mitgliedsfirma G. J. Steingaesser & Comp. GmbH. **Frau Stenger** wurde ebenfalls mit Wirkung vom 1.7.1995 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zur ehrenamtlichen Richterinnen beim Arbeitsgericht Würzburg berufen.

Wir gratulieren Herrn **Hans Jürgen Schneider**, Geschäftsführer und Prokurist unserer Mitgliedsfirma Graf, vormals Schafroth, Plessing-Dental-Handel GmbH. Herr **Schneider** wurde für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zu ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Augsburg berufen. Unser Landesverband gratuliert sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

KURT HESSEL – 80 JAHRE

Kurt Hessel, Philipp Klein GmbH, Samengroßhandlung in Miltenberg, konnte am 9. Juli 1995 seinen 80. Geburtstag feiern. Hierzu gratulieren wir ihm an dieser Stelle sehr herzlich.

Kurt Hessel hat sich stets stark in den Gremien der IHK Aschaffenburg engagiert. So war er Mitglied der Vollversammlung von 1959 bis 1982. In der gleichen Zeit wirkte er im Handelsausschuß mit. Von 1963-1970 gehörte er dem Organisationsausschuß an. Sieben Jahre lang, nämlich von 1975 bis 1982 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender des Industrie- und Handelsgremiums Miltenberg.

HANS KELLER GMBH & CO. KG – 50 JAHRE

Am 28.7.1995 konnte unsere Mitgliedsfirma Hans Keller GmbH & Co. KG, Importeur von Spiralbohrern und Schaftfräsern, von Werkzeugen und Geräten für die Forstwirtschaft und Garten in Schwabach-Wolkersdorf, ihr 50jähriges Jubiläum feiern. Sie gehört heute zu einer der in Deutschland führenden Werkzeug-Importfirmen. Sie war 1945 von Hans Keller gegründet worden.

Wir dürfen der Firma sehr herzlich gratulieren und ihr auch weiterhin eine gedeihliche Geschäftsentwicklung wünschen.

BUCHBESPRECHUNGEN

ABC DER ÜBERSCHUSSRECHNUNG

Von Diplom-Volkswirtin Dr. Dorothee Böttges-Papendorf, Steuerberaterin, Diplom-Finanzwirt Udo Dankmeyer, Regierungsdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Norbert Löschke, Diplom-Finanzwirt, Fachhochschule für Finanzen, Nordkirchen.

3. Auflage 1995, 264 Seiten, kartoniert, DM 46,80, ISBN 3-08-313403-7, Stollfuß-Verlag Bonn

Der Ratgeber versteht sich als Nachschlagewerk für die tägliche Steuerberatung sowie für Steuerdeklarationsarbeiten bei Gewerbetreibenden, Freiberuflern und Privatpersonen.

Zahlreiche grundlegende Fragen der Abzugsfähigkeit von Aufwendungen sowohl im betrieblichen wie auch im privaten Bereich der Einkunftserzielung, der außergewöhnlichen Belastungen und der Sonderausgaben werden behandelt und durch praxisnahe Beispiele erläutert.

Berücksichtigt ist der aktuelle Rechtsstand für Deklarationsfälle 1994 und Beratungsfälle 1995. Eingearbeitet sind z.B. das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms, das Standort-sicherungsgesetz, das Steuerbereinigungs- und Mißbrauchsbekämpfungsgesetz, das Grenzpendlergesetz und das Gesetz zur Änderung des Umwandlungssteuerrechts.

Die Auffassung der Finanzverwaltung ist nach dem Stand der Einkommensteuer-richtlinien 1993 sowie in der Folge ergan-gener Verwaltungsanweisungen wiedergegeben. Die neueste Rechtsprechung der obersten Finanzgerichte ist berücksichtigt.

VERMÖGENSTEUER-ERKLÄRUNG 1995

Von Dr. Ernst Glatz, Regierungsdirektor a. D. und Martin Roller, Oberamtsrat.

17. Auflage 1995, DIN A4, kartoniert, 100 Seiten, 38,- DM, ISBN 3-08-317495-0

Stollfuß Verlag Bonn,
Postfach 24 28, 53014 Bonn,
Telefon 02 28/7 24-3 59

Dieser Ratgeber enthält eine Anleitung zur Vermögensteuererklärung und zur Vermögensaufstellung für die Einheitswerte des Betriebsvermögens auf den 1. Januar 1995.

Die neuen amtlichen Vordrucke werden einzeln erläutert. Auf Steuervergünstigungen und Abzugsmöglichkeiten wird hingewiesen. Dabei sind Ländererlasse und die Rechtsprechung berücksichtigt.

Sämtliche Neuerungen auf dem Gebiet der Vermögensteuer, z. B. die neuen persönlichen Freibeträge oder die Änderung des Steuersatzes werden erläutert.

DOKUMENTATION ALS EXPORT- UND AUSLANDS-IMAGE-INITIATIVE

Was aus „Bavaria“ kommt, hat hohen Standard; es gibt eine Identität zwischen Produkt- und Service-Qualität, solider Kreativität und Verantwortungsbewußtsein der Menschen dieser modernen zentraleuropäischen Wirtschafts- und Kultur-Region mit großer Tradition.

Das ist die Botschaft einer englischsprachigen Dokumentation mit dem Titel GERMAN EXPORT BAVARIA, die als Langzeitprojekt in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie im Holzmann-Verlag, Bad Wörishofen, erschienen ist. Es ist die erste Publikation dieser Ausstattung und dieses Anspruchs in einer Welthandels-sprache. Geleitworte: Ministerpräsident Stoiber (Welcome to Bavaria), Theo Waigel (Welcome to Germany), Peter M. Schmidhuber (Welcome to Europe).

Die 19 Kapitel des 328-Seiten-Buches stammen aus der Feder namhafter Autoren – so des Amerikaners Terry Swartzberg (Korrespondent der International Herald Tribune), von Minister Wiesheu, Heinrich von Pierer, Prof. Wimmer, Dr. Weckerle, Hannes Burger, Bernd Lenze, Dr. Majewski, Gottfried Linke, Andreas Müller-Armack (Sohn des Architekten unserer Sozialen

Marktwirtschaft), Prof. Ring, Prof. Weiler. Beispielhafte Beschreibungen aus der Unternehmenspraxis und persönliche Unternehmer-Statements vermitteln unmittelbare und gegenständliche Eindrücke von der Leistungsfähigkeit, Innovationskraft und Philosophie bayerischer Unternehmen, deren Logos rund um den Erdball Spitzengriffe in den jeweiligen Branchen sind.

GERMAN EXPORT BAVARIA

Herausgegeben von Friedrich Oehler bei Holzmann, DM 62,-

Bestell-Adresse:

Hans Holzmann Verlag
86825 Bad Wörishofen,
Telefon 0 82 47/3 54-102,
Fax 0 82 47/3 54-170

Neuerscheinung

KIYGI

WIRTSCHAFTSWÖRTERBUCH TÜRKISCH - DEUTSCH DEUTSCH - TÜRKISCH

Band II: Deutsch-Türkisch

Von Osman Nazim Kiygi, M. A.

Herausgegeben vom Zentrum für Türkei-studien, Institut an der Universität GH Essen 1995, XI, 334 Seiten. Gebunden DM 98,- ISBN 3-8006-1873-7

Dieses Wirtschaftswörterbuch ist das Ergebnis jahrelanger Recherche in allen wichtigen Gebieten der Wirtschaftspraxis und unterliegt einer ständigen Prüfung des Autors bei seiner Übersetzungsarbeit. Mit über 33 000 Eintragungen umfaßt das Werk ein breites Spektrum an Begriffen aus allen Bereichen der Wirtschaft – aus Betriebswirtschaft, Bank und Börse, Industrie, Handel und Volkswirtschaft. Im Vordergrund steht hier nicht ausschließlich der klassische Wirtschaftswortschatz. Auch die allgemeine Sprache der Wirtschaft und die Terminologie des wirtschaftlich relevanten Rechts sind berücksichtigt.

Geschäftsleute, Journalisten, Dolmetscher und Übersetzer finden in diesem Wörterbuch ein zuverlässiges Nachschlagewerk.

In Vorbereitung für Mitte 1995:

Band I: Türkisch-Deutsch

Rund 350 Seiten. Gebunden ca. DM 98,- ISBN 3-8006-1877-X

Verlag Vahlen · 80791 München

LG-ANWACHSRICHTEN



Handelsspezifischer Versicherungsservice

Das Spektrum der Sicherheit

Branchen- und unternehmens-
spezifische Besonderheiten erfordern
eine individuelle Lösung.

Die **VGA-Bonn** ist die
Selbsthilfeeinrichtung des
deutschen Groß- und
Außenhandels.
Sie sucht und findet
maßgeschneiderte
Lösungen für Sie.

Preiswert mit Service.

Zusammen mit dem
HDI in über 40
deutschen Städten.
Kompetenz,
ganz in Ihrer Nähe.
Bitte schreiben
Sie uns.

**Schneller geht's
per Telefax.**

**Für Handelsunternehmen,
deren Führungskräfte
und Mitarbeiter.**

- Kraftfahrtversicherung
- Betriebshaftpflichtversicherung
 - Feuerversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Technische Versicherung
- Private Unfallversicherung
 - Lebensversicherung
- Rechtsschutzversicherung
- Wohngebäudeversicherung
 - Hausratversicherung
- Transportversicherung
- Sonstige Schadenversicherung

Dienstleistung in Versicherungen



Versicherungsstelle
des Deutschen Groß-
und Außenhandels GmbH

INHALTSVERZEICHNIS

AUF EINEN AUGENBLICK

Auf einen Augenblick...	3
Im Blickpunkt:	
Großhandel: Hohe Investitionen als Fitnessprogramm	4
Verbesserung bei der regionalen Wirtschaftsförderung	5
Einbeziehung des Handels in die 10%ige Investitionszulage	5
Rechtsfragen, Arbeit und Soziales:	
Produktsicherheitsgesetz	5
neue Herausforderung an die Produktqualität	6
Regelungsflut zur Arbeitssicherheit	6
Berufsbildung:	
Fremdsprachen an Berufsschulen	6
Ausbildung sichern und ausbauen	7
Förderung der Aufstiegsfortbildung – „Meister-BAFÖG“	8
Firmenportrait:	
Firma Bierbichler –	9
Hohe Qualität bei Tiefkühlkost	9
Branchenlexikon:	
Verband der Vereine Creditreform e.V.	10
Steuer und Verkehr:	
Jahressteuergesetz 1996:	11
Neue Belastungen für die Wirtschaft	11
Umweltaktivitäten Bayerischer Firmen im Rundfunk	12
Personalien	13
Buchbesprechungen	14

Ein herzliches Gm'ß Gott!

angeblich gilt der Erfahrungssatz, wonach Symbolaussagen etwa alle 7 Jahre modifiziert werden sollen, wenn sie ihre plakative Aktualität im Zeitgeschehen behalten wollen.

Persönliche Namensänderungen vollziehen sich anlässlich lebensgestaltender Ereignisse, wie durch Eheschließungen, Adoptionen, titelverzierte Prüfungen und Ämter und manchmal auch nur zu besseren Vermittlung der eigenen Persönlichkeit durch einen Künstlernamen.

Institutionen werden gegründet, namentlich mit Buchstaben abgekürzt und möglichst penibel auf ihre Zwecksetzung hin benamt, zukunftsorientiert vermittelt, mitunter kurz und bündig bis zur Unkenntlichkeit verfremdet. Ähnlich ist es auch in der Wirtschaft, wo die kleinsten Unternehmen noch am ehrlichsten sind, wenn sie sich mit dem Namen des Inhabers identifizieren.

All das hat mehr oder weniger in unseren Überlegungen mitgespielt, als wir im 49. Jahr nach der Gründung unseres Landesverbandes für den 13. Juli 1995 zu unserer Mitgliederversammlung einen neuen Verbandsnamen vorbereiteten, der nicht nur die verbandspolitischen Inhalte unserer Tätigkeit, sondern auch die Identität unserer gegenwärtigen und künftigen Mitglieder möglichst genau beschreiben sollte. Es war viel von intermediärer Transaktion die Rede, einer Definition des Gutachtens der Professoren Dr. Tietz und Dr. Greipl, die sicher wissenschaftlich am genauesten beschrieben hätte, was wir ausdrücken wollten. Herausgekommen ist nun, wie Sie wissen, **Landesverband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen Bayern e.V. LGAD.**

Wir haben es zwar geahnt, aber nicht in dieser Intensität vermutet, die sich jetzt herausstellt, daß mit der Namensfindung die Probleme erst beginnen würden. Allem voran steht dabei die Interpretation des Begriffes „Dienstleistungen“.

„Der Beschäftigtenanteil der Dienstleistungen stieg von gut 44% (1980) auf fast 53% (1993), jener des Verarbeitenden Gewerbes fiel von rund 54% auf rund 46%. Als bedeutendste Klasse etablierten sich in 1993 die distributiven Dienstleistungen mit einem Beschäftigtenanteil von 18,4%“ (Staatsminister Wiesheu).

Wer den Begriff Dienstleistungen richtig interpretieren will, darf nicht darauf verzichten, ihn sektoral zuzuordnen. Die „Dienstleistung“ ist eine übergeordnete Kategorie, die nicht anhand eines einzigen umfassenden Merkmals abzugrenzen ist. Unumstritten ist inzwischen die sektorale Betrachtung nach Produktionsorientierung, Distribution im gewerblichen Bereich, Konsumentenbezogenheit sowie nach sozialen und staatlichen Dienstleistungen.

In der Praxis bedeutet dies, daß alle diejenigen Dienstleistungen, die gegenüber gewerblichen Abnehmern erbracht werden, der Funktion des Großhandels zuzuordnen sind. Unsere Statistik ist falsch gegliedert und unterscheidet keineswegs im Sinne der sektoralen Betrachtung oder der funktionalen Zuordnung. Heute noch werden der Produktion Umsätze zugerechnet, die längst reine Großhandelsumsätze sind, wenn man an die Ausgliederung von Vertriebsgesellschaften oder die Verlagerung der Fertigung an ausländische Produktionsstätten denkt. Ganze Wirtschaftsbereiche sind beispielsweise tarifpolitisch nicht existent. Wenn ein Arbeitsgericht entscheidet, „daß Groß- und Außenhandel nur vorliege, wenn Handel betrieben wird und Handel nur betreibt, wer an einem Kaufvertrag als Partei beteiligt ist, sei es als Käufer oder Verkäufer“, dann ist eine solche Feststellung funktions- und wirklichkeitsfremd. Maklergeschäfte etwa, die als Dienstleistung gegenüber gewerblichen Partnern lediglich deshalb der „Definition“ des Gerichtes nicht unterliegen, weil Vertragsabschluß und Rechnungsstellung zwischen Liefer- und Abnehmerpartner direkt stattfinden, basieren ganz eindeutig auf der Funktion des Großhandels, erhalten hier aber den Stellenwert eines wirtschaftlichen Neutrums.

All diese Probleme, – hier nur an zwei Beispielen verdeutlicht, – wirtschafts-, unternehmens- und verbandspolitisch aufzuarbeiten, das ist unsere größte und wohl auch schwerste Aufgabe, mit der wir in die zweite Jahrhunderthälfte unserer verbandlichen Existenz gehen und an deren Anfang zunächst einmal nur ganz schlicht und einfach eine Änderung unserer Satzung mit einem neuen Verbandsnamen stand.

*W
Werner Sattel*



Telefon München (089) 55 77 01/02
Telefax München (089) 59 30 15
Telefon Nürnberg (09 11) 20 31 80
Telefax Nürnberg (09 11) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiner Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, 80335 München, Nymphenburger Str. 1, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler
Druck: typobieri, 80809 München, Riesenfeldstraße 56
Telefon 3 59 60 66-68.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffsetpapier

GROSSHANDEL: HOHE INVESTITIONEN ALS FITNESSPROGRAMM

An dem im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten ifo Investitionstest beteiligten sich 820 Unternehmen des einzelwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Großhandels in der Bundesrepublik. Auf sie entfällt knapp ein Siebtel des gesamten in diesem Bereich getätigten Umsatzes.

1994: Mittelstandsunternehmen investieren kräftig

Der deutsche Großhandel profitierte 1994 von der einsetzenden konjunkturellen Erholung.

In Anbetracht der anziehenden Konjunktur revidierten die Großhandelsunternehmen ihre ursprünglichen Investitionspläne für das Jahr 1994 (-4,3%) etwas nach oben und investierten schließlich 17 Mrd. DM in Ost- und Westdeutschland, also nur noch 1% weniger als 1993 (real: -1,8%). Die Investitionsquote, d.h. der Anteil der Investitionsausgaben am Nettoumsatz blieb mit unverändert 1,4% immer noch wesentlich höher als in den achtziger Jahren. Außerdem sind hier die von den Unternehmen nicht selbst bilanzierten, sondern von Leasinggesellschaften, Immobilienfonds etc. getätigten Investitionen noch gar nicht berücksichtigt. Diese Mietinvestitionen sind zwar 1994 ebenfalls zurückgegangen – vor allem bei den Immobilien. Sie bewirken aber dennoch, daß die Investitionsquote nach dem Nutzerkonzept deutlich über der nach dem Eigentümerkonzept liegt. Im Jahre 1994 hielten sich diejenigen Großhandelsbereiche, die ihre Investitionsausgaben erhöhten, mit denen, die sie kürzten, die Waage. Die Spanne reichte dabei von +25% im Großhandel mit gemischtem Sortiment bis -13% beim Nahrungs- und Genußmittelhandel. Auf Branchenebene war die Entwicklung ebenso differenziert. Die stärksten Budgetkürzungen (zwischen 15 und 30%) nahmen folgende Fachzweige vor: Eisen und Stahl, Flachglas, Holz, Baustoffe, Pharmazeutika sowie Kraftfahrzeuge und Zubehör. Die markantesten Anhebungen ihrer Investitionsausgaben zwischen 15 und 60% meldeten hingegen folgende Branchen: Technische Chemikalien und Rohdrogen, Lacke, Farben und Tapeten, Elektroerzeugnisse, Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse, textile Rohstoffe, Büro-

maschinen, Landmaschinen, Textilien und Bekleidung, Einrichtungsgegenstände sowie Metall- und Kunststoffwaren.

Die Analyse des Investitionsgeschehens nach Unternehmensgrößenklassen zeigt, daß 1994 der mittelständische Großhandel (bis 50 Mill. DM Nettujahresumsatz) seine Investitionsausgaben per saldo deutlich steigerte, während die Großunternehmen weniger investierten als 1993. Schließlich war der einzelwirtschaftliche Großhandel 1994 mit seinen Investitionsaktivitäten deutlich zurückhaltender als die Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen. Innerhalb des Genossenschaftsbereichs erhöhten die gewerblichen Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen ihre Investitionsausgaben, bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften fielen sie geringer aus als 1993.

Anteil der Betriebs- und Geschäftsausstattung so hoch wie nie

Der Anteil der Baumaßnahmen an den Gesamtinvestitionen des Großhandels in der Bundesrepublik fiel von dem sehr hohen Niveau des Vorjahres (45%) auf 42% in 1994 zurück. Der Höhepunkt der Bautätigkeit in den neuen Bundesländern scheint also überschritten zu sein. Einen Rekordwert erreichten mit 44% hingegen die Ausgaben für Betriebs- und Geschäftsausstattungen einschließlich Maschinen und Anlagen (1993: 40%). Dieser Anteilswert stieg mit der Unternehmensgröße kontinuierlich an.

Wie schon seit 1988 war der Anteil der Kraftfahrzeuge an den Gesamtinvestitionen der Großhandelsunternehmen auch 1994 rückläufig; mit 14% (1993: 15%) erreichte er einen neuen Tiefstand. Diese Entwicklung ist zum einen auf das weiterhin expandierende Fahrzeug-Leasing und zum anderen auf eine verstärkte Kooperation mit dem Transportgewerbe zurückzuführen.

1995: Moderate Geschäftsentwicklung – kräftige Erhöhung der Investitionsausgaben

Die Geschäftsaussichten des deutschen Großhandels werden im laufenden Jahr einerseits von einer nachlassenden Dynamik im Export, einem noch immer schwachen privaten Verbrauch, einer gedämpften

Umsatzzunahme in den baunahen Bereichen und andererseits von einer zunehmenden Industrieproduktion sowie wachsenden gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen geprägt. Demnach dürfte der reale Großhandelsumsatz in Deutschland 1995 etwa das Niveau des Vorjahres erreichen, nominal ist eventuell ein leichtes Plus zu zielen. Trotz dieser eher moderaten Geschäftsaussichten planen die Großhandelsunternehmen in der Bundesrepublik für 1995 eine erstaunlich kräftige Anhebung ihrer Investitionsbudgets.

Nach den Plänen der am ifo Investitionstest beteiligten Großhandelsfirmen werden die Investitionsausgaben im laufenden Jahr nominal um rund 22% höher ausfallen als 1994. Nach Abzug der voraussichtlichen Preissteigerungen würde sich das Plus immer noch auf über 21% belaufen. Bei einer Investitionssumme von 20,8 Mrd. DM würde die Investitionsquote mit 1,7% ihren bisher zweithöchsten Wert nach 1992 (1,8%) erreichen. Dabei sind die zusätzlichen Anlagegüter, die sich die Unternehmen bei Leasinggesellschaften, Immobilienfonds etc. besorgen, noch gar nicht berücksichtigt. Diese „Mietinvestitionen“ sollen nach den Plänen der Großhandelsunternehmen 1995 nahezu im gleichen Ausmaß gesteigert werden wie die selbstbilanzierten Anlagekäufe.

Die gegenwärtigen Investitionsaktivitäten der Großhandelsunternehmen betreffen nach wie vor auch Projekte in Ostdeutschland, die Wachstumsrate soll hier 1995 jedoch bereits niedriger sein als im Westen. Einer der wichtigsten Gründe für die hohen Investitionsquoten des Großhandels in den letzten Jahren dürfte im anhaltenden Strukturwandel dieses Wirtschaftsbereichs sowie in der Erweiterung des Leistungsspektrums zu suchen sein. Mit der Optimierung von Betriebsabläufen im Rahmen moderner Logistikkonzepte sowie mit einer Erweiterung seines Dienstleistungsspektrums ist es dem Großhandel bisher gelungen, sich in einem sehr schwierigen Marktterrain erfolgreich zu behaupten.

Um Ausschaltungstendenzen zu begegnen, müssen die Unternehmen des Groß- und Außenhandels ständig ihre Kompetenz in den Bereichen Transport, Logistik, Bera-

tung und in diversen anderen Dienstleistungen stärken. Dies zieht wiederum einen entsprechenden Investitionsbedarf nach sich.

Der Investitionsaufschwung des Jahres 1995 wird keineswegs von allen Großhandelsbereichen getragen, sondern nur von den beiden bedeutendsten. Das sind der Rohstoff- und Produktionsverbindungs-handel (ca. +30%) sowie der Großhandel mit „sonstigen Fertigwaren“ (ca. +50%). Die übrigen Bereiche erwarten hingegen Abstriche an ihren Investitionsbudgets zwischen 8 und 20%, wobei der Landhandel und der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln ihre Investitionsausgaben bereits zum dritten Mal in Folge reduzieren. Auf Fachzeigebene überwiegen deutlich diejenigen Branchen, die 1995 mehr investieren wollen als im Vorjahr. Besonders hervorzuheben sind, mit geplanten Zuwächsen zwischen 25 und 65%, die Branchen: Holz, Baustoffe, Eisen und Stahl, Schrott und Altmaterial, Pharmazeutika, technische Bedarfsartikel, Papierwaren, Papier und Pappe, Einrichtungsgegenstände, Elektroerzeugnisse sowie Kraftfahrzeuge und Zubehör.

Nochmals weniger Projekte zurückgestellt

Im März/April dieses Jahres hatten 15% (1994: 18%) der am ifo Investitionstests teilnehmenden Großhandelsfirmen ursprünglich für 1995 eingeplante Investitionsprojekte zurückgestellt. Dies ist ein relativ niedriger Wert, der darauf hindeutet, daß die Unternehmen hinsichtlich ihrer geplanten Investitionsprojekte einigermaßen klar sehen. Die Meldeanteile differieren jedoch zwischen den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen wesentlich deutlicher als im Vorjahr, und sie steigen mit der Unternehmensgröße an. Die Rangfolge der Begründungen für Zurückstellungen von Projekten hat sich gegenüber 1994 kaum geändert. Nach dem traditionellen Spitzenreiter „schlechte Ertragslage bzw. Gewinnerwartungen“ mit 69% (1994: 68%) folgte auf dem zweiten Platz „eingetretene oder erwartete Nachfrageschwächung“ mit 42% (1994: 43%), gefolgt von „sonstigen Gründen“ mit 19% (1994: 13%) sowie von „Finanzierungsschwierigkeiten“ mit 18% (1994: 17%). Bei den „sonstigen Gründen“ dominierten wieder die Angaben über Probleme beim Grundstückserwerb sowie bei Bauplanungen und -genehmigungen.

VERBESSERUNG BEI DER REGIONALEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Für die Investitionszuschüsse aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist der 25. Rahmenplan verabschiedet und veröffentlicht worden. Danach hat sich nach jahrelangem Drängen des BGA für den Großhandel eine grundsätzliche Verbesserung ergeben, denn in der sog. Negativliste (Ausschluß von der Förderung) ist der Großhandel mit Konsumgütern nicht mehr enthalten. Der Produktionsverbindungs-großhandel war schon vor Jahren aus dieser Negativliste gestrichen worden. Somit bleibt es nun im gesamten Großhandel möglich, den Nachweis darüber zu führen, daß der erforderliche Primäreffekt (überregionaler Absatz) erfüllt wird. Da allerdings sowohl der Produktionsverbindungs-großhandel wie der Großhandel mit Konsumgütern noch nicht in der sog. Positivliste enthalten sind, müssen die Großhandelsunternehmen durch eine begründete Prognose den überregionalen Absatz nachweisen, um in den Genuß der Investitionsförderung zu gelangen.

EINBEZIEHUNG DES HANDELS IN DIE 10%IGE INVESTITIONSZULAGE

Anläßlich der Anhörung des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag zum Jahressteuergesetz 1996 hat der BGA seine Forderung bekräftigt, die mittelständischen Groß- und Außenhandelsunternehmen in den neuen Bundesländern dringend in die 10%ige Investitionszulage einzubeziehen. In den ostdeutschen Ländern bildet der mittelständische Handel nach wie vor einen Schwachpunkt in der Unternehmensstruktur, weshalb die Investitionsförderung notwendig ist. Aus Vereinfachungs- und Praktikabilitätsgründen wurde nach Abstimmung mit den BGA-Landesverbänden von einer differenzierten Behandlung der Groß- und Außenhandels- bzw. Einzelhandelsunternehmen abgesehen. Zur Abgrenzung des mittelständischen Handels wurde vorgeschlagen, Handelsunternehmen einheitlich mit bis zu 50 Beschäftigten in die 10%ige Investitionszulage einzubeziehen. Das förderfähige Investitionsvolumen könnte auf 500.000 DM Bemessungsgrundlage begrenzt werden.

RECHTSFRAGEN, ARBEIT UND SOZIALES

PRODUKTSICHERHEITSGESETZ NEUE HERAUSFORDERUNG AN DIE PRODUKTQUALITÄT

In naher Zukunft wird ein **Produktsicherheitsgesetz** eingeführt werden, dessen Entwurf bereits vom Bundeskabinett genehmigt ist und nun dem Bundesrat vorliegt. Der Gesetzgeber kommt damit der Verpflichtung nach, die Europäische Richtlinie „Allgemeine Produktsicherheit“ in nationales Recht umzusetzen.

Ziel dieses Gesetzes ist die Schaffung einer allgemeinen Rechtsgrundlage, die regelt, daß **nur sichere Produkte** von Herstellern und Händlern dem privaten Verbraucher zur Nutzung überlassen werden. Der Zweck des Gesetzes ist es, auf diesem Wege auch gleiche Wettbewerbsbedingungen im Europäischen Wirtschaftsraum herzustellen. Die Motive Verbraucherschutz und gleiche Wettbewerbsbedingungen waren Anlaß für die Schaffung der „Europäischen Direktive Produkthaftung“. Diese ist in dem deutschen Produkthaftungsgesetz aufgegangen. Unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes greift das Produkthaftungsgesetz **im Schadenfall**, also wenn ein

fehlerhaftes Produkt eine Privatperson geschädigt hat. Unter dem Blickwinkel des Verbraucherschutzes setzt das **Produktsicherheitsgesetz**, durch seine Zielsetzung dem Verbraucher nur sichere Produkte zur privaten Nutzung zu überlassen, **vor dem Schaden** an. Es soll demnach eine präventive Wirkung entfalten.

Das Produktsicherheitsgesetz wird vor allem folgende Regelungen enthalten:

- ◊ eine allgemeine Verpflichtung für Hersteller und Händler, dem Verbraucher nur sichere Produkte und zwar in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen zur vorbeugenden Abwehr von Gefahren zu überlassen;
- ◊ die Ermächtigung eines europaweiten Informationssystems, um ein frühzeitiges Reagieren der Behörden gegen unsichere Produkte zu ermöglichen;
- ◊ ein abgestuftes, an den jeweiligen Notwendigkeiten ausgerichtetes Eingriffsinstrumentarium für Behörden, um dem Vertrieb unsicherer Produkte zu begegnen.

Für Hersteller und Händler ist der letztgenannte Regelungsbereich von zentraler Bedeutung, weil er den sog. Produktrückruf

zum Gegenstand hat. Nach § 9 des Gesetzesentwurfes darf die zuständige Behörde den Rückruf eines nicht sicheren Produktes anordnen, ein solches sicherstellen und gegebenenfalls dessen Vernichtung veranlassen. Der Hersteller oder der Händler hat dann die anfallenden Kosten zu übernehmen.

Die Behörde sieht von einem Rückruf und den weitergehenden Maßnahmen dann ab, wenn der Hersteller oder Händler selbst durch geeignete Maßnahmen sicherstellt, daß die von den Produkten ausgehenden Gefahren abgewehrt werden. In der Regel erreicht der Hersteller dies durch einen sog. Eigenrückruf seiner Produkte. Die anfallenden Kosten dafür hat der Hersteller oder Händler grundsätzlich selbst zu tragen.

REGELUNGSFLUT ZUR ARBEITSSICHERHEIT

EGL ≤

$LK \times HF \times VF \times DF \times AF \times FF \times GF$

Nein, bei der Überschrift handelt es sich um keinen Tippfehler, sondern um die von der Bundesanstalt für Arbeitsmedizin vorgeschlagene Formel zur Errechnung der empfohlenen Grenzlaster (EGL) für die manuelle Handhabung von Lasten. Diese Formel wird den Groß- und Außenhändlern bald in Fleisch und Blut übergehen, wenn im Arbeitsschutz die Flut neuer Entwürfe von Unfallverhütungsvorschriften nicht gestoppt wird. Der jüngst vorgelegte Entwurf für ein Arbeitsschutzrahmengesetz soll nämlich als Ermächtigungsgrundlage für eine Vielzahl einzelner Arbeitsschutzvorschriften dienen. Mit diesem Gesetzgebungsvorhaben will die Bundesrepublik Deutschland die bestehenden europäischen Richtlinien in nationales Recht umsetzen.

BGA gegen Überregulierung

In einer Stellungnahme fordert der BGA, sich ausschließlich an den europäischen Standards zu orientieren. Insbesondere wendet sich der BGA gegen die umfangreichen und überzogenen Kontroll- und Nachweispflichten, so beispielsweise die umfassende Berücksichtigung physikalischer und biologischer Einwirkungen als Gefährdungspotential. Offensichtlich geht der Bundesarbeitsminister davon aus, daß die kleinen und mittelständischen Groß- und Außenhandelsunternehmer neben dem Tagesgeschäft noch die Zeit haben, ständig die aktuelle Arbeitsmedizin zu verfolgen und umzusetzen.

Der BGA kritisiert, daß mit der Aufnahme von Arbeitsverfahren, Arbeitsabläufen und Arbeitszeiten als Gefährdungspotential in die deutsche Regelung des Arbeitsschutzgesetzes Einfallstor für weitere Einschränkungen der unternehmerischen Dispositionsfreiheit werden soll. Erhebliche Rechtsunsicherheit birgt die Vielzahl der unbestimmten Rechtsbegriffe: so, wenn beispielsweise der Arbeitgeber den Arbeitnehmern in „regelmäßigen“ Zeitabständen eine arbeitsmedizinische Untersuchung ermöglichen muß. Es bringt für den Arbeitgeber keineswegs Rechtssicherheit, wann er dieser Verpflichtung denn entsprochen hat.

In das gleiche Horn tutet der Unfallverhütungsausschuß des Hauptverbandes der deutschen Berufsgenossenschaften. Dieser soll die EG-Richtlinien über Bildschirmarbeit und Lastenhandhabung durch Unfallverhütungsvorschriften in nationales Recht umsetzen. Verordnungsentwürfe des Bundesarbeitsministeriums waren mangels Praktikabilität bereits gescheitert.

BERUFSBILDUNG

FREMDSPRACHEN AN BERUFSSCHULEN

Kaufleute im Groß- und Außenhandel müssen im Umgang mit Fremdsprachen fit sein.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt bringen es mit sich, daß sich die Anforderungen an die Erwerbstätigen wandeln. Um diesem Wandel gerecht zu werden, muß auch die Berufsausbildung an die neuen Gegebenheiten angepaßt werden.

Im Zusammenhang mit Überlegungen zur Neuordnung der Ausbildung beauftragte das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie das Institut für angewandte wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Forschung (I.a.F.) in Köln, den berufspezifischen Fremdsprachenbedarf der Unternehmen zu ermitteln. Die Ergebnisse der I.a.F.-Umfrage bei 133 Ausbildungsbetrieben:

Fremdsprachen bisher nicht obligatorisch

Für Groß- und Außenhandelskaufleute sind fremdsprachliche Inhalte weder im Rahmenlehrplan noch in der Ausbildungsordnung vorgeschrieben. Fremdsprachen sind zwar in den meisten Bundesländern zumindest als Wahlfach durchaus vorgese-

Kostenflut durch neue Vorschriften

Der BGA weist in seiner Stellungnahme darauf hin, daß die geforderte umfassende Arbeitsplatzanalyse unter Berücksichtigung „aller Gegebenheiten des Arbeitsplatzes“, realistisch nicht durchführbar ist. Auch darf es bei der Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen keine neuen technischen Mindeststandards geben, die einen kosten-trächtigen Austausch auch solcher Geräte erfordern würde, die anerkannten deutschen Standards entsprechen.

Gänzlich lahmgelegt würde die deutsche Wirtschaft, wenn der derzeitige Entwurf für die Unfallverhütungsvorschrift zur „Lastenhandhabung“ Wirklichkeit wird. Insbesondere bei der vorgesehenen Obergrenze für die manuelle Handhabung von Lasten – maximal 15 kg Gewicht für Frauen, 25 kg bei Männern – würde eine Warendistribution undurchführbar. Höhepunkt der Überregulierung ist die geforderte Gefährdungsanalyse für jeden Lastenhabungsvorgang mittels der bereits zitierten Formel zur Gefährdungsabschätzung.

hen. Doch liegt die Zahl der Auszubildenden, die tatsächlich Fremdsprachen-Unterricht erhalten, weit darunter. So können lediglich zwei von fünf Unternehmen bestätigen, daß ihre Lehrlinge in der Berufsschule und/oder im Betrieb Fremdsprachen-Unterricht erhalten.

Differenzierter Fremdsprachenbedarf

In fast allen befragten Unternehmen wird zumindest gelegentlich eine Fremdsprache gebraucht: Rund 32 Prozent der Unternehmen gaben an, daß ihre Groß- und Außenhandelskaufleute ständig mit Fremd-

Dipl. Agrarökonom

31 Jahre, Lehre: Landwirtschaft, Uni Hohenheim, Vertiefung: Außenwirtschaft, Ökonomie der EL, Agrarökonomie, Sprachen: Englisch, Spanisch, verschiedene Praktika u.a. Südamerika, gute PC-Kenntnisse, sucht herausfordernden Berufseinstieg im Bereich

Agrar- oder Außenhandel,

gerne auch Projektstätigkeit im Ausland.

Angebote bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Fremdsprachen im Handel:

Auf die Frage: „Welche Fremdsprachen werden in Ihrem Unternehmen von Fachkräften mit dem Abschluß als Groß- und Außenhandelskaufmann/-kauffrau in welchem Umfang benötigt?“ antworteten soviel Prozent der Unternehmen

	ständig/häufig	selten	nie
Englisch	50	35	16
Französisch	19	35	45
Italienisch	7	27	66
Spanisch	7	18	75
Niederländisch	6	9	85
Russisch	6	10	85
Tschechisch	5	17	78
Polnisch	4	4	93
Dänisch	3	8	89
Portugiesisch	2	9	89

Umfrage bei 133 west- und ostdeutschen Unternehmen

Quelle: Institut für angewandte wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Forschung

sprachen zu tun hätten, bei weiteren 31 Prozent der Unternehmen ist dies häufig der Fall, bei 35 Prozent eher selten. Lediglich 2 Prozent der Betriebe meldeten, daß sie überhaupt keinen Fremdsprachenbedarf hätten.

Etwa jeder dritte Groß- und Außenhandelskaufmann hat an seinem Arbeitsplatz mit Fremdsprachen zu tun. Besonders gute Kenntnisse werden im auslandsbezogenen Verkauf und Einkauf verlangt, ausreichende Kenntnisse einer Fremdsprache in den mehr intern ausgerichteten Bereichen Rechnungswesen, Logistik und Versand.

Englisch an der Spitze

In jedem zweiten Unternehmen wird Englisch ständig bis häufig gebraucht, gefolgt von Französisch sowie Italienisch und Spanisch (Tabelle). Insgesamt nannten die Unternehmen 17 Sprachen. Aufgrund spezifischer Auslandsaktivitäten werden für die Unternehmen zunehmend Russisch, Tschechisch, Polnisch, aber auch Portugiesisch, Niederländisch und Dänisch interessanter.

Bessere Chancen durch Fremdsprachen

Auf dem Arbeitsmarkt für Groß- und Außenhandelskaufleute spielen Fremdsprachen eine wichtige Rolle: Für rund 54 Prozent der Betriebe sind Fremdsprachenkenntnisse ein Kriterium bei der Neueinstellung von Groß- und Außenhandelskaufleuten.

Fremdsprachen an den Berufsschulen vermitteln

Vier von fünf Unternehmen wünschen sich Unterricht in einer Fremdsprache an den Berufsschulen. Etwa ein Drittel der Befragten steht aber auch einer Teilung der Aufgabe zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb positiv gegenüber. Fremdsprachenschwerpunkt sollte dabei Englisch sein.

– Unterrichtsumfang: mindestens zwei Wochenstunden, verpflichtend, berufsbezogen und differenziert nach Bildungsabschlüssen.

– Leistungsnachweis: Die erworbenen berufsspezifischen Sprachkenntnisse sollten im Berufsschulzeugnis benotet sein – meinen rund 80 Prozent der Betriebe. Fast 43 Prozent begrüßen ein Fremdsprachenzertifikat der Kammern. Etwa ein Drittel will Fremdsprachen auch in der Abschlußprüfung aufnehmen lassen.

Fremdsprachenunterricht: ein Zeitproblem

Die Einführung eines obligatorischen Fremdsprachenunterrichts an Berufsschulen darf nicht zu Lasten der betrieblichen Ausbildungszeit gehen. Etwa zwei Drittel der Betriebe schlagen vor, Fächer wie Sport und Religion durch den Fremdsprachenunterricht zu ersetzen – oder die Stundenzahl pro Berufsschultag zu erhöhen.

AUSBILDUNG SICHERN UND AUSBAUEN

Ausgangslage

Die Zukunft der deutschen Wirtschaft liegt in hohem Maße in der Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Das Qualifikationspotential der Mitarbeiter ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die Berufsausbildung im Dualen System hat in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, daß sich ein hoher Qualifikationsstandard entwickelt hat. Die duale Ausbildung ist unser Trumpf im internationalen Wettbewerb. Dieser Trumpf muß genutzt und gestärkt werden.

Vor neuen Herausforderungen

Die Jahre seit 1992 waren gekennzeichnet von der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit. Der Tiefpunkt ist überwunden, es geht wieder aufwärts.

Um den mit der Rezession einhergehenden Herausforderungen gewachsen zu sein, leiteten viele Betriebe in den alten Bundesländern einen teils drastischen Umstrukturierungsprozeß ein. Auch die Ausbildungskapazitäten wurden zurückgefahren. Das war schmerzhaft, aber notwendig und sinnvoll.

In den neuen Ländern sind – nach dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft – neue Ausbildungskapazitäten erst in einem langjährigen Entstehungsprozeß. Mit voranschreitendem Wachstum mittelständischer Unternehmen wird das Ausbildungsstellenangebot wachsen.

Nimmt man beide Entwicklungen zusammen, so muß trotz vieler anderslautender Meldungen festgehalten werden: **Das duale System der Berufsausbildung befindet sich nicht in einer Krise!**

Aber: Heute stehen wir vor der Situation, daß

- die Zahl der Absolventen mit Hauptschul- und Realschulabschluß-Qualifikation wieder zunimmt und bis zum Jahr 2007 über 30 v.H. ansteigen wird;
 - die Zahl der Bewerber um Lehrstellen sich gegenüber dem Vorjahr um 39.000 erhöht hat;
 - die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Westen stark rückläufig ist,
- gleichzeit aber
- die Zahl der benötigten Fachkräfte im Konjunkturaufschwung und mittelfristig auch demographisch bedingt wieder ansteigen wird;

- bereits heute in einzelnen Branchen und Betrieben Deckungslücken aufgrund fehlender Fachkräfte zu erkennen sind.

Gewerkschaftsforderung: Verstaatlichung der Ausbildung

Seitens der SPD-geführten Bundesländer und der Gewerkschaften wird gegenwärtig wieder die Forderung nach einem Finanzumbau des dualen Systems gestellt. Im Mittelpunkt steht die Zwangsverpflichtung der Betriebe zur Ausbildung. In Großunternehmen sollen mindestens 8 v.H. aller Beschäftigten Auszubildende sein. Wer nicht ausbildet, soll in einen Ausbildungsfonds einzahlen, der durch eine dafür vorzusehende öffentliche Einrichtung verwaltet wird.

Die Verstaatlichung der Ausbildung würde bedeuten:

- *Erhöhung der Staatsquote*, d. h. der Anteil des Staates am Sozialprodukt würde um 1,6 Prozentpunkte auf eine Quote von 54 v.H. wachsen.
- Eine *zunehmende Bürokratisierung* durch mehr Verwaltungsaufwand, insbesondere zur Vergabe der Mittel nach vorgegebenen Verwaltungsregeln.
- *Fehlsteuerung der Ressourcen* durch ein kollektives Gremium statt einzelbetrieblicher Bedarfsorientierung.
- *Erhöhung der Abgabenlast der Betriebe*, die nicht oder zeitweise nicht ausbilden.
- *Quotierung der Ausbildung* aufgrund staatlicher Vorgaben statt Orientierung am Bedarf der Branchen, Regionen und verschiedenen Betriebsgrößen.

Angesichts dieser und vieler weiterer Negativpunkte halten wir deshalb an der bewährten einzelbetrieblichen Durchführung und Finanzierung der Berufsausbildung fest. Betriebliche Berufsausbildung hat ihre Leistungsfähigkeit ohne staatlichen Zwang in über 40 Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Argumente für die Ausbildung

1. Ausbildung rechnet sich

- Auszubildende leisten im Rahmen des betrieblichen Einsatzes vielfältige produktive Beiträge in Fertigung, Montage und im technischen Kundendienst.
- Ausbildungsabteilungen erbringen bei der praktischen Fachbildung, z. B. durch Wartung und Reparatur von Maschinen, beträchtliche Dienstleistungen für ihr Unternehmen.

2. Bedarfsgerechte Nachwuchssicherung

Durch Ausbildung wird eine gezielte Personalpolitik für den eigenen Fachkräftebedarf sichergestellt, und werden Kosten minimiert, die mit einer risikoreichen Beschaffung auf dem Arbeitsmarkt verbunden sind. Darüber hinaus werden Fehlbesetzungen verhindert und das betriebliche Lohn- und Gehaltsgefüge besser ausbalanciert.

3. Paßfähige Qualifikationen

Das Unternehmen hat Mitarbeiter, die nach der Ausbildung direkt einsetzbar sind, weil sie sich in ihrem Beruf und den spezifischen Erfordernissen des Betriebes auskennen.

4. Ausbildung orientiert sich am Bedarf

Das Unternehmen kann bedarfsgerecht ausbilden. Bedarfsgerechte Qualifikationen und schnelles Reagieren auf Veränderungen im Beruf sind das Plus der betrieblichen Ausbildung.

5. Ausbildung lohnt sich

Betriebliche Ausbildung schafft Wettbewerbsvorteile im nationalen und vor allem im internationalen Markt.

6. Ausbildung sichert kompetente Mitarbeiter

Das Unternehmen hat flexibel einsetzbare Mitarbeiter, die während der Ausbildung fachlich und sozial nachgewiesen haben, daß sie im Unternehmen aktiv und kompetent mitarbeiten werden.

7. Lernen, Anwenden, Können

Durch das gründliche Kennenlernen und die Möglichkeit zum Einüben wächst der Auszubildende in den Beruf hinein und zum Mitarbeiter des Unternehmens heran.

8. Unternehmens-Know-how

Der Auszubildende erwirbt einen Teil des Know-hows, mit dem sein Unternehmen erfolgreich tätig ist.

9. Ausbildung erhöht Flexibilität des Unternehmens

Der Auszubildende erfährt an den verschiedenen Lernorten, sich auf unterschiedliche Bedingungen einzustellen. Das Unternehmen kann mit diesen Mitarbeitern auf veränderte Anforderungen besser und schneller reagieren.

10. Durch Ausbildung stellen sich Unternehmen nicht zuletzt auch ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung. Sie tragen zentral mit dazu bei, den hohen gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu sichern.

Fazit:

Unternehmerische Gestaltungsfreiräume nicht verspielen!

Das bewährte, leistungsfähige System der Berufsbildung in Verantwortung der Wirtschaft steht und fällt mit dem Engagement aller ausbildungsfähigen Betriebe.

- Nur die Ausbildung im Betrieb gewährleistet Aktualität bei der Vermittlung von innovativer Technik.
- Nur das gemeinsame Engagement aller Unternehmen gewährleistet einen gesamtwirtschaftlich ausreichenden „Output“ an Ausbildungs-Absolventen.

Sollten sich immer mehr Unternehmen aus der gemeinsamen Ausbildungsverantwortung verabschieden und darauf spekulieren, ihren Fachkräftebedarf „kostengünstiger“ auf dem Arbeitsmarkt zu decken, wird die Rechnung langfristig nicht aufgehen.

Zudem würden Forderungen nach einer weiteren Verstaatlichung neue Nahrung erhalten, ein Finanzumbau des dualen Systems drohen. Dies kann die Wirtschaft nicht wollen!

Deshalb:

Lassen Sie nicht nach in Ihrem Engagement für die Berufsausbildung, schaffen und erhalten Sie die Ausbildungsplätze, um die aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.

FÖRDERUNG DER AUFSTIEGS-FORTBILDUNG – „MEISTER-BAFÖG“

Anläßlich der 4. Gesprächsrunde zur Zukunftssicherung des Standort Deutschland und für mehr Beschäftigung wurden vereinbart die Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch ein Gesetz auf folgende neue Grundlage zu stellen:

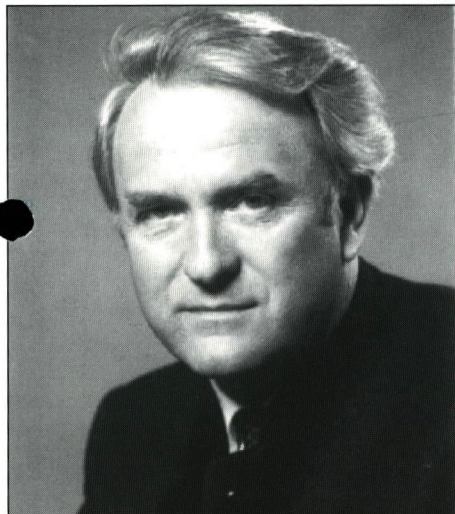
Förderfähig sind Fortbildungsmaßnahmen, die einen anerkannten Ausbildungsberuf oder einen schulischen Berufsabschluß voraussetzen, mit einer staatlich anerkannten Fortbildungsprüfung abschließen und wenigstens 500 Stunden/6 Monate umfassen.

Für diese Maßnahmen ist folgende Förderung vorgesehen:

1. Für Vollzeitlehrgänge die Förderung des Lebensunterhalts zur Hälfte als Zuschuß,

FIRMENPORTRAIT

FIRMA BIERBICHLER – HOHE QUALITÄT BEI TIEFKÜHLKOST



13 Monaten ist das Tiefkühlhaus jetzt fertiggestellt. Die Temperatur im Tiefkühlhaus wird auf 30 Grad minus eingestellt. Damit ist eine Kältereserve geschaffen, die auch beim Transport der Ware in den 41 Tiefkühl-Lkws eine ausreichende Kälte garantiert. 1994 erreichte das Unternehmen einen Umsatz von 106 Mio. DM. Die Lieferungen an den Lebensmittel-Einzelhandel betragen hiervon rund 1/3. Die Gastronomie und die Großverpfleger sind mit 2/3 Umsatzanteil die wichtigsten Partner.

Neben dem auf minus 30 Grad gekühlten Kühlhaus verfügt der neue Komplex über einen auf minus 25 Grad gekühlten Bereitstellungsbereich, der direkten Zugang zu den fünf Andockstellen hat. In diesem Raum werden die bestellten Waren zur Verladung bereitgestellt und sind somit beim Eintreffen der Lastwagen im Rampenbereich sofort verfügbar. Im Keller befinden sich zusätzlich Räume für Räucherfisch, Fischmarinaden und Salate.

Großer Wert beim Neubau wurde darauf gelegt, die Arbeitswege so kurz, sicher und rationell wie möglich zu gestalten und so ein effektives und kostengünstiges Arbeiten zum Wohle der hohen Qualität der Produkte zu erreichen. Der tägliche Warenein- und -ausgang beträgt etwa 150 Tonnen, davon etwa 100 Tonnen als Tiefkühlkost und etwa 50 Tonnen als Frischware. Beliefert werden von der Firma Bierbichler rund 4.500 Kunden in ganz Oberbayern. Jede bis 18 Uhr eingegangene Bestellung wird am darauffolgenden Tage ausgeliefert.

Ihre Waren bezieht die Firma Bierbichler neben den Produkten aus Deutschland aus der ganzen Welt. Australien, Neuseeland, Afrika sind nur einige Beispiele. Frischfisch, per Flugzeug aus Island eingeflogen, ist innerhalb von 48 Stunden nach der Anlandung in Stephanskirchen. Und die Forellen – frisch oder geräuchert – werden aus eigener Haltung verwendet.

1907 hatte Benedikt Bierbichler das Gasthaus „Fischküche“ übernommen. Nebenbei betrieb er eine Fischerei. 1919 übergab er seine Geschäfte seinem Sohn Ferdinand Bierbichler, der im Jahr 1936 ein



kleines Fischspezialgeschäft eröffnete. 1950 zog das Geschäft in die Heilig-Geist-Straße um und Sohn Rudolf, der heute gemeinsam mit seinem Sohn Ferdinand die Geschäftsleitung ausübt, begann mit dem Aufbau des Fischgroßhandels, dem er bereits 1956 die Tiefkühlkost angliederte. 1962 siedelte sich sein Unternehmen in Stephanskirchen an. 1959 wurde das erste große Kühlhaus gebaut. Das Konzept der Familie Bierbichler hat sich bewährt.

In einer Fachmesse für Gastronomie und Großverpfleger konnte die Firma Bierbichler kürzlich wieder vor einem qualifizierten und interessierten Fachpublikum ihre Angebotspalette zeigen. Auch den Zuliefererfirmen wurde Gelegenheit geboten, ihre Angebotspalette zu präsentieren.

Der Wunsch der Firmenchefs Rudolf und Ferdinand Bierbichler, auf ihren Messen vorrangig neue Produkte vorzustellen, ist im Rahmen dieser Fachmesse, die in ihrer Art als „einmaliges Sortiment in Deutschland“ anzusehen ist, damit auch bestens und eindrucksvoll gelungen.

Wir veröffentlichen regelmäßig ein „Firmenportrait“, mit dem sich eine unserer Mitgliedsfirmen vorstellen kann.

Um die Leistungsfähigkeit zu verbessern, hat die Firma Bierbichler, Tiefkühlkost und Frischware in Stephanskirchen, ein neues Kommissionier-Kühlhaus gebaut. In 27.100 cbm umbauten Raumes sind Stellplätze für 1.800 Paletten geschaffen worden. Auf drei Ebenen wird die bestellte Tiefkühlkost, Fisch, Salate, Eiskrem, Geflügel, Fleisch und Wild für die 4.500 Kunden täglich kommissioniert. Dieses Kühlhaus konnte kürzlich im Beisein zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft seiner Bestimmung übergeben werden. Rund 11 Mio. Mark hat der Bau in Stephanskirchen gekostet. Rudolf Bierbichler, der in den Nachkriegsjahren mit seinem Vater den Grundstein für das heute bestens florierende Familienunternehmen legte, erinnerte in seiner Festansprache an die Entwicklung seines Betriebes.

Insgesamt hatte Bierbichler bereits vor 40 Jahren aufs richtige Pferd gesetzt: Er erweiterte seine Produktpalette um den Bereich Tiefkühlkost. Dafür stand dem Unternehmen damals ein Tiefkühlraum von 20 qm zur Verfügung. 1848 baute man auf dem heutigen Areal in Stephanskirchen die ersten Kühlhäuser. Mit dem jetzt fertiggestellten Kühlhaus ist die Firma Ferdinand Bierbichler, die heute 160 Mitarbeiter beschäftigt, wieder einen großen Schritt vorwärts gekommen. Nach einer Bauzeit von

zur Hälfte als Darlehen, wenn die Einkommens- und Vermögenssituation dies erfordert. Hier werden die Kriterien des BAföG gelten.

2. Es werden Darlehen in Höhe der Lehrgangsgebühren – bei Vollzeit- und Teilkursen – gewährt.

3. Die Darlehen sind maximal für drei Jahre zinsfrei, danach gilt der durch die Refinanzierung der Deutschen Ausgleichsbank günstige Marktzins.

4. Bei einer Unternehmensgründung innerhalb von zwei Jahren nach erfolgreicher Prüfung und bei Einstellung von zwei

sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern wird das Darlehen für die Lehrgangskosten zur Hälfte erlassen.

5. Die steuerliche Behandlung der Fortbildungskosten gilt wie bisher.

Insgesamt müssen für mehr als 400 Mio DM pro Jahr aufgewendet werden.

BRANCHENLEXIKON

VERBAND DER VEREINE CREDITREFORM E.V.

Der **Verband der Vereine Creditreform** ist Deutschlands größte Wirtschaftsauskunftei und eines der größten Inkassounternehmen in Europa. Bereits 1879 wurde die Organisation in Mainz mit dem Ziel gegründet, Mitglieder vor den Folgen einer unseriösen Kreditwirtschaft zu schützen. Diese Zielsetzung gilt heute, nach über 100 Jahren, immer noch: Erhöhung der wirtschaftlichen Transparenz zur Minimierung unternehmerischer Risiken.

In Deutschland zählen allein 126.000 Unternehmen auf die Leistungen des Verbandes, 134 Vereine mit rund 3.000 Mitarbeitern sorgen für die Repräsentanz vor Ort. Gearbeitet wird mit modernster Technik, die Auskünfte innerhalb kürzester Zeit weltweit über Online, Fax oder Btx abfragen kann.

In Deutschland ist ein zunehmend nachlässigeres Zahlungsverhalten zu beobachten. Das Resultat ist eine ständig steigende Zahl von säumigen Schuldnern auf der einen Seite und Liquidität der Lieferanten auf der anderen Seite. Das führt im schlimmsten Fall zur Insolvenz.

Seit über 100 Jahren tragen Auskunfteien dazu bei, Unternehmer vor Verlusten und Pleiten zu schützen. Wirtschaftsauskünfte liefern vor Vertragsabschluß Informationen über die Bonität, Unternehmensform, Umsätze, Zahlungsweise und zu gewährende Kredithöhe eines möglichen Geschäftspartners. Auf-

grund der Vielfältigkeit der Auskunft ist sie die umfangreichste und fundierte Informationsquelle für Geschäftspartner.

Sinnvoller Kreditschutz bedarf aber nicht nur der Wirtschaftsauskunft, sondern auch des Inkassos. Die Realisierung von Außenständen ist ein schwerwiegendes Problem mittelständischer Unternehmen. Gerade in der wirtschaftlich angespannten Situation, in der die Gelder nur schleppend fließen, sind hohe Außenstände der erste Schritt zur Insolvenz. Inkassounternehmen helfen bei Mahnungen und ziehen im Namen der Mitglieder offene Forderungen, sowohl im In- als auch im Ausland, ein. Der Unternehmer kann zwei verschiedene Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Im „kaufmännischen Mahnverfahren“ überläßt er dem Inkassoinstitut den Einzug der Forderungen. Im „Überlassungsverfahren für ausgeklagte Forderungen“ werden titulierte Forderungen realisiert, deren Zwangsvollstreckungen vorher wirkungslos waren.

Der Einsatz einer Inkassofirma ist auch für kleinere Betriebe von Vorteil, da auf jeden Schuldner persönlich eingegangen werden kann und es nicht bei einem standardisierten Mahnverfahren bleibt. Die Erfolgsquote für Fachleute ist höher, Mahnungen und Einzug gestalten sich kostengünstiger und effektiver. Fest steht: Je schneller ein Inkassounternehmen eingeschaltet wird, desto größer ist die Gewähr für eine Realisierung der Außenstände.

Eine besonders effiziente Verbindung ist der Zusammenschluß von Wirtschaftsauskunftei und Inkassounternehmen. Informationen über die wirtschaftliche Situation des Schuldners müssen nicht erst mühsam beschafft werden, sondern können jederzeit, aktuell und international, abgerufen werden.

Die Angebotspalette des Verbandes der Vereine Creditreform bietet neben Wirtschaftsauskünften und Inkassodiensten auch Adressen für Direktmarketing-Anwender im Business-to-Business-Bereich. Dem Benutzer stehen zahlreiche Selektions- und Verknüpfungskriterien zur Verfügung, mit denen er seine spezielle Zielgruppe selektieren kann. Grundlage ist eine Wirtschaftsdatenbank, die rund 2,4 Mio. deutsche Unternehmen, hier gespeichert hat.

Ein weiterer Service ist der Seminarbereich, der für Mitglieder und Nicht-Mitglieder Seminare und Konferenzen zu aktuellen Fragen des Kreditmanagements und Vertriebs anbietet.

Alle Dienstleistungen haben ein Ziel – Geschäftsbeziehungen transparenter, sicherer und effektiver zu machen.

STEUER UND VERKEHR

JAHRESSTEUERGESETZ 1996: NEUE BELASTUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Nach heftigen Bonner Querelen und unter zweifacher Anrufung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat ist das Jahressteuergesetz 1996 nunmehr verabschiedet worden. Durch die Anhebung des steuerfreien Existenzminimums auf 12.095,-/24.181,- DM (Allein-ehende/Verheiratete) und durch den neuen Kinderleistungsausgleich mit Anhebung des Kinderfreibetrags von 4.104,- DM auf 6.264,- DM je Kind und Erhöhung des Kindergelds für das erste und zweite Kind auf je 200,- DM monatlich, für das dritte Kind auf 300,- DM und ab dem vierten Kind auf 350,- DM, ist insgesamt eine Steuerentlastung von 22.940 Mrd. DM vorgenommen worden. Über einige für die Groß- und Außenhandelsunternehmen wichtige Aspekte und Auswirkungen wird nachstehend berichtet.

Gegenfinanzierung belastet die Wirtschaft

Auf rd. 18.680 Mrd. DM beläuft sich das Volumen der Gegenfinanzierungsmaßnahmen. Größter Einzelposten dieses Pakets ist die neue steuerliche Erfassung der privaten Nutzung von betrieblichen Fahrzeugen. Die bekannte Ein-Prozent-Regelung bei der Verlassung von Dienstwagen zur privaten Nutzung an Arbeitnehmer wird auch auf selbstständige Unternehmer übertragen. Ferner ist bei der steuerlichen Erfassung der privaten Nutzung von betrieblichen Fahrzeugen nicht mehr vom Anschaffungspreis, sondern vom inländischen Listenpreis des Fahrzeugs im Zeitpunkt der Erstzulassung + Aufpreis für Sonderausstattung + Umsatzsteuer auszugehen. Rabatte und Nachlässe, die bei dem Erwerb des Fahrzeugs gewährt wurden, werden nicht berücksichtigt. Alternativ bleibt noch die Möglichkeit, die Aufwendungen für das Fahrzeug durch Belege und das Verhältnis der privaten zu den übrigen Fahrten durch ein ordnungsgemäß geführtes Fahrtenbuch nachzuweisen. Festzuhalten bleibt auf jeden Fall, daß den Unternehmen und den Selbständigen ein völlig neues Abrechnungssystem mit erheblichen Umstellungsschwierigkeiten und Mehrarbeiten zugemutet wird.

Wesentliche Einschnitte gibt es bei der steuerlichen Schonung von Gewinnen aus der Betriebsveräußerung. Der allgemeine

Freibetrag von 30.000,- DM wird gestrichen, und der Freibetrag von 120.000,- DM bei Betriebsveräußerung durch eine Veräußerung nach Vollendung des 55. Lebensjahres oder durch einen berufsunfähigen Unternehmer wird von 120.000,- DM auf 60.000,- DM herabgesetzt. Bei der Besteuerung der Veräußerungsgewinne von Anteilen aus wesentlichen Beteiligungen als gewerbliche Einkünfte wird die Ein-Prozent-Bagatellgrenze gestrichen. Bei der Erfassung von Spekulationsgewinnen bleibt es zwar bei den bisherigen Grundregeln (Frist von zwei Jahren für Grundstücke, bei anderen Werten sechs Monate), jedoch werden die Spekulationsgewinne durch Berücksichtigung der Gebäudeabschreibung genauer erfaßt.

DAS AKTUELLE ZITAT:

„Auch viele soziale Dienste können von Privaten besser oder billiger gemacht werden. Wir brauchen insgesamt mehr Wettbewerb.“

Der Frankfurter Stadtkämmerer Tom Koenigs (51), Bankierssohn und Mitglied der Grünen.

Höhere Pauschalsteuern, niedrigere Abschreibungen

Für den Einsatz von Teilzeitbeschäftigten ohne Lohnsteuerkarte wird der Satz der pauschalierten Lohnsteuer von 15 auf 20% erhöht.

Dieselbe Steigerung gilt für die Lohnsteuer-Pauschalierung der Zukunftssicherungsleistungen (insbesondere Direktversicherungen).

Für den Mietwohnungsbau gelten bei Gebäuden mit Bauantrag oder notariellem Kaufvertrag nach dem 31. 12. 1995 niedrigere Abschreibungssätze, nämlich in den ersten acht Jahren jeweils 5%, in den darauffolgenden sechs Jahren 2,5% und in den nachfolgenden 36 Jahren 1,25%. Damit erfährt der private Wohnungsbau binnen Jahresfrist eine weitere empfindliche Dämpfung.

Vorteilszuwendungen (sogenannte Schmiergelder), für die eine rechtskräftige Strafverurteilung erfolgt ist, oder für die das Verfahren nach der Strafprozeßordnung eingestellt worden ist, dürfen nicht mehr als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Neue Reisekostenregelung

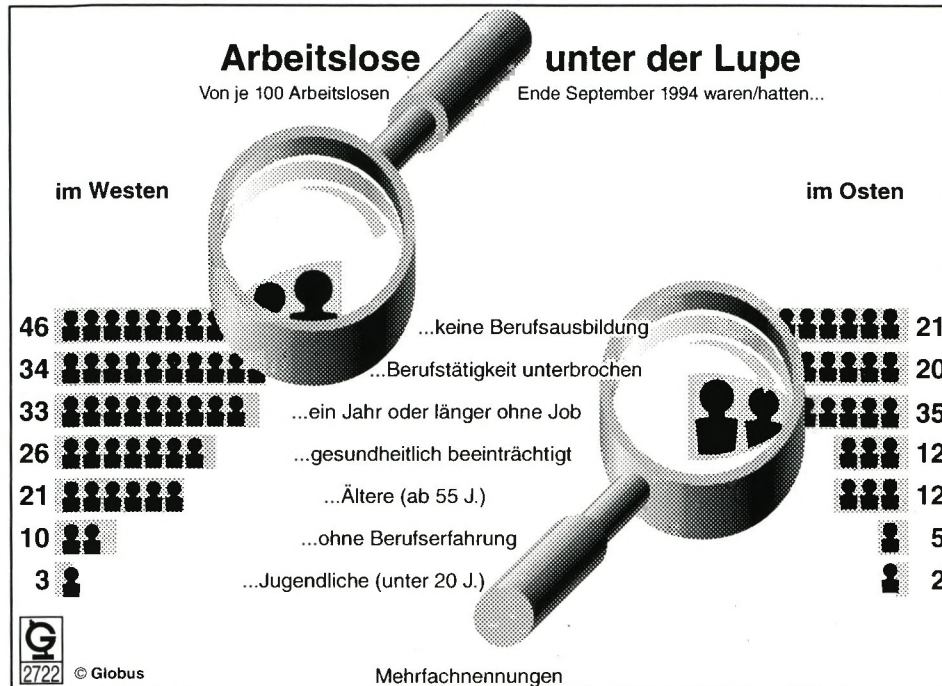
Für den steuerfreien Ersatz der Mehraufwendungen für Verpflegung auf Geschäfts- und Dienstreisen ergibt sich ab 1996 eine wesentliche Änderung. Die bisherige dezidierte Unterscheidung für ein- und mehrtägige Reisen wird zusammengestrichen. Die neue Regelung sieht vor, daß bei einer Abwesenheit von 24 Stunden der Pauschbetrag 46,- DM beträgt, für kürzere Abwesenheitszeiten gibt es noch 20,- DM bei Reisen mit mindestens 14 Stunden und 10,- DM für Reisen mit mindestens 10 Stunden Abwesenheit.

Belastung der Arbeitgeber durch Auszahlung des Kindergelds

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen ab 1996 die Arbeitgeber bei Arbeitnehmern die Kindergeldbeträge gemeinsam mit dem Nettolohn auszahlen und mit der abzuführenden monatlichen Lohnsteuer verrechnen. Lediglich Arbeitgeber mit bis zu 50 Mitarbeitern können unter bestimmten Voraussetzungen wählen, ob sie das Kindergeld selbst an die Arbeitnehmer ausbezahlen oder ob das Kindergeld auf Antrag weiterhin von den Familienkassen ausbezahlt wird. Als Familienkassen firmieren künftig die bisherigen Kindergeldstellen bei den Arbeitsämtern, die zu Organen der Bundesfinanzverwaltung werden.

Auch für nichtsteuerpflichtige Eltern wird das Kindergeld weiterhin von diesen Kassen ausgezahlt.

Diese Maßnahme dient keineswegs der Steuervereinfachung. Die unentgeltliche Auszahlung des Kindergeldes durch den Arbeitgeber bedeutet, daß eine originäre Aufgabe der öffentlichen Verwaltung auf die private Wirtschaft abgewälzt wird. Diese unentgeltliche Auszahlung des Kindergeldes durch den Arbeitgeber wird in den Betrieben die Verwaltungskosten und damit auch die Personalzusatzkosten erhöhen. Und es ist selbstverständlich, daß der Arbeitgeber,



wie bereits bei der Lohnsteuer und der Sozialversicherung, für die rechtmäßige und richtige Auszahlung eintreten muß.

Gerade die mittelständische Wirtschaft wird durch die von ihr unentgeltlich zu erbringenden Verwaltungsleistungen für den Staat erheblich belastet. Allein die Berechnung und Abführung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsabgaben verursacht in den deutschen Unternehmen nach zuverlässigen Schätzungen jährliche Kosten in Höhe von 15 bis 20 Mrd. DM. Das Institut für Mittelstandsforschung hat ermittelt, daß diese Aufgaben die kleinen Unternehmen stärker treffen als die großen.

Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten werden danach mit 6.837,- DM pro Jahr und Arbeitnehmer belastet, solche mit 50 bis 99 Mitarbeitern noch mit 1.214,- DM; das ist zwar immer noch zuviel im Ergebnis, aber nur 1/5 des Betrages den ein Kleinunternehmen aufwenden muß. Die jetzt erreichte Belastung mit Hilfstätigkeiten für den Staat muß gestoppt werden. Wie die zurückliegende Diskussion um das Jahressteuergesetz 1996 gezeigt hat, werden die Gesetzgebungsorgane sonst auch künftig nach neuen Wegen suchen, neben den Steuern den Unternehmen auch weitere Verwaltungspflichten aufzubürden.

Kleine Unternehmenssteuerreform

Im Zuge der kontroversen Beratungen des Jahressteuergesetzes ist die von der

Bundesregierung vorgeschlagene Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform, die mit der Abschaffung der Gewerbesteuer einen Schritt weitergebracht werden sollte, auf der Strecke geblieben. Die Beratungen über eine Unternehmenssteuerreform und den Ausbau von Öko-Steuer-Elementen soll im Herbst 1995 wieder aufgenommen werden.

Verbesserungen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Ein Positivum sei zum Schluß angemerkt. Die seit Jahren für notwendig erachteten Maßnahmen im Bereich der Erbschafts- und Schenkungssteuer für die Unternehmensnachfolge in mittelständischen Unternehmen sind mit dem Jahressteuergesetz 1996 eingeleitet worden. Im einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Gewährung eines Bewertungsabschlages beim Betriebsvermögen in Höhe von 25%, so daß der über den Freibetrag von 500.000,- DM hinausgehende Wert des Betriebsvermögens mit 75% anzusetzen ist.
- Dieser Bewertungsabschlag sowie der Freibetrag von 500.000,- DM gelten auch für die schenk- oder erbweise Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften, wenn eine mindestens 25%ige Beteiligung vorliegt. Damit werden Personengesellschaften und sogenannte familienbezogene Kapitalgesellschaften erb-

schaftssteuerlich bei der Gewährung des Freibetrages und beim 25%igen Bewertungsabschlag gleichgestellt.

- Die Stundungsregelung des § 28 Erbschaftssteuergesetz wird verbessert, indem die Erbschaftsteuer für übergebenes Betriebsvermögen 10 Jahre - statt bisher 7 Jahre - gestundet werden kann, soweit dies zur Erhaltung des Betriebes notwendig ist.
- Die Entlastung durch den Freibetrag und den Bewertungsabschlag entfallen jedoch dann rückwirkend, wenn der Beschenkte oder Erbe das begünstigte Betriebsvermögen, oder wesentliche Teile davon, oder die Anteile an Kapitalgesellschaften innerhalb von fünf Jahren wieder veräußert, oder veräußerungsähnliche Handlungen vornimmt (wie z.B. Entnahme oder verdeckte Einlage).

UMWELTAKTIVITÄTEN BAYERISCHER FIRMEN IM RUNDUNK

Die MBW-Mediengesellschaft der Bayerischen Wirtschaft, zu dessen Trägern auch der LGA gehört, berichtet seit 5 Jahren in mehr als 40 privaten Hörfunksendern über die bayerische Wirtschaft.

In einem neuen Projekt, zusammen mit der BLR (Dienstleistungsgesellschaft für Bayerische Lokal Radioprogramme) können wir in wöchentlichen Beiträgen über Umweltaktivitäten der bayerischen Unternehmen aus allen Landkreisen berichten. Ziel ist es, der oft geäußerten Meinung, die Wirtschaft kümmere sich nicht um die Umwelt, entgegenzuwirken. In einer zweiten Beitragsreihe werden außergewöhnliche Unternehmerkarrieren portraitiert, um das Bild des Unternehmers in der Öffentlichkeit in ein besseres Licht zu rücken.

Die über 40 bayerischen Lokalsender werden überwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gehört. Jeder vierte Einwohner Bayerns schaltet mindestens einmal am Tag einen lokalen Sender ein. Die tatsächliche Reichweite liegt damit an einem Werktag bei durchschnittlich 520 000 Hörern in der Stunde.

Nutzen Sie die Chance, mit Ihrem Unternehmen in den Lokalradios präsent zu sein.

Da die Beiträge den lokalen Sendern kostenlos zur Verfügung gestellt werden, ist für dieses Projekt eine Beteiligung an den Produktionskosten von 950,- DM (+ MwSt) pro 2-Minuten-Beitrag erforderlich.

Anfragen richten Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

DER LGA WAR DABEI

6. September

Vorbereitungsgespräch für den Neujahrsempfang 1996 des Bayerischen Handels mit dem LBE, *Frau Deutsch*

8. September

Sitzung Unterausschuß Arbeits- und Tarifrecht des BGA in München, *Herr Frankenberg*

10. September

Süddeutscher Arbeitskreis „Technische Chemikalien“ in Stuttgart, *Herr Mackholt*

21. September

Sitzung ehrenamtlicher Richter am Landesozialgericht, *Herr Köppel*

22. September

Gespräch Bahn/Wirtschaft, Bonn, *Herr Mackholt*

Firmenjubiläum Firma Erwin Telle GmbH, Nürnberg, *Herr Bethcke*

26. September

Sitzung Förderkreis Güterverkehrszentren (GVZ), IHK-München, *Herr Mackholt*

Gespräch neue Messestruktur Frankfurt, *Herr Adler, Herr Sattel*

27. September

Strukturgespräch mit HBV und DAG München, *Herr Sahlberg, Herr Frankenberg*

Kooperationsgespräch mit Hauptgeschäftsführung CDH, *Herr Sattel, Herr Dr. Langejürgen*

28. September

Arbeitsessen mit Präsident und HGF Landesverband des Bayerischen Einzelhandels, *Präsident Scheuerle, Herr Sattel*

29. September

Sitzung der ARGE „City-Logistik“, München, *Herr Mackholt*

4. Oktober

Sitzung des Planungsausschusses und Planungsbeirates Region Ingolstadt, *Herr Köppel*

5. Oktober

Sitzung Europäische Normung und Qualitätssicherung im Bayerischen Staatsministerium München, *Herr Mackholt*

6. Oktober

Gespräch Messeplanung mit CDH Köln, *Herr Adler, Herr Sattel*

Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes Heim und Farbe, München, *Herr Mackholt*

9. Oktober

Wirtschaftsbeirat der Union, *Frau Deutsch*

11. Oktober

Arbeitskreis „City-Logistik“ des BGA-Verkehrsausschusses, München, *Herr Mackholt*

Sitzung Bürgerschaftsausschuß der KGG, *Herr Klingsohr, Herr Sattel*

Verhandlung über unseren Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Lohn- und Gehaltstarife im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Herr Sattel*

12. Oktober

Berufungsbildungsausschuß LGA, *Herr Müller-Lotter, Frau Deutsch*

16. Oktober

Hearing beim Bayer. Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie zum Ladenschluß, *Präsident Scheuerle, Herr Sattel*

17. Oktober

Erfagruppe Augsburg unter dem Vorsitz von *Frau Markmiller*

18. Oktober

Sitzung LGA-Präsidium und Verwaltungsrat Solifonds unter Vorsitz von *Präsident Scheuerle*

19. Oktober

Steuerausschuß des BGA, Leipzig, *Herr Mackholt*

20. Oktober

Grundsatzbesprechung der bayerischen Kreditgarantiegemeinschaften in der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, *Herr Sattel*

23. Oktober

Firmenbesuch Fa. Klöckner, Nürnberg, *Präsident Scheuerle, Herr Sattel, Herr Wiedemann*

Sitzung der VAB Arbeitskreis „Arbeitsrecht“ in Feldkirchen, *Herr Frankenberg*

24. Oktober

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Werbeartikelwirtschaft in Eichenau, *Herr Sattel, Herr Frankenberg*

25. Oktober

Ausschuß für Betriebswirtschaft, Verkehr und Umwelt, München, *Herr Sattel, Herr Mackholt*

Arbeitsessen mit Präsident u. Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes der Bayerischen Industrie, *Präsident Scheuerle, Herr Sattel*

27. Oktober

Sitzung des LGA-Ausschusses für Außenhandel unter Vorsitz von *Präsident Scheuerle*

Arbeitsgemeinschaft Güterverkehrszentren in Bayern, München, *Herr Mackholt*

30. Oktober

Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn *Frau Deutsch*

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN

WALTER LUTHER

Walter Luther, der langjährige Vorsitzende des Bundesverbandes des Deutschen Baustoffhandels, ist am 24. September 1995 plötzlich und unerwartet verstorben. Walter Luther war Mitinhaber der Baustoff-Union und Mitbegründer und langjähriger Geschäftsführer der Firmen-Gruppe Baustoff-Union und OBI Baumarkt Franken. Walter Luther, Komplementär und Teilhaber der Firmen Max Leube Werk KG und Otto Arnold GmbH & Co. KG war ein außergewöhnlicher Unternehmer, dessen Bereitschaft zur Verantwortung und Leistung ebenso beispielhaft sind wie die Erfüllung aller unternehmerischen Aufgaben und Pflichten. In der langen Zeit unserer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Verstorbenen durften wir Walter Luther als hochgeschätzten Unternehmerkollegen und engagierten und erfolgreichen Repräsentanten in vielen Ehrenämtern kennenlernen. Mit ihm verband uns ein tiefes Vertrauen.

Wir trauern um Walter Luther. Wir werden ihn in bleibender und ehrender Erinnerung behalten.

GERHARD DIETZ

Der Gründungsgesellschafter unserer Mitgliedsfirma Baygro GmbH in Aschheim bei München ist am 8. August 1995 plötzlich verstorben. Der LGA würdigt das beispielhafte unternehmerische Lebenswerk des Verstorbenen mit hoher Anerkennung. Wir verlieren mit Herrn Dietz einen Partner aus

einer hoch angesehenen Mitgliedsfirma, mit der wir in enger Verbundenheit gern zusammengearbeitet haben.

Sein Vorbild und seine Kompetenz fanden stets Anerkennung im Kreise von Kunden, Lieferanten und Kollegen. Sein unermüdlicher Fleiß und sein Schaffen werden wie bisher wegweisend sein.

Wir werden das Andenken des Verstorbenen stets in ehrender Erinnerung behalten.

WIR GRATULIEREN

unserem Kollegen **Alois Wiedemann**, Geschäftsstellenleiter unseres Landesverbandes in Nürnberg, der mit Wirkung vom 1. November an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Nürnberg berufen wurde.

Herzlichen Glückwunsch zu dieser ehrenvollen Berufung.

Herrn **Willi Frankenberger**, dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes. Herr **Frankenberger** wurde für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Landesarbeitsgericht München mit Wirkung vom 1. 10. 1995 an berufen. Wir gratulieren unserem Kollegen sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

BUCHBESPRECHUNGEN

Heinz Commer/Bernd Marenbach

STARKER START

Wie verhalte ich mich als
Berufseinsteiger?

178 Seiten, 13 x 20,5 cm, mit Diskette
Softcover

DM 34,00 / SFr. 34,00 / ÖS 248,00
ISBN 3-430-11883-2

ECON Verlagsgruppe
Postfach 30 03 21, 40403 Düsseldorf
Kaiserswerther Str. 282, 40474 Düsseldorf

Tips und Infos in Denke und Sprache der jungen Generation gibt dieses Buch für Berufseinsteiger, aber auch für Berufsumsteiger. Auf der Basis der eigenen beruflichen Erfahrung sowie Umfragen und zahllosen Gesprächen mit Azubis, Schülern, Studenten, Personalleitern und Chefs nehmen die Autoren den Leser an die Hand und sprin-

gen mit ihm direkt ins pralle Leben: nie beserwischerisch, häufig unkonventionell, immer konkret. Konsequenter verfolgen die Autoren ihre Leitlinie: Wie können die Leser Pluspunkte aufgrund ihrer individuellen besonderen Fähigkeiten gewinnen? Wie erklimmt ein Berufseinsteiger die ersten Sprossen auf der Karriereleiter, ohne seine Individualität an der Pforte des Unternehmens abzugeben?

Unter dieser Prämisse stehen alle Themen:

Bewerbungsschreiben, Vorbereitung und Durchführung des Vorstellungsgesprächs, Überwindung des Praxisschocks, Umgang mit Kollegen und Chefs, Verhalten bei Dienstreisen, Messen und Betriebsfesten usw.

Konkrete Punkteprogramme fassen die einzelnen Etappen zusammen, eine Diskette zur Überprüfung der eigenen Fähigkeiten und ein sehr ausführliches Sachverzeichnis vermitteln den sofortigen Zugang zu den jeweiligen Problemen und ihren Lösungen.

Starker Start ist nicht nur eine Pflichtlektüre für Berufstätige und solche, die es werden wollen, sondern auch ein außergewöhnliches Lesevergnügen.

Starker Start richtet sich ebenfalls an alle, die in den Bereichen Personalwesen sowie Aus- und Weiterbildung arbeiten.

HORST SIEBERT GEHT DEN DEUTSCHEN DIE ARBEIT AUS?

Goldmann Taschenbuch, Nr. 12638
DM 14,90

Neumarkter Straße 18, 81673 München
Telefon 0 89/4 31 89-451
Telefax 0 89/4 31 89-474

Ein ausgewiesener Fachmann zeigt ungeschminkt und ohne falsche Rücksichtnahme auf, welche Wege aus der Arbeitslosigkeit führen. Das Buch ist ein Plädoyer für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt.

Heute sind etwa vier Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland arbeitslos, und zwei Millionen werden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vom Staat aufgefangen. Die Tendenz ist steigend; auch hat sich der Anteil von Langzeitarbeitslosen drastisch vermehrt.

Angesichts dieser negativen Bilanz fragt Horst Siebert nach den Versäumnissen in Wirtschaft und Politik. Er fordert, radikal neue Ansätze in der Lohn- und Arbeits-

marktpolitik ins Auge zu fassen und warnt die Verantwortlichen vor verfehlten Orientierungen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Prof. Dr. Siebert ist u. a. seit 1985 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Mitglied des „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (Fünf Weise) und seit 1989 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, wo er auch den Lehrstuhl für Volkswirtschaft inne hat.

Er hat zahlreiche Bücher zu volkswirtschaftlichen Themen verfaßt.

BETRIEBLICHE SOZIALLEISTUNGEN

Erfolgs- und Leistungsorientierung
als Strategie

Von Hermann A. Moderegger
206 Seiten, gebunden, 72,- DM
ISBN 3-89172-291-5

Wirtschaftsverlag Bachem
Ursulaplatz 1, 50668 Köln
Tel. 02 21/16 19-0, Telefax 02 21/16 19-205

Die aktuelle personalpolitische Diskussion kreist intensiv um die Senkung der Personalkosten durch Abbau von Personalnebenkosten. Bisher waren betriebliche Sozialleistungen meist vom Fürsorgeprinzip geleitet. Sie hatten keinerlei Bezug zum Geschäftserfolg des Unternehmens oder dem Leistungsbeitrag des Mitarbeiters. Betriebswirtschaftlich hatten sie Fixkostencharakter.

In der Zukunft werden betriebliche Sozialleistungen als Bestandteil des Gesamtjahresentgelts betrachtet werden. Das verfügbare Volumen ist dann vom Unternehmenserfolg abhängig und wird zu einem Posten variabler Personalkosten. Der persönliche Anteil des Mitarbeiters ist somit vom individuellen Leistungsbeitrag abhängig. Die Verwendung kann er durch individuelle Wahloptionen beeinflussen.

DIETMAR DERR FEHLZEITEN IM BETRIEB

Ursachenanalyse
und Vermeidungsstrategien

15,5 x 23 cm, 212 Seiten, geb., 59,- DM
ISBN 3-89172-298-2

Wirtschaftsverlag Bachem
Ursulaplatz 1, 50668 Köln
Telefon 02 21/16 19-0, Fax 02 21/16 19-205

Nach Berechnungen des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft fehlt jeder berufstätige Westdeutsche durchschnittlich 132 Stunden oder 17 Tage pro Jahr; täglich bleiben rund 1,5 Mio. Arbeitnehmer ihrem Arbeitsplatz fern. Die betrieblichen Aufwendungen für Entgeltfortzahlungen belaufen sich jährlich auf rund 45 Mrd. DM, wobei diesen Kosten indirekte Zahlungen, wie beispielsweise Lohnnebenkosten, Aufwendungen für Mehrarbeit und Ersatzbeschaffung, hinzuaddiert werden müssen.

Teil 1: Analyse

- **Fehlzeiten:** Bedeutung, außerbetriebliche und betriebliche Einflüsse,
- Möglichkeiten zur Reduzierung von Fehlzeiten

Teil 2: Fallstudien zu Lösungsstrategien in der betrieblichen Praxis eines untersuchten Unternehmens

- Betriebsspezifische Fehlzeitsituation unter Berücksichtigung verschiedener Einflußfaktoren
- Ergriffene Maßnahmen zur Fehlzeitenreduzierung und deren Bedeutungsumfang
- Erkenntnisgewinn und Ausblick

TEAM UND TEAMBEURTEILUNG

Neue Trends in der Arbeitsorganisation

Von Prof. Dr. rer. pol. Helmut Schneider

• Dr. Ing. Heinz Knebel

148 Seiten, gebunden, 49,- DM

ISBN 3-89172-287-7

Wirtschaftsverlag Bachem

Ursulaplatz 1, 50668 Köln

Telefon 02 21/16 19-0, Fax 02 21/16 19-159

Der „Trend zum Team“ ist unübersehbar. Innovationskraft und Effizienz sowie Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hierzulande hängt immer stärker von der Teamwilligkeit und Teamfähigkeit ihrer Mitarbeiter auf allen Ebenen ab. Verschiedene Schwerpunkte werden besonders hervorgehoben:

- Begriffliche Klärung des nicht eindeutigen Wortgebrauchs „Team“;
- Leistungsüberlegenheit, bevorzugte Einsatzfelder und Funktionsbedingungen des Teams;
- die häufigsten Störfaktoren und typische Teamgeistkiller;
- Teamfähigkeit als personelle Einsatzvoraussetzung und als Schlüsselqualifikation für die Beteiligten

ARBEITSSICHERHEITSGESETZ (ASiG)

Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885)

Kommentar von Prof. Dr. jur. Kurt Schelter unter Mitarbeit von Dr. jur. Gabriele Stauner, Leitende Ministerialrätin und Dipl.-Ing. (FH) Peter Ehler, Oberamtsrat.

Begründet von Dr. jur. Heinrich Krebs, Bundesrichter a.D.

In der 75. Lieferung wird der bundesrechtliche Teil weiter ergänzt: Die Chemikalien-KostenVO wird neu aufgenommen. Die GefahrstoffVO und die AusführungsVO zum Chemikaliengesetz werden auf den neuesten Stand gebracht.

Neben der Fortschreibung des landesrechtlichen Teils enthält die Aktualisierung im Abschnitt „Internationales Recht“ das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Der Abschnitt „Recht der EU“ wird neu aufgebaut. Er enthält einen Auszug des Vertrages über die EU sowie die revidierte Fassung der Geschäftsordnung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.

VERLAG R. S. SCHULZ

DIE INSOLVENZORDNUNG

Von Michael App, Rechtsanwalt

1995, Lexikonformat, 120 Seiten,

kartiert, DM 46,80, ISBN 3-08-215201-5

Stollfuß Verlag Bonn

Postfach 24 28, 53014 Bonn

Der Ratgeber bietet einen Überblick über das geltende Insolvenzrecht und die Gründe, die eine Reform notwendig machen.

Darüber hinaus wird die Entwicklung der neuen Insolvenzordnung und ihre Zielsetzung ausführlich erklärt.

Auch wenn die neue Insolvenzordnung – mit Ausnahme einiger vorab in Kraft gesetzter Einzelschriften – erst ab 1. Januar 1999 gelten wird, machen sich bestimmte Auswirkungen bereits jetzt bemerkbar. Man denke nur an die Vorwirkungen auf die künftige Werthaltigkeit gestellter Sicherheiten im Hinblick auf die Bilanzierung und Bewertung gesicherter Forderungen.

PRODUZENTENHAFTUNG

Ergänzbare Handbuch zur gesamten Produkthaftungspflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich.

Ergänzbare Ausgabe, einschließlich 36. und 37. Lieferung, 3.322 Seiten, DIN A 5, einschließlich 2 Spezialordern DM 196,-. Das Werk wird mit Folgelieferungen ausgebaut und auf dem Stand der Entwicklung gehalten. ISBN 3 503 01849 2

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co.
Zweigniederlassung Bielefeld
Postfach 10 24 51, 33524 Bielefeld
Telefon (05 21) 5 83 08-41,
Telefax (05 21) 5 83 08-29

Zum Inhalt:

In dem Werk sind die wichtigsten nationalen und internationalen Rechtsquellen zur Qualitätsregelung der verschiedenen Produkte und zur Haftung von Warenherstellern abgedruckt. Es werden alle Aspekte der Produkthaftung ausführlich kommentiert.

Besonderer Wert wurde auf gute Übersichtlichkeit und leichte Handhabung für die Benutzer gelegt. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis bietet den praxisnahen Zugriff und gewährleistet die effektive Auswertung des Handbuches.

Das Handbuch gliedert sich in die Bereiche Rechts- und Verwaltungsvorschriften (deutsches und EG-Recht), Produkthaftungspflicht in Deutschland, im Ausland und im Steuerrecht, Maßnahmen der staatlichen Verwaltung, Versicherungsschutz sowie ein Rechtsprechungsregister mit wichtigen Urteilen im Wortlaut.

Die 36. Lieferung enthält in dem Teil „Rechts- und Verwaltungsvorschriften“ die erforderlich gewordenen Aktualisierungen des Gentechnikgesetzes, der Maschinenverordnung, des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetzes und des Pflanzenschutzgesetzes. In dem Teil „Versicherungsschutz“ wurde das Kapitel „Produkt-Haftpflichtversicherung“ neu aufgenommen. Mit der 37. Lieferung wurden in dem Teil „Produkthaftungspflicht in Deutschland“ vier Abschnitte des Kapitels über die Haftung aus dem Produkthaftungsgesetz überarbeitet und der Teil „Rechtsprechung“ durch die Aufnahme neuer Entscheidungen erweitert.

LGANÄCHRICHTEN

6-95

NOV DEZ



ZUM JAHRESWECHSEL 1995/96

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für unseren Landesverband war 1995 zweifellos das Jahr der strategischen, in die Zukunft weisenden Weichenstellungen. Wir haben die verbandspolitische Orientierung zwar nicht grundlegend verändert, aber doch neue, zusätzliche Zielpunkte in unser Visier genommen, die alle unsere bisherigen Aktivitäten zum Nutzen aller Verbandsmitglieder nachhaltig erweitern und intensivieren werden. Mittel- und langfristig haben wir uns ein Programm vorgenommen, das die Basis des Verbandes verbreitern, seine Position sichern und sein politisches Gewicht verstärken wird.

Die ersten und entscheidenden Schritte in Richtung auf die verbandliche Umstrukturierung als Konsequenz aus dem grundlegenden wissenschaftlichen Gutachten der Professoren Tietz und Greipl (1994) sind getan worden. Der großhandelsaffine Vertrieb und die intermediären Dienstleistungen sind künftig nicht nur in unserem Verbandsnamen verankert (Registereintragung steht unmittelbar bevor), sondern bestimmen auch die Inhalte unserer Leistungen. Die Drehscheibe Groß- und Außenhandel wird zum zentralen Schwungrad der Volkswirtschaft. Das bedeutet neben allen neuen Aufgaben vor allem wirtschaftspolitische Verpflichtung und berufsständische Verantwortung in der erweiterten Solidargemeinschaft des LGA.

Es ist uns gelungen, die Führungsgremien des Verbandes, Präsidium und Vorstand, mit einer neuen Generation ehrenamtlicher Persönlichkeiten zu besetzen. Die außerordentlich erfolgreiche Präsidentschaft von Senator Hartmann ist auf einen energischen, jüngeren Nachfolger übergegangen. Thomas Scheuerle hat nicht nur im LGA, sondern ebenso als Vizepräsident unseres Bundesverbandes in Bonn sowie auch als Mitglied des Bayerischen Senats das „Erbe“ von Helmut Hartmann übernommen. Die „Zweite Bayerische Kammer“, der Senat, als ausgleichendes Element in der Gesetzgebung gegenüber dem parteipolitisch ausgerichteten Landtag, gewährleistet in seiner bevölkerungspolitisch strukturierten Zusammensetzung eine Stabilisierung unserer Demokratie. Es darf mit Stolz und Genugtuung erfüllen, durch unseren Präsidenten in dieser gewichtigen parlamentarischen Körperschaft vertreten zu sein.

Wenn wir heute, ein Jahr vor dem 50jährigen Bestehen unseres Landesverbandes, auf die letzten fünf Jahrzehnte seit Kriegsende und auf den damit verbundenen Neuanfang zurückschauen, dann bietet sich uns das Bild einer beispiellosen politischen und ökonomischen Erfolgsgeschichte. Seit fünf Jahren haben auch die Menschen in den neuen Bundesländern die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Wofür wir im Westen 50 Jahre gebraucht haben, konnte allerdings auch mit noch so intensiver finanzieller Starthilfe nicht in einem Zehntel der Zeit bewerkstelligt werden. Trotzdem kann sich das bisher Erreichte sehen lassen.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern zeigt, welche großen Anstrengungen es erfordert, Wohlstand dauerhaft zu sichern. Auch in Zukunft werden wir nicht umhin kommen, den Standort Deutschland immer wieder auf den Prüfstand zu stellen.

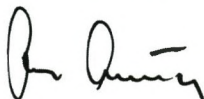
Dazu gehört ein „schlanker Staat“, der auch in Zukunft in der Lage ist, den gestiegenen Ansprüchen der Bürger gerecht zu werden. In diesem Jahr wurde das Jahressteuergesetz 1996 auf den Weg gebracht. Die Hoffnungen, die mit diesem Gesetzespaket verbunden waren, haben sich für uns nur zu einem geringen Teil erfüllt. Die längst überfällige Gewerbesteuerreform ist noch einmal vertagt worden. Deutschland bleibt damit weiterhin das einzige Land in Europa, das mit einem solchen steuerlichen Anachronismus leben muß. Die ungelöste Gewerbesteuerproblematik wird unseren Verband auch im kommenden Jahr stark beschäftigen.

Eine große Chance zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen birgt nach wie vor der europäische Einigungsprozeß. Ein neues Wachstumsfenster dürfte sich im Zusammenhang mit der Realisierung der Europäischen Währungsunion zum 1. 1. 1999 öffnen. Voraussetzung ist jedoch, daß die in Maastricht vorgegebenen Stabilitätskriterien konsequent eingehalten und auch nach dem 1. 1. 1999 unverändert fortgesetzt werden. Daher ist der von der Bundesregierung geforderte Stabilitätspakt uneingeschränkt zu begrüßen. Nur auf der Basis einer gesicherten Stabilitätsgemeinschaft kann das geeinte Europa die Herausforderungen der Zukunft meistern. Der LGA wird sich nach Kräften bemühen, alle Mitgliedsbetriebe auf dem Weg zur Währungsunion so aktiv wie möglich zu begleiten. Dazu gehört nicht nur die laufende Information über alle Entscheidungen in Bonn und Brüssel, sondern ebenso eine gesteigerte Effizienz unserer verbandspolitischen Präsenz an diesen Brennpunkten der Entscheidung.

Das fortschreitende Zusammenwachsen Europas wird uns zum Ende des Jahrtausends nicht nur eine gemeinsame europäische Währung bescheren, sondern auch zu einer weiteren Beschleunigung des Strukturwandels in unseren Volkswirtschaften führen sowie die Wirtschaftsräume weit nach Osten öffnen. Die Zukunft für den Groß- und Außenhandel hat optimale Perspektiven, sie wird aber nur gemeistert werden können, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Bleiben Sie Ihrem Verband auch im neuen Jahr treu und helfen Sie mit bei der Bewältigung der großen vor uns liegenden Aufgaben. Auch 1996 gilt: Partner im LGA – eine starke Gemeinschaft.

Wir wünschen Ihnen, Ihren Familien sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern frohe und gesegnete Weihnachten und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 1996.

DER PRÄSIDENT



Senator Thomas Scheuerle

DER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER



Werner Sattel

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Jahreswechsel	2
Im Blickpunkt:	
Europa auf dem Weg zur Währungsunion	4
BGA-Präsident Dr. Michael Fuchs mit Bundes-	
verdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet	5
Präsident Scheuerle zum Senator gewählt	5
Berufsbildung:	
Qualifikationstrends bis zum Jahr 2010	8
Firmenportrait:	
Die Firma Telle – seit 25 Jahren erfolgreich	
im technischen Handel	10
Branchenlexikon:	
Deutsche Chemikaliengroßhandel	12
Personalien	14
Buchbesprechungen	14

Der LGA

wünscht allen

seinen Lesern

ein gesegnetes

Weihnachtsfest

und

ein glückliches

neues Jahr



Telefon München (089) 55 77 01/02
 Telefax München (089) 59 30 15
 Telefon Nürnberg (09 11) 20 31 80
 Telefax Nürnberg (09 11) 22 16 37

IMPRESSUM

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:
 Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Volksw. Mackholt (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Bethcke · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint alle 2 Monate. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Nymphenburger Str. 1. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, 80335 München, Nymphenburger Str. 1, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, 80335 München, Nymphenburger Str. 1. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: CIAO-DESIGN, Alexander Öxler

Druck: typobieri, 80809 München, Riesenfeldstraße 56

Telefon 359 60 66-68.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtes Samtoffsetpapier

IM BLICKPUNKT: GROSS- UND AUSSENHANDEL

EUROPA AUF DEM WEG ZUR WÄHRUNGSUNION

EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DEN GROSS- UND AUSSENHANDEL

Das von der Europäischen Kommission vorgelegte Grünbuch über die praktischen Fragen des Übergangs zur einheitlichen Währung vom 31. Mai 1995 bezieht die Transaktionskosten im EU-internen Handelsaustausch auf rund 40 Mrd. DM pro Jahr. Eine beträchtliche Summe, die durch den Wegfall der Währungsschranken erheblich gesenkt werden könnte. Das Problem ist, das Grünbuch differenziert nicht nach Branchen oder Branchengruppen und enthält deshalb auch keine Aussagen über die spezifischen Auswirkungen der Währungsunion auf den Groß- und Außenhandel.

Um diese Lücke zu schließen, haben wir uns entschlossen, in dieser und in den nächsten Ausgaben der LGA-Nachrichten in unregelmäßigen Abständen über die Währungsunion und ihre Folgen für unseren Wirtschaftsbereich zu informieren.

Beginnen möchten wir mit einer zusammenfassenden Darstellung der wichtigsten Eckdaten der Währungsumstellung.

Seit dem Abschluß des Ratifizierungsprozesses zum Vertrag von Maastricht, also seit November 1993, laufen die Vorbereitungen für die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion auf Hochtouren. Nach der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs (1. Stufe) befinden wir uns seit Anfang 1994 bereits auf der 2. Stufe des Maastrichter Zeitplans.

Ausgangspunkt dieser zweiten Stufe war die Gründung des Europäischen Währungsinstituts in Frankfurt/Main im Januar 1994, die die Grundlage gelegt hat für die Schaffung eines Europäischen Systems der Zentralbanken. Dieses wiederum ist Voraussetzung für die endgültige Fixierung der Wechselkurse und damit für den Einstieg in die dritte Stufe der Währungsunion zum 1. Januar 1999.

Wie groß der Teilnehmerkreis zu diesem Zeitpunkt sein wird, hängt vor allem davon ab, wieviele Mitgliedsstaaten der EU den anspruchsvollen Konvergenztest bestehen. Danach werden nur die Länder an der Währungsunion teilnehmen können, die folgende **Konvergenzkriterien** erfüllen:

1. Die durchschnittliche Inflationsrate darf während des letzten Jahres vor der Konvergenzprüfung (voraussichtlich zur Jah-

reswende 1997/98) nicht mehr als 1,5% über dem Durchschnitt der drei Länder mit den niedrigsten Raten liegen.

2. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte muß unter dem Richtwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts liegen.
3. Die Gesamtverschuldung darf nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen.
4. Die durchschnittliche Rendite langfristiger Staatsanleihen darf im Verlauf von einem Jahr vor der Konvergenzprüfung nicht mehr als 2%-Punkte über dem Durchschnitt der 3 Länder mit der niedrigsten Inflationsrate liegen.

So wichtig dieser zeitspunktbezogene Konvergenztest für das Vertrauen der Marktteilnehmer in die Stabilität und die Unumkehrbarkeit der Währungsunion ist, so reicht er dennoch nicht aus, um einen dauerhaften Stabilitätserfolg der neuen Währung zu garantieren.

Eine dauerhafte Stabilitätsgemeinschaft wird es nur dann geben, wenn die Konvergenzkriterien auch nach dem Eintritt in die Währungsunion eingehalten werden. Im Mittelpunkt muß dabei die Haushaltsdisziplin der Einzelstaaten stehen. Die Vorläufer der Europäischen Währungsunion, die Geldbünde des 19. Jahrhunderts, sind vor allem an der mangelnden Haushaltsdisziplin der souverän gebliebenen Teilnehmerstaaten gescheitert. Hieraus sollten all diejenigen, die an der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion mitwirken, ihre Lehren ziehen.

Nun zu der Frage, welche Auswirkungen hat die geplante Währungsunion auf unsere Betriebe. Zunächst zu den positiven Effekten:

Reduzierung der Transaktionskosten im innergemeinschaftlichen Handel.

Nach Erhebungen der Außenhandelsstatistiker wurden im Jahre 1994 gut 60% des deutschen Außenhandels mit Ländern der Europäischen Union abgewickelt. Geht man davon aus, daß die deutschen Außenhandelsunternehmen mit einem Anteil von rund 20% am deutschen Außenhandel mit den EU-Staaten beteiligt sind, so ergibt sich ein von Außenhändlern abgewickelter Außenhandelsvolumen von über 160 Mrd. DM pro Jahr.

	Importe nach Deutschland (%) 1994	Exporte aus Deutschland (%) 1994
EU	47,200	48,900
EFTA	14,300	15,100
Gesamt	61,500	64,000

	Importe 1994 (Mrd. DM)	Exporte 1994 (Mrd. DM)
EU	57,700	67,000
EFTA	17,500	20,700
Gesamt	75,200	87,700

Bei Kurssicherungskosten gegenüber den Währungen innerhalb der EU von im Durchschnitt 3% pro Jahr – hier auf der Basis vom 1. August 1995 für 90 Tage Ziel (Export, Swap-Sätze) – entstehen für den deutschen Außenhandel pro Jahr Zusatzlasten durch Kurssicherungskosten, d. h. Transaktionskosten im Sinne des EU-Grünbuchs, von rund 2,5 Mrd. DM.

Berücksichtigt man neben dem deutschen Außenhandel mit den EU-Ländern den bilateralen Handel der anderen EU-Länder, dann dürfte sich das Gesamtvolumen der Transaktionskosten allein für die europäischen Unternehmen des Außenhandels auf ca. 6 Mrd. DM belaufen. In diesem Zusammenhang spielt es aus europäischer Sicht keine Rolle, ob die Transaktionen auf DM-Rechnungslegungsbasis oder in anderen EU-Währungen erfolgen. Wird von deutschen Außenhändlern in DM fakturiert, werden die Kurssicherungskosten beim Vertragspartner im anderen EU-Land anfallen.

Es bleibt festzuhalten: Alle am Handel innerhalb der EU beteiligten Unternehmen werden im Zuge der Währungsvereinheitlichung die Kosten für die Kurssicherung und die Devisenumstellung einsparen. Ob sich die Kurssicherungskosten in der Summe für die einzelnen Unternehmen wirklich ermäßigen, wird entscheidend davon abhängen, wie stabil sich die neue Einheits-

währung gegenüber Drittwährungen wie dem Yen oder dem US-Dollar verhält.

Reduzierte Verwaltungskosten

Abgesehen von einer vorübergehenden Erhöhung der Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der praktischen Realisierung der Währungsumstellung dürfte sich mittelfristig eine nicht unerhebliche Verwaltungskostenreduktion in den Außenhandelsunternehmen einstellen. Anders als beim Wegfall der Zollgrenzen auf dem Europäischen Binnenmarkt wird es hier auch keine Überwälzung der Kosten zu Lasten Betriebe geben. Sowohl die Entlastung bei der Auftragsverhandlung, der Kalkulation und der Auftragsabwicklung, als auch die Erleichterungen bei der Buchhaltung werden Kosteneinsparungen für die Unternehmen nach sich ziehen.

Neben den ökonomisch meßbaren Vorteilen der europäischen Einheitswährung dürfen selbstverständlich die positiven politischen Folgewirkungen der Währungsunion nicht unberücksichtigt bleiben. Eine gemeinsame europäische Währung wäre der ideale Katalysator für die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses.

Trotz der genannten Vorteile dürften auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion noch so manche Hindernisse zu überwinden sein. Da wir uns mit den Problemen der Währungsumstellung und den realwirtschaftlichen Folgewirkungen der Währungsunion in den nächsten Ausgaben

LGA-Nachrichten ausführlicher befassen wollen, möchten wir an dieser Stelle nur ganz kurz einige wenige Stichworte nennen:

● *Doppelte Preisauszeichnung im Übergang von der alten zur neuen Währung.*

Die Absicht der EU-Kommission in der Übergangsphase zwischen der endgültigen Fixierung der Wechselkurse zum 1.1.1999 und der Einführung der Euro-Währung ab dem Jahre 2002 eine doppelte Preisauszeichnung aller Waren zwingend vorzuschreiben, dürfte erhebliche Schwierigkeiten und auch entsprechende Kosten mit sich bringen. Da in einem Richtlinienentwurf der EU-Kommission für 1997 die zusätzliche Preisauszeichnung nach Volumen- bzw. Gewichtseinheiten vorgesehen ist, muß ab 1999 mit einer vierfachen Preisauszeichnung gerechnet werden. Eine solche Regelung wäre für den Großhandel völlig indiskutabel.

● *EDV-Umstellung*

Die Probleme im Zusammenhang mit der

Anpassung der betrieblichen EDV an die Währungsumstellung sind derzeit noch ungelöst. Zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit der EDV-Anpassung werden sich kaum vermeiden lassen.

● *Kurssicherungskosten im Handel mit Drittländern*

Wie schon angesprochen, lassen sich die Kurssicherungskosten für unsere im Außenhandel tätigen Unternehmen nur dann dauerhaft senken, wenn die neue Eurowährung zumindest eine ähnliche Stabilität aufweist, wie die DM heute. Auch hier zeigt sich, wie wichtig die strikte Einhaltung der Stabilitätskriterien für das Gelingen der Währungsunion ist.

SCHUEERLE IN BAYERISCHEN SENAT GEWÄHLT

Für die Wahlgruppe Industrie und Handel wurde Präsident **Thomas Scheuerle**, geschäftsführender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Alfred Graf gewählt. Seine Amtszeit beginnt am 1. Januar 1996. Wir möchten Herrn Präsident Scheuerle an dieser Stelle sehr herzlich zu seiner Wahl gratulieren und ihm wünschen, daß er in diesem hohen Amt mit großem Erfolg für den bayerischen Groß- und Außenhandel und die bayerische Wirtschaft wird arbeiten können.

BGA-PRÄSIDENT DR. MICHAEL FUCHS MIT BUNDESVERDIENSTKREUZ 1. KLASSE AUSGEZEICHNET

Dr. Michael Fuchs (46), Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, wurde vom Bundespräsidenten ausgezeichnet durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse. Die hohe Auszeichnung nahm der Bundespräsident persönlich am 9. Oktober 1995 anlässlich des Politischen Forums des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft im Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg vor.

Mit der hohen Auszeichnung würdigt der Bundespräsident das verbandspolitische Engagement von Fuchs, der seit 1992 Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels ist und seit Beginn 1995 den Vorsitz im Gemeinschaftsausschuß der

Deutschen Gewerblichen Wirtschaft inne hat. Zugleich ist er 1. Vizepräsident des Europäischen Verbandes des Groß- und Außenhandels FEWITA in Brüssel.

Neben seinem verbandspolitischen Engagement für den Groß- und Außenhandel und die gewerbliche Wirtschaft insgesamt, engagiert sich Fuchs in seiner Funktion als Mitglied des Vorstandes der Ludwig-Erhard-Stiftung für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, denen er sich auch als mittelständischer Unternehmer im Außenhandel sowie als Verbandspräsident verbunden und verpflichtet fühlt.

Fuchs ist unter anderem Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und gehört dem Außenwirtschaftsbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft an.



PETERSBERGER ERKLÄRUNG

**Gemeinschaftsausschuß fordert Umdenken und entschlossenes Handeln
von Politik und Wirtschaft.**

Die im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft
zusammengeschlossenen Spitzenverbände legten unter Vorsitz von
BGA-Präsident Dr. Michael Fuchs die „Petersberger Erklärung 1995“ vor.

Darin artikulieren sie ihre große Sorge, daß unter den heutigen Rahmenbedingungen
die mittelfristigen Aussichten auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum Besserung versprechen.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Umdenken und
entschlossenes Handeln von Politik und Wirtschaft dringend geboten.

Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen und die Basis zur Finanzierung der
Sozialsysteme erhalten bleiben.

Die Lösung des Beschäftigungsproblems stellt hohe Anforderungen an Politik und Wirtschaft.

Rentable Arbeitsplätze in notwendiger Zahl können nur in wettbewerbsfähigen
Unternehmen entstehen. Nur diese Unternehmen sind in der Lage, neue Produkte zu
entwickeln und neue Märkte zu erschließen. Deshalb müssen sie ihren Standort in
Deutschland behalten, damit zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungspotentiale im
Inland geschaffen werden. Dies gilt sowohl für Unternehmen, die auf den Weltmärkten,
als auch für Unternehmen, die auf den regionalen Märkten im Wettbewerb stehen.

Die deutschen Unternehmen haben die Herausforderungen aus dem Strukturwandel
angenommen. Durch umfassende Reorganisation der Unternehmensstrukturen,
konsequente Nutzung moderner Technologien zur Rationalisierung der Produktions-
prozesse und verstärkte Nutzung der internationalen Arbeitsteilung haben sie ihre
Wettbewerbsfähigkeit merklich erhöht.

So, wie sich die Unternehmen für den härter gewordenen Wettbewerb fit machen,
muß auch die Politik die wirtschaftspolitischen Herausforderungen aktiver annehmen
als bisher. Dringend notwendig sind Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung,
die Reform der Sozialsysteme und die Rückführung der Staatsquote.

In der „Petersberger Erklärung 1995“ fordert die deutsche Wirtschaft alle Beteiligten
in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, die sich bietenden Chancen zu nutzen,
damit Deutschland als Standort attraktiver wird. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit
ist prioritäre Aufgabe von Wirtschaft und Staat.

Die Persönlichkeiten an der Spitze des LGA und ihre Verantwortungsbereiche im Präsidium

Präsident Thomas Scheuerle

Thomas Scheuerle, Jahrgang 1944, geschäftsführender Gesellschafter der Firma Alfred Graf in Nürnberg, trägt seit seiner Wahl zum Präsidenten des LGA auf unserem letzten Verbandstag in Nürnberg die Spitzenverantwortung im Ehrenamt für die Entwicklung unseres Landesverbandes. Er ist zuständig für alle übergeordneten Fragen in ganz Bayern und kümmert sich regional um Mittel- und Unterfranken.



Zudem füllt er für den bayerischen Groß- und Außenhandel auch eine Reihe von zusätzlichen Ehrenämtern aus. Die wichtigsten seien hier kurz genannt:

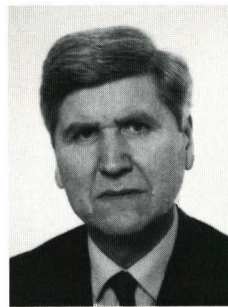
Thomas Scheuerle ist Mitglied des Bayerischen Senats, Vizepräsident unseres Bundesverbandes in Bonn, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, stellvertretender Vorsitzender im Bundesverband des Deutschen Exporthandels sowie Mitglied des Vorstandes der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB).



Frau Monika Kraus, Vizepräsidentin

Frau Dipl.-oec. Monika Kraus, Jahrgang 1956, persönlich haftende Gesellschafterin der Firma Otto Franck, Import KG in Augsburg, hat mit ihrer Wahl die fachliche Zuständigkeit für den Bereich Außenhandel und die regionale Verantwortung für Schwaben übernommen.

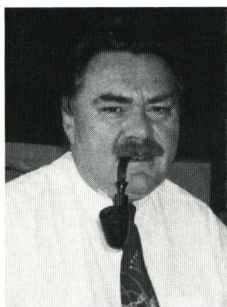
Frau Kraus ist überdies Mitglied im BGA Präsidium, Mitglied des Vorstands im Bundesverband des Deutschen Exporthandels, Vorsitzende des LGA-Außenhandelsausschusses sowie Mitglied im Außenhandelsausschuß unseres Bundesverbandes



Professor Dr. Erich Greipl, Vizepräsident

Prof. Dr. Erich Greipl, Jahrgang 1940, Vorstandsmitglied der METRO Holding, ist im LGA zuständig für den Fachbereich Großhandel und regional zuständig für Oberbayern.

Prof. Dr. Greipl gehört als Mitglied dem BGA-Präsidium an, dem Finanzausschuß des BGA, dem Wettbewerbsausschuß, der Währungskommission sowie der Strategiekommision des BGA



Wolf-Dieter Schießl, Vizepräsident

Dipl.-Kfm. Wolf-Dieter Schießl, Jahrgang 1948, geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Schießl in Regensburg, hat mit seiner Wahl die fachliche Zuständigkeit für den Dienstleistungssektor im Landesverband übernommen.

Regional ist er zuständig für die Oberpfalz, für Oberfranken und Niederbayern.

Wolf-Dieter Schießl ist zudem stellvertretender Vorsitzender im Gesamtverband des Deutschen Spielwarengroß- und Außenhandels, Vorsitzender des LGA-Ausschusses für Betriebswirtschaft, Verkehr und Umwelt sowie Mitglied des Umweltausschusses im BGA.



Peter Sahlberg, Präsidialmitglied

Dipl.-Kfm. Peter Sahlberg, Jahrgang 1936, Geschäftsführer der Firma Wilhelm Sahlberg GmbH & Co. in Feldkirchen, hat für die Tarifpolitik des Landesverbandes die Verantwortung übernommen.

Als Vorsitzender führt er die Tarifkommissionen in Bayern und gehört dem Tarif- und Sozialpolitischen Ausschuß des BGA an.

BERUFSBILDUNG

QUALIFIKATIONSTRENDS BIS ZUM JAHR 2010

Für die betriebliche Bildungsarbeit ist der Qualifikationsbedarf eine wichtige Richtgröße. Deshalb interessieren sich Ausbildungsleiter und Ausbilder für längerfristige Projektionen zum künftigen Arbeitskräftebedarf und seiner Struktur. Solche Projektionen sind zwar mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Trotzdem können sie Hinweise auf tendenzielle Entwicklungen am Arbeitsmarkt geben, die auch für die betriebliche Bildungsarbeit bedeutsam sind.

Längerfristige Projektionen zum künftigen Arbeitskräftebedarf werden in regelmäßigen Abständen durchgeführt. So hatten das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und die Prognos AG Basel bereits in früheren Jahren Projektionen über die Entwicklung von Angebot und Bedarf an Arbeitskräften vorgelegt. Die erste Aktualisierung der IAB-Prognos-Projektion 1989/91 über Tätigkeiten und Qualifikationen der Arbeitskräfte in den westdeutschen Bundesländern bis zum Jahr 2010 ergibt, daß der Trend zu höheren Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze ungebrochen ist. Denn bis zum Jahr 2010 werden allein in Westdeutschland neue Arbeitsplätze für etwa 1,4 Millionen Arbeitnehmer mit betrieblicher Ausbildung entstehen. Nur jeder zehnte Arbeitsplatz käme dann für Mitarbeiter ohne berufliche Ausbildung in Frage.

Die Berechnungen von IAB/Prognos erfolgen in drei verschiedenen Varianten, die sich vor allem in alternativen Entwicklungen des Wirtschaftswachstums, der Arbeitsproduktivität und der Arbeitszeit unterscheiden. Die folgende Darstellung von Einzelergebnissen bezieht sich auf die mittlere Projektions-Variante.

Strukturveränderungen

In dem Zeitraum bis 2010 werden Produktionstätigkeiten weiter abnehmen. Der Anteil dieser Tätigkeiten (Gewinnen und Herstellen, Maschinen und Anlagen steuern, reparieren) am gesamten Arbeitskräftebedarf wird von 33,4 Prozent (1991) auf 29,6 Prozent (2010) zurückgehen. Dies entspricht einem Wegfall von etwa 1 Million Arbeitsplätzen.

Allerdings geht diese Entwicklung ausschließlich zu Lasten der Tätigkeiten, die sich auf die Verarbeitung konzentrieren. Dagegen wird sich die Zahl der qualifizier-

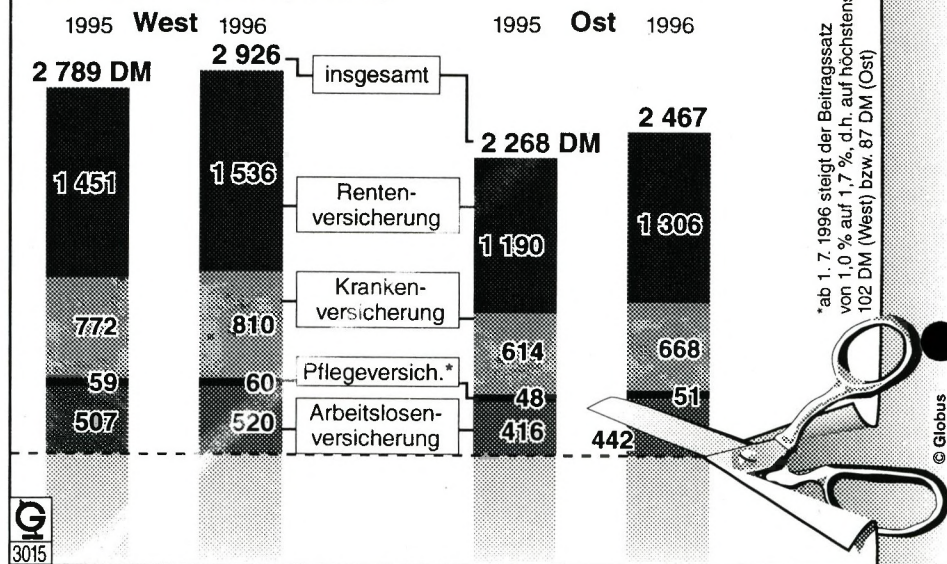
WEITERE ERHÖHUNG STEHT SCHON FEST

Für ihre soziale Sicherheit müssen die Arbeitnehmer 1996 tiefer in die Tasche greifen. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung steigt von 18,6 auf 19,2 Prozent; die gesetzlichen Krankenkassen haben Beitragserhöhungen angekündigt, die den durchschnittlichen Beitragssatz auf voraussichtlich 13,5 Prozent in Westdeutschland und 13,1 Prozent in Ostdeutschland erhöhen werden. Arbeitslosen- und Pflegeversicherung bleiben mit Beitragssätzen von 6,5 und einem Prozent unverändert. Allerdings steht eine Erhöhung zur Jahresmitte 1996 schon fest: Dann nämlich steigt mit der zweiten Stufe der Pflegeversicherung der Beitragssatz von 1,0 auf 1,7 Prozent. Insgesamt werden dann die

Beitragssätze in West wie in Ost deutlich über der 40-Prozent-Marke liegen. – Mit dem Jahreswechsel werden auch die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung angehoben, also die Obergrenzen des Verdienstes, bis zu denen die Beiträge erhoben werden. In Westdeutschland steigen sie in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von monatlich 7 800 auf 8 000 Mark, in Ostdeutschland von 6 400 auf 6 800 Mark. In der Kranken- und Pflegeversicherung betragen die neuen Grenzwerte 6 000 Mark (statt 5 850 Mark) und 5 100 Mark (statt 4 800 Mark). Die soziale Höchstlast erreicht damit in den alten Bundesländern eine Höhe von 2 926 und in den neuen Ländern von 2 467 Mark.

Die soziale Höchstlast

Monatliche Höchstbeiträge zur Sozialversicherung in DM
(Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil)



ten Maschinen- und Anlagenführer um etwa 200.000 auf 3 Millionen erhöhen. Die aktuellen Stichworte dafür sind Job-enrichment und Job-enlargement. Die primären Dienstleistungen nehmen leicht ab. Für diesen Tätigkeitsbereich (Handeln/Verkaufen, Bürotätigkeiten, allgemeine Dienstleistungen) rechnen die Arbeitsmarktforscher mit einem Anteil von 38,9 Prozent für 2010; im Jahr 1991 betrug die Quote noch 39,7 Prozent. Ein Grund für den leichten Rückgang dieses Tätigkeitsbereiches wird darin gesehen, daß Informations- und Kommunikationstechniken das relative Gewicht dieser Arbeitsaufgaben bei verringertem Personalbestand erhöhen.

Die sekundären Dienstleistungen werden in dem Zeitraum kräftig zulegen. Mit Zuwächsen von 1,4 Millionen neuen Arbeitsplätzen rechnen IAB/Prognos für die Tätigkeitsfelder der Forschung und Entwicklung, Organisation und Management, öffentliche Sicherheit und Rechtswesen sowie Ausbildung, Beratung und Information. Allein Organisations- und Management-tätigkeiten sollen demzufolge mit 800.000 bis 900.000 Arbeitsplätzen zulegen.

Qualifikationsbedarf

Laut IAB-Prognos-Projektion besteht ein sinkender Bedarf an Arbeitskräften ohne

Ausbildungsabschluß. Bis zum Jahr 2010 geht jeder zweite der derzeit 5,6 Millionen Arbeitsplätze für Personen ohne formalen Ausbildungsabschluß verloren. Während im Jahr 1991 noch jeder fünfte Erwerbstätige ohne Berufsausbildung war, wird sich der Anteil der Arbeitsplätze mit Ungelernten auf 10 Prozent verringern.

Auf der anderen Seite erfordern mehr Arbeitsplätze eine Berufsausbildung. So wird die Zahl der qualifizierten Arbeitsplätze für Erwerbstätige mit Berufsausbildung sich um etwa 1,4 Millionen auf über 7,7 Millionen im Jahr 2010 erhöhen. Gut 60 Prozent aller Beschäftigten werden dann über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen – 1991 waren es erst 59 Prozent.

Weiter besteht ein Bedarf an Erwerbstätigen mit Fortbildungsabschlüssen. So wird der Bedarf an Fachkräften mit beruflicher Fortbildung um etwa 430.000 Fachwirte, Meister und Techniker zunehmen. Für diese Qualifikationsgruppe werden dann fast 2,8 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Damit würde sich der Anteil der Absolventen von Fach- und Meisterschulen von 8,4 Prozent (1991) auf 9,8 Prozent (2010) erhöhen.

Nach der IAB-Prognos-Projektion weitet sich der Arbeitsmarkt für Akademiker überdurchschnittlich aus. Der Trend zu höheren Qualifikationsanforderungen macht sich am deutlichsten bei den Arbeitsplätzen für Akademiker bemerkbar.

Laut Projektion soll die Zahl der Akademiker-Arbeitsplätze von 1991 bis 2010 um knapp 1,3 Millionen auf insgesamt 4,7 Millionen steigen. Dies entspricht einem künftigen Anteil der Akademiker an allen Erwerbstätigen von 16,7 Prozent – im Jahr 1991 lag die Akademikerquote bei 12,3 Prozent.

Ein noch höherer Bedarf könnte sich ergeben, wenn die Absolventen von Fachhochschulen zunehmend in den Bereich der Meister- und Technikerebene oder auch in Bereiche vordringen, die bislang eine Domäne von Universitätsabsolventen verschiedener Fachbereiche waren. Dazu zählen Juristen, Ingenieure und Betriebswirte.

Differenzierungen

Nach der IAB-Prognos-Projektion wird sich die Tendenz einer zunehmenden Dienstleistungsorientierung und steigender Qualifikationsanforderungen der Arbeits-

plätze fortsetzen. Allerdings sind bei diesen wesentlichen Ergebnissen neuere ökonomische und arbeitsorganisatorische Rahmenbedingungen nicht immer ausreichend berücksichtigt.

Die Projektion von Strukturveränderungen ergibt, daß die Produktionstätigkeiten weiter abnehmen und die primären Dienstleistungen leicht zurückgehen. Eine neuere Analyse zeigt jedoch, daß sekundärer und tertiärer Sektor in Deutschland immer stärker zusammenwachsen. Aus der Verbindung von industrienahen Dienstleistungen mit der produzierenden Industrie entsteht mehr und mehr der neue Kernsektor der Volkswirtschaft. Außerdem ist bei dem angenommenen Zuwachs von sekundären Dienstleistungen auf den Unsicherheitsfaktor der öffentlichen Kassen hinzuweisen. Denn der Stellenabbau in Landesverwaltungen beeinträchtigt die weitere Entwicklung sekundärer Dienstleistungen.

Beim Qualifikationsbedarf ist die günstige Beschäftigungsentwicklung für Akademiker bemerkenswert. Bei dieser positiven Projektion ist nicht ausreichend bewertet, daß sich jeder fünfte Akademiker schon heute mit Tätigkeiten zufrieden geben muß, die nicht seinem Ausbildungsniveau entsprechen. Ferner werden in den großen Unternehmen im Zeichen neuer Arbeitsorganisation (Stichwort Lean Production) Hierarchieebenen ausgedünnt. Dieser Trend führt unweigerlich auch zum Abbau von Akademikerstellen. Solche Determinan-

ten des Qualifikationsbedarfs für Akademiker verweisen darauf, daß die IAB/Prognos-Projektion mit Unwägbarkeiten behaftet ist und den Wandel der Arbeitswelt nur bedingt reflektiert. Eine Aktualisierung ist angezeigt.

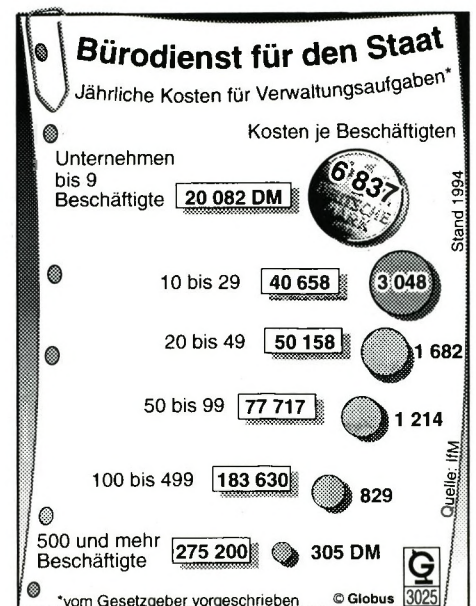
Helmut E. Klein/Reinhard Zedler

BGA-PRÄSIDENT: BÜNDNIS FÜR ARBEIT GEHT AN REALITÄT VORBEI

Das von der IG-Metall geforderte Bündnis für Arbeit zwischen Bundesregierung und den Metallunternehmen und ihren Verbänden geht nach Ansicht von BGA-Präsident Dr. Michael Fuchs an der Realität vorbei. In Deutschland herrscht keine Planwirtschaft, mit der man per Federstrich 300.000 Arbeitsplätze „zaubern“ könne. Arbeitsplätze werden nur geschaffen, wenn die volks- und betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. 30.000 Langzeitarbeitslose einzugliedern sei nur möglich, wenn die Lohnkosten für minderqualifizierte Arbeitsplätze endlich abgesenkt werden. Fuchs ist unverständlich, warum die IG Metall nicht schon längst Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose eingeführt hat wie die IG Chemie. Auch die IG Metall-Forderung, betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen, schafft keinen einzigen Arbeitsplatz mehr in Deutschland. Existenzgründer und ausländische Investoren werden abgeschreckt.

GROSSER AUFWAND

Für das kommende Jahr sehen die Unternehmen eine weitere Last von Verwaltungsaufgaben auf sich zukommen. Künftig soll nämlich das Kindergeld in größeren Unternehmen (über 50 Beschäftigte) mit dem Lohn zusammen ausgezahlt werden. Die Kosten für administrative Aufgaben, die der Staat den Unternehmen übertragen hat, sind dabei heute schon beträchtlich: Durchschnittlich wendet jedes Unternehmen im Jahr 3 643 Mark je Beschäftigten auf. Ein großer Teil dieser Kosten entfällt auf die Berechnung und Abführung von Lohn- und Kirchensteuer und von Sozialversicherungsbeiträgen. Aber auch die Steuern und Abgaben, die das Unternehmen zahlt, müssen ermittelt und überwiesen werden. Weiterer Verwaltungsaufwand entsteht durch die Verpflichtungen gegenüber der amtlichen Statistik und Umweltschutzbehörden.



FIRMENPORTRAIT

DIE FIRMA TELLE – SEIT 25 JAHREN ERFOLGREICH IM TECHNISCHEN HANDEL

Wer viel leistet, soll feiern. Die Mitarbeiter der Firma Telle taten das am Freitag, den 22. September im eigenen Bierzelt auf dem Firmengelände. Und weil man bei Telle ungern alleine feiert, haben Geschäftsleitung und Belegschaft ihre vielen Kunden und Geschäftspartner zum geselligen Beisammensein mit eingeladen.

Die Tatsache, daß zum 25. Geburtstag die 54 Mitarbeiter gemeinsam einladen, zeugt vom besonderen Betriebsklima und Führungsstil in der Firma.

Eigenverantwortung ist seit Beginn bewußtes Anliegen der Firmenleitung, ein Aspekt, der mit ausschlaggebend war und ist für Wachstum und Erfolg von Telle.

Erwin Telle gründete seine Technische Handlung im September 1970. Man begann in der Fürther Straße, mit wenig Startkapital und einer Menge neuer Ideen. Erwin Telle hatte bereits 20 Jahre Berufserfahrung hinter sich und mit diesen Fachkenntnissen die sichere Grundlage für die unternehmerische Zukunft.

Bereits kurz nach Firmengründung stieg Bruder Claus Telle ins Unternehmen ein. Als Techniker hatte er alle ergänzenden Fähigkeiten, um die heute so erfolgreiche Firmenphilosophie mit in die Tat umzusetzen.

„Man kann und muß mehr für den Kunden tun als ihm nur standardisierte Ware verkaufen“, so Erwin Telle. Mit dieser Überzeugung hat sich das Handelsunternehmen in den letzten 25 Jahren seinen guten Namen erworben.

So gehören bei Telle Einzel- und Sonderanfertigungen zum selbstverständlichen Service am Kunden.

Ein erfolgreiches Konzept bringt Umsatz, Umsatz bringt Expansion. So waren die Firmenräume in der Fürther Straße bald zu klein. Im Juli '79 zog man um ins Betriebsgebäude in der Sigmundstraße. Die Lage im Südwesten der Noris ist ideal: Beste Verkehrslage durch die nahe Südwest-Tangente, viel Platz für Lager und Verkauf und – heute besonders wichtig – reichlich Parkplätze.

Das Unternehmen ist heute anerkannter Partner von Handwerkern verschiedenster Branchen. Auch Industrie und Behörden schätzen das große Produktsortiment und technische Know-how der Telle-Mitarbeiter.

Wer Schlauch sagt, meint in Nordbayern häufig Telle. Das Lieferprogramm bietet Schläuche für so gut wie alle Anforderungen. Schläuche in verschiedensten Dimensionen, Längen und Materialien. Schläuche

für Chemikalien, Öle, Benzine und Dämpfe. Und auch für Lebensmittel gibt es ein Riesensortiment.

Gerade bei Anforderungen, die Produkte „von der Stange“ nicht erfüllen, sind Kunden bei Telle an der richtigen Adresse. Beispiel: komplette Schlauchleitungen nach Maß. Natürlich unter Berücksichtigung aller Sicherheitsaspekte und gemäß gültiger DIN-Normen. Und wenn der Kunde es wünscht, machen Telle-Leute vor Inbetriebnahme vor Ort eine ausführliche Funktionsprüfung und dokumentieren das Ergebnis in einem Prüfzeugnis.

In vielen Gebäuden sind heute die Anforderungen an Lüftung und Klimaanlage enorm hoch. Auch hier gilt: Telle hat's. Ob flexible Alu- oder Spiralfalzhohre, Ventilatoren und Lüftungsgitter: Fachbetriebe aus der Klima- und Lüftungsbranche wissen, bei Telle bekommen sie schnell, was sie brauchen.

Kein Geheimnis: Auch Kleinteile wie Dichtungen können, falsch eingesetzt oder verwendet, große Schäden anrichten. Damit diese Fehler ausgeschlossen sind, berät Telle seine Kunden bei der Wahl des richtigen Dichtmaterials besonders ausführlich.

Ein Wort zum Thema Sicherheit: Für jedes Produkt gibt es eine Produkthaftpflichtversicherung.

Und das Qualitätssicherungssystem basiert auf der DIN EN ISO 9001. Telle war übrigens im Juni '95 einer der ersten bayerischen Betriebe aus dem Technischen Handel mit diesem Zertifikat.

In manchen Betrieben geht es oft heiß her. Telle bietet hier ein Großsortiment an Schnüren und Bändern, Schläuchen und Platten, die bis zu 1200°C aushalten.

Es gibt heute -zig verschiedene Kunststoffe. Da stellt sich oft die Frage: Was eignet sich wo am besten. Auch hier beraten die Telle-Fachleute kompetent. Und bei Bedarf paßt man in der Werkstatt jedes Teil den individuellen Kundenwünschen an.

Bei der Wahl von Industriebodenbelägen sollte man sehr sorgfältig vorgehen. Welche Anforderungen soll der Belag erfüllen? Muß er beständig sein gegen Hitze, Kälte oder Chemikalien? Oder muß er besonders rutschfest sein? Auch hier gilt: Bei

Blick auf das moderne Firmengebäude





Telle sagt man jedem Kunden genau, wo er welchen Belag braucht.

Kommt die Produktion in einem Unternehmen zum Stillstand, wird das oft teuer. Das muß nicht sein. Telle bietet leistungsstarke Produkte für die Antriebs- und Fördererntechnik. Das heißt: standardisierte Förderbänder und Antriebsriemen namhafter Hersteller in beeindruckender Auswahl. Und wenn's darauf ankommt, hat man in der Sigmundstraße auch hier die bedarfsgerechte Sonderlösung.

Sicherheit und gesunde Arbeitsbedingungen sind heute für die meisten Betriebe zentrale Anliegen. Nur zwei Stichpunkte: Arbeits- und Schallschutz. Auch hier bewähren sich Telle-Produkte seit vielen Jahren.

Praktizierter Umweltschutz wird bei Telle großgeschrieben. Schon bei der Sortimentsauswahl achtet man konsequent auf Umweltverträglichkeit und spätere Recyclingmöglichkeit der Produkte. Und natürlich werden Produktionsabfälle im Haus getrennt und von Partnerfirmen entsorgt oder recycelt.

Auch die EDV-gestützte Gesamtverwaltung ist auf dem neuesten Stand. Sie hilft zum Beispiel jedem Kundenberater beim schnellen Auffinden des gewünschten Artikels. Und Kunden, die wiederholt bestimmte Produkte bestellen, können so im Nu über bisherige Bestellungen und Preise informiert werden. Die Kommunikation klappt dank der topmodernen ISDN-Telefonanlage ebenfalls reibungslos.

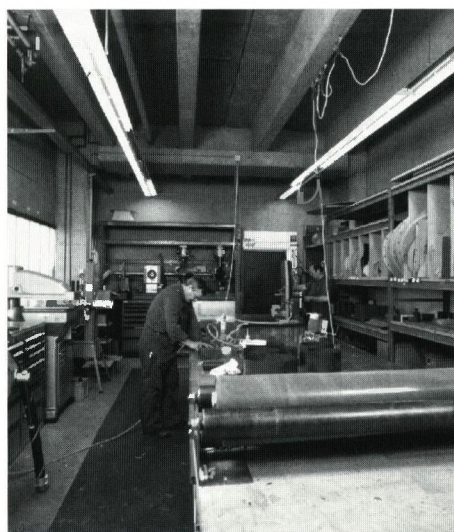
Bei Telle blickt man zuversichtlich in die Zukunft. Und die Firmenleitung setzt weiter auf besonnenes Wachstum. So gibt es inzwischen eine Telle-Filiale im oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg und – als Beteiligungsmodell – die Firma Wendler-Telle im sächsischen Aue.

Diplom-Betriebswirtin (FH)

Schwerpkt. Logistik – fremdsprachl. Wirtschaftsassistentin (engl./franz.)
26 Jahre, zuverlässig, lernfähig, engagiert, sucht ab sofort im Raum München verantwortungsvolle Herausforderung im Einkauf.

Gute Englisch- und Französisch-Kenntnisse (Auslandsaufenthalte), gute PC-Kenntnisse, Praktika in Unternehmensberatung und im Einkauf.

Telefon 0 89/47 54 36



DER LGA WAR DABEI

2. November

Erfahrungsaustausch der Landesverbände Bayern, Hessen und Baden-Württemberg („Südschiene“) im Kreis der Präsidien und Hauptgeschäftsführungen

6. November

Gedankenaustausch mit dem HGF der IHK von München und Oberbayern, Prof. Dr. Wimmer: *Herr Sattel*

7. November

Sitzung des BGA-Berufsbildungsausschusses, Bonn, *Frau Deutsch*

8. November

Fachpresseggespräch in Offenbach über die neue Frankfurter Messestruktur: *Herr Adler, Herr Sattel*

Pressekonferenz der Spielwarenbranche in Nürnberg: *Herr Schießl, Herr Mackholt*

9./10. November

Sitzung des Tarif- und Sozialpolitischen Ausschusses von BGA und ZGV in Berlin: *Herr Sahlberg und Herr Frankenberger*

9. November

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Klingsohr*

Sitzung des Garantierausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft: *Herr Sattel*

BGA-Verkehrsausschuß, Bonn: *Herr Mackholt*

10. November

Herbstsitzung des Fachzweiges „Feuerwehrbedarf“ in Augsburg: *Herr Mackholt*

13. November

Jahresversammlung des VEG in München unter Leitung von *Herrn Brandl*

14. November

Sitzung des Beirates der Leipziger Messe CADEAUX in München: *Herr Sattel, Herr Schwarz, Herr Galinsky*

Förderkreis „Güterverkehrszentrum München“: *Herr Mackholt*

15. November

Süddeutscher Arbeitskreis „Technische Chemikalien“ in München: *Herr Mackholt*

Tarifgespräch mit HBV und DAG in den Räumen des LGA: *Herr Sahlberg und Herr Frankenberger*

BRANCHENLEXIKON

DER DEUTSCHE CHEMIKALIENGROSSHANDEL

Der Deutsche Chemikalien-Groß- und Außenhandel umfaßt alle Betriebe des produzierenden Gewerbes zur Herstellung ihrer Erzeugnisse oder zur Weiterverarbeitung von Halbfertigwaren Chemikalien in mehr oder weniger großen Mengen. Ohne die Zuhilfenahme von Chemikalien könnte kein Haus gebaut, kein Auto produziert, kein Kleidungsstück fabriziert werden. So ist heute beinahe jeder hergestellte Gegenstand während des Herstellungsprozesses mit Chemikalien wenigstens einmal, häufig vielfach in Berührung gekommen.

Die wichtigsten Grundchemikalien werden produziert von relativ wenigen Erzeugern. Ihnen stehen hunderttausende Gewerbebetriebe gegenüber, die an irgendeiner Stelle ihres Arbeitsganges oder Produktionsprozesses Chemikalien benötigen. Diese Betriebe können und wollen sich nicht einzeln an den jeweiligen Hersteller wenden und oder gar an mehrere Produzenten gleichzeitig. Hier findet der Chemikalien-Großhandel sein Aufgabengebiet. Er verbindet als dienstleistender Handel die Produktion der chemischen Industrie mit der produzierenden gewerblichen Wirtschaft. Häufig ist er sogar Mittler zwischen dem einen Chemikalienproduzenten und dem anderen.

Zur Dienstleistung des produktionsverbindenden Chemikalienhandels gehören

- die Lagerhaltung
- die Finanzierung
- die Verteilung
- die Anwendungsberatung und
- die Herstellung bedarfsgerechter Zubereitungen.

Die Anfänge des Chemikalienhandels gehen weit in das 18. Jahrhundert zurück. Gewiß haben viele Firmengründungen des 19. Jahrhunderts die politischen und wirtschaftlichen Wirren der vergangenen Jahrzehnte nicht überdauert. Trotzdem gibt es im Chemikalien-Großhandel nicht wenige, Firmen, die heute auf ein 100-, 125- oder 150-jähriges Bestehen zurückblicken können. Sie sind noch vielfach in Familienbesitz und

bilden das mittelständische Rückgrat des deutschen Chemikalien-Groß- und Außenhandels. Dazu gehören aber auch kleinere Firmen mit Jahresumsätzen von wenigen Millionen DM. Sie erfüllen ihre Funktion vielfach in industriell schwächer strukturierten Wirtschaftsgebieten oder nutzen in besonders wettbewerbsintensiven Regionen spezielle Marktlücken. Sie haben ihre Marktberechtigung. Die kleineren und mittelständischen Betriebe müssen sich allerdings gegen die großen konzerngebundenen Gesellschaften behaupten.

Der traditionelle Ruf alteingesessener Firmen und die Tatsache, daß der Handel mit Chemikalien ein beachtliches know how voraussetzt, macht es schwierig, einen Handel mit Chemikalien neu aufzubauen. So nimmt es nicht Wunder, daß viele Chemikalien-Großhandlungen nicht ausschließlich auf ihrem ureigenen Gebiet tätig sind. Sie betreiben vielmehr auch verwandte Geschäfte in beachtlichem Umfang. So haben viele Chemikalien-Großhandlungen auch mit Mineralölen und deren unmittelbaren Folgeprodukten, Wirkstoffen für Pharmazeutika oder Kosmetika, Drogen und Vegetabilien, Gewürzen, Düngemitteln, Farben und Lacken zu tun. Nicht unbedeutend ist schließlich der Laborchemikalienhandel. Er ist reiner Chemie-Großhandel, unterscheidet sich aber wesentlich vom lagerhaltenden Produktionsverbindungshandel durch die Quantitäten, in denen die Chemikalien gehandelt werden. Während letzterer in Tonnen rechnet, rechnet der Laborchemikalienhandel mit Gramm und Kubikzentimetern. Der Verband Chemiehandel wurde 1903 in Berlin als Verein der Drogen- und Chemikalien-Großhändler e.V. gegründet. Seine Zielsetzung bestand darin, durch Zusammenarbeit gleichartiger Firmen die Position des einzelnen Mitgliedes, aber auch die der Branche insgesamt zu stärken. Heute repräsentiert der Verband Chemiehandel den produktionsverbindenden Handel mit Chemikalien in seine speziellen Ausprägungen des

- lagerhaltenden Verteilerhandels (Platzhandel, regionale und überregionale Distribution)
- nicht-lagerhaltenden Groß- und Außenhandel (Trading, grenzüberschreitende Bulkgeschäfte)
- Labor- und Feinchemikalienhandels.

Der Chemikalien-Großhandel liefert in der Region etwa im Umkreis von 17 km um seinen Standort. Der nicht-lagerhaltende Groß- und Außenhandel ist in die internationalen Warenströme eingebunden und sorgt für die Versorgung großer Märkte mit den benötigten Produkten.

Die gesamte Branche ist mittelständisch strukturiert, etwa 4/5 der Mitgliedsfirmen sind inhaberfirmen oder Personengesellschaften, knapp 1/5 Kapitalgesellschaften. Darunter befinden sich auch einige wenige große Handelshäuser von Konzernunternehmen. Die Gesamtzahl der ordentlichen Mitgliedsfirmen bewegt sich über die Jahre hinweg recht konstant bei 75.

Zweck des Verbandes ist es,

- die Belange des Chemikalien-Groß- und Außenhandels bei allen zuständigen Stellen des Staates und der Wirtschaft zu vertreten
- den Austausch wirtschaftlicher und technischer Erkenntnisse anzuregen und zu vermitteln
- das kollegiale Einvernehmen unter den Mitgliedern zu fördern
- die wirtschaftliche und fachliche Zusammenarbeit mit den für die Mitglieder wesentlichen Lieferanten- und Kundenkreise zu pflegen.

Der Verband arbeitet ständig mit

- im Beirat für die Beförderung gefährlicher Güter beim Bundesminister für Verkehr sowie in den Ausschüssen dieses Beirats
- im Ausschuß für gefährliche Arbeitsstoffe beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie in Unterausschüssen dieses Gremiums
- in Ausschüssen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser.

Eine sporadische Mitarbeit, abhängig von der Thematik, findet statt bei den Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Jugend, Familie und Gesundheit, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Wirtschaft, des Inneren, der Finanzen und der Justiz, wie diversen Ministerien der Bundesländer.

Das Spektrum der regelmäßig oder gelegentlich behandelten Themen umfaßt:

- den Transport gefährlicher Güter mit allen Verkehrsträgern
- gefährliche Stoffe: Anmeldung und Prüfung neuer Stoffe, Klassifizierung, Kennzeichnung und Verpackung, Inverkehrbringen und Umgang von bzw. mit gefährlichen Stoffen und Zubereitungen
- Handel mit Giften, Abgabevoraussetzung und Abgabebedingungen; Betäubungsmittel
- Gewässerschutz, wassergefährdende Stoffe, Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen
- Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen (Emissionsschutz), genehmigungsbedürftige und nicht genehmigungsbedürftige Anlagen, Halogenkohlenwasserstoffe
- Abfallbeseitigung und Recycling
- Freiheit des Handels versus Protektionismus, Zölle und Präferenzen, Antidumping-Maßnahmen
- Chemiespezifische Aspekte des Steuerrechts, z. B. Mineralölsteuer
- Internationale Haftungskonventionen, Änderungen des Handels- und Gesellschaftsrechts
- Produkt- und Produzentenhaftpflicht
- Versicherungsschutz für spezielle Risiken des Chemiehandels
- Export gefährlicher Stoffe in die Dritte Welt, Verhaltenscodex

Bei den Organen der EG ist der Chemiehandel direkt oder auf vielfältigen Wegen indirekt präsent. Er gehört dem Europäischen Chemiehandelsverband (FECC) an, ebenso dem Europäischen Groß- und Außenhandelsverband FEWITA).

Sitz des Verbands Chemiehandel ist Köln.

DER LGA WAR DABEI

16. November

Teilnahme am Ausbildertag der IHK München: *Frau Deutsch*

Sitzung des projektbegleitenden Ausschusses „Wirtschaftsverkehr München“: *Herr Mackholt*

Sitzung des Planungsausschusses und Planungsbeirates Ingolstadt in Ingolstadt: *Herr Köppel*

17. November

Teilnahme an der Jahrestagung Studienkreis Schule-Wirtschaft, Rosenheim: *Frau Deutsch*

21. und 22. November

Unternehmertag und Mitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bonn. *Präsident Scheuerle* an der Spitze einer mehrköpfigen Teilnehmergruppe des LGA.

24. November

Sitzung des Vorstandes Bundesverband Kunstgewerbe, Geschenkartikel & Wohn-design in Frankfurt unter der Leitung von *Herrn Adler*

28. November

Tagung des VAB-Berufsbildungsausschusses der VAB Augsburg: *Frau Deutsch*

29. November

Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel: *Herr Sattel*

30. November

Empfang aus Anlaß des 65. Geburtstages von Herrn Dr. Werner Marzin: *Herr Dr. Langejürgen*

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Produktionsverbindungshandel und Konsumgütergroßhandel beim BGA in Bonn: *Herr Mackholt*

Sitzung des Arbeitskreises „Lohn- und Gehaltsgruppenkatalog“ in den Räumen des LGA: *Herr Sahlberg* und *Herr Frankenberg*

1. Dezember

Sitzung des Verwaltungsrates TÜV/LGA: Die Herren *Dr. Wolfrum*, *Sattel* und *Miehler*

4. Dezember

Mitgliederversammlung des Wirtschaftsbeirates der Union in München: *Herr Dr. Langejürgen*

5. Dezember

Herbstsitzung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Kreise des Vorstandes und der Hauptgeschäftsführer-Versammlung: *Präsident Scheuerle*, *Herr Sattel*

Tarifgespräch mit HBV und DAG in den Räumen des LGA: *Herr Sahlberg* und *Herr Frankenberg*

IHK-Schlichtungsausschuß, München: *Frau Deutsch*

6. Dezember

Sitzung des Ausschusses „Europäische Normung und Qualitätssicherung“ im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie: *Herr Mackholt*

7. Dezember

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft: *Herr Klingsohr*, *Herr Sattel*

Sitzung des Arbeitskreises „Arbeitsrecht“ der VAB in Feldkirchen: *Herr Frankenberg*

Gespräch Industrie/Handel der Spielwarenbranche in Nürnberg: *Herr Mackholt*

8. Dezember

Gedankenaustausch der Landesverbände des Einzelhandels und des Großhandels mit der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung in Bayern: *Präsident Scheuerle*, *Prof. Greipl*, *Herr Sattel*

8. Dezember

Gespräch mit der Europa-Abteilung des BMWi in Bonn über China-Kontingente: *Herr Mackholt*

12. Dezember

Landessozialgericht München: *Frau Deutsch*

13. Dezember

Sitzung des LGA-Vorstandes in München unter der Leitung von *Präsident Scheuerle*

14. Dezember

Sitzung des Garantierausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft in München: *Herr Sattel*

Sitzung des Landesplanungsbeirates im Staatsministerium München: *Herr Köppel*

18. Dezember

Tarifgespräch mit HBV und DAG in den Räumen des LGA: *Herr Sahlberg* und *Herr Frankenberg*

20. Dezember

Spitzengespräch der Verkehrsausschüsse von BGA, BDI und DIHT in Frankfurt/M.: *Herr Mackholt*

20. Dezember

LGA-Weihnachtsfeier in München

PERSONALIEN

WIR BETRAUERN



KONSUL KLAUS RICHTER

Der deutsche Groß- und Außenhandel nimmt in Trauer Abschied von **Konsul Klaus Richter**, dem Ehrenpräsidenten des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels.

Klaus Richter verstarb nach kurzer schwerer Krankheit am 23. November 1995 im 71. Lebensjahr. Klaus Richter war Präsident unseres Bundesverbandes von 1984 bis 1991.

Der Verstorbene füllte mit seiner unermüdbaren Energie und Tatkraft eine Reihe von Ämtern auf nationaler und internationaler Ebene aus. So war er Vorsitzender des Bildungszentrums Groß- und Außenhandel Goslar e.V., dessen Aufbau er maßgeblich gestaltet hatte. Darüber hinaus hatte ihn die Industrie- und Handelskammer Lübeck als ihren Präses gewählt und würdigte damit sein verbandspolitisches und marktwirtschaftliches Engagement. Lange Jahre wirkte er als Konsul für die Republik Südafrika. Seine Tätigkeit erfuhr vielfältige Anerkennung. So war er u.a. Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland mit Stern sowie hoher Auszeichnungen der Republik Südafrika und des österreichischen Staates. Der unternehmerischen Praxis blieb Richter verbunden als geschäftsführender Gesellschafter der Richter Baustoffe Haus und Garten GmbH & Co. in Lübeck sowie als Aufsichtsratsvorsitzender der Possehl-Gruppe.

Der deutsche Groß- und Außenhandel wird Herrn Konsul Klaus Richter nicht vergessen und ihm gedanklich als seinem Ehrenpräsidenten verbunden bleiben.

HANS GEORG MAURER

Im 51. Lebensjahr verschied Herr Hans Georg Maurer, Chef unserer Mitgliedsfirma Maurer & Albrecht, Floristikgroßhandel in Obertraubling. Hans Georg Maurer war als Kaufmann ebenso wie als Mensch ein Vorbild für alle die ihn kannten. Die Belegschaft der Firma verliert mit dem Heimgegangenen einen allzeit hilfsbereiten hochverehrten Chef. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Angehörigen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

WIR GRATULIEREN

Herrn **Ralf Hack**, Personalleiter unserer Mitgliedsfirma Frischdienst 2000 in Unterschleißheim. Herr **Hack** wird mit Wirkung vom 1. 1. 1996 auf die Dauer von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter bei Arbeitsgericht München berufen. Wir gratulieren sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

Herrn **Stefan Schloderer**, Diplom-Wirtschaftsingenieur und Diplom-Ingenieur, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Oskar Huber Nachf. Dipl.-Ing. Walther Schloderer GmbH, sehr herzlich zu seiner ehrenvollen Berufung als Handelsrichter am Landgericht München I.



WILLY HEINLEIN – 75 JAHRE

Mit Willy Heinlein, Seniorchef der Unternehmensgruppe DER SCHAFF, Schwarzenbach/Saale, wurde am 9. November eine Unternehmerpersönlichkeit von Rang, 75 Jahre alt.

Als Heinlein sen. 1948 die Firma „August Schaff“ übernahm, hatte der Betrieb fünf Mitarbeiter. Und die äußeren Bedingungen für eine erfolgreiche Geschäftspolitik waren mehr schlecht als recht. Durch den „Eisernen Vorhang“ verlor der junge Unternehmer rund 50 Prozent seines bisherigen Einzugsgebietes.

Willy Heinlein ließ sich dadurch jedoch nicht entmutigen und setzte auf Expansion. Mit dem Bau einer Stahlhalle tätigte Heinlein seine erste größere Investition und legte damit den Grundstein für den unternehmerischen Erfolg. Und der machte dann im Jahre 1972 auch den Neubau des Lager- und des Bürogebäudes an der Kantstraße in Schwarzenbach notwendig. Damals diversifizierte das Unternehmen auch in die Bereiche Sanitär, Heizung und Bedachungsartikel.

Heute beschäftigt die Unternehmensgruppe DER SCHAFF mehr als 300 Mitarbeiter und tätigt einen Jahresumsatz von rund 110 Millionen Mark.

Der erfolgreiche Unternehmer engagierte sich zudem auch in der Kommunalpolitik und bekleidete in Schwarzenbach/Saale über Jahre hinweg das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters. Die Stadt Schwarzenbach ehrte Willy Heinlein deshalb 1987 mit der Bürgermedaille in Gold.

Aber nicht nur in der Kommunalpolitik, sondern auch in der Verbandspolitik war Willy Heinleins Sachverstand und seine zupackende Art gefragt, was ihm dann auch für mehrere Jahre den stellvertretenden Vorsitz im Bundesverband Deutscher Stahlhandel einbrachte. Für dieses berufspolitische Engagement erhielt Willy Heinlein schon 1981 das Verdienstkreuz am Bande. Wir gratulieren herzlich.

BUCHBESPRECHUNGEN

GEGENGESCHÄFTE
MIT AUSSENHANDELSFIRMEN

Das Geschäft mit den ehemaligen Staatshandelsländern wird gegenwärtig auf Vorkassenbasis, unter Nutzung der begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten oder auf Gegengeschäftsbasis abgewickelt. Stoßen deutsche Exportfirmen auf die Forderung nach Kompensation, fehlt ihnen in aller Regel das Know-how zur Verknüpfung des Export- und Gegengeschäftes.

Um diese Geschäftsmöglichkeiten dennoch zu realisieren, hat unser Landesverband mit seinen Mitgliedsfirmen im Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V. (BDEX) an der Neubearbeitung der Broschüre „Unternehmen im Kompensationshandel“ mitgewirkt. In dem Verzeichnis sind Verbände, so auch der LGA, die über Kompensationsgeschäfte beraten und Kompensationspartner zusammenführen können ebenso aufgeführt wie rund 230 Firmen, die auf das Know-how und die Abwicklung von Kompensationsgeschäften spezialisiert sind. Ein Warenverzeichnis und ein Länderverzeichnis ermöglichen die schnelle Zusammenführung der Partner im Gegengeschäft. Auf diese Weise läßt sich manches Exportgeschäft noch realisieren, das sonst an der Gegengeschäftsforderung zu scheitern droht. Die Broschüre (DM 34,- zzgl. Versandkosten) ist erhältlich beim Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V., Gotenstr. 21, 20097 Hamburg, Telefax: 0 40/23 60 16 10.

TYPISCHE FEHLER IM ARBEITSVERHÄLTNIS

Von Dr. Franzjosef Bleistein, Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts Köln a. D.

2. Auflage 1995, Lexikonformat, 240 Seiten, kartoniert, DM 49,80

ISBN 3-08-315502-6

Stollfuß Verlag Bonn

Arbeitsverhältnisse korrekt zu gestalten, ist wegen der unübersichtlichen Rechtslage nicht ganz einfach. Schwere und finanziell belastende Fehler unterlaufen da schnell.

Der Ratgeber stellt die typischen Fehlerquellen systematisch dar und gibt Hinweise auf rechtlich einwandfreie Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Neuauflage berücksichtigt insbesondere die Auswirkungen des Nachweisgesetzes, des 2. Gleichberechtigungsgesetzes sowie des neuen Arbeitszeitgesetzes.

Neu in der 2. Auflage ist auch ein Überblick über die wichtigsten arbeitsrechtlichen Aushang- und Bekanntmachungspflichten.

Die in Auszügen abgedruckten Gesetzestexte sowie die zitierte Rechtsprechung sind auf dem Stand von September 1995.

ARBEITS- UND DIENSTVERTRÄGE FÜR LEITENDE

Rechtliche Grundlagen und Beispiele

Von Prof. Dr. iur. utr. Hannsjosef Hohn
6., überarbeitete Auflage 1995, 168 Seiten,
gebunden, 59,- DM

ISBN 3-89172-311-3

Wirtschaftsverlag Bachem
Ursulaplatz 1, 50668 Köln

Die erweiterte Neuauflage **Arbeits- und Dienstverträge für Leitende** richtet sich insbesondere an leitende Angestellte, an Geschäftsführer und Arbeitnehmergesellschaften.

Aus den Standardverträgen der ersten Auflagen entstand ein Werk, das neben den rechtlichen Grundlagen eine Fülle von Vertragsmustern enthält, die dem betrieblichen Bedarf der besonders anspruchsvollen mittelständischen Unternehmen nach gefächerten Varianten und individuellen Vertragsgestaltungen entgegenkommen. Deshalb wurden auch psychologische Aspekte der Vertragsgestaltung und Personalführung einbezogen – eine in den 90er Jahren immer wichtigere Anforderung an die Vertragspartner als früher.

Wettbewerbsabreden, Verschwiegenheitspflichten und die im europäischen Bereich zunehmende Bedeutung von Schiedsgerichtsvereinbarungen findet der betriebliche Praktiker ebenso wie Muster für das Kooperationstraining von Leitenden bzw. Arbeitnehmergesellschaften.

STEUERTIPS ZUM JAHRESENDE 1995

Bearbeitet von Diplom-Volkswirt Hans-Richard Pohlmann, Steuerberater

24. Auflage – kartoniert – 224 Seiten – DM 49,80

ISBN 3-08-319095-6

Stollfuß Verlag Bonn 1995

Jahresende 1995. Noch bleibt jedem Steuerpflichtigen Zeit zum Nachdenken, wie seine Steuerbelastung für das zur Neige gehende Jahr reduziert werden kann. Und er kann bereits jetzt vorausschauende Dispositionen für das kommende Jahr treffen. Dabei muß er allerdings eine Vielzahl rechtlicher Änderungen, z.B. Wohneigentumsförderung oder das Jahressteuergesetz 1996 beachten.

Klar, daß jede Gruppe von Steuerzahlern unterschiedliche Gestaltungstips benötigt. Unternehmer und Freiberufler müssen sich auf andere Bestimmungen berufen als Arbeitnehmer. Dem Bezieher von Kapitaleinkünften bieten sich nicht dieselben Regelungen an wie dem Hauseigentümer.

BECK'SCHES STEUERBERATER- HANDBUCH 1994

Im Rahmen seiner Schriften legt das Deutsche wissenschaftliche Steuerinstitut der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten e.V. das Beck'sche Steuerberater-Handbuch 1994 vor. Diese zweite „gesamtdeutsche“ Ausgabe nach dem Beitritt der neuen Bundesländer wird wiederum nicht nur für die Kollegen in den alten Bundesländern, sondern auch für die jungen Berufskollegen in den neuen Bundesländern ein nützliches Hilfsmittel sein. Ein solches Werk ist zweckmäßig und auf die Bedürfnisse der Praxis ausgerichtet.

Die vielfältig festgestellte und beklagte Kompliziertheit des Steuerrechts wird durch eine nicht enden wollende Gesetzesflut immer weiter verschärft. Der gelegentlich als „Steuerchaos“ beklagte Zustand scheint aber nicht durchgreifend zu ändern zu sein. Die Arbeit der Herausgeber und Autoren des Beck'schen Steuerberater-Handbuchs ist daher besonders verdienstvoll.

Beck C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung (Oscar Beck) München, Verlag C. H. Beck München

DIE ZUKUNFT DER EINHEITS- BEWERTUNG

Konsequenzen der Entscheidungen
des Bundesverfassungsgerichts

Von Dr. Heinrich Hübner

1995, Lexikonformat, 176 Seiten, kartoniert,
DM 46,80, ISBN 3-08-216101-4

Stollfuß Verlag Bonn

Mit seinen Entscheidungen zur Einheitsbewertung hat das Bundesverfassungsgericht auch für die Zukunft der Erbschaft- und Vermögenssteuer neue Weichen gestellt.

Der Ratgeber erläutert die Zusammenhänge zwischen Einheitsbewertung und Folgesteuern. Er erklärt die Rechtslage und gibt einen Ausblick auf die sich abzeichnenden Entwicklungen.

